

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 18. September 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die Börse und der Krieg.

Nicht in der Brust des Pfarrers Friedrich Naumann, sondern im Geldsack der Börse ist der Sitz des neuen deutschen Liberalismus, und der Kurszettel ist sein Pulsschlag. Die Börse ist nicht bloß der Geldmarkt der Welt, sie ist zugleich eine Weltanschauung. Soeben erst verhöhnt und verpöthet, erobert sie sich die Geister, indem sie sich die Macht erobert. Die Börsenjobber, das sind die Bülow'schen Individualisten; sie zeigen der Nation den Weg zur Kultur der Bars und der Nachcafés.

Sollten darüber noch Zweifel bestehen, so hat der deutsche Bankierstag in Hamburg gezeigt, wie sehr die Herren sich bemüht sind, daß ihre Zeit gekommen ist. Der Weg zu den Kolonien geht über die Börse, und die Börse versteht es, ihren finanziellen und politischen Tribut zu erheben, nicht weniger als die arabischen Scheichs in der Sahara, die deutschen Strauchritter im Mittelalter und der Bund der Landwirte in der Gegenwart. Die Börse ist sich ihrer Weite durchaus sicher: denn was auch das Ende der Kolonialpolitik sein mag — goldene Berge in Afrika, oder leere Taschen in Europa, oder beides zugleich — auf alle Fälle gibt es Staatsanleihen, und Staatsanleihen werden verzinst; es gibt Aktien und sonstige Emissionen, die beim Steigen wie beim Sinken ihren Niederschlag in Gold auf der Börse hinterlassen.

Sollten darüber noch Zweifel bestehen, so hat der deutsche Bankierstag in Hamburg gezeigt, wie sehr die Herren sich bemüht sind, daß ihre Zeit gekommen ist. Der Weg zu den Kolonien geht über die Börse, und die Börse versteht es, ihren finanziellen und politischen Tribut zu erheben, nicht weniger als die arabischen Scheichs in der Sahara, die deutschen Strauchritter im Mittelalter und der Bund der Landwirte in der Gegenwart. Die Börse ist sich ihrer Weite durchaus sicher: denn was auch das Ende der Kolonialpolitik sein mag — goldene Berge in Afrika, oder leere Taschen in Europa, oder beides zugleich — auf alle Fälle gibt es Staatsanleihen, und Staatsanleihen werden verzinst; es gibt Aktien und sonstige Emissionen, die beim Steigen wie beim Sinken ihren Niederschlag in Gold auf der Börse hinterlassen.

Der Patriotismus der Börse geht so weit, daß die Herren Bankiers sich bereit erklären, die Hammelherde zu scheren, wenn der Staat sie ihnen zutreibt. Sie wollen die Kriegsanleihen im großen Publikum unterbringen, an sieben Milliarden in einem Jahre. An ihrer Bereitwilligkeit dazu ist nicht zu zweifeln, da sie ja daran reichlich profitieren würden; allein auch der Börsenverkehr hat seine Entwicklungsgesetze, die nicht immer den gleichen Weg gehen wie die Beschlässe der Bankiers.

Das Geldkapital, das in die Banken fließt und auf der Börse verhandelt wird, kommt aus der Produktion. Noch mehr als der Staat im Kriegsfall von der Börse, ist deshalb die Börse vom Krieg abhängig. Denn ein europäischer Krieg — bei Kolonialkriegen steht die Sache anders — ein Krieg zwischen Industriestaaten, der sich in Europa selbst abspielt, stört und beengt die industrielle Tätigkeit, infolgedessen die Kapitalanammlung, infolgedessen den Zufluß von Geldkapital an die Banken und den Börsenverkehr.

Zweiterlei kommt in Betracht: der Abfluß der Arbeitermassen nach dem Kriegsausbruch und die Hinderung des Exports.

Ein Bauernstaat kann leicht große Menschenmengen entbehren, sei es durch den Krieg oder durch die Auswanderung. Der Kapitalismus hat aber die Tendenz, überall die Bevölkerung auf den mindesten Arbeiterbedarf zu reduzieren — wozu jedoch auch die Reservearmee des Proletariats hinzuzurechnen ist. Das ist das kapitalistische Bevölkerungsdilemma: wer nicht Platz hat innerhalb der Produktion, muß heraus aus der Gesellschaft! Die ostelbischen Gutsherren klagen schon jetzt über Leutenot, — wie aber erst, wenn die große Zahl nach dem Kriegsausbruch wegzieht? Noch schlimmer muß es der Industrie ergehen, denn hier ist es nicht auf das andere angewiesen, so daß z. B. eine Einschränkung der Gewinnung von Kohle und Eisen die gesamte Industrie in Mitleidenschaft zieht.

Der Export wird zunächst direkt unter den Kriegsgefahren des Seeverkehrs leiden. Dann aber werden infolge der hohen Versicherungsprämien die über die See bezogenen Rohstoffe im Preise steigen und die Konkurrenz auf den fernen Märkten vollends zur Unmöglichkeit machen.

Zu diesen Momenten der Handelskrisis, die einen europäischen Krieg begleiten werden, kommt für die Börse noch besonders der Goldbedarf des Kriegs in Betracht. Daß man zur Kriegführung im Feindeslande Gold braucht, ist ja ohne weiteres einleuchtend (und hat man den Feind in eigenen Lande, so stehen die Dinge erst recht schlimm). Aber noch anderes ist zu berücksichtigen. Es fließt in den Industriestaaten deshalb so viel Gold im Handelsverkehr, weil der Kapitalverkehr immer mehr das Gold zur reinen Rechnungsgröße macht. Der Wechsel, der Giro, der Pfandschein, der Aktienverkehr u. a. m., das alles erspart Geld und Gold. Aber schon die Ueberproduktion zur Zeit des Aufschwungs sowie die Handelskrisis decken immer aufs neue das Mißverhältnis zwischen den Zahlungsverpflichtungen und den Zahlungsmitteln auf: im ersten Falle entsteht eine Geldflut, weil die Geschäftsstransaktionen, statt sich gegenseitig zu decken, sich im Endlosen verlieren, im zweiten — weil sie auseinander gerissen werden und die Kapitalzirkulation an verschiedenen Stellen zugleich unterbrochen wird. So wird denn auch im Krieg, wie während der Handelskrisis, trotz des Niederganges der Produktion der Bedarf des Geschäftsverkehrs an Zahlungsmitteln sehr steigen, indessen bei der allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit das Gold allein als Zahlungsmittel in Betracht kommt.

Nun vergegenwärtige man sich auch noch, daß die europäische Börse an allen Enden der Welt in Eisenbahnen, Staatsanleihen, Minen, Elektrizitätswerken, Plantagen, Fabriken usw. usw. interessiert ist und daß an allen diesen Stellen, im Falle eines europäischen Krieges, der Kapitalverkehr der kämpfenden Staaten gestört wird, daß der Krieg unweilbar auf die kolonialen Interessensphären übertragen werden und von kolonialen Umständen begleitet sein wird! Das alles spürt aber die Börse am ehesten.

Die Millionwerte, mit denen die Börse operiert, mühen ihr nicht viel im Falle eines europäischen Krieges. Da muß klingendes Gold auf den Tisch. Und hört der Handels- und Kapitalverkehr mit dem Auslande auf, so muß der Goldvorrat des Landes dran. Dieser aber beträgt zurzeit in Deutschland noch nicht einmal die Hälfte jener 7 Milliarden, die ein solcher Krieg nach militärischer Schätzung jährlich kosten würde.

Im Falle eines europäischen Krieges wird sich kein Industriestaat dauernd auf die Banken stützen können, — vielmehr werden die Banken selbst der Unterstützung des Staates bedürfen.

## Die Militärfrage vor dem Parteitag.

Essen, den 17. September. (Privatdepesche.)

Die Verhandlungen setzten heute mit lebhafterem Anklang ein. Der Bericht Sabelkums über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion stellte eine sozusagen alademische Ergänzung seines schriftlichen Referats dar. Sein Protest gegen die Wahlmacht der Regierung hatte nachhaltige Wirkung. Wie wenig er aber die Resonanz der parlamentarischen Tätigkeit unter den Genossen im Lande nachzufühlen vermochte hatte, zeigte sich darin, daß er die Angelegenheit, um die sich nachher fast ausschließlich die Debatte drehte, überhaupt nicht erwähnte. Er glaubte konstatieren zu müssen, daß der „einzige Punkt der Kritik an der Fraktion“ der gewesen sei, daß die Fraktion der Solberhöhung der Soldaten zugestimmt habe. Darin habe man „eine Unterstützung des Militarismus“ erblickt.

Weit mehr wie der Referent wußte der erste Diskussionsredner, welcher parlamentarische Vorgang die Gemüter im Lande erregt hatte und der Klärung auf dem Parteitage harre. Die Verteidigung Roskes hinterredete zeigte allerdings, daß er noch immer nicht begriffen hatte, worin seine Leistung bestand. Es löste eine geradezu säuerliche Entrüstung beim Parteitage aus, als er lähn behauptete, der Ruf, die Bekämpfung des Militarismus müsse nach links gedrängt werden, führe zum Anarchismus. Mit Recht konnte deshalb der Genosse Lensch seine wirkungsvolle historische Kritik damit beginnen, daß er sagte, die eben gehörte Rede Roskes sei die beste Begründung des Kieler Antrages gewesen, daß im Reichstage nur solche Fraktionsredner zum Militäretat bestimmt würden, die eine Garantie für eine energische Stellungnahme gegen den Militarismus gäben. Ueberhaupt fand dieser Kieler Antrag viel Sympathie, wenngleich er in der gestellten Form nicht zum Beschluß erhoben werden kann. Er trifft auch nicht den vorliegenden Fall, denn, wie Ledebour hervorhob, war Roske beim Militäretat gar nicht der offizielle Redner der Fraktion. Die Rede Roskes im Reichstage und auf dem Parteitage betrug eine ganze Reihe weiterer Opponenten, nach Lensch das Wort zu ergreifen; darunter auch solche, die umsonst wirkten, als man ihnen keinerlei besondere Sympathie mit den Angriffen Roskes nachsagen kann, so z. B. Weyler. Zwischen durch belächelten Wollenbuhr und Pfannkuch die übrige Tätigkeit der Fraktion und die vorliegenden Anträge. Nach Ledebours schon erwähnter einbringlicher Kritik des Roskeschen Wortwarde ging darauf Stadthagen unter lebhaftem Beifall fast des gesamten Parteitages mit einer scharfen und zweifellosen Begriffsklärung gegen Roske vor. Diese Begriffsklärung war um so nötiger, als gerade die Verwirrung der Begriffe durch Roske eine Hauptschuld daran trug, daß man sich so lange mit ihm be-

schäftigen mußte. Eine Rede Liebknechts gab schließlich dem Genossen David die Gelegenheit, Roske durch Zitate aus Bebel'schen Reden zu decken.

Die Nachmittags Sitzung begann nach einer kurzen kräftigen Rede Sontag's-Rachen gegen Roske mit einem begeisterten Appell der Genossin Jettin, in der bisherigen Weise den Kampf gegen den Militarismus fortzusetzen, ohne durch unzeitgemäße und unklare Improvisationen sich stören zu lassen. Einen besonderen Nachhall im Parteitage fand unsere Genossin, als sie zum Schluß zur energischsten Revolutionierung der Köpfe aufforderte und diese Revolutionierung in erster Linie den Mäthern zuwies. Hatte sich schon die Genossin Jettin gegen die David'sche Absicht, die Kritik an der Fraktion einzudämmen, gewandt, so tat dies mit gleicher Schärfe der Genosse Bebel, der im übrigen den Genossen Roske halbwegs in Schutz zu nehmen versuchte. Eine noch weniger durchschlagende Verteidigung Roskes unternahm darauf Bollmar. Er ging sogar so weit, daß er aus dem wiederholten Vorkommen der Worte: „Beifall bei den Sozialdemokraten“ im offiziellen Reichstagsbericht die ungeteilte Zustimmung der ganzen Reichstagsfraktion folgerte.

Ein sachlich höheres Niveau erlangte die Debatte erst wieder durch Kautsky, der unsere Stellung beim Ausbruch eines Krieges ebenso scharf, wie kurz dadurch entschieden wissen wollte, ob es sich um die Vertretung proletarisch-demokratischer oder kapitalistisch-autokratischer Interessen handelt. Nach einer kurzen humorvollen, glänzenden Rede Bebel's kam dann noch Henke-Dremen mit scharfen Gründen gegen Roske zum Worte.

Nach einem kurzen Schlußwort Sabelkums und nach Erledigung der Anträge zum parlamentarischen Bericht gab dann Singer in einer zusammenfassenden und doch das Wesentlichste hervorhebenden Rede seinen Bericht über den Internationalen Stuttgarter Kongreß. Darauf folgte Ledebour mit einer geschickten Rede diejenigen Genossen auf den Plan, die in Stuttgart in der Kolonialfrage eine so mißverständliche und mißdeutungsfähige Auffassung hatten aufgenommen lassen. Leider klarte die folgende, rhetorisch glänzende Rede Bebel's diese Mißverständnisse nicht ganz auf, wenngleich man es begrüßen muß, daß er wenigstens seine viel erörterte Reichstagsrede endgültig weiteren mißbräuchlichen Verwendungen verschloß.

## Vorderrussisches.

In unseren Ausführungen am Sonnabend über den neuesten Jersfurstreich, das Verbot des „Ungehens“, bemerkten wir zum Schluß, daß die Aeußerungen des stellvertretenden Jersfors Dr. Postart zu einem Interview des „Berl. Tageblatts“ nicht dem geringsten Zweifel mehr Raum lassen, daß es sich bei dieser reaktionären Maßnahme lediglich um eine borusische Liebedienerei gegenüber dem russischen Mäuerregiment handelt. Die liberalen Hoffnungen, daß am Ende doch nichts so Uamables zugrunde liegen möge, sind denn auch erloschen. Die meisten Mäther haben jetzt in dieser Sache völlig die Sprache verloren. Nur die „Berl. Volks-Zeitung“ konstatiert ehrlich, daß das Unglaubliche Wirklichkeit geworden und das Verbot tatsächlich auf die borusische Russen-Inachtenschaft zurückzuführen ist!

Man hat sich damit getrostet, daß der Jersfor v. Wasenapp in Urlaub sei, der Polizeipräsident v. Vorries desgleichen; der Herr Postart also als stellvertretender Jersfor die Entscheidung gefällt habe. Diesen Herrn möchten die Liberalen in ihrer Herzensangst um den Liberalismus der Vlodregierung nicht als maßgebend anerkennen, sondern sich einreden, daß er sicher auf eigene Faust gehandelt habe und gewiß desabonniert werde. Herr Postart aber zerstört in seinem Interview alle liberalen Illusionen in der unsanftesten Weise. Der Herr konstatiert einerseits klipp und klar, daß die Liberalen kindlich naiv sind, wenn sie es — trotz Swinemünde — nicht für möglich halten, daß Preußen noch in eine russische Satrapie sei, wie in den fünfziger Jahren; Herr Postart konstatiert ferner, daß er keine Verleumdung durch seine vorgefetzten Behörden glaubt befürchten zu müssen; er läßt deutlich erbliden, daß er durchaus gemäß den Intentionen einer hohen Regierung handle! Wir können hier den Postartischen Erguß gegenüber dem Interviewer nicht in extenso wiedergeben. Wie geben nur die Stelle, die sich auf die vorderrussischen Russen-rückfichten bezieht:

„Wenn zwischen zwei Staaten politische Annäherungsversuche bestehen wie zwischen Deutschland und Rußland, und es erscheint dann ein Stück, in dem alle amtlichen russischen Personen und alle Minister, und meiner Meinung nach auch der Zar, wenn er auch sonst edel gezeichnet ist, als inmitten der Korruption stehend geschildert werden, so muß der Jersfor Halt rufen. Denn die Möglichkeit liegt nahe, daß nach der Premiere der hiesige russische Votschafter bei unserem auswärtigen Amt Einspruch erhebt, wie das im entsprechenden Fall der Vertreter jeder anderen fremden Macht tun würde.“

Das läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und stopft allen optimistischen Zweiflern an dem Berliner Jersfurstreifer den Mund. Und so werden auch wohl die liberalen Hoffnungen auf eine Desabonierung des Herrn Postart auf den Nullpunkt sinken, wenn sie in seinen Ausführungen schließlich lesen:

„Ferner kann ich nur versichern, daß das Verbot auch erfolgt wäre, wenn Herr v. Wasenapp und der Herr Polizeipräsident anwesend waren. Ich arbeite über sechs Jahre in der Theaterabteilung, und ich bin mit den Herren stets in Jersurangelegenheiten derselben Meinung gewesen.“

Herr Postart wird nicht so ganz auf eigene Faust gehandelt haben, und er verspottet wohl nur die Optimisten, wenn er die Herren auf das Verwaltungsverfahren und das Oberverwaltungsgericht verweist. Weißt er doch in einem Atem darauf hin, daß er seine Pflicht getan und Autor und Theater vor Hoffnungen bewahrt habe, die, wenn ich das Stück erlaubt hätte, durch den eventuellen Einspruch des russischen Postkassiers zerstört worden wären. Die russische Gesandtschaft ist also demnach in Berlin die in letzter Instanz entscheidende Behörde!

Wird diesem weiteren Ausblick könnten wir die für unsere politischen Zustände so überaus charakteristische Angelegenheit für den Augenblick verlassen. Wir wollen aber nicht verabsäumen, unseren Lesern von dem tatsächlichen Hintergrund des mißliebigen Stückes einen kleinen Begriff zu geben. Das ist ja noch gestattet; denn wenn wir auch die russische Theaterzensur haben, so doch vorläufig noch nicht die russische Prezensur. Wir haben zwar nicht das englische Remoiventext zur Hand, worauf Lehmann fußt, dafür aber ein russisches von unbestrittener und unbestreitbarer Glaubwürdigkeit, dessen Autor in jener Zeit bei Hofe war. Es sind die Memoiren des Fürsten Kravotkin. Kravotkin läßt sich über die Korruption zur Zeit Alexanders II. also vernehmen:

... 1872 wurde Schuwalow (bis dahin Polizeiminister) zum Vorkassier in England ernannt, aber sein Freund, General Potapow, setzte dieselbe Politik bis zum Ausbruch des türkischen Krieges im Jahre 1877 fort. Während dieser ganzen Zeit wurden der Staatskassier, die Kronländererben, die nach dem Ausbruch in Altai eingezogenen Güter, das Vasiljengedicht in Drenburg und anderes mehr in großartigstem Maßstab und auf die schamloseste Weise ausgeplündert. Als Potapow, der in Wahnsinn verfiel, und Trepow (Petersburger Polizeipräsident) entlassen waren und ihre Nebenbuhler am Hofe sie Alexander II. in ihrem wahren Lichte zeigen wollten, kamen einige jener Skandale an den Tag und wurden vom Senat, als höchstem Gerichtshof, abgeurteilt. Bei einer solchen gerichtlichen Untersuchung stellt man fest, daß ein Freund von Potapow die Bauern eines litauischen Gutes auf schändlichste Weise des Landes beraubte und sie dann, als sie Abhilfe suchten, mit Hilfe seiner Freunde im Ministerium hatte einkerkern, zu Dutzenden auspeitschen und von den Truppen niederschlagen lassen. Es war dies eines der empörendsten Verbrechen, die sich in der russischen Geschichte, die doch bis zur Gegenwart an ähnlichen Verbrechen nicht eben Mangel leidet. Erst nachdem Wera Bassulitsch, aus Rache für die von Trepow gefohlene Auspeitschung eines politischen Gefangenen, auf diesen geschossen hatte, wurde das diabolische Verfahren seiner Partei in weiteren Kreisen bekannt und Trepow endlich entlassen. Als er dem Tode nahe zu sein glaubte, schrieb er sein Testament, wobei sich herausstellte, daß dieser Mensch, der den Joren häufig in dem Glauben erhalten hatte, er sei trotz der jahrelangen Bekleidung des einträglichsten Postens eines Chefs der Petersburger Polizei arm geblieben, in Wahrheit seinen Erben ein beträchtliches Vermögen hinterließ. Einige Herren vom Hofe hinterbrachten dies dem Kaiser, Trepow verlor all seinen Kredit, und nun kamen auch ein paar Diebstahle der Schuwalow-Potapow-Trepow'schen Partei vor den Senat. Die Betrügereien, die in allen Ministerien ausgeübt wurden, insbesondere bei Eisenbahnen und industriellen Unternehmungen aller Art waren wirklich ungeheuerlich. Fabelhafte Vermögen, erwarb man sich auf diese Weise. Die Flotte steckte, wie Alexander II. selbst einmal zu einem seiner Söhne sagte, in den Taschen bestimmter Herren. Was die vom Staate garantierten Eisenbahnen kosteten, war einfach unglücklich. Daß ein industrielles Unternehmen gar nicht ins Leben treten konnte, wenn man nicht den Beamten in diesem und jenem Ministerium eine bestimmte Lantime zusicherte, war allgemein bekannt. Einem Freunde von mir, der eine derartige Gründung in Petersburg beabsichtigte, erklärte man ungeschämt im Ministerium des Innern, er würde 25 Proz. vom Reingewinn an eine bestimmte Persönlichkeit zu zahlen haben, 15 Proz. an einen Beamten im Finanzministerium, 10 Prozent an einen anderen im selben Ministerium und 5 Prozent an einen vierten „Teilhaber“. Unweisküßel wurde dieser Handel betrieben, und Alexander II. wußte davon, wie sich aus seinen eigenen auf den Bericht des Staatskontrollieurs geschriebenen Anmerkungen ergibt. Aber er sah in den Dieben seine Beschützer gegenüber der Revolution und hielt sie, bis ihre Spitzbuben zu einem offenen Skandal wurden. ...

Ja, da liegt der Hund begraben: Alexander II. sah in den Dieben seine Beschützer gegenüber der Revolution! So steht auch Nikolaus II. in den ehrlichen Leuten vom Verbands der wahrhaft russischen seine Rathgeber, und deshalb darf im — Vorwissen ein Stück nicht aufgeführt werden, das die Spitzbuben offen „Spitzbuben“ nennt.

## Die sozialdemokratische Föderation und der kaiserliche Reuech.

London, 15. September.

Nach der „Justice“ von gestern nahm der Vorstand der Sozialdemokratischen Föderation (S. D. F.) folgende Resolution an: „Der Vorstand der S. D. F. protestiert nachdrücklich gegen die Einladung, die König Eduard VII. im Namen der britischen Nation dem deutschen Kaiser gemacht hat, und gibt seine Absicht kund, diesen Protest — wenn erforderlich — öffentlich wirkungsvoll zu gestalten. ...“

Genosse Gindman hatte in der „Justice“ vom 7. dieses Monats einen in diesem Sinne gehaltenen Artikel veröffentlicht. Gegen diesen Artikel protestieren in der „Justice“ vom 14. dieses Monats die Genossen Stanning und Rothstein. Letzterer schreibt: „Als ich letzte Woche den Artikel des Genossen Gindman las, fragte ich mich, was sei aus der Stuttgarter Resolution geworden, die allen sozialistischen Parteien die Pflicht auferlegte, alles zu tun, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. ... Gindman scheint der Ansicht zu sein, daß es nur Deutschland sei, das sich auf einen Krieg vorbereite und ihm im geeigneten Augenblick provozieren möchte. Mit dieser Ansicht kann ich nicht übereinstimmen. Was ihm als die „friedfertige“ Diplomatie König Eduards erscheint, ist in Wirklichkeit eine höchst kriegerische Diplomatie, deren Ziel es ist, Deutschland zu isolieren, so daß es beim Ausbruch der Krisis leicht erdrückt werden könnte. Gindman wird antworten, diese Einweisung sei notwendig. Aber sieht er denn nicht, daß diese Politik der Einzigung gegenüber einer Großmacht eines schönen Tages dazu führen könne — und höchstwahrscheinlich dazu führen werde — Deutschland zur Verzweiflung zu bringen und den Versuch zu machen, den magischen Ring durchzubrechen? ... Und wer kann dafür garantieren, daß diejenigen Mächte, die den Ring bilden, — besonders aber die Franzosen, — nicht eines schönen Tages das Deutsche Reich angreifen werden? ... Ich sage deshalb, es sei unrecht von Gindman, fortgesetzt auf die deutsche Gefahr hinzuweisen und gleichzeitig die herausfordernde Politik Englands und Frankreichs zu billigen. ... Und sogar das Uebereinkommen mit Rußland ist, abgesehen von allen Erwägungen,

gegen Deutschland gerichtet, insofern als Rußland jetzt freie Hand in der Türkei erhält, wo es mit den deutschen Interessen in Konflikt geraten wird. Sowie man man bereits aus den Aeußerungen der offiziellen Presse Rußlands, sowie aus dem ominösen Stillschweigen der deutschen Regierung ersehen. Sollen wir nach alledem unsere Hauptangriffe gegen Deutschland richten und den König von England als den „Gesandten des Friedens“ preisen? Ich fürchte, Gindman hat in diesem Punkte den deutschen Standpunkt nicht genügend berücksichtigt. ... Ebensovienig liegt ein Grund vor, unsere übliche Haltung der Gleichgültigkeit gegenüber monarchischen Besuchen aufzugeben und gegen den Kaiser zu demonstrieren, wenn er nach England kommt. Eine solche Demonstration könnte den beruhigenden Resultaten, die aus dem Besuche folgen mögen, entgegenarbeiten und noch mehr Kohlen auf Feuer heufen, das von den Jingos für den Tag des Völkermordes angezündet wurde.“

## Marokko.

Aus Paris wird vom 17. September gemeldet: Dem „Petit Parisien“ zufolge wird man spätestens am Freitag erfahren, ob die Bemühungen der Schaitas, die sich General Drube gegenüber verpflichtet haben, den Stämmen im Innern die Notwendigkeit der Unterwerfung klar zu machen, von Erfolg begleitet sind. General Drube verlangt außer Niederlegung der Waffen auch eine entsprechende Kontribution. — Demselben Blatt zufolge erscheint der französischen Regierung die Gesamtlage so befriedigend, daß man von Truppenverordnungen nach den Hafenstädten, wie sie noch vor acht Tagen geplant wurden, werde Abstand nehmen können. — Im Gegenzug hierzu bemerkt „Echo de Paris“ auf Grund ihm zugegangener Nachrichten aus Rabat, daß die Lage der Franzosen dort sehr bedrohlich sei, und daß die französische Kolonie alle Vorbereitungen getroffen habe, um sich auf das erste Marangzeichen hin an Bord der Kriegsschiffe zu begeben. —

General Drube telegraphiert heute: Eine nach der Küste östlich von Casablanca entsandte Reconnoissierungsabteilung ging bis auf ungefähr acht Kilometer von der Stadt vor. Sie traf auf eine 25 Mann zählende Abteilung Marokkaner, welche die zu der Reconnoissierungsabteilung gehörigen Goumiers angriffen, von diesen aber zurückgeschlagen wurden. — Die Abgeordneten der Stämme haben keine Schwierigkeit gemacht, folgende Bedingungen anzunehmen: Verbot des Waffentragens in einem Umkreise von zwölf Kilometern von Casablanca. Jeder, der diesem Verbote zuwiderhandelt, wird, unter Verantwortung der Stämme, mit einer Geldbuße von 12 Duros bestraft und im Falle des Ausbruchs neuer, gegen die Europäer gerichteter Unruhen vom Raschen bestraft. Unterworfung der Stämme. Auslieferung der Rinder vom 30. Juli. Auslieferung des Raib Had Hari Med el Hadhamon, des hauptsächlichsten Anführers der Unruhen von Casablanca. Jede Person, die Kriegsgesandten treibt, soll als Kriegsgefangener behandelt werden. Jeder Stamm soll als Geißel eine Person stellen, die aus den einflussreichsten Leuten des Stammes zu wählen ist. Ueber eine Kriegsgesandtschaft soll zwischen Frankreich und Marokko verhandelt werden. Die Abgeordneten der Stämme haben eine Frist bis Donnerstagvormittag erbeten, um den Stämmen diese Bedingungen unterbreiten zu können.

Bei diesen Friedensunterhandlungen handelt es sich nur um einige in der Nähe von Casablanca domizilierende Stämme. Die Gesamtsituation in Marokko, wo durch das französische Vorgehen Muley Hafid auf den Schild erhoben ist, wird durch solche Einzelabkommen wenig beeinflusst. —

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. September 1907.

### Dernburgs Wüstenbummel.

Einer der Proftrabanten Dernburgs, der während der Seefahrt Dernburgs joviale Herablassung und Zugänglichkeit nicht genug zu preisen wußte, läßt nunmehr in einem Berliner Blatte folgende Entrüstungsbeispiel los:

„Ueber die Interessen der Ansiedler im ganzen Schutzgebiet, die auf Dernburgs Anwesenheit gerechnet hatten, um die nötigen Maßregeln zum Ausbau ihrer Unternehmungen zu besprechen, ist der Staatssekretär glattweg zur Tagesordnung übergegangen. Er hat hier in Dar es Salam Paraden abgenommen, sich Asteris vorführen lassen, viele Diners und Pflichtleiten mitgemacht, kaum mit einem einzigen Kaufmann oder Pflanzler hat er über die Bedürfnisse des Landes gesprochen, sich von dessen Fortschritten überzeugt. Raum in ein einziges Kontor hat er seinen Fuß gesetzt! Den Leuten in Alwa, Usambara, Zonga, am Kilimandscharo ist er einfach aus dem Wege gegangen — in die Steppe. Denn dieser koloniale Theatercoup bedeutet nichts mehr als einen Raubtierdistanzritt durch eine 1000 Kilometer lange öde, glühende, wasserlose Steppe, die nur im Uebelhande einige Oasen unterbrochen. ...“

Was versteht Dernburg unter kommerzieller Entwicklung? Er will den Reger veranlassen, mehr Baumwolle zu bauen und dafür mehr europäische Handelsartikel einzutauschen. Das bedeutet nichts anderes als eine weitere Stärkung der Position der Juder, die den Zwischenhandel zwischen den Handelsgesellschaften und den Regern beherrschen, und eine weitere Herabdrückung der Ansiedler, von denen noch viele im Anfang ihrer Kulturarbeit schwer um ihre Existenz ringen. Das bedeutet die Abhinderung von der Zuwanderung neuer Ansiedler.

Für den wohlwollendsten Staatssekretär und den noch forpulenten Oberst Knabe mag dieser 50-tägige Wüstenbummel eine Marienbader Kur ergeben. Aber dazu opfert zuletzt der deutsche Steuerzahler nicht die Hunderttausende, die diese seltsamste aller Ministerreisen kosten dürfte, welche das in der Kolonie so reichlich vorhandene böse Blut tonnenweise vermehren wird.“

Es zeigt sich also sogar in Ostafrika, daß Klasseninteressen existieren! Die Plantagenbesitzer möchten Förderung ihrer Interessen finden und eine Art Produktionsmonopol für sich geschaffen sehen. Desgleichen die weissen Händler, die die indischen Händler an die Wand gedrückt sehen möchten, einerlei, was dabei aus dem ostafrikanischen Handel überhaupt werden würde.

Dernburg dagegen fühlt sich als Vertreter der Bankokratie. Er will durch den Bau riesiger Eisenbahnlinien dem Kapital deutscher Banken profitabile Anlagemöglichkeit verschaffen, wobei freilich der Staat die Pingsgarantien übernehmen soll! Ihn kümmern die Plantagenbesitzer nicht, ihm kommt es auf die Rußbarmachung des in den Banken vereinigten Großkapitals, auf die Wahrnehmung der Interessen der Bankiers an!

Die kleinen Ausbeuter in Ostafrika revoltieren nun gegen die großen Ausbeuter! Wie selbst stehen dem ganzen Krieg sehr kühl gegenüber. Die Ausbeutewirtschaft der Plantagenbesitzer füßt sich auf die skandalöse Ausnutzung der Arbeitskraft der Eingeborenen, denen ein Lohn von 1 Pfennig, ja 1/2 Pfennig pro Tag gezahlt wird. Auch können wir ihr

Usurpatorenrecht gegenüber den indischen Händlern nicht anerkennen. Aber auch Dernburgs Börsenspekulationen stehen wir ebenso ablehnend gegenüber. Wenn er sich und seinen Freund Rathenau durch seinen Wüstenbummel davon überzeugt, daß der Bau einer oder etlicher Wüstenbahnen die Verzinsung für ein Anlagekapital von diversen Hundert Millionen abwerfen wird, so mögen die interessierten Börsenkreise diesen Wüstenbau getrost unternehmen. Entschieden jedoch verwahren wir uns dagegen, das Reich für diese Wüstenbahnen zu engagieren!

Möglichstweise kommt es im Reichstag noch zu netten Zusammenstößen zwischen den Kolonialausbeutern des Klein- und Großkapitals. Vielleicht aber kommt doch schließlich ein Kompromiß auf der „mittleren Linie“ zustande. Hat doch das „Berl. Tagebl.“ kürzlich ausgeführt, daß durch die von Dernburg geforderten Eisenbahnbauten 50000 eingeborene Karawanenträger um ihre Existenz gebracht werden würden und daß diese „Freigesetzten“ dann von den Plantagenbesitzern umso wohlfeiler als Arbeitskräften ausgebeutet werden könnten!

### Der unbertwundbare Freisinn.

Die „Voss. Ztg.“ triumphiert, daß es am Sonntag den neun Festrednern gelungen ist, alle etwaigen Oppositionsgelüste gegen die Außenhandelspolitik der freisinnigen Führerschaft apokryphisch einzuschälfen. Der „Vorwärts“ ärgerte sich offenbar böß darüber, daß es nicht zu dem von ihm gehofften „solemnem Skandal“ gekommen sei.

Die gute Tante Voss irrt sich gründlich! Durch die Vorschlagung à la Dernburg ist die Position der Sozialdemokratie gegen den Freisinn außerordentlich verbessert worden. Denn die wahrhaft demokratischen Elemente des Freisinn — deren es unter den nicht beiseigenden Schichten des Freisinn zweifellos gibt — werden nach dieser traurigen Demonstrationenkomödie des Freisinn und den schönen sozialistischerischen Reden der Herren Wiener, Fischel und Müller-Meinungen umso eher begeifern, wie wenig sie vom Freisinn zu erwarten haben! Die „Voss. Ztg.“ mag bramarbasieren: Die Sozialdemokratie kann Rechenschaft fordern, so viel sie will; die proletarische Wahlrechtskampagne wird ihren Gockant früh genug zu Fall bringen!

Demeritwert für die an Majochismus grenzende Blockverteidigung der „Voss. Ztg.“ ist es, daß sie zwar gegen die angeblichen Beschimpfungen des „Vorwärts“ und der „Germania“ protestiert — wobei sie ebenso ehrlich wie Herr Fischel das Wort vom „Klapperbeinigen“ Freisinn als sozialdemokratische Prägung ausgibt, während es doch von dem dem Freisinn nahestehenden Herrn v. Gerlach gemünzt worden ist! —, aber kein Wort des Tadels findet für die mehr als bodenlose Bloßfegung ihrer Versammlung, die sich das Agrarierorgan, die „Deutsche Tageszeitung“ geleistet hatte!

Was sich so indolent liebt, nimmt sich keine Redereien nicht übel! —

### Kadavergehorsam.

Der römische Korrespondent der „Germania“ hat in der Jnderangelegenheit mehrfach seinem Blatt in einer Weise berichtet, die der hohen römischen Kurie nicht gefiel. Er wird deshalb, wie liberale Zeitungen zu berichten wissen, nicht nur im Vatikan nicht mehr zugelassen, sondern die „Corr. Rom.“ sagt auch offen die „Germania“ an, sie intrigiere gegen den Kardinalstaatssekretär. Darüber fühlt sich die „Germania“ tief gekränkt und mit der ihr eigenen Demut vor den Wünschen Roms beteuert sie, daß sie sich bessern wolle!

Die „Corr. Romana“, schreibt sie, stützt ihre Vorwürfe lediglich auf Briefe unferes — auch katholische Blätter Cesterrelas bedienenden — römischen Mitarbeiters, worin die sogenannte antikerikale Bewegung, ihre Ursachen und ihre Bedeutung anders beurteilt worden sind als in einem Teil der römischen Presse. Jrgend einen Angriff auf den Kardinalstaatssekretär haben wir unfererseits darin nicht gefunden, und wenn wir einen solchen darin gefunden hätten, hätten wir ihn selbstverständlich nicht durchgehen lassen, denn wir gehören nicht, wie die „Corr. Rom.“ lebendwüdig andeutet, zum „freimaurerisch-sozialistischen Bund“. Was die Persönlichkeit unferes römischen Mitarbeiters angeht, über den die „Corr. Rom.“ sich noch ausläßt, so haben wir sofort Schritte getan, um darüber Klarheit zu schaffen.“

Man kann schon heute voraussetzen, daß, wenn die römische Kurie es verlangt, die „Germania“ schon sehr bald durch die von ihr angekündigten Schritte zu der „Arbeit“ kommen wird, daß ihr römischer Korrespondent gefehlt hat und deshalb für sie nicht weiter korrespondieren kann. —

### Eine ungeschickte Audebre.

Unsere Koliz „Videant consules“ beantwortet die Frankfurter „Vollstimme“ in einer qt. gezeichneten Entgegnung damit, daß wir uns ohne Veranlassung die rote Robe des Anklägers umgehängt hätten, da der betreffende Artikel der Frankfurter „Vollstimme“ nicht aus der Redaktion, sondern von einem Pariser Mitarbeiter stamme, was uns wohl entgangen sei. Selbstverständlich ist uns das nicht entgangen. Nur waren wir bisher der Ansicht, daß eine Redaktion genau so für die — ohne redaktionelle Verwahrung — veröffentlichten Artikel ihrer Korrespondenten verantwortlich ist, wie für ihre eigenen Arbeiten! Und der Artikel war ohne jegliche Verwahrung des Frankfurter Parteiblattes abgedruckt worden.

Eine ebenso ungeschickte Audebre ist es, wenn qt. darauf hinweist, daß die Frankfurter „Vollstimme“ ja am 9. September einen entgegengelegten Standpunkt vertreten habe, wie der von dem Korrespondenten entwickelte. Denn der Artikel des Korrespondenten erschien zwei Tage später, am 11. September! Obendrein wendet sich die angeblliche Stellungnahme der Frankfurter „Vollstimme“ gar nicht einmal gegen die von dem Korrespondenten vertretenen mehr als eigentümlichen Auffassungen!

Den Gipfel des Ungeschicks erklimmt aber qt., wenn er schreibt: „Der will der „Vorwärts“ etwa behaupten, es sei parteischädigend, einmal eine andere Meinung als die seine anzuhören? Meint er, unsere Leser interessieren es nicht, zu hören, wie ein Deutscher in Paris über die Marokkoverwirren denkt? Fehler sind doch schließlich dazu da, daß sie gemacht werden, und selbst eine Diskussion über die Quadratur des Kreises kann unter Umständen für die Beteiligten von viel größerem Nutzen sein, als die selbstgefällige, alles besser wissende Abschließung von Diskussionsgegenständen, deren „janzte Richtung einem nun einmal nicht paßt.“

Also erst verwahrt sich die Frankfurter „Vollstimme“ gegen den Verdacht, die Ansichten des Korrespondenten zu teilen, und dann nimmt sie diese Ansichten gegen die des „Vorwärts“ in Schutz! Als ob es sich um den Standpunkt des „Vorwärts“ handle und nicht vielmehr um den der Sozialdemokratie überhaupt!

Schließlich sind wir allerdings so selbstgefällige Bestreuer, daß wir es für eine geradezu unglückliche Ansicht halten, lediglich der „Diskussion“ wegen von einem „Deutschen“ in Paris Meinungen unnterworsprochen vertreten zu lassen, über die es für die deutsche Sozialdemokratie ihren ganzen Grundsätzen und ihrer ganzen Vergangenheit nach platterdings keine Diskussion geben kann! Wir huldigen — und mit uns sicherlich die

ganze Partei — vor Auffassung, daß sozialdemokratische Blätter sozialdemokratische Ansichten zu vertreten haben, nicht aber die eines „Deutschen“ in Paris, dem die „junge Richtung“ der deutschen Sozialdemokratie nicht paßt!

### Ezzellenz Becker.

Ezzellenz Becker, der Oberbürgermeister von Köln, hat sich von der Stadterordnetenversammlung verabschiedet. Herr Becker, der die Siebzig überschritten hat, zieht sich für den Rest seiner Jahre ins Privatleben zurück. 21 Jahre hat er an der Spitze der Kölner Verwaltung gestanden. Als er, der Nachfolger des „roten Becker“, sein Amt in der rheinischen Hauptstadt antrat, hatte Köln 160 000 Einwohner, eine Zahl, die sich unter seiner Amtsführung fast verdreifacht hat. Der Zunahme der Bevölkerung entspricht die Veränderung, die Köln in seiner baulichen Ausdehnung, in der Erweiterung und Vermehrung seiner öffentlichen Anlagen und Einrichtungen, in der Belebung und Modernisierung des Großstadtbildes erfahren hat. Diese Entwicklung soll, wie Oberbürgermeister Becker in seiner Abschiedsansprache an die Stadterordnetenversammlung veranschaulicht, nicht aufhören und er zählt — als ein „feierliches Vermächtnis“, wie die „Kölnische Zeitung“ schreibt — die Aufgaben her, die der Stadt in der nächsten Zeit zu erfüllen vorbehalten sind. Da ist die zweite Stadterweiterung durch Erwerb der bisherigen Umwallung, die Schaffung von öffentlichen Anlagen und Spielplätzen, die Einführung der offenen Bebauung, die Errichtung einer Festhalle, Anlegung eines Baufonds als Schutzmittel gegen die fortgesetzte Rückwirkung neuer Anleihen usw. „Nur wenn Sie diese Dinge“, so schloß Herr Becker, „unentwegt im Auge behalten, wird es Ihnen möglich sein, die Entwicklung der Stadt und die Wohlfahrt der Bürgerschaft auch in Zukunft, und zwar ohne wesentliche Erhöhung der Kommunalsteuern, wie bisher zu fördern.“

Herr Becker hat in Köln geendet, wie er begonnen hat. Der Sorge um den Geldbeutel, die um so empfindlicher ist, je größer der Beutel ist, galt sein letztes Wort, wie ihr auch der Hauptteil seiner Amtstätigkeit gegolten hat. Der Bürger zählt für den bisherigen Oberbürgermeister nur als Steuerzahler, und was er tat und unterließ, war abhängig von der Erwägung: „Wie wirkt es auf den Steuerzettel.“ Deshalb die mangelnde Initiative der Kölner Verwaltung, die klägliche Scheu vor allem, was über die Nasenspitze des Bureautratten hinausgeht, deshalb besonders die philisterhafte Enthaltensamkeit auf sozialpolitischem Gebiete, wie sie einer Stadt von der Größe, der Bedeutung und dem Reichtum wie Köln so übel ansteht.

Anstatt daß die drittgrößte Stadt der Monarchie den anderen Gemeinden durch eine weitsichtige und großzügige Sozialpolitik voranleuchtete, blieb sie auf diesem Gebiete, dank der bureaukratischen Auffassung ihrer Verwaltung und dem Pfenniggeist des liberal-ultramontanen Parteienganges, hinter zahlreichen kleineren und weniger reichen Gemeinden zurück. Und wenn sich der künftige Oberbürgermeister von Köln nach den Anweisungen richtet, die ihm Herr Becker in seinem „feierlichen Vermächtnis“ hinterlassen hat, wird's nicht besser werden. Nicht mit einem Wort berührt die oberbürgermeisterliche Ezzellenz das Gebiet der gemeindepolitischen Aufgaben, auf dem eine Stadt allein beweisen kann, ob sie ihren Beruf als modernes Gemeinwesen erfüllt hat: die Sozialpolitik, die Arbeiterfürsorge.

### Der sich agrarisch mausernde Freisinn.

Wir haben es gebührend geäußert, daß der Parteitag der Freisinnigen Volkspartei den aus Berlin gestellten Antrag, die den Brotwucher hervorruhenden Rölle wenigstens zeitweilig außer Kraft zu setzen, beiseite geschoben hat, und das zu einer Zeit, wo sich zu dem Rietzwucher, dem Kohlenwucher, dem Fleischwucher auch noch eine Verteuerung des Brotes und der Kartoffeln gesellt hat!

Diese agrarische Mauserung des Freisinns wird von dem national-liberalen Dr. Hugo Wötter im „Tag“ gebührendermaßen gefeiert! Der Herr schreibt:

„Auch in der Auffassung agrarpolitischer Probleme scheint sich ein Umwandelung anzubahnen, indem ein mächtiger Schutzwall zugunsten des Bauerntums auch von freisinniger Seite offiziell zugestanden werden soll. Der „Vorwärts“ sieht die Tage kommen, wo er und der Handelsvertragverein die letzten Rudimente des Cobdenkults in Deutschland bilden werden; vorläufig gibt er seiner Enttötung darüber einen sehr lauten Ausdruck, daß die Volkspartei gewillt zu sein scheint, das Gerüde vom volksmörderischen Kornwucher bei H. W. Getreidezölle (!) endgültig zu verabschieden. Die Volkspartei wird es ja selbst merken, ob sie mit einer den Volksbedürfnissen entsprechenden Politik nicht besser vorankommen wird, als mit Doktrinen, an die kein Mensch mehr glauben kann, weil alle Tatsachen bisher dagegen gesprochen haben.“

Die Agrarier schmunzeln also zu dieser Mauserung des Freisinns — und die Proletarier mögen sich eben den Hungerriemen enger schnallen!

### Änderungen im Postverkehr.

Am 1. Oktober tritt der Weltpostvertrag von Rom in Kraft, durch den verschiedene Änderungen im internationalen Postverkehr herbeigeführt werden. Nach einer vom Reichspostamt an die Postämter erlassenen Verfügung gilt künftig für Briefe aus Deutschland nach dem Auslande eine Lage von 20 Pf. für die ersten 20 Gramm und 10 Pf. für jede weiteren 20 Gramm. Postkarten müssen im Weltverkehr aus Karton oder aus Papier hergestellt sein, das fest genug ist, um die Handhabung der Karten nicht zu erschweren. Die Ueberschrift „Postkarte“ ist nicht mehr erforderlich. Sie müssen mindestens 10:7 Centimeter groß sein. Als Geschäftspapiere werden auch angesehen offene Briefe oder Postkarten älteren Datums und nichtkorrigierte Schülerarbeiten. Als Warenproben sind auch zugelassen einzelne Schlüssel, abgeschliffene frische Blumen, Tabak mit Serum und Chemikalien, die durch die Art ihrer Zubereitung und Verpackung unschädlich gemacht worden sind. Auf den Weihnachts- und Neujahrskarten kann der Absender mit höchstens fünf Worten oder den üblichen Anfangsbuchstaben gute Wünsche, Glückwünsche usw. handschriftlich hinzufügen. Die Postverwaltungen der außereuropäischen Länder können die Uebernahme der Postpflicht für Einschreibsendungen nicht mehr ablehnen. Die neuen Antwortscheine für 25 Pf. erhalten bei der Ausgabe den Tagesstempel. Fremde Scheine werden gegen 20 Pf. in Briefmarken umgetauscht. Bei neuen Briefstagen wird auch auf Briefe mit Wertangaben angewandt.

Umfangreiche Erleichterungen finden auch im Paketverkehr statt. Der Höchstbetrag der Nachnahme ist bei Briefsendungen, Wertbriefen und Wertkästen auf 500 M. festgesetzt. Für Postaufträge wird ein neues, aus zwei Teilen bestehendes Postauftragsformular eingeführt.

### Italien.

#### Die Inquisition.

Rom, 16. September. Die neue päpstliche Enghilfa führt den Titel „De Modernistarum Doctrinis“ (Die Lehren der Modernisten), ist vom 8. September datiert und beginnt mit den Worten: „Pasce domini gregis“ (Der zu weidenden Herde des Herrn). Der „Tribuna“ zufolge haben an derselben mehrere Theologen der Inquisitionskongregation mitgewirkt; den über die Disziplin handelnden Teil habe der Papst selbst verfaßt.

#### Immer neue Polizeifandale.

Rom, 17. Sept. (Sig. Ver.) Die Erhebung über die Unregelmäßigkeiten unter dem Polizeipersonal von Neapel bringen täglich tollere Standalgeschichten ans Licht. So soll z. B. ein Polizeikommissar Namens Ippolito in verbrecherischer Weise seine Amtsgewalt zum Schaden eines jungen Dienstmädchens mißbraucht haben. Das Mädchen, das noch minderjährig war, war in schlechte Hände gekommen und verführt worden. Es sollte darauf in seinen Heimatort abgeschoben werden, und die Angelegenheit wurde dem Polizeikommissar Ippolito anvertraut. Dieser aber brachte die Arme in ein schlechtes Haus und benutzte sie geschlechtlich! Als er nach einigen Monaten ihrer müde war, übergab er sie einer Wädchenshändlerin!! Heute befindet sich die Arme in einem Neapolitaner Hospital...

Der so schwer beschuldigte Polizeibeamte hat sich seinerseits durch Enthaltungen revanchiert. So sagt er u. a. eine Abteilung der Kavallerie Neapels an, einen Handel mit falschen Pässen betrieben zu haben.

Wie man sieht, herrschen bei uns zu Lande recht idyllische Zustände.

### Holland.

#### Demonstration für das allgemeine Wahlrecht.

Amsterdam, 16. Sept. (Sig. Ver.) Wie alljährlich vor Eröffnung der Zweiten Kammer, so veranstaltete das für diesen Zweck im Niederländischen Komitee für das allgemeine Wahlrecht organisierte holländische Proletariat auch diesen Sonntag mit einem Landesmeeting auf dem „Schuttersveld“ zu Rotterdam und darauffolgendem Umzuge durch die Stadt seine diesjährige Wahlrechtsdemonstration. Von Jahr zu Jahr wird diese umjünglicher und bedeutender. Immer mehr Organisationen und Besucher nehmen an ihr Teil; ihr Einfluß auf alle bürgerlichen Parteien wird zusehends kräftiger, so daß keine der letzteren sich mehr der Behandlung der Wahlrechtsfrage entziehen kann. Auch in ihren Reihen fangen die ihr noch anhängenden proletarischen Elemente an, auf Erfüllung dieser Forderung des arbeitenden Volkes zu drängen. Die jährliche, immer weitere Kreise ergreifende Bewegung hat also ihre Wirkung nicht verfehlt, und die jetzige Regierung wird demnächst mit dem Antrage auf Verfassungsänderung vor die beiden Kammern treten, um durch Ausübung des dem allgemeinen Wahlrecht im Wege stehenden Art. 80 die Einführung desselben zu ermöglichen.

Die Rotterdammer Demonstration, von herrlichem Wetter begünstigt, war die glänzendste, die großartigste, die das holländische Proletariat je abgehalten hat, seitdem es eine klassenbewusste Arbeiterbewegung in diesem Lande gibt. Dies erweist schon aus den Zahlen, denen wir in Klammern die der vorjährigen, zu Amsterdam abgehaltenen Demonstration gegenüberstellen. Auf dem Meeting waren mehr als 850 (700) Organisationen durch 1500 (1100) Delegierte vertreten, während überdies noch 50 Organisationen, die aus Geldmangel keine Delegierten senden konnten, ihre Sympathie bezeugt hatten.

Es nahmen 21 (16) Landesvereine teil mit einer Gesamtmitgliedszahl von 60 000 (36 000). Hieron ist die Sozialdemokratische Arbeiterpartei die einzige politische Organisation, die übrigen sind Gewerkschaftsverbände, die sich immer mehr beteiligen. Von letzteren fehlen nur noch der Verband der Zimmerleute, der Hafnarbeiter, der Topographen und der Volksschullehrer, welche letzterer sich auf Betreiben seiner bürgerlichen Elemente, allerdings unter Anführung einiger die sogenannten „Neutralität“ der Gewerkschaften vertretenden „Sozialdemokraten“, vom Wahlrechtskomitee abschied. Wenn jedoch die Zeichen nicht trügen, dann wird diese Verwirrung in Wäde wieder gutgemacht sein, und es werden überdies auch die noch fehlenden übrigen Gewerkschaftsverbände sich dem Kampfe ihrer Klassengenossen für das allgemeine Wahlrecht anschließen. Mehrere ihrer Abteilungen machten schon die diesjährige Demonstration, teilweise zum ersten Male, mit!

Auf dem „Schuttersveld“ war ein buntes Treiben; nach Schätzung 12 000 Besucher. Von 8 Tribünen richteten 10 Genossen, eine Genossin und eine Bürgerliche das Wort an die Massen. Aus allen Teilen des Landes waren die Wahlrechtsdemonstranten erschienen, und die Anwesenheit der vielen Frauen bewies, daß diese immer mehr den proletarischen Klassenkampf verstehen lernen.

Der nach Ablauf des Meetings veranstaltete 2½ Stunden dauernde Umzug durch bürgerliche sowie proletarische Stadtteile Rotterdams war denn auch die imposanteste Kundgebung dieser Art, die je in Holland von den Arbeitern veranstaltet worden ist. Die Zahl der Teilnehmer war gleichfalls wieder größer als je zuvor: man schätzt sie auf 17 000. Tausende und Abertausende standen zudem am Weg entlang und ließen den Zug voller Teilnahme passieren. Die zahllosen roten Fahnen, Banner und Inskripten erhöhten den Eindruck. Musikkorps spielten die sozialistischen Lieder, die die Demonstranten mitsangen. Die Straßenbahnen hatten den Verkehr eingestellt, um den Zug ungehindert marschieren zu lassen, der in der ausgezeichneten Weise verlief, da kein einziger Polizist Teilnehmer noch Zuschauer belästigte. Nur vor dem Zuge ritten 10 Polizisten, „um freie Bahn zu halten“. Bemerkenswert im Zuge besonders die große Anzahl von Gemeindearbeitern, die verschiedenen Frauenklubs, Dienstmägden, Landarbeiter, 75 Marineoldaten mit einem Unteroffizier an der Spitze, ungefähr 30 Matrosen und vereinzelt auch Soldaten, alle in Uniform und die sozialistischen und Wahlrechtslieder mitsingend.

Noch mehr als die vorjährige, hat diese riesige Demonstration den Herrschenden den unwandelbaren Willen des holländischen Proletariats vor Augen geführt, daß es sich seine Rechte nicht mehr dorenhalten läßt.

### Amerika.

Die Eisenbahnfinanzen sind nach einem jüngst veröffentlichten Bericht in einem Finanzblatt recht günstige zu nennen. Da die Eisenbahnfrage eine politische geworden ist, wird allen Veröffentlichungen über das Eisenbahnwesen ein erhöhtes Interesse in der Öffentlichkeit entgegengebracht. Der erwähnte Bericht beschäftigt sich mit den Eisenbahnfinanzen des Jahres 1906; es wird dargelegt, daß das Reineinkommen der Bahnen in den Vereinigten Staaten in diesem Jahre um 104 728 274 Dollar stieg; ihre Bruttoeinnahmen waren um 224 442 516 Dollar gestiegen. Ueber 71 Millionen Menschen mehr benutzten die Bahnen als im Jahre zuvor, und die Frachten nahmen um ungefähr 200 Millionen Tonne zu. Das Geschäft hob sich also im Jahre 1906 auf der ganzen Linie außerordentlich. Der Wert der Eisenbahnen wird auf 17 624 381 633 Dollar veranschlagt. Die Bahnen hatten am 31. Dezember 1906 eine Länge von 222 035,18 englischen Meilen. Im Laufe des Jahres waren 5204,16 Meilen gebaut worden. Der Wert der Bahnen soll in dem einen Jahre um 1 242 500 810 Dollar zugenommen haben, und der Ueberfluß ihres Wertes über ihre Schulden soll 706 014 237 Dollar betragen: eine Zunahme von 41 885 443 Dollar während des Jahres. Die Passagiergebühren betrug durchschnittlich 2,01 Cent (etwa 9 Pf.) pro englische Meile. Im Jahre 1907 sind die Bruttoeinnahmen der Bahnen bis jetzt wieder beträchtlich gestiegen; nicht so die Ueberschüsse; es wird jetzt mehr als früher für Materialien und auch an Löhnen gezahlt.

### Roeren kontra Geo Schmidt.

Röln, 17. September.

In dem Beleidigungsprozeß des Oberlandesgerichts rates a. D. Roeren in Köln gegen den Bezirksanwältmann a. D. Geo Schmidt in Berlin, welcher heute vor dem hiesigen Schöffengericht seinen Anfang nahm, ist gegen Schmidt Anklage erhoben wegen eines im Dezember 1906 in der „National-Zeitung“ sowie in der „Täglichen Rundschau“ unter der Ueberschrift „Offener Brief an den Oberlandesgerichtsrat Roeren“ veröffentlichten beleidigenden Artikels. Der Angeklagte hat gegen den Privatkläger Widerklage erhoben auf Grund einer von diesem gehaltenen beleidigenden Rede. Wegen der Broschüre „Schmidt kontra Roeren“ ist nicht Anklage erhoben. Der Angeklagte bestreitet die Beleidigungsabsicht; er sei zu der Veröffentlichung der Artikel gezwungen gewesen, weil Roeren im Reichstage so schwere Beschuldigungen gegen ihn erhoben und trotz Aufforderung durch seinen, Schmidts, Rechtsanwalt, einen öffentlichen Widerruf unter den verschiedensten Ausflüchten verweigert habe. Er, der Angeklagte, habe seine Existenz und seine Ehre gelämpft und freiwillig den Abschied aus dem Staatsdienste genommen. Darauf gelangten die Reichstagsreden des Privatklägers sowie des Staatssekretärs Dernburg zur Verlesung.

In der Nachmittagssitzung werden die einzelnen vom Abg. Roeren im Reichstage vorgebrachten Fälle verhandelt. Der erste Fall betrifft die Abeteleute. Der Abg. Roeren hatte Schmidt beschuldigt, 40 alte Abeteleute mit einem dicken Stock mißhandelt zu haben. — Vors.: Herr Schmidt, wollen Sie behaupten, daß diese Beschuldigungen des Herrn Roeren un wahr und wider besseres Wissen gebraucht sind? — Angekl. Schmidt: Jawohl, das behaupte ich. — Vors.: Durch welche Zeugen wollen Sie das beweisen? — Vert. Rechtsanwalt, Wedderick: Der Herr Privatkläger hat betont, daß er alles, was er vorbringen werde, aus den Gerichtsakten beweisen könne. Er hat dann die Aussage von drei schwarzen Zeugen verlesen, aber nicht eines weißen Zeugen und nicht des Unehagen, der die Strafen vollstreckt hatte. Wenn Herr Roeren nun die Akten besah, und wenn er die Aussagen der Entlassungszeugen verschwiege, so hieß das wider besseres Wissen handeln. — Roeren legt einen Stock vor und führt aus: Ich glaube, daß der Herr Besagte sich die Sache nicht so leicht machen darf und daß er angeben muß, welche Punkte falsch und wider besseres Wissen gemacht sind. Was die Aussagen des Unehagen betraf, so habe ich die Aussagen von vier Zeugen angeführt, die blutig geschlagen sind. Ich konnte nicht alle Einzelheiten im Reichstage vortragen. Hätte ich übrigens Unehagen für geeignet gehalten, die übereinstimmenden Aussagen von vier Zeugen zu widerlegen, so hätte ich seine Befundungen natürlich vorgetragen. Mir war aber nur daran gelegen, und darauf kam es ja auch an, festzustellen, daß die Leute blutig geschlagen waren. — Rechtsanwalt, Wedderick: Der Herr Privatkläger sucht seine Handlungsweise in ein anderes Licht zu stellen, als sie bei jedem denkenden Menschen erscheinen muß. Wenn er solche Anschuldigungen vorbringt, dann darf er nicht entlassende Aussagen unterdrücken. Wenn man das nicht tut, so handelt man eben — falsch und wider besseres Wissen. — Schmidt: Die Abeteleute hatten sich geweigert, einen Baum einzuzwängen, der gegen Beschuldigungen geschützt werden sollte. Sie waren dazu von der katholischen Mission aufgehetzt worden. Ich ließ die Leute kommen und verhängte über sie Strafen von 6 bis 15 Stockhieben, einige ältere Leute und einige, die krank waren, ausgenommen. Herr Roeren hat von Grausamkeiten gesprochen. Was geschah ist, war nichts als die zulässige, gesetzliche Strafvollstreckung.

Der Rechtsbeistand des Abg. Roeren führt aus: Was soll eigentlich un wahr sein? Herr Roeren hat nicht den Stock, mit dem geschlagen worden war, vorgezeigt, sondern nur einen Knüttel, wie sie eben dazu gebraucht werden. Der Rechtsanwalt weist den Stock vor. — Abg. Roeren: Es ist in der Broschüre gesagt worden, der Stock sei im Berliner Tiergarten oder im Kölner Stadtpark geschnitten worden. Das ist nicht wahr. Der Stock ist mir aus Lugo geschickt worden mit der Bemerkung, daß mit einem solchen Stock geprügelt worden sei. Es ist von dem verstorbenen Assessor Tich von Städten und Ruten gesprochen worden. Um zu zeigen, welcher Art diese Städte waren, legte ich im Reichstage einen solchen Stock vor. Hier ist er. (Abg. Roeren legt einen etwa 2½ bis 3 Finger dicken, krummgehogenen Knüttel auf den Gerichtstisch.) — Als Zeuge wird dann Wächermacher Unehagen vernommen. Er schildert den Vorfall in Atarpane im Januar 1903 in derselben Weise wie Schmidt. Dieser habe ihn beauftragt, Ruten schneiden zu lassen. Er habe hinzugefügt, daß darauf geachtet werden solle, daß nichts passiere und die Leute nicht „durchgeschlagen“ werden. — Vors.: Das hat Herr Schmidt ausdrücklich gesagt? — Zeuge: Jawohl, ich erinnere mich genau, daß er sagte: Achten Sie darauf, daß nichts passiert. Sie wissen, wie ich mit der Mission arbeite. Wenn etwas passiert und ein Mann „durchgeschlagen“ wird, macht man gleich eine große Sache daraus. — Vors.: Waren die Städte so stark wie dieser? — Zeuge: Nein, es waren frische Berlen, etwa wie mein Finger dick. Es war ganz weiches Holz. Nach 5 bis 6 Schlägen fingen die Städte an, sich unten zu spalten. Die Leute erhielten durchschnittlich 5 bis 10, einige auch 12 bis 15 Schläge; nur einer, der frech war, und beim Prügelein lachte, erhielt 20 bis 25 Schläge. Ich zählte und Herr Schmidt, der etwas entfernt saß, rief jedesmal, wenn es genug war. Er fragte mich auch, ob keine „durchgeschlagenen“ sei, was ich verneinte. Zwei bis drei hatten kleine Hautverletzungen, was aber nicht als „durchgeschlagen“ zu bezeichnen war. — Vors.: Die Haut hing also nicht in Fäden hinunter? — Zeuge: Nein, bewahre. — R.-A. Schreiber: Es waren doch aber Hautverletzungen vorhanden? — Zeuge: Aber nur ganz geringe, es rührt das von der Art der Ausführung der Schläge her. R.-A. Schreiber: Wurde nicht auch ein Mann getuschelt, der sich zur Arbeit angeboten hatte? — Zeuge: Das ist richtig, aber der Mann hatte selbst Schuld, denn er hätte sich ja melden können. Als Herr Schmidt nachher davon erfuhr, sprach er vor den Leuten sein Bedauern aus und sagte: Auch die Schwarzen sollten nur zum Gehoriam angehalten werden, wir seien nicht gekommen, sie auszufragen, sondern um sie in bessere Verhältnisse zu bekommen. — J.-M. Gammerschlag: Aber die Schläge hatte der Mann weg. (Geisterleit.) — Zwischen den Parteien entspannen sich dann längere Auseinandersetzungen über die Berechtigung des Besagten, Zuchtigungen zu verhängen und über die Frage, ob er nicht verpflichtet gewesen wäre, Protokolle und ein schriftliches Urteil zu machen. — Angekl. Schmidt: Ich hatte das Recht der Strafvollstreckung, wenn ich jedesmal ein Protokoll hätte aufnehmen sollen, hätte ich zehn Sekretäre haben müssen. Das geschah nur bei größeren Strafen, sonst war das Verfahren summarisch. Ich war Chef eines Distrikts, so groß wie das Königreich Württemberg und hatte 150 000 Einwohner unter mir. — J.-M. Gammerschlag: Auf welches Delikt hin wurden denn die Leute verurteilt und geprügelt? — Schmidt: Wegen Unbotmäßigkeit und Zusammenrottung, die sie infolge Aufhebung durch den Missionsvorstand begangen hatten. — Rechtsanwalt, Schreiber: Gerichtsassessor Tich sagte das aber anders auf, er leitete ein Verfahren wegen Ueberschreitung der Amtsgewalt gegen Schmidt ein. Schmidt hatte sich damit ausgedrückt, daß ein Kriegszustand vorlag. — Schmidt: Es lag nämlich Zusammenrottung vor, also gewissermaßen ein Kriegszustand.

Zeuge Geometer Paul Arendt (Weißensee bei Berlin) war damals in Afrika. Ihm waren drei oder vier Leute nach der Exekution zur Wegearbeit zugewiesen worden. Er hat sie in Gemeinschaft mit einem schwarzen Geilgehäfen angesehen und nur bei einem einzigen eine ganz kleine Wunde bemerkt. — Kammergerichtsrat Wilde ist mit noch zwei preussischen Richtern vom Kolonialdirektor Dernburg im vorigen Jahre mit der Untersuchung der Kolonialvorgänge betraut worden. Ihm wurden alle Akten, auch die Geheimakten, zur Verfügung gestellt. Herr Dernburg habe ihm ausdrücklich vorher eingeschärft, keinerlei Rücksicht auf

irgend jemand zu nehmen. Aus den Akten ergebe sich, daß bereits 1904 eine Untersuchung gegen Schmidt angeordnet worden sei und verschiedene Leute vernommen worden waren. Die Kolonialverwaltung hatte damals bezüglich der Abeteleute keinen Anlaß gefunden, gegen Schmidt einzuschreiten. Es wurde angenommen, daß er zur Züchtigung berechtigt, und daß sie nicht übermäßig war. Es lag damals die Aussage Ineshagen vor. Inzwischen ist ein Novum hinzugekommen. Dieses Novum war der Stoch, den Herr Koeren im Reichstag vorgebracht hat. Aus diesem Grunde ist die Kommission bezüglich der Abeteleute noch nicht zu einem Ergebnis gelangt, da man erst das Wiedernahmeverfahren in Lome in dem Falle des wegen Verleumdung des Beflagten Schmidt beurteilten Paters Müller abwarten will. — Als letzter Zeuge wird Rechtsanwalt Curt (Köln) vernommen. Er befand sich 1905 und 1906 in Afrika und war in der Gerichtsverhandlung Vertreter des Vaters Müller, der wegen Verleumdung angeklagt war. Herr Schmidt war Nebenkläger. Es kamen dabei die Züchtigungen der Leute zur Sprache. — Vorf.: Wie lange war das nach der Züchtigung? — Zeuge: Zwei bis drei Jahre. — Vorf.: Was haben nun die Schwarzen und was haben die weißen Zeugen befunden? — Zeuge: Ich habe die Notizen in meinen Handakten. Nach den Aussagen des schwarzen Geschworenen Osho wurde eine Anzahl Leute geprügelt, sie erhielten 15 bis 20 Hiebe mit einem Stoch. Der Schwarze zeigte einen Stoch von der ungefähren Dicke eines Negerdaumens. Zeuge erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden, daß der Stoch, soweit es ihm vorkäme, ungefähr von derselben Dicke sei, wie der vom Abgeordneten Koeren dem Gericht überreichte Stoch. Der schwarze Geschworene sagte weiter, daß vier Stöcke gebraucht und drei kaputt geschlagen seien. — Vorf.: Auf einen Mann? — Zeuge: Nein, bei der ganzen Züchtigung. Dann wurden vier Leute vernommen, die Wunden davongetragen hatten. Ein Mann sagte, daß er drei Monate krank war und daß die Wunden stark geizert hätten. Der Richter fragte ihn, warum er nicht die Wunde gleich ausgewaschen hätte. Darauf antwortete der Mann, er konnte das nicht, weil er gleich am nächsten Tage zur Arbeit kommandiert wurde. Ein anderer hatte zwei kleinere Wunden, aus denen Blut floß. Die Sache machte auf mich, der ich neu in Afrika war, einen traurigen Eindruck. Um den Tatbestand festzuhalten, ließ man die Leute mit den Narben der Wunden fotografieren. Zeuge überreicht dem Gericht diese Photographien. — Rechtsanw. Vrederef.: Hatten Sie an der Aussage der Schwarzen keine Zweifel? Sie standen doch im Widerspruch mit der Aussage von Ineshagen? — Zeuge: Ich hatte keinen Zweifel, die Narben waren ja da. Es wurde ja auch von einem kaiserlichen Soldaten bestätigt, und der hatte doch keinen Anlaß, gegen einen Regierungsbeamten auszusagen. — Rechtsanw. Vrederef.: Es war aber zwei Jahre her und da weiß man doch nicht, ob die Narben nachträglich entstanden sind. — Zeuge: Es täuscht ist doch selbst ein Schwarzer nicht, daß er sich selbst Wunden beibringt.

Hierauf wird die Weiterverhandlung auf morgen, Dienstag, früh 9 Uhr vertagt.

## Gewerkschaftliches.

### Streikbrecherlos!

Essen, 17. September. (Fig. Ver.)

Wie bekannt, haben sich eine Anzahl Arbeiter aus dem westfälischen Industriegebiet durch falsche Vorpiegelungen diverser gewissenloser Agenten verleiten lassen, als Streikbrecher nach Antwerpen zu gehen, um dort als Hafnarbeiter unteren um ein besseres Los kämpfenden Brüdern in den Rücken zu fallen. Hier in Essen hat der Zuhaber der Wach- und Schließgesellschaft, der wahrlich was Besseres zu tun hätte, als Arbeitslose in noch größeres Elend zu stürzen, vor einiger Zeit eine größere Anzahl Arbeiter nach Antwerpen zur Verwendung im dortigen Hafen geschickt. Dieselben sind jetzt mittellos zurückgekehrt. In Antwerpen hatte man ihnen gesagt, sie würden in Essen von dem Bureau im Kriegerheim (bekannt als Streikbrecherheim) ansammeln und ihr Geld verlangen. Dasselbe wurde ihnen jedoch nicht ausgezahlt, sondern verweigert.

Nach Eintreffen der Polizei wurde eine größere Zahl der Leute ins Döddachlofen a. H. untergebracht, um dort verpflegt zu werden. Viele litten an großem Hunger. Wird nun endlich das Gericht gegen die sträflichen Handlungen dieser Agenten einschreiten, oder ist das Kriegerheim, das dem hiesigen Kriegerverein angehört, unantastbar, und darf dessen Zuhaber unter den Augen der Behörden ungestraft gefehlwidrige Handlungen begehen? —

### Berlin und Umgegend.

Der Streik der Dachdecker in Potsdam dauert unverändert fort. Sämtliche Einigungsversuche blieben erfolglos. Die Zugeständnisse, welche von Unternehmenseite gemacht wurden, sind so minimal, daß sie von der Organisation der Dachdecker nicht angenommen werden konnten. Doch lehnen es die Unternehmer ab, weitere Zugeständnisse zu machen, welche zu einer Einigung führen könnten. Zugang von Dachdeckern ist aus Potsdam ferngehalten.

### Deutsches Reich.

Achtung, Klavierarbeiter! In den Koblenzer Pianofabrikanten sind Differenzen ausgebrochen. Der Zugang von Klavierarbeitern ist streng ferngehalten. Der Gauvorstand.

Achtung, Arbeiter und Arbeiterinnen der Plakatdrucker! In Dresden steht man beifalls Einführung eines Tarifes mit den Arbeitgebern in Unterhandlungen. Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, Arbeitsangebote nach hier zu unterlassen, sowie Zugang hierher fernzuhalten.

### Deutscher Buchbinderverband. Zahlstelle Dresden.

Zur Lohnbewegung der Hamburger Staats- und Gemeindearbeiter. Nachdem vor kurzem die Regulierung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Gasarbeiter erfolgt ist, hat in den letzten Tagen auch die Behörde für Strom- und Hafenbau etwas von sich hören lassen. Dieser Betrieb hat einen gewaltigen Umfang und ist in mehrere Verwaltungen geteilt, die unter sich wenig Sympathie zu haben scheinen, denn die Mindest- und Höchstlöhne für dieselben Arbeitergruppen sind in den verschiedenen Betrieben ungleich. Die eine Arbeitergruppe soll bei dieser „Regulierung“ im Höchstlohn sogar 20 Pf. weniger erhalten als bisher. Der vom Senat festgesetzte ortsübliche Tageslohn beträgt 3,40 M., während die auf der Oberelbe (von Hamburg bis Geesthacht) beschäftigten Statarbeiter im Winter nur 3,20 M. erhalten sollen. Wegen dieser für sorgliche Arbeiterpolitik der betreffenden Behörden wird noch im Hamburger Parlament ein ernstes Wortlein eingelegt werden, wie überhaupt der Hamburger Staat als Arbeitgeber noch recht oft an seine soziale Pflicht erinnert werden muß, bevor seine Betriebe als Musterbetriebe gelten können.

An alle Schleifer und Schlüsselmacher! Die Schleifer der Firma Vereinigte Niegel- und Schlüsselabrikt Aktiengesellschaft Welbert stehen im Streik. Anlaß hierzu waren indirekte Abzüge auf drei Sorten Möbelschloffer für Schlossbauer, ganz bedeutende Abzüge auf Schleiferartikel. Ferner ging die Firma dazu über, 5 organisierte Kollegen zu mahregeln, weswegen am 16. September die sämtlichen übrigen Schleifer sofort die Arbeit niederlegten. Zugang von

Schleifern und Schlüsselmachern nach Welbert ist daher streng fern zu halten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Welbert. J. A.: Köbel.

### Ausland.

### Die Proben von Antwerpen.

Antwerpen, 16. Sept. (Fig. Ver.)

Wieder ist ein Versuch zur Beilegung des Streiks gescheitert. Die Proposition des Handelskammerpräsidenten Corty, bei der die Streikenden bis an die letzte Grenze des Nachgebens gegangen, ist heute von der Unternehmer-Vereinigung einstimmig verworfen worden. Um die abschlägige Antwort der „Föderation maritime“ in ihrer ganzen verbrecherischen Brutalität zu erfassen, muß man sich die Grundlage der Bedingungen vergegenwärtigen: Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen; Ernennung eines aus je zwei Delegierten der Beteiligten wie der Handelskammer zu bildenden Schiedsgerichtes, das innerhalb 48 Stunden nach Aufnahme der Arbeit das Urteil zu fällen hat, inwiefern der Lohnforderung der Holz- und Getreideverlader Rechnung zu tragen ist. Gibt es ein lohnlicheres, entgegenkommenderes Verhalten, als das dieser Streikenden, die nach einem einmonatigen, von Bitterkeit und Entbehrungen erfüllten Kampfe zu diesem lokalen Frieden sich bereit erklären? Man trägt dieser dumm-progigen Eitelkeit — deren jeder halbwegs moderne Unternehmer sich schämen würde —, die Arbeiter damit zu „demütigen“, daß sie die Arbeit quasi „bedingungslos“ aufnehmen, Rechnung. Die Arbeiter sind, gegen alle Gefühle, die der Kampf, die Provokationen und die aufreizende Haltung der Unternehmervereinigung emporgedrängt hatten, zur Aufnahme der Arbeit unter dem alten Tarif bereit! Und was die Friedensvermittler den „vornehmen“, „gebildeten“ Herren von der „Föderation maritime“ nicht bezubringen vermochten: die ruhige, nur von der Vernunft beherrschte Erwägung der Dinge, das haben und hätten wieder die Streikführer bei diesen armen Teufeln von Hafnarbeitern zumege gebracht. Gestern noch erklärte der so rechtschaffene um einen Ausgleich bemühte Industrielle Schuchard, daß die Streikführer voll guten Willens seien und anerkannte ihr großmütiges Vertrauen in die Absichten der mit der Schlichtung des Streiks Betrauten. Und die Unterhandelnden sind doch lauter großmütige Herren: Bürgermeister, Kapazitäten des Handels und der Industrie, Kapitalisten. . . . Aber der Rechtschaffene glaubt eben an die Rechtschaffenheit über alle Gegensätze hinaus und dabei das Entgegenkommen und Vertrauen der Streikführer. . . .

Auf der anderen Seite wird dagegen immer mehr dies eine offenbar: daß dieser gewaltige Kampf von 20 000 Arbeitern, der Zimmer im großen und kleinen tausendfältig geschaffen, nur ein Anlaß ist, der perfiden Mächtiger und niedrigen Eitelkeit der Unternehmer freien Lauf zu lassen. In den modernen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit wird man wahrhaftig nicht viele Exempel finden, die so bar allen sozialen Bewußtseins handelten, wie diese Antwerpener Bande. Alle Autoritäten verlangen von den Herren den Frieden unter den entgegenkommendsten Bedingungen, um die von schweren wirtschaftlichen Gefahren undrohte Hafenstadt wieder in die Gleise der Arbeit zu führen, den überall unterbundenen wirtschaftlichen Betrieb wieder regulär zu gestalten. Die Verweigerung des einen Frank an die Verlader machte die Herren nur zu flüchtigen Arbeiterfeinden: ihre intransigente, nun von allen Seiten aufs schärfste beurteilte Haltung gegenüber jeden Friedensversuch stempelt sie zu direkten Feinden der Gesellschaft. Und von Leuten, die solche Mittel sonst nur auf Proletarier angewendet wissen wollen, hört man die Meinung, gegen diese diversen Engländer, Franzosen, Griechen usw., die für das ganze Land ein Verhängnis geworden, als „lästige Ausländer“ vorzugehen. . . . Speziell diesem letzten Versuch sah man von allen Seiten mit Zuvorsicht entgegen, da er die hauptsächlichsten Schwierigkeiten zu beseitigen schien und die Beendigung des Streiks jedem als unbedingte Notwendigkeit nach der letzten Entwicklung der Dinge erschien. Auch in der Arbeiterschaft hielt man den Kampf für so gut wie beendet. Die Enttäuschung und Empörung ist allgemein. Besonders auf der Börse herrschte Aufregung und Erbitterung und die „Föderation maritime“ wurde aufs schwerste verurteilt. Der Kleinhandels ist in förmlicher Verzweiflung. — Da alles schief schlägt, meint man nun, daß endlich die Regierung handeln müsse, die schon ein großer Teil der Verantwortung trifft. Das eine steht fest: die Herren müssen zum Nachgeben, zum Unterhandeln gezwungen werden.

Die Arbeitsruhe im Hafen war heute noch eine größere als in den Tagen vorher. Von einheimischen Arbeitern sollen kaum 200 arbeiten. Heute morgen wurden von der Doderorganisation Zettel im Hafen verteilt des Inhalts, daß keiner die Arbeit aufnehmen solle. Das war noch vor der Entschcheidung der Unternehmer. Die „Etoile belge“ meldete, daß die im Hafen beschäftigten Metallarbeiter sich mit den Streikenden solidarisch erklärten und den Beschluß saßen, in den Streik zu treten. Auch auf den Schiffen der „Nations“ wurde heute nur in geringstem Umfang gearbeitet. Auf die schlichte Aufforderung, nicht zu arbeiten und ihre Kameraden nicht zu verraten, wie die Zettel sie ermahnten, lehrten Hunderte um. Der Streik war heute also umfangreicher als je zuvor. Die große „Antwerp Grain Works“, die vorige Woche noch 400 Arbeiter beschäftigte, versägte heute kaum über eine Schicht. Da die Streikenden auf die heutige allgemeine Arbeitsruhe großen Wert legten und die Parole ausgegeben war, in aller Ruhe dafür zu wirken, wurde „für alle Fälle“ die Gendarmerie verstärkt und es wimmelte wieder von Patronen im Hafen. Die wieder einberufene Bürgergarde und die Gendarmen zu Pferde geben der Stadt wieder das kriegerische Aussehen der vorigen Woche. Die Ruhe gestört haben jedoch heute einzig die englischen Streikbrecher, die infolge ihrer Streiche erst von den Schiffen gejagt und dann von den Gendarmen mit der Waffe zum „Zirkulieren“ gebracht werden mußten. Die bürgerliche „Etoile belge“ schrieb: „Nicht die Doder, die Engländer verursachen die Unruhen.“ — Viele Deutsche verlangen heute ihre Löhne und lehrten heim. Es sind wieder einmal 1000 Streikbrecher „angekündigt“. Die Streikbrecherzahl bleibt, wie jeder Tag lehrt, auf 3000 stehen, wenn sie nicht gar sinkt. —

Was nun? Die Situation erlaubt nur Urteile, aber keine Prophezeiungen, denn sie ist dunkel und drohend wie je.

Brüssel, 17. September. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Ueberall herrscht große Empörung und überall ist die Meinung vorherrschend, daß die Föderation maritime die Vorschläge Cortys hätte akzeptieren müssen. Auch Corty äußerte sich scharf über die Ablehnung. Durch den partiellen Streik der Rotterdamer Hafnarbeiter ist die Bewegung auf der Börse noch verstärkt. Die Föderation läßt heute plakatieren, daß keinerlei Vorschläge, welcher Art und von welcher Seite immer gemacht, angenommen werden. Sie

zählt ausnahmslos nur 5 Kr. Steinmann äußerte, daß jede Miße von jeder Seite unsonst sei und nur falsche Hoffnungen wecken kann. Seine Worte lauten: Wir wollen Unterwerfung pur et simple. Von seiten der Streikenden wurde der Kampf bis aufs äußerste erklärt.

### Bombenattentate in Davos.

Zürich, 14. September. (Fig. Ver.) Verflozene Nacht um 1 Uhr wurden in Davos in die Schlafzimmere streikender Schneidergesellen bei zwei Meistern insgesamt 7 Bomben geworfen und dadurch an jedem Orte je 1 Gehülse verlegt, sodas sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Das von den Bomben verursachte Feuer konnte schnell wieder gelöscht werden. Dagegen sind in den Zimmern sonstige Schäden angerichtet worden. Bei einem dritten Schneidemeister war an das Schlafzimmer von Streikbrechern eine Leiter geleht, ein Attentat jedoch nicht ausgeführt worden. Sofort wurden 12 Personen, wovon 11 streikende Schneidergesellen, verhaftet, indessen befreiten sie jede Schuld.

In Davos streifen seit Monaten die Schneidergesellen, da ihren Forderungen die Schneidemeister nicht in genügendem Maße entgegengekommen waren. Die Streikenden gründeten hierauf eine Produktivgenossenschaft, in der eine ganze Anzahl Kollegen beschäftigt werden konnte, die seit einiger Zeit aber durch den von Unternehmenseite verhängten Boykott stark geschädigt wurde, sodas die Genossenschaft gegen die Urheber desselben einen Entschädigungsprozess anstregte. Unseres Erachtens hätte der Streik entweder unter Annahme der von den Schneidemeistern gemachten Zugeständnisse in aller Form beendet oder dann einfach abgebrochen werden sollen.

Vor etwa 14 Tagen wurde auf einmal die Frage eines lokalen Generalstreiks erörtert, der nach Lage der Dinge eine ganz zwecklose Maßregel gewesen wäre und deshalb auch von den Zentralvorständen der beteiligten Verbände abgelehnt wurde. Man mußte annehmen, daß da plötzlich Anarchisten ihre Hände im Spiele haben, und die sinnlosen und verdammungswürdigen Bombenattentate scheinen diese Annahme zu bestätigen. Den Streikenden nützt die verbrecherische Tat nicht nur nichts, sondern schadet ihnen im Gegenteil derart, daß der Streik nun als verloren betrachtet werden kann. Die Feinde der Arbeiterschaft werden den Vorgang in gewohnter gewissenloser Weise gegen die gesamte Arbeiterbewegung fruktifizieren und die Vubenside anarchistischer Querläufe der Sozialdemokratie zur Last legen wollen. Wir protestieren im voraus gegen ein solches Beamtinnen und Scharfmachen!

### Der Sieg der italienischen Glasarbeiter.

Rom, 15. Sept. (Fig. Ver.)

Nach dreimonatlichem Generalstreik haben die italienischen Weichglasarbeiter den Trutz der Weichglasfabrikanten zu wesentlichen Zugeständnissen gezwungen. Die 4500 Streikenden waren mit der Forderung des Einheitsstarifes für alle Fabriken in den Streik getreten und hatten Lohnerhöhungen für die Hülfsarbeiter verlangt. Drei volle Monate hat die Trutzleistung jede Verhandlung mit der Gewerkschaft abgelehnt und in ihren zwölf Fabriken die Fesen ausgehen lassen. Als Begründung für ihr Verhalten gaben sie an, daß der Trutz noch nicht seit einem Jahre bestche und nicht vor Abschluß seiner ersten Jahresbilanz Tarifverträge abschließen könne. Die Arbeiter ihrerseits bestanden darauf, vor dem Beginne der Herbstkampagne Aufbesserungen zu erzielen, da der Trutz bereits die Preise sämtlicher Produkte wesentlich erhöht hatte. Die Einigung ist nun auf einer für die Arbeiter durchaus günstigen Grundlage erfolgt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Konflikt im Transvaal-Parlament.

London, 17. September. (B. L. A.) Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Kapstadt: Infolge des vollständigen Stillstandes der Verhandlungen zwischen dem gesetzgebenden Rat und der gesetzgebenden Versammlung, da der gesetzgebende Rat die Bewilligung von Geldmitteln verhindert, hat Premierminister Jameson dem Gouverneur geraten, das Parlament aufzulösen. Die Auflösung wird morgen erfolgen. Reuter's Bureau bemerkt hierzu, das bedeute, daß bei den allgemeinen Wahlen die Kaprebelln, denen infolge des Burenkrieges das Stimmrecht entzogen worden war, die aber seitdem wieder in den Wahllisten stehen, in stande sein werden, ihre Stimmen abzugeben, ohne Zweifel im Interesse des holländischen Elements.

### Explosion auf einem Kriegsschiff.

Tokio, 17. September. (B. L. A.) Auf dem Panzerschiff „Ashima“ explodierte bei Schießversuchen bei Kurze eine zwölffüßige Granate. Vierzig Japaner wurden getötet oder verwundet, darunter mehrere Offiziere. Die Verwundeten sind größtenteils verflüchtigt. Das Schiff hat schwere Beschädigungen erlitten.

Tokio, 17. September. (B. L. A.) Unter den bei dem Unglück auf der „Ashima“ getöteten Personen befinden sich fünf Offiziere und 22 Mann; zwei Offiziere und sechs Mann sind schwer und zwei Offiziere und sechs Mann sind leicht verwundet. Wahrscheinlich ist das Unglück nicht der Explosion einer Granate zuzuschreiben, sondern dem Umstande, daß sich infolge ausströmender Gase Pulver entzündete, als sich zum Zwecke der Einführung einer neuen Ladung das Verschlussstück eines Geschühes geöffnet wurde. Der Schiffsrumpf des Linien Schiffes ist nicht beschädigt worden.

### Brandkatastrophe.

Tokio, 17. September. (B. L. A.) In den Minen von Kosalabe bei Kotaro brach heute vormittag Feuer aus, das sich auf das Dorf ausdehnte und hundert Häuser in Asche legte. Bei den Versuchen, das Bergwerk zu retten, brach das Wasserreservoir und die Flut ergoß sich in das Dorf. Dreißig Einwohner, unter denen sich viele Frauen und Kinder befinden, sind ein Opfer der Katastrophe geworden.

### In der Kirche vom Blitz erschlagen.

Duisburg, 17. September. (B. L. A.) Beim Feuerwehreffest in meldet wird, wurde dort gestern in der Wallfahrtskirche Maria Krumpf ein 14jähriger Bauerssohn vom Blitz erschlagen; sein jüngerer Bruder, der neben ihm auf der Kirchenbank saß, blieb unverletzt.

### Unter den Hufen der Pferde.

Duisburg, 17. September. (B. L. A.) Beim Feuerwehreffest in Hochheide scheuten im Festzuge vor eine Ephe ge spannte Pferde und rastten in die Menschenmenge hinein. Zwei Personen wurden hoffnungslos verletzt, viele andere leichter.

### Großfeuer.

Vorghorft (Bezirk Rünthe), 17. September. (B. L. A.) Heute vormittag brach in der Vorghorfter Wappspinnerei Großfeuer aus. Das Gebäude, in dem 400 Arbeiter beschäftigt werden, samt neuen Maschinen, großen Vorräten an Rohprodukten und fertigen Waren ist vollständig zerstört.

Rom, 17. Sept. (B. L. A.) In Vagni Acque Albule bei Tiboli ereignete sich heute gegen Abend im Laboratorium einer Fabrik für Feuerwerkspulver eine furchtbare Explosion. Dem „Messagero“ zufolge sind sieben Arbeiter ein Opfer der Katastrophe geworden. Drei von ihnen sind tot. Auch eine Frau befindet sich unter den Getöteten.

# Der Parteitag in Essen.

(Telegraphischer Bericht.)

## Zweiter Verhandlungstag.

Essen, den 17. September 1907.

### Vormittags-Sitzung.

9 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Gemoll.

Zunächst erstattet Stubbe-Hamburg den Bericht der Mandatsprüfungskommission: Es sind im ganzen 268 Delegierte in 287 Mandaten anwesend, außerdem 18 Mitglieder des Reichstags ohne Mandat, sowie sämtliche Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission. Die Redaktion des „Vorwärts“ ist durch den Genossen Bloch und das Hamburger Parteigeschäft durch Vécard vertreten; ferner sind zwei Gäste anwesend. Der Parteitag zählt somit 307 Teilnehmer. Außer diesen Teilnehmern ist noch Genosse Hermann-Stuttgart anwesend, der die Redaktion des „Wahren Jakob“ vertritt. Beschwerden gegen die Mandate sind nicht eingelaufen, die Kommission beantragt daher, sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Der Parteitag beschließt so.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit. Hierzu liegen vor die Anträge 41, 73, 74, 79, 92, 98, 97. Sämtliche Anträge haben die genügende Unterstützung.

Antrag 92 lautet:

Der Parteitag wolle die Fraktion beauftragen, baldmöglichst im Reichstage einen Antrag einzubringen, auf Streichung der Bestimmung unter § 3 Ziffer 3 des Reichswahlgesetzes (Verlust des Wahlrechts wegen Armenunterstützung). Kofoid.

Antrag 96 lautet:

Der Parteitag beschließt: Bei Beratung des Militäretats sind nur solche Fraktionsredner zu bestimmen, die die völlige Garantie dafür bieten, daß sie entschieden Stellung gegen den Militarismus nehmen im Sinne der Resolution des Internationalen Kongresses in Stuttgart. Sozialdemokratischer Verein in Kiel.

Antrag 97 lautet:

Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen erneuten und energischen Vorstoß zugunsten einer reichsgesetzlichen Regelung der Vergarbeiterverhältnisse zu machen. Vor allen Dingen müssen reichsgesetzliche Bestimmungen für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Vergarbeiter getroffen werden. Ferner sind die knappschaftlichen Entschädigungen der Vergleute reichsgesetzlich zu befestigen und den Arbeitern ein tatsächlicher Einfluß auf die Verwaltung der Knappschaftskassen einzuräumen. Köppler, Gelsenkirchen.

Berichterstatter: Dr. A. Sabelum.

Bei der Berichterstattung über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion kann ich mich in meinem mündlichen Vortrage kurz fassen, weil der schriftliche Bericht in Ansehung der Umstände länger ausfallen mußte, als das sonst üblich ist, weil ferner wohl niemals so intensiv und so genau die Tätigkeit der Reichstagsfraktion und die Tätigkeit des gesamten Parlaments verfolgt worden ist, wie gerade in der letzten Session, weil endlich ein Teil der hier sonst zur Behandlung stehenden Fragen in einem besonderen Referate noch erörtert werden soll, und weil — das ist der wichtigste Punkt — an dem Verhalten und an der Tätigkeit der Reichstagsfraktion als Körperschaft so gut wie gar keine Aussetzungen gemacht worden sind.

Der Bericht über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion umfaßt eine ereignisreiche Zeit. Die Auflösung des Reichstages und die dann erfolgte Neuwahl nötigt diesmal zu einer Zerteilung des Berichts. Der erste Teil hat sich zu erstrecken auf die Schlusstätigkeit des vorigen Reichstages, der zweite auf den Beginn der Tätigkeit des neugewählten Reichstages. Beide Zeitabschnitte — der eine dauert vom 10. November 1906 bis 13. Dezember 1906, der andere vom 19. Februar 1907 bis zum 14. Mai 1907. — tragen viele und wichtige gemeinsame Züge. Das wichtigste Ereignis des ersten Zeitabschnittes war die Abwehr des gegen das freie Koalitionsrecht geplanten Aitenates, wie wir es in dem Geset über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vor uns hatten. Der zweite Zeitabschnitt empfing seine Charakteristik dadurch, daß wir, wie im Wahlkampf, so auch nach dem Wahlkampf gezwungen waren, mit äußerster Energie für die freie politische Entwicklung der Arbeiterklasse zu kämpfen. Durch beide Abschnitte hindurch zieht sich als ein roter Faden, dem sich noch manches Epochenwert anrankt, die Frage der Kolonialpolitik und die Frage der Nützlichkeitspolitik.

Was das erst erwähnte Aitenat auf das freie Koalitionsrecht der Arbeiter anlangt, das sogenannte kleine Zuchthausgesetz, so war dazu die Stellung der Reichstagsfraktion von vornherein klar und fest gegeben. Es konnte nicht dem geringsten Zweifel unterworfen sein, daß wir die durch jenes Gesetz beabsichtigte Trennung der Arbeiterklasse mit aller Energie bekämpfen mußten. Das ist auch von unserer Seite geschehen und zwar nicht nur im Reichstage, sondern ebenso nachdrücklich in der Presse und in den Protestversammlungen, die durch das ganze Land abgehalten worden sind. Um so bemerkenswerter war die Stellung der anderen Parteien zu diesem Gesetze. Denn nicht nur heute, auch vor der Auflösung des Reichstages war die sozialdemokratische Fraktion eine Minorität, die allein auf sich gestellt weder ein Gesetz erzwingen, noch ein Gesetz verhindern konnte. Da ist es bemerkenswert, daß für die Regierung für diesen Entwurf, dessen Absichten sie nicht verschleierte hat — denn Graf Posadowsky hat ausdrücklich erklärt, daß es darauf ankomme, die in der Arbeiterklasse vorhandenen Gegensätze und Unterschiede künstlich zu erweitern und sie im Interesse der herrschenden Klasse schärfer hervortreten zu lassen — eine Mehrheit nicht zu gewinnen war. Denn sehr erhebliche Teile des Zentrums, dann aber auch Teile der national-liberalen Partei standen gegen die Vorlage in Opposition, ein Beweis der Bedeutung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Agitation, ein Beweis, daß, nachdem schon ein Menschenalter diese Agitation und die Aufklärung betrieben worden war, mit den Rechten der Arbeiter nicht mehr so umgesprungen werden kann, wie es früher der Fall war, und wie das die Regierung noch bei diesem Gesetze beabsichtigt hat. Graf Posadowsky ist inzwischen aus seinem Amte hinausbefördert worden, nicht sowohl deshalb, weil er bei diesem Gesetze über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in der Minderheit geblieben ist — solche Zustände waren sonst mehr ein Grund, einen Minister in seiner Stellung zu befestigen, als ihn aus seiner Stellung zu entfernen —, wohl aber deshalb, weil er für die später eingeschlagene Vlodpolitik des Fürsten Bülow unbeeindruckt war.

Diese Vlodpolitik ist nun zweifellos das Hauptproblem, vor das die sozialdemokratische Fraktion nach der Reichstagsauflösung gestellt ist; sie ist nicht der Ausdruck eines elementarischen politischen Bedürfnisses, sondern eine Versicherungsanstalt des Fürsten Bülow. (Sehe gut!) Es bestand im Frühjahr die unmittelbare Gefahr eines westeuropäischen Krieges. Wie die Kolonialpolitik verwickelnd auf den Reichshaushaltetat eingewirkt hat, ist ja bekannt. Die Vlodpolitik war ein Augenblickszug, dem ja auch der augenblickliche Erfolg nicht gefehlt hat.

Nach den Wahlen ging die Zahl der Mitglieder unserer Fraktion von 83 auf 43 betab. Nach der Zahl der Mitglieder der Fraktionen richtet sich aber auch die Zahl der Vertreter in den Kommissionen, und das ist von großer Wichtigkeit für uns. Die Frage, ob die Verminderung unserer Mandate eine Änderung unserer Taktik zur Folge haben müsse, mußte mit einem runden Nein beantwortet werden. (Bravol) Wir haben im Reichstag

zweierlei Aufgaben, einmal die Propaganda unserer Ideen und unseres Programms, und zweitens haben wir praktische Arbeit zu verrichten, d. h. die Arbeiterinteressen, aber auch den ganzen Komplex der sogenannten Kulturinteressen durch positive Arbeit zu fördern. Je nach der Situation steht die eine oder andere Aufgabe im Vordergrund, aber vernachlässigt wird keine. Die Aufgaben, die die Sozialdemokratie als Kulturpartei zu lösen hat, die ihr zufallen als der prinzipiellen Förderin und Vertreterin des Kulturfortschritts auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit, müssen in dem Maße an Bedeutung wachsen, wie die bürgerliche Opposition sich von der Regierung einfangen läßt und diese Aufgaben vernachlässigt. In dem Sessionsabschnitt, über den ich zu berichten habe, wurden alle diese Fragen mit großer Hingebung und Sorgfalt behandelt. Wir hatten zu verteidigen nicht nur die Freiheit des Wahlrechts gegen den skandalösen Unfug bei den letzten Wahlen, ein Unfug, der so weit gegangen ist, daß bei scharfer Prüfung und Anwendung der vom Reichstage immer anerkannten Grundzüge die meisten Mandate der bürgerlichen Parteien für ungültig erklärt werden mußten. Sehr richtig! Wir hatten nicht nur die Freiheit des Vereinsrechts zu verteidigen, sondern wir waren auch bemüht, die notwendige Fortbildung des Arbeiterrechts im allgemeinen zu fördern. Gerade auf diesem Gebiete liegt eine der vornehmsten und dankbarsten Aufgaben. Auch heute noch ist Wisniewski's Wort wahr: ohne die Sozialdemokratie keine Sozialpolitik. Zu den Kulturaufgaben, mit denen wir uns zu befassen hatten, gehörte das Eintreten für die bessere Versorgung der Hinterbliebenen von Beamten und Militärpersonen. Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkt, daß die Funktionen des öffentlichen Dienstes möglichst unabhängig gestellt sein müssen. Ferner gehörte dazu unser Eintreten für die Erweiterung des Nordostkanals, und ferner unsere scharfe Kritik der in Deutschland geübten Kolonialpolitik mit all ihren Ausschreitungen. Hier hat die ganze Fraktion auf dem Standpunkt gestanden, daß es einerseits ihre Aufgabe sei, die Interessen des eigenen Volkes zu stützen, und andererseits für eine menschliche Behandlung der Eingeborenen einzutreten.

Der einzige Punkt, der in manchen Parteiorien eine gewisse Kritik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion herausgefordert hat, war der von uns gestellte und von der Mehrheit des Reichstages angenommene Antrag auf eine demnächst vorzunehmende Erhöhung der Soldatenlöhne. Nach meiner Ansicht ist dieser Antrag von uns mit dem Hinweis auf die wirtschaftlichen Verhältnisse zureichend begründet gewesen. Wer von Ihnen beim Militär gewesen ist, weiß, daß die dem Soldaten ausbedingte Verlohnung von 2 Pf. auch nicht im entferntesten hinreicht, um ihn in den Stand zu setzen, diejenige Ergänzung der Nahrung und die Mittel zur Körperpflege und Reinigung der ihm ausgelieferten dienlichen Sachen anzukaufen, die nötig sind. Die proletarischen Mitglieder des Heeres — und das sind 9 oder noch mehr Prozent — sind also entweder genötigt, ihre Eltern oder sonstigen Angehörigen um eine regelmäßige Unterstützung anzugehen, oder ihre früheren Ersparnisse, die eigentlich zu anderen Zwecken gevidmet sein sollten, anzugreifen. Ebenso wie die Sozialdemokratie feinerzeit für die Gewährung eines warmen Abendbrotes an die Soldaten, für die Verbesserung der Wohnungsverhältnisse in den Kasernen usw. eingetreten ist, so lag es auch durchaus in der Richtung dieser alten Taktik, nun eine sachlich durchaus gerechtfertigte Erhöhung dieser Bezüge des Soldates für die Soldaten anzuregen. Damit ist nicht die geringste Förderung dem zuteil geworden, was wir als den spezifischen Militarismus mit Recht bekämpfen, sondern es ist nur einer eskalanten Kollage der proletarischen Mitglieder des Heeres ein, wie ich hoffe, baldiges Ende bereitet worden. Die Kritik an dieser Haltung der Fraktion war also, glaube ich, nicht berechtigt.

Ein Verzeichnis der von uns eingebrachten Interpellationen und Initiationsanträge finden Sie auf Seite 149 des schriftlichen Berichts. Leider ist es unter der geltenden Geschäftsordnung des Reichstages kaum möglich, einen größeren Teil der Initiationsanträge zur Verhandlung zu bringen.

Die Stellung der Fraktion in der nächsten Zeit wird weniger einfach sein wie früher. Solange der Bloch zusammenhält, ist die Politik in Deutschland ja sehr einfach zu beurteilen, aber der Bloch wird voraussichtlich nicht lange in der jetzigen Formation bestehen bleiben. Dagegen sprechen eben zu viel innere Gründe: Die Gegensätze, die auch im Bürgerertum vorhanden sind, und die nicht mit einigen bloßen Redensarten überbrückt werden können, die Gegensätze zwischen dem Industrievolk und dem Agrarvolk. Dagegen spricht die Neigung der preussischen Regierung, bald wieder eine Vereinigung der preussischen Konserverativen mit dem konservativen Zentrum herbeizuführen. Dagegen spricht die doch nicht so gering einschneidende Unzufriedenheit bürgerlicher Liberaler mit den Evolutionen der Herren Biemer, Müller-Reinigen und Kopsch. Wenn aber der Bloch verschwindet, so haben wir nicht mehr die alten Reichheits- und Winderheitsverhältnisse. Der Liberalismus hat dann seinen Einfluß verloren. Das französische Sprichwort sagt: Qui mange du pain, en meurt; wer vom Papsie isst, der stirbt daran. So kann man bei uns sagen: Wer mit Bülow in Nordneyer diniert, der bleibt nicht, was er war und wird nicht wieder, was er gewesen ist. (Zustimmung.) Daher wird die Sozialdemokratie dann zur einzigen Oppositionspartei. Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß sie eine gezielte Wirkung nur dann entfalten kann, wenn sie die sichere Unterstützung der organisierten Parteigenossen im Lande und in der großen Masse hat, die sich um die Genossen herumhart. Die sozialdemokratische Fraktion kann sich fühlen als Vorposten der großen proletarischen Masse, als Vorposten, der niemals eine gezielte Tätigkeit entfalten kann, wenn er nicht sicher ist, daß er im Rücken durch die große Armee gedeckt ist und vor Anfeilen von hinten auf alle Fälle bewahrt bleibt. Die Vertretung der Arbeiterinteressen und damit die Vertretung der gesamten Kultur hat die Fraktion für die organisierten Parteigenossen übernommen und sie wird ihre Aufgabe erfüllen. (Beifall.)

In der Diskussion erhält zunächst das Wort Kasse-Chemnitz:

Die Art, wie von einem Teil der Parteipresse Kritik geübt worden ist an den Reden, die aus Anlaß der Beratung des Militäretats im Reichstag gehalten worden sind, ist geradezu ein Schulbeispiel dafür, wie Auseinandersetzungen innerhalb der Partei über vermeintliche oder tatsächliche Meinungsverschiedenheiten nicht geführt werden sollen. Von einer einheitlichen Kritik kann überhaupt nicht gesprochen werden, die Ansichten darüber, wie weit überhaupt Kritiken am Plage waren, sind außerordentlich verschieden gewesen. Ein Parteiblatt meinte, daß es nicht notwendig gewesen sei, davon zu sprechen, daß die Sozialdemokraten gewillt seien, zur Abwehr eines Angriffes auf Deutschland „die Finte auf den Buckel“ zu nehmen. Das Wort ist gar nicht von mir geprägt worden, ich habe es nur nach Webel zitiert, und das Wort kann unmöglich als ein Verstoß gegen die Parteinteressen angefaßt werden, sondern als eine selbstverständliche Folgerung aus der bisherigen Stellung der sozialdemokratischen Partei zum Kriege. In einem anderen Blatte ist gesagt worden, durch die Reden im Reichstage sei die antimilitaristische Agitation unserer Genossen im Auslande erschwert worden. Ich kann nicht finden, daß mit erheblichem Gewicht dieser Vorwurf erhoben werden kann. Es ist nicht anders gesagt worden als in früheren Jahren, wie von verschiedenen Blättern anerkannt worden ist. Mit Nachdruck ist betont worden, daß im Falle eines Angriffes auf Deutschland, im Falle ernstlicher Bedrohung unseres Landes die Sozialdemokraten ihr Vaterland begeistert verteidigen wollen. Genau daselbe haben unsere französischen Parteigenossen wiederholt versichert, als man ihnen den Vorwurf gemacht hatte, daß sie vaterlandslos seien. Dann sind sie uns als Muster patriotischer Gesinnung vorgehalten worden, so wie wir früher und jetzt wieder

in Frankreich als gute Patrioten gerühmt worden sind. Ebensov wenig wie unsere Agitation darunter bisher empfindlich gelitten hat, können die französischen Genossen durch unsere Ausführungen geschädigt worden sein. Ueber Herbe und seine Agitation ist meines Wissens im Reichstage kein beurteilendes Wort gesprochen worden, ich brauche also jetzt darüber nichts weiter zu sagen, ob etwa dessen Agitation erschwert worden ist. Nicht um die Verteidigung alter Parteianschauungen handelt es sich bei der Kritik, sondern für neue Ideen soll Bahn gebrochen werden. Es handelt sich darum, die Partei weiter nach links zu bringen, wie ja in der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ die Forderung aufgestellt wird, weiter nach links abzuschwenken. Der Weg nach links führt aber ins anarchisistische Lager. (Rufen und lebhafter Widerspruch.) Das ist wiederholt ausgesprochen worden, ohne Widerspruch zu finden. Was von einem Parteiblatt kritisiert worden ist, ist von dem anderen als ganz selbstverständlich bezeichnet worden. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht polemisiert worden wäre gegen Worte, die im Reichstage überhaupt nicht gesprochen worden sind. Die „Leipziger Volkszeitung“ hat sich direkt aus den Fingern gesogen, daß der Kriegsminister sich dafür belobt hat, daß die Sozialdemokratie mit besonderer Freude und Hingabe für das Vaterland eintreten werde. Dem Kriegsminister ist es natürlich gar nicht eingefallen, mich zu loben. Das ist doch eine besondere Art, wie die Diskussion unter Parteigenossen geführt und Stimmung gemacht wird. Ich bezweifle, daß ein Kritiker das Stenogramm nachgelesen hätte. Man hat uns vorgeworfen, daß ein Angriffskrieg beliebig konstruiert werden könnte. Der Schwerpunkt meiner Ausführungen ist gewesen, daß ich den Vorwurf zurückweisen wollte, die Sozialdemokraten wollten ihr Vaterland nicht verteidigen. Ich habe gesagt: „Unsere Stellung zum Militärwesen ist gegeben durch unsere Auffassung des Rationalitätsprinzips. Wir fordern die Unabhängigkeit jeder Nation. Aber das bedingt, daß wir auch Wert darauf legen, daß die Unabhängigkeit des deutschen Volkes gewahrt wird. Wir sind selbstverständlich der Meinung, daß es unsere verbammte Pflicht und Schuldigkeit ist, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk nicht etwa von irgend einem anderen Volk an die Wand gedrückt wird. Was wir im Militarismus bekämpfen, ist der unnötige Drill, sind die Soldatenshinderereien, die Abschließung der Offiziere als Kastei und die Erklärung des Heeres als eines Nothmittels, das Uebergewicht der bestehenden Klassen gegenüber den nichtbestehenden aufrecht zu erhalten. Das ist so klar, daß nicht daraus geschlossen werden kann, daß die Sozialdemokratie sich überdöseln lassen würde. Im Anschluß an den Vorwurf, daß wir geneigt wären, andere Länder zu vermissen, habe ich erklärt, daß das eine Lüge wäre. Und ich habe weiter darauf hingewiesen, daß in jenen Tagen, als infolge der Einreisungspolitik des englischen Königs im Reichstag Fürst Bülow erklärte: Niemand weiß besser, als ich, wie wir von Gefahren umgeben sind, — wenn die bürgerlichen Abgeordneten ausnahmslos versichern, daß sie unter keinen Umständen einen Krieg provozieren wollen, wenn sie so friedliebend sind, dann erkläre ich: weniger friedliebend als sie sind wir auch nicht. Ich vermag nicht einzusehen, mit welchem Recht an diesen Ausführungen Kritik geübt werden kann. Ich habe nur gesagt, daß im Falle der drohenden Gefahr die Sozialdemokratie nicht hinter den bürgerlichen Parteien zurücksteht. Das ist in der Wahlagitation von hunderten von Sozialdemokraten gesprochen worden. (Die Redezeit ist abgelaufen, sie wird auf Wunsch des Redners aber verlängert.) Wenn uns auf dem Lande, in zurückgebliebenen Gegenden, im Erzgebirge, in Ost- und Westpreußen, gesagt wird in einer Versammlung: Ihr Sozialdemokraten wollt ja gar nicht, daß Deutschland verteidigt wird, Ihr habt ja gar kein Interesse an Vaterlande, dann laßt ihnen niemand drei Leitsartikel vor, wie verschiedenartig der Patriotismus ist, dann können Sie nicht auseinandersehen, daß es einen kapitalistischen, einen Kleinbürgerlichen und einen proletarischen Patriotismus gibt, wie es die „Leipziger Volkszeitung“ getan hat. Wer eine Ahnung davon hat, unter welchen Umständen im Reichstage gesprochen wird, wie man sich besonders in jenen Tagen dagegen gewehrt hat, daß so lange Neben gehalten werden, der wird mir zugeben, daß kein Grund vorliegt, Selbstverständlichkeiten, die von jeder von der Sozialdemokratie betont sind, des langen und breiten vorzutragen. Wer mir sagt, daß ich ein Vaterlandsverräter bin, dem erwidere ich, daß er ein Lügner ist. Also wogu der Lärm. Was ich gesagt habe, ist von jeder parteioffiziell, wenn auch ohne besondere Beschlüsse zum Ausdruck gebracht. In dem Handbuch der sozialdemokratischen Wähler für 1898 ist zu lesen: „Die Sozialdemokratie ist bestrebt, ihr Ziel, die Internationalität, nicht in dem Sinne zu verwirklichen, daß sie Deutschland russisch oder französisch zu machen sucht; sie will Deutschland oder auch nur ein Stück von Deutschland weder in russischen noch französischen Händen sehen und würde jedem derartigen Versuch mit ganzer Kraft entgegen treten.“ (Sehr richtig!) Kein Mensch hat dagegen Widerspruch erhoben. Dieser Satz ist wörtlich in das Handbuch für 1903 übernommen worden. Ja, was habe ich denn anders gesagt? (Zustimmung und lebhafter Widerspruch.) Was kann ich dafür, daß das „Berliner Tageblatt“ einen törichten Artikel schreibt? Im Handbuch für 1906 heißt es: „Daß die Völker unter den gegebenen Verhältnissen nicht wehrlos sein können, erkennt auch die Sozialdemokratie an.“ Und später heißt es ohne jede Einschränkung: „Daß die deutschen Soldaten ohne Unterschied des Ranges in einem Kriege ihre volle Schuldigkeit tun, bezweifelt auch kein Sozialdemokrat.“ Ja, soviel habe ich noch nicht einmal gesagt, aber wer hat gegen diese Sätze jemals protestiert? Auf dem letzten Parteitage der französischen Sozialdemokraten sagte Jaurès bei der Debatte über den Militarismus: „Es ist doch nicht richtig, daß man bei nationalen Konflikten nie weiß, auf welcher Seite das Recht ist.“ Ja, glaubt man denn, daß die deutsche Sozialdemokratie weniger urteilsfähig ist? Es lag gar kein Anlaß vor, eine solche Kritik zu üben, lediglich zum Vergnügen der Gegner. Jaurès hat weiter gesagt: „Wenn nun ein Krieg zwischen Frankreich und Deutschland droht und Frankreich akzeptiert das Schiedsgericht, Deutschland aber nicht, was will Herbe dann tun? Ich bin überzeugt, daß dann auch die Unterzeichner der Resolution der Ponne es als ihre sozialistische und revolutionäre Pflicht erkennen werden, zu marschieren.“ Habe ich etwas anderes gesagt? Ich will nicht darauf eingehen, daß Zeitungsnachrichten zufolge Jaurès in letzter Zeit eine Schwächung vorgenommen hat. Ich habe keinen Anlaß, auch nur ein Wort von dem preiszugeben oder als unrichtig anzuerkennen, was ich im Reichstage gesprochen habe. Es dreht sich bei den jetzigen Auseinandersetzungen, wie bei fast allen Streitfragen in der Partei, ja überhaupt nicht um Differenzen über Fragen der praktischen Arbeit. Wer von uns hat jemals zum Ausdruck gebracht, daß wir nicht allen Anlaß hätten, mit immer größerem Nachdruck gegen den Militarismus in den Grenzen zu kämpfen, die uns in Deutschland gezogen sind. Ich erkläre, daß ich z. B. die Einleitung der Proklamation von Kautsky über „Sozialdemokratie und Patriotismus“ bis auf das letzte Wort unterschreibe. Und wer hat in Deutschland etwa zum Ausdruck gebracht, daß er mit den praktischen Vorschlägen von Liebknecht nicht einverstanden ist? Ich erwarte allerdings nicht, daß die Unteroffiziere dadurch mehr Sympathie für uns gewinnen werden. Also in Fragen der praktischen Agitation besteht zwischen uns nicht der geringste Unterschied. Einig sind wir uns auch darin, daß wir unseren Genossen im Auslande nicht unnötige Schwierigkeiten bereiten dürfen. Aber wir haben auch die Rücksicht auf uns selbst und unsere Agitation nicht außer acht zu lassen. Wenn jetzt die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ schreibt: „Sieber zehn Herbe als ein einziger Vollmar“, und wenn dann weiter von den „schlimmen Reichstagsrednern Webel und Kasse“ gesprochen ist, dann werden unsere Gegner daraus Agitationsmaterial gegen uns schöpfen und Skopital daraus schlagen. Und bei den kommenden Wahlen werden uns solche Auslassungen nicht weniger als unangenehm sein. Do

werden die Gegner nicht lange Abhandlungen bringen, sondern sie werden sagen: „Im Reichstag haben zwar ein paar sozialdemokratische Abgeordnete gesagt, daß die Sozialdemokraten ihr Vaterland verteidigen wollen, wenn es angegriffen wird, aber das ist alles Rederei, dafür ist ihnen hinterher von ihren Genossen der Kopf gewaschen.“ Diese naive Lausache halten die Gegner Ihnen vor und was wollen Sie darauf antworten? Sie haben nicht einmal die Möglichkeit zu sagen, daß das nicht wahr ist. Ich betone nochmals, daß kein Anlaß zu solcher Kritik vorlag. Wenn Kritik geübt werden soll, dann müßte sie sich dagegen richten, daß wir in so unverantwortlicher Weise angegriffen werden und daß unseren Gegnern Material gegeben wird, das sie uns bei den nächsten Wahlen um die Ohren schlagen werden. (Vereinzelter Beifall.)

#### Dr. Lensch - Leipzig:

Eine bessere Empfehlung für den Antrag 96 und einen besseren Beweis für die Notwendigkeit, ihn anzunehmen, als die eben gehörte Rede des Genossen Roske kann ich mir nicht denken. (Sehr gut!) Roske begann damit, daß er sagte, die Diskussion über seine Rede sei so außerordentlich verschieden gewesen, das eine Parteiblatt habe dies, das andere jenes ausgelegt, das eine habe gegen die Aeußerung Webers protestiert, das andere gegen die Aeußerung Roskes. In diesem Punkte mag er recht haben; aber er hätte hinzufügen sollen, daß in einem Punkte die gesamte Parteipresse einig war und dieser eine Punkt war: Roske hat Unrecht gehabt mit seiner Rede im Reichstag; er hat dort die Grundsätze der Sozialdemokratie nicht so vertreten, wie er es hätte tun müssen. Mit der einzigen Ausnahme der „Sächsischen Arbeiterzeitung“, um auch das zu erwähnen, war die gesamte Parteipresse darin wie gesagt einig. Die „Chemnitzer Volksstimme“ begann ja sofort von einer unangebrachten Anempfehlung der „Leipziger Volkszeitung“ zu sprechen. Die „Leipziger Volkszeitung“ ist bekanntlich für solche Zwecke immer ein höchst brauchbares Karnickel (sehr richtig!) und Heiterkeit, wenn man sonst nichts zu erwidern weiß. Wenn Genosse Roske sagte, ich hätte es mir aus den Fingern gefogon, daß der Kriegsminister, nachdem Roske gesprochen hatte, die Erklärung des sozialdemokratischen Redners akzeptiert habe, daß die Partei mit derselben Treue und Hingabe im Falle eines Krieges für das deutsche Vaterland eintreten werde, wie die bürgerlichen Parteien, so muß ich darauf hinweisen, daß nach dem Pressebericht die Rede des Kriegsministers genau wörtlich so begann, wie dort ausgeführt war. Ich akzeptiere die Erklärung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, daß im Falle eines Angriffskrieges die Sozialdemokratie mit derselben Treue und Hingabe antreten werde, wie die bürgerlichen Parteien. Und wenn das falsch war, dann hätte eben Roske die Pflicht, sofort in der Presse dagegen zu protestieren und zu sagen: „So ist es nicht gewesen, so sind meine Ausführungen und die Ausführungen des Kriegsministers von Einem nicht gewesen.“ Aber was hat er denn getan? Die Rede des Genossen Roske hat geradezu einen Jubelsturm in der gesamten bürgerlichen Presse hervorgerufen und die „Chemnitzer Volksstimme“, das Blatt des Abgeordneten Roske, hat sich gewissermaßen dies Vulkant auf den Dutt gefiekt. (Roske: Das ist nicht wahr!) Die „Chemnitzer Volksstimme“ hat zu einem gewissen Teile diese zustimmenden Erklärungen der bürgerlichen Presse abgedruckt; hat Protest einzulegen, wenn er mißverstanden war, hat Roske geschwiegen und die „Chemnitzer Volksstimme“ hat, wie gesagt, einen Teil dieser Zustimmungserklärungen abgedruckt.

Doch das nur nebenbei. Wenn überhaupt die ganze Sache einer grundsätzlichen Erörterung unterzogen werden soll, so müssen wir nach meiner Empfindung da anknüpfen, wo Roske mit einem Schein von Recht sagen konnte, das, was ich gesagt habe, hat ja auch früher ein großer Teil der Abgeordneten selber gesagt, das Wort von der Plinte, die auf den Buckel genommen werden soll, habe ich gar nicht gebraucht. Das ist zum Teil richtig. Aber wir werden auch sehen, warum das, was vor 50 Jahren richtig war, jetzt absolut falsch ist. Roske hätte sich noch auf ganz andere Gewährsmänner berufen können wie auf Weber. Er konnte sich auf Marx, Lassalle und Engels berufen. Im Jahre 1848/49 war es die „Neue Rheinische Zeitung“, das revolutionäre deutsche Blatt, das mit Emphase einen Krieg des westlichen Europas gegen Osteuropa, gegen Oselbien und Rußland proklamierte. 1859, als wir eine große europäische Krise hatten, da war der Feind der demokratischen Institutionen, von dem man eventuell wirklich eine nationale Unterdrückung erwarten konnte, Napoleon III., und damals erklärten Engels wie Lassalle in ihren Broschüren mit großer Energie sich für einen Krieg gegen Napoleon. Engels schrieb damals beinahe wörtlich, was jetzt Roske lediglich gesagt haben wollte: Wenn man uns angreift, verteidigen wir uns. Aber das Volk hat, was vor 1859. (Heiterkeit.) Später, noch in den 70er Jahren, war es ebenfalls Weber, der im Deutschen Reichstag häufig sagte: Der Lobfeind der gesamten europäischen Kultur und auch der deutschen Demokratie, soweit wir eine solche haben, ist das russische Zarentum. Wenn es gegen den russischen Zarismus geht, verteidigt es sich, daß auch die deutsche Sozialdemokratie in diesem Kampfe ihre Pflicht tut. (Sehr richtig!) Aber das war in den 70er, 80er, 90er Jahren. Inzwischen aber hat sich eine Lausache vollzogen, von der Genosse Roske nichts gemerkt zu haben scheint. Das ist nämlich der Ausbruch der russischen Revolution. Dadurch ist der russische Zarismus ausgeschieden als Lobfeind, als wirkungsvoller Feind; er liegt zerbrochen am Boden. (Widerspruch.) Der russische Militarismus ist keineswegs mehr imstande, einen großen europäischen Krieg zu führen, weil er sich zu einer Schutztruppe des Zarismus im Inland selber verwandelt hat. In einer solchen politischen Situation ist dieselbe Erklärung, bereitwillig einen Krieg zu führen, die früher ein Bekenntnis zur Revolution war, jetzt nach dem Ausbruch der russischen Revolution zu einem Bekenntnis zur europäischen Reaktion geworden. Wenn wir jetzt erklären, wir würden einem solchen Kriege zustimmen, so vergessen wir, daß inzwischen sich große historische Wandlungen vollzogen haben. Das hat Roske nicht beachtet, und deshalb ist er jetzt ganz erstaunt, und sagt, was wohl ihr denn, ich habe doch genau dasselbe gesagt, was früher Weber und andere gesagt haben; dann prügelt doch die und prügelt nicht nicht. Aus diesen Gründen ist also schärfer Protest einzulegen gegen diese Auffassungen, Anschauungen, die jetzt allerdings so reaktionär sind wie nur irgend möglich. Ich meine, ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter in dieser Situation wie sie nach den Wahlen war, vor allen Dingen aber jetzt, wo die Kartoffelaffäre... (Die Redezeit ist abgelaufen, ein Antrag auf Verlängerung derselben wird abgelehnt.)

#### Blücher-Belsenkirchen:

Ich will nicht den Spuren der Vorredner folgen, sondern die Resolution 97 begründen. Nur so viel will ich sagen: die Genossen, die aus jeder Kleinigkeit eine Staatsaktion machen, sollten einmal Agitation im Ruheort treiben. Dann würde ihnen die Lust daran ein für allemal vergehen. (Sehr richtig.) Der Antrag 97 ist kein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion, im Gegenteil. Die Fraktion genießt das vollkommene Vertrauen von uns Bergarbeitern. Sie ist allein im Parlamente machtvoll für ein Reichsberggesetz eingetreten. Schon 1895 hat sie den Antrag gestellt, das Bergrecht der Kompetenz des Reiches zu unterstellen. Damals waren alle Parteien und auch das Zentrum, das sich sonst so arbeiterfreundlich gebärdet, einig in der Ablehnung dieses Antrags. Auch 1897 waren sämtliche bürgerlichen Parteien Gegner eines gleichlautenden Antrages der Fraktion. Später sind Sache und Sache wiederholt für die Notwendigkeit eines Reichsberggesetzes aufgetreten. Mittlerweile kam das verhängnisvolle Jahr 1906 mit dem wichtigen und elementaren Ausbruch der Erhebung der Ruhrbergleute. Die Oeffentlichkeit sympathisierte mit den Bergarbeitern. Diesem gewaltigen Druck mußte die Regierung nachgeben. Sie versprach wenigstens ein Gesetz zur Regelung der Bergarbeiterfragen und ließ sogar durchblicken, daß es, wenn es der Landtag nicht annehmen sollte, an den Reichstag kommen werde. Viel Vertrauen hatten die Bergarbeiter ja nicht zur Regierung, sie kannten den Spiegelberg. Aber daß es so werden würde, wie es gekommen ist, daß die gesetzgeberische Aktion so verbündet werden würde, das haben sie nicht angenommen. Wie radikal gebärdete

sich die Zentrumspresse. Am 11. Februar des Streikjahres schrieb die „Essener Volkszeitung“: Es ist in diesen Tagen des Kampfes so viel von Kontraktbruch gesprochen worden. Wir sprechen es aber offen aus, daß es der schändlichste Kontraktbruch wäre, wenn das Versprechen der Regelung der Bergarbeiterforderungen nicht in befriedigendem Maße erfüllt würde. Im März drohte die „Essener Volkszeitung“ mit einem noch verhängnisvolleren Kampfe. So ging es, bis am 22. Mai der Umsturz des Zentrums sich in der Erklärung des Zentrumredners im Abgeordnetenhaus vollzog, das Vergeseh dürfte unter seinen Umständen im Reichstag erledigt werden. Am 26. Mai wurde vom Landtag die verlungte Regierungsvorlage zum Hohn der Bergarbeiter angenommen. Aus ihr war der achtstündige sanitäre Arbeitstag heraus und wichtige Rechte des Arbeiterschusses beschritten. Die christlich organisierten Arbeiter erklärten mit uns, was das Gesetz uns bietet, sind Steine statt Brot. Ja, in ihrem Organ forderten sie die Ablehnung der Vorlage durch das Herrenhaus. Das Zentrum hat sich als unzuverlässigste Partei in den Bergarbeiterfragen betrieen. Es hat nur große Worte, aber mit den Taten hapert es. Sehen wir, wie unter dem jetzigen Gesetz für Leben und Gesundheit der Bergarbeiter gearbeitet ist. Im Jahre 1898 kamen auf 1000 Bergarbeiter 6,50 Verunglückte. 1900 12,19 oder 15,71. (Hört! hört!) Von 1898 bis 1906 sind im Bergbau 22 039 Bergleute zu Tode gekommen. Angesichts dieser Zahlen müssen wir mit aller Macht die reichsgerichtliche Regelung verlangen. Nehmen Sie unsere Resolution einstimmig an. (Lebhafte Beifall.)

#### Conrath-Nachen:

begründet den Antrag 79. Für die gewerblichen Arbeiter haben wir die Gewerbegerichte, für die Dienstmädchen die Gesindeordnung (Jurist: Leider sogar zwei Dupend!), für die Theaterarbeiter, für das Personal an Kunstschulen usw. ist irgendeine ähnliche Einrichtung nicht vorhanden. Ja selbst der ordentliche Rechtsweg ist gänzlich oder zum allergrößten Teil für sie ausgeschlossen. Deshalb verlangt der Antrag 79 das Verbot der Bühnenschiedsgerichte. Diese privaten Schiedsgerichte versperrten den Angehörten an Kunstschulen den ordentlichen Rechtsweg. Die Bühnenschiedsgerichte haben nicht die Berechtigung zur Abnahme von Eiden, ihre Verhandlungen über einen Fall nehmen im allgemeinen eine ganze Saison in Anspruch. Nachher ist es den Kapenden Theaterangestellten nicht mehr möglich, den ordentlichen Rechtsweg zu beschreiten. Die Wahrheit kann, da der Eidzwang fehlt, vor den Bühnenschiedsgerichten in 99 von 100 Fällen nicht ermittelt werden. Die Zeugen, soweit sie zum Theaterpersonal gehören, müssen immer beschwören, daß sie von den Bühnenleitern auf die schwarze Liste gesetzt werden oder daß schlechte Auskunft über sie erteilt wird. 12 000 Angestellte an Kunstschulen leiden unter diesen Zuständen. Die privaten Bühnenschiedsgerichte müssen unterlagt und für die Angestellten ein Gericht geschaffen werden, indem sie dem Gewerbe- oder dem Kaufmannsgericht unterstellt werden, das die Garantie bietet, daß die Rechtsprechung für sie schnell und sachgemäß erfolgt.

#### Scharping-Greifenhagen:

begründet Antrag 78: Gerade in Pommern und in den anderen ländlichen Provinzen ist das Wahlgeheimnis nicht so gewahrt, wie es sein sollte. Als Wählurnen dienen Zigarrenkisten oder Suppenschüsseln. Die Zigarrenkisten haben einen Schließ, und die Wahlurnen liegen dann das eine über dem anderen. Wird eine Urne über die Reihenfolge der Abstimmenden geführt, dann läßt sich sehr leicht feststellen, wie der einzelne Wähler gewählt hat. Deshalb stellen wir den Antrag, die Fraktion möge verlangen, daß einheitliche Wählurnen angeschafft werden. Wie oft ist uns von Landarbeitern gesagt worden, wir können nicht für Euch stimmen, weil sonst unbedingt unser Arbeitsverhältnis gelöst wird. Bei dem Elend und dem starken Druck, unter dem die Landarbeiter leben, sind solche Antworten begreiflich. An uns ist es, Abhilfe zu schaffen. (Lebhafte Zustimmung.)

#### Gauschilt-Kassel:

Dr. Lensch meinte, die gesamte Parteipresse sei wohl darin einig gewesen, daß die Auffassung, die Roske vertreten habe, nicht mit den bisherigen Anschauungen der Partei übereingestimmt haben. Das ist ein Irrtum, eine große Anzahl Parteiblätter hat überhaupt nicht Stellung genommen; sie haben sich eben gesagt, da wird wieder ein Gesetz über eine Sache gemacht, die es gar nicht wert ist. (Sehr richtig!) Im Wahlkampf arbeitet der Reichsverband mit seinem Bitatenpaß, um die antipatriotische Haltung der Sozialdemokratie zu beweisen. Glauben Sie, daß wir dann mit theoretischen Artikeln von Lensch etwas ausrichten können? Nein, dann greifen wir zu der Rede, die Weber 1894 gehalten hat und von der die Ausführungen Roskes weiter sind als ein neuer Aufbruch. Die Rede von Roske hat uns bei der Agitation nicht nur nicht geschadet, sondern genützt. (Widerspruch.) Ich habe mich zum Wort gemeldet, um einen Wunsch zum Ausdruck zu bringen. Sie haben alle den parlamentarischen Bericht vor sich zu liegen, aber Hand aufs Herz, wer von Ihnen hat den Bericht überhaupt gelesen? (Oh!) Millionen draußen im Lande sind nicht genau unterrichtet über unsere Arbeiten im Parlament, und das hat uns veranlaßt, zu beantragen, daß alljährlich nach Schluß der Session eine kurze Uebersicht über die Tätigkeit der Reichstags- und die Tätigkeit unserer Fraktion herausgegeben und verbreitet wird. Wir glauben, dadurch ein äußerst wirksames Agitationsmittel zu erlangen. Gewiß wird ausführlich über die Reichstagsverhandlungen in der Parteipresse berichtet, aber die Parteipresse hat nur eine Million Abonnenten, und Millionen und Abermillionen werden heute noch systematisch von der bürgerlichen Presse bearbeitet. Darum bitte ich Sie dringend, den Antrag anzunehmen. (Bravo!)

#### Kollenbahr:

Die Anträge, soweit sie auf die Tätigkeit der Fraktion Einfluß haben sollen, werden am besten dadurch erledigt, daß sie der Fraktion überlassen werden. Der Genosse, der den Antrag bezüglich des Bergarbeiterschusses gestellt hat, hat anerkannt, daß die Fraktion ihre volle Pflicht erfüllt, daß dagegen das Zentrum sehr unzuverlässig gegenüber den Bergarbeitern ist. Das Zentrum ist aber nicht nur gegenüber den Bergarbeitern unzuverlässig, nein, es gibt keine Partei, die überhaupt in Arbeiterfragen unzuverlässiger ist als das Zentrum. (Lebhafte Zustimmung.) Ich erinnere nur an den Widerstand des Zentrums gegen die Ausdehnung der Versicherungsgesetze auf die Landarbeiter. (Sehr gut!) Bisher haben wir uns in unserer ganzen Arbeiterschutts-gesetzgebung mehr an das englische Vorbild gehalten; das englische Vorbild war für unsere Anträge maßgebend, weil wir England als Vorbild in der Entwicklung der Produktion ansahen. Zweifellos ist nun die deutsche Produktion über die englische hinausgewachsen, wir haben bei uns Kapitalkonzentrationen, wie sie selbst in England noch unbekannt sind. Für solche Fälle muß man auch in der Arbeiterschutts-gesetzgebung über das englische Vorbild hinausgehen. Ich erinnere an die zahlreichen Monopolbetriebe, an das Kohlen-syndikat und den Stahlwerksverband. Nun läßt sich ja nicht leugnen, daß der Jahreslohn der Hütten- und Walzwerksarbeiter seit zehn Jahren um 800 M. gestiegen ist, aber auf die Tonne fertiger Produkte berechnet, ist der Lohn zurückgegangen, also der Reinerwerb, der aus den Arbeitern herausgeschunden wird, ist ganz enorm gesunken. (Sehr richtig!)

Wir haben etwa 600 000 Bergarbeiter, 300 000 Hütten- und Walzwerksarbeiter, dann kommen die Arbeiter der Gießwerke, zusammen also weit über eine Million Arbeiter, die in Monopolbetrieben beschäftigt sind. Da ist es absolut notwendig, einmal die Leute zusammenzufassen, die in Monopolbetrieben arbeiten, und für sie mit einheitlichen Arbeiterschutts-gesetzen vorzugehen. Es kommen hier kontinuierliche Betriebe in Frage, wo die Regelung des Schicht-systems, des Inzels- oder Dreischichtsystem, vielleicht später auch das Vier- und Fünfschichtsystem, von Wichtigkeit ist. Bei diesen Betrieben fallen die Konkurrenzbedürfnisse, die sonst immer angeführt werden, fort. Ich habe schon bei verschiedenen Kollegen angeregt, mit einem Sondergesetz vorzugehen, unter das also nicht nur die Bergarbeiter, sondern alle Leute in Monopolbetrieben fallen. Das wird um so

notwendiger sein, weil diese Gebilde ja eine gewisse Macht gegenüber den Arbeiterorganisationen geworden sind. Viele Vorkaus-schungen, die sonst bei den gewerkschaftlichen Organisationen in Frage kommen, fallen bei den Syndikaten fort. Der Kleinmeister muß beim Streit den Verlust seiner Aushaft fürchten, das Kohlen-syndikat und der Stahlwerksverband dagegen können ihre Aushaft nicht verlieren, sie werden durch Streiks niemals in Verlegenheit gebracht, weil in ihren Verträgen überall die Streik-klausel enthalten ist, und meist ist ja auch der Streik für sie die Ursache mit, daß sie ihre Preise erhöhen können. Ohne den großen Bergarbeiterstreik 1905 hätte das Kohlen-syndikat seine Preise nicht halten können, es ist dadurch eine Marktlage geschaffen, die ihm Millionen zuführt. Bei Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse werden wir sehr leicht dazu kommen, ein neues System der Arbeiterschutts-gesetzgebung aufzubauen, und zwar ein System, unter dem auch die Bergarbeiter größere Vorteile erlangen können, als wenn man sich nur auf ein einzelnes Gewerbe beschränkt (Beifall.)

#### Weißmann - Karlsruhe:

Ich bitte die Genossen bringend, den Antrag 96 abzulehnen, der in gewissem Sinne zweierlei sozialdemokratische Reichstags-abgeordnete will. Genosse Roske ist zu Unrecht so schäblich be-handelt, es lag kein Grund vor, die Frage zu einer Kardinalfrage zu machen, Roske konnte angesichts der Situation gar nicht anders sprechen, seine Ausführungen haben uns in der Agitation nicht nur nicht geschadet, sondern genützt. Aber selbst wenn er zu weit gegangen wäre, dürfte ihn die „Leipziger Volkszeitung“ nicht so behandeln. Ueber koloniale Fragen herrscht noch keine Klarheit, auch durch den Stuttgarter Kongress ist keine größere Klärung herbeigeführt. Wir müssen dieser Frage eine erhöhte Aufmerksam-keit zuwenden. Ich bitte nicht etwa zu glauben, daß ich die Kritik an Weber und Ledebour einschränken will, aber vielleicht wäre es ratsam, daß die Fraktion sich einen Beirat für koloniale Fragen schafft. (Nachen.) Ich war auf Widerspruch gefaßt. Es kommt darauf an, auch die kolonialen Fragen anderer Länder zu studieren, das Material zu sammeln und auch an Ort und Stelle Studien zu machen. Ich bitte, diesen Vorschlag in Erwägung zu ziehen. Wir kommen nicht um eine praktische Prüfung der Kolonialfrage herum. Von diesem Gedanken ausgehend, habe ich meinen Vorschlag ge-macht.

#### Eingegangen ist der Antrag 98:

Der Parteitag wolle beschließen:  
Sofort nach Schluß jeder Reichstags-session ist eine in knapper Form gefaßte agitatorisch wirksame Zusammenstellung der Tätigkeit des Reichstages und der sozialdemokratischen Fraktion während der jeweils verfloffenen Session herauszugeben.  
Gauschilt-Kassel.

#### Breuer - Kiel:

Der Unwille über die Rede Roskes beim Militärretat ist doch in weitere Kreise als nur in die der „Leipziger Volkszeitung“ gebunden. Man kann die Art und Weise, wie die „Vorwunder-Arbeiterzeitung“ ihren Begrüßungsartikel abgefaßt hat, scharf verurteilen und braucht doch nicht auf dem Standpunkt Roskes zu stehen. Die Bemerkung gegen die „Leipziger Volkszeitung“, man solle nicht aus jeder Aeußerung eine Staatsaktion machen, ist jedenfalls unangebracht; damit kann man jede Kritik abweisen. (Sehr richtig!) In so präconzierter Form wie Roske hat sich noch kein Parteigenosse für die Teilnahme der Sozialdemokratie an einem Kriege ausgesprochen. Es ist überhaupt die Frage, ob wir Ursache haben, über dies Thema lange Ausführungen zu machen und Erklärungen abzugeben. Wögen sich doch unsere Gegner über die Haltung der Sozialdemokratie in einem Kriege den Kopf ge-brochen. Es genügt, wenn wir erklären, unsere Stellungnahme im Kriege muß diktiert sein von den Interessen des gesamten Proletariats. Wir müssen auch bedenken, welche Wirkung derartige Reden auf unsere ausländischen Parteigenossen und ihre Aktionen ausüben können. Für uns kommt es vor allem darauf an, die Wirkungen der Kriege klarzulegen, darauf hinzuweisen, daß das Proletariat es ist, das in erster Linie die Kosten an Gut und Blut dabei zu tragen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Erklärung im übrigen nicht genügt, daß wir im Falle eines Krieges uns von den Interessen des gesamten Proletariats leiten lassen werden, der wird sich sicher vom Reichslügenverband gefangen nehmen lassen. (Sehr richtig!) Ich bitte Sie, den Antrag Kiel an-zunehmen, er wird eine Mahnung sein für künftige Fraktions-redner beim Militärretat. (Bravo!)

#### Hartmann-Rotthausen:

spricht für den Antrag 96. Die Versprechungen der Regierung bei dem Vergeseh sind nicht gehalten worden. Auch der einzige Arbeitervertreter im preussischen Abgeordnetenhaus hat, obgleich er von der Rede aus gebiet hat, es nicht verstanden, die Inter-essen der Bergarbeiter wahrzunehmen. Beweisen Sie mit der einstimmigen Annahme dieses Antrages, daß die Sozialdemokratie allein es ist, welche ein Herz hat für die Bergarbeiter und daß sie gewillt ist, für ihre Menschenrechte mit aller Entschiedenheit zu kämpfen. (Bravo!)

#### Lensch-Leipzig:

Ich wurde vorher durch den Ablauf meiner Redezeit daran verhindert, meinen Gedankengang zu Ende zu führen. Ich be-mühte mich, Ihnen auseinanderzusetzen, daß früher allerdings nationale Gefahren für uns innerhalb der gesamten europäischen Politik vorlagen, daß früher der Zarismus und eine Teilung Napoleons III. in der Tat eine nationale Gefahr für das deutsche Volk bildeten und daß in jener Zeit die Erklärung, einen An-griffskrieg von draußen abzuwehren zu wollen, die Erklärung zu einem revolutionären Kriege war. Jetzt aber, nach dem Aus-bruch der russischen Revolution, ist Rußland als moderne mili-tärische Großmacht ausgeschieden, das russische Meer ist nicht mehr diese drohende Lebensgefahr für die europäische Demokratie. In einer solchen Situation ist es völlig verfehlt, überflüssig, sogar schädlich, was in früheren politischen Situationen notwendig und berechtigt war. Diese Wandlung der historischen Situation hat Roske nicht beachtet, und daher ist seine Rede auf große Ent-rüstung und Ablehnung innerhalb der Partei gestochen. Jetzt gibt es überhaupt keinen Staat mehr, von dem wir eine Gefahr für die nationale Unabhängigkeit der deutschen Nation befürchten könnten. Es war, wie ich betonen muß, bei früheren Gelegen-heiten immer eine spezielle Gefahr, auf die man hinwies, man wies auf Rußland hin, auf Frankreich, aber man kam nie dazu, gewissermaßen den herrschenden Klassen einen Blankoscheck aus-zustellen für jeden möglichen Angriffskrieg, gewissermaßen so, daß die Arbeiterklasse sich zu einer Lebensversicherung für die herrschenden Klassen entwidelt hat. In der jetzigen Situation ist ein Krieg nicht denkbar, dem die Sozialdemokratie zustimmen könnte. Da war die Erklärung Roskes ebenso überflüssig wie schädlich. Ich glaube, es war Breuer, der sagte, ob denn jetzt unsere Reichstagsabgeordneten nichts Besseres zu tun hätten, als im Reichstag derartige Erklärungen abzugeben und überhaupt über derartige Fragen sich den Kopf zu zerbrechen, ob wir uns im Falle eines Krieges den herrschenden Klassen zur Verfügung stellen wollen oder nicht. Genosse Roske sagte, als die bürgerlichen Diplomaten am Bundesratstisch und als die Vertreter der bürger-lichen Parteien beschwerten, sie seien überaus friedliebend, da habe er sich verpflichtet gefühlt, zu sagen: Nun gut, wenn man Euch angreift, werden wir Euch verteidigen. Ich bin der Meinung, er hätte antworten müssen, auf eine solche Erklärung pfeifen wir; das versteht sich ganz von selbst, daß Ihr Friedensliebe befundet. Er hätte als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse sagen müssen: Wenn Ihr verlangt, daß wir mit unserem Blut, mit unseren Knochen Eure Politik verantwoorden, so verantwortlich mal erst Eure Politik vor uns. Darauf kam es an, diesen Punkt hat Roske unter den Tisch fallen lassen.

Das wollte ich vor allem ausführen. Genosse Südekum hat dann noch längere Ausführungen über die Notwendigkeit der Lohnerhöhung für die Soldaten gemacht. Nach meiner Empfindung hat in diesem Falle die Reichstagsfraktion völlig korrekt gehandelt. Die ersten und ardsten Opfer des Militarismus sind die deutschen

Soldaten selber, daher war der Antrag der Fraktion durchaus berechtigt. (Weisfall.)

#### Wesker-Vortrag:

Ich sehe wohl nicht im Verdacht, die Reizung zu haben, die Partei dem Anarchismus zuzurechnen. Aber ich muß sagen, daß es aus agitatorischen Gründen nicht notwendig ist, bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit patriotische Reden zu halten. Wenn gesagt wird, wir würden die Pläne im Falle des Angriffskrieges auf den Wudel nehmen, so glaubt uns das kein Mensch, solange wir den Militäretat ablehnen. (Sehr richtig!) Ich befinde mich in der angenehmen Lage, was nicht oft vorkommt, mit dem Genossen Lensch darin übereinzustimmen, daß es auf die politische Situation sehr ankommt, in der man irgendwelche Erklärung zur Frage des Militarismus abgibt. Die ganze internationale politische Situation in der Zeit vor nicht zu denkerischen Erklärungen im Reichstage angetan. Ich halte es aber nicht für richtig, daß man den ganzen Zorn auf Koske wies. Koske hat im Reichstage nichts anderes erklärt als auch andere Parteigenossen im Reichstage. Er ist das Opfer seines Glaubens an den Genossen Bebel. (Weiterkeit.) Auch Bebel hat bei den Debatten über den Militäretat sich so ausgesprochen, und wenn man an derartigen Äußerungen Kritik übt, so soll man sich nicht nur die Kleinen vornehmen, sondern man soll auch den Mut haben, Bebel zu sagen, daß wir damit nicht einverstanden sind. (Zuruf: Es kommt auf die Situation an!) Die Äußerungen stammen aus der neuesten Zeit, nicht von vor 50 Jahren. Es ist zu empfehlen, auf die internationale Situation und darauf Rücksicht zu nehmen, daß man den ausländischen Bruderparteien, die sich bemühen, den Militarismus zu bekämpfen, nicht in den Rücken fällt. (Weisfall.)

#### Schwann-Wiesbaden:

Ich habe die Rede Koskes im Reichstage mit angehört und den Eindruck gewonnen, daß er in seinem Bestreben, die Ungefährlichkeit der sozialdemokratischen Partei zu schildern, sich etwas zu weit hat fortzueilen lassen. Es mag ihm wohl der Bebel'sche Ausdruck vorgefallen haben, Bebel hat aber gesagt: Wenn es gegen Rußland geht, dann bin auch ich dabei, die Pläne auf den Wudel zu nehmen. Wir machen Koske zum Wortwurf, daß er nicht öffentlich erklärt hat, daß seine Worte falsch mitgeteilt worden seien, und nun gewissermaßen aus Wechthaberei sagt: Das ist in der Partei immer so gehalten worden. Den Antrag Kiel bitte ich abzulehnen.

In der Resolution 93 wird der Parteivorstand ersucht, einen energischen Vorstoß zur reichsgesetzlichen Regelung der Vergarbeiterverhältnisse zu machen. Die Fraktion hat getan, was sie tun konnte. Sie hat viele Anträge eingebracht, aber alle diese Anträge sind nicht zur Veratung gekommen, und daran haben die bürgerlichen Parteien viel Schuld. Es ist unerhört, wenn die bürgerlichen Parteien, um ihre Arbeiterfreundlichkeit zu beweisen, in den ersten Tagen Anträge einbringen und dann unter sich einig werden, den Reichstag vor Pfingsten zu vertagen. Erst hatte man damit geredet, daß der Reichstag auch nach Pfingsten noch auf 14 Tage zusammenkommt, aber dann hat man bestimmt, daß von jeder Fraktion nur ein Redner oder zwei bei jeder Diskussion zu Worte kommen sollten, um die Vertagung vor Pfingsten möglich zu machen. Unsere Vertreter haben gegen diese Abmachung und wir haben auch gegen die Schlußanträge gestimmt. Die Fraktion hatte gar keine Möglichkeit, ihre Initiativanträge zur Veratung zu bringen, die bürgerlichen Parteien waren darauf bedacht, daß sie nicht zur Veratung kamen.

#### Ulrich-Offenbach:

Wohin wir mit der Art der Kritik kommen, welche in unserer Presse beliebt wird, das zeigt der Antrag Kiel, der verlangt, daß die Fraktion eine Scheidung zwischen befähigten und unbefähigten Rednern treffen soll. Wenn man das in einer gewöhnlichen Parteiversammlung aussprechen würde, so würde es den größten Sturm der Entrüstung hervorrufen. (Sehr richtig!) Wenn die Kritik sich so konzentriert wie in dem Antrag Kiel, so müssen wir uns dagegen wehren. Als ich die Rede Koskes im Reichstage hörte, habe ich nicht den Eindruck gehabt, den die Leipziger bekommen haben wollen. Es kommt zum großen Teil doch auf die Art des Vortrages an, der Ton macht die Musik. Was Koske sagte, ist nicht im geringsten zu deuten gegen unsere Stellung, die wir gegenüber dem Militarismus einnehmen. Die Ausführungen Koskes sind aus der Situation heraus erklärlich, und ich begreife nicht, wie man ihm aus seinen Ausführungen einen Strich drehen kann. Wenn ich mir die historischen Expositionen des Genossen Lensch vor Augen führe, dann möchte ich sagen: Die Gelehrsamkeit möchte ich nicht zu meiner eigenen machen. (Weiterkeit.) Er sagt, unsere ganze politische Situation sei so, daß wir gar nichts zu fürchten hätten, daß wir jemals gegen Rußland den Schießprügel in die Hand nehmen müßten. Alle Achtung, Kollege Doktor (Weiterkeit), aber dadurch, daß Sie den Doktor gemacht haben, haben Sie nicht den Befähigungsnachweis für politische Prophezeiungen erbracht. (Weiterkeit.) Die Kritik, wie sie die „Leipziger Volkszeitung“ übt, ist geradezu zum Skandal geworden. (Widerspruch.) Es ist unser gutes Recht, dagegen zu protestieren, aber es ist auch mein gutes Recht, hier meine Ansicht auszusprechen. Wenn wir vom Patriotismus sprechen, so meinen wir als Vertreter des Proletariats auch den Patriotismus des Proletariats, und man soll dann nicht immer hinterher kommen und die Worte so auslegen, als wenn ein Redner vom bürgerlichen Patriotismus gesprochen hätte. Wenn gesagt wird, daß wir bereit seien, den Schießprügel in die Hand zu nehmen, so muß doch eine besondere Situation vorgelegen haben und es geht nicht, einem Redner Begriffe unterzulegen, die er nicht ausgesprochen hat. Wenn ich die Reden unserer alten Vorkämpfer durchblättere, so kann ich nicht finden, daß wir fader geworden sind, sondern wir treten leistungsfähiger und entschlossener dafür ein, daß wir die Menschen zu glücklichen Menschen machen wollen. Diesen Patriotismus vertreten wir, das war auch bei Koske maßgebend. Wenn wir anfangen wollen, auszulügen und unterzulegen, so kommen nur Mißverständnisse heraus. Die bürgerlichen Mißverständnisse, die auch bei den Kolonialdebatten hervortreten, sollten wir vermeiden. Was Koske sagte, entsprach unserer allgemeinen Stellung! Man kann sich über die Sachlage unterhalten, aber nicht böswillig. In den Reden des verstorbenen Reichstags, in denen von Marx und Lassalle, finden Sie nichts anderes, als was wir unter dem Begriff „Patriotismus“ verstehen. Wenn wir mal mit bürgerlichen Vertretern in die gleiche Kerbe hauen, so ist das kein Verrat an der Partei, sondern die bürgerlichen Vertreter sind dann zulässig unserer Meinung. Im „Volksfreund“, Braunschweiger Volksstärker für 1908, wird der Standpunkt unserer Partei in der Richtung festgelegt, wie wir uns zum Vaterland stellen. Ich lege voraus, daß der Schreiber dieses Artikels zu den Genossen gehört, die man mit der euphemistischen Bezeichnung „radikal“ belegt. Der Artikel geht dahin, daß wir mit glühendem Eifer kämpfen für das Vaterland, in dem wir uns wohl fühlen können. Er sagt: Das werltliche Volk Deutschlands denke nicht daran, sein Vaterland zu verraten, sein höchstes Eigentum einem fremden Volke preiszugeben. Das Land, in dem wir geboren, dessen Sprache wir sprechen und in dessen Kultur wir körperlich und geistig wurzeln, ist und bleibt unser. Das ist so selbstverständlich, daß es gar nicht besonders ausgesprochen zu werden braucht. Man könnte das vielleicht auch auffassen als eine spießbürgerliche Deduktion. (Zuruf: Den Schluß des Artikels verlieren!) Ihr seid ja sehr buchhabend und sibi-süchtig! Es heißt dann weiter: „Ebenso selbstverständlich ist es aber auch für uns, daß wir keinem anderen Volk in sein angekommenes Eigentum einzufallen denken, und genau so denken die Millionen unserer französischen Genossen. Die gegenwärtige Gedankensrichtung des vaterländischen Volkes, der nationalen Gleichberechtigung und Freiheit ist für die Sozialisten aller Länder eine so selbstverständliche Sache, daß jeder, der für die Bekämpfung oder Unterdrückung eines fremden Volkes eintreten würde, mit Schimpf und Schande aus der internationalen Sozialdemokratie ausgeschlossen würde.“ (Sehr richtig!) Ganz richtig! Man soll, wenn man kritisiert, nicht so abfällig urteilen, wie Dr. Lensch es getan hat. (Weisfall.)

#### Hannack-Berlin:

Die vielen Anträge legen Zeugnis ab von der Kraft und Fähigkeit, die der Partei inne wohnt. Auf allen Parteitagungen aber ist und

nahe gelegt worden, daß man der Fraktion und auch dem Parteivorstande in diesen Fällen nicht eine gebundene Marschroute vorschreiben darf und es sind auf den Parteitagen die Anträge, in denen die Fraktion beauftragt wurde, diese oder jene Materie einer gesetzgeberischen Regelung zuzuführen, der Fraktion nur als Material überwiesen worden. Die Fraktion kann nicht immer wie sie will, sie muß sich nach Zeitumständen und Geschäftslage richten. Ich würde es für richtig halten, wenn alle diese Anträge der Fraktion zur Erwägung überwießen würden. Die Anregung Weismanns in Sachen der Kolonialpolitik hat sich nicht zu einem Antrage verdichtet. Hauptächlich will ich mich wenden gegen Antrag 98. Hanschild hat zur Begründung gesagt, die Mehrzahl der Delegierten lese den parlamentarischen Bericht doch nicht durch. Ich bin anderer Ansicht. Der parlamentarische Bericht ist in diesem Jahre noch etwas später fertig geworden als früher. Er soll zwar nach Parteitagsbeschluß drei Wochen nach Schluß der Session erscheinen; das konnte aber bisher nicht durchgeführt werden. Der Parteivorstand gibt sich gewiß die denkbarste Mühe. Hanschild verfolgt vermutlich auch nicht alle unsere Publikationen, sonst würde er wissen, daß der Parteivorstand eine Sammlung sämtlicher parlamentarischer Anträge der Partei von 1867 an in Angriff genommen hat. Die Arbeit ist fertiggestellt und druckreif. Die Herausgabe der Veröffentlichungen, die Antrag 98 fordert, würde große Kosten erfordern. Wogegen ich mich wende, ist das, daß der Vorstand beauftragt werden soll. Wenn der Antrag dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen wird und es möglich ist, ihn auszuführen, so wird der Parteivorstand ihn auch ausführen. (Weisfall.)

#### Lebedour - Berlin:

Ulrich hat sich in außerordentlicher Vehemenz gegen den Antrag Kiel gewandt, wonach die Fraktion von Fall zu Fall die Redner zu den einzelnen Fragen stellen soll; er hat das als Terrorismus bezeichnet, als die Etablierung von zwei Klassen von Sozialdemokraten bezeichnet. Ich habe noch niemals einen erlaunlicheren Ausdruck aus dem Munde eines Genossen gehört, die Praxis, die der Antrag will, wird doch schon jetzt konsequent von der Fraktion befolgt. (Sehr richtig!) Merkwürdigerweise hat Koske gar nicht erwähnt, daß er gar nicht als Fraktionsredner gesprochen hat. Bebel war als Redner bestimmt, aber wie das jedermann der Fall ist, hat nach dem offiziellen Fraktionsredner noch jedes andere Fraktionsmitglied das Recht, sich zum Wort zu melden, meist kommt der Betreffende nicht mehr zum Wort, weil vorher die Diskussion geschlossen wird. In diesem Falle hatte Koske sich gemeldet. Nun hielt der Kriegsminister seine Rede und da war allerdings unter uns die Ansicht verbreitet, daß nun ein für solche schwierige Situation geeigneter Genosse das Wort zur Antwort nehmen würde; es wurde Vollmar vorgeschlagen, der ja auf diesem Gebiet sehr bewandert ist. Da hat sich Koske — was sein gutes Recht ist, — geweigert, zugunsten von Vollmar zu verzichten. Daran mag ich ihm absolut keinen Vorwurf, er hielt sich dazu für geeignet, aber die Tatsache muß doch festgelegt werden. Also, da der Antrag Kiel von der irrigen Voraussetzung ausgeht, daß Koske als Fraktionsredner bestellt war, ist er gegenstandslos, aber er kann trotzdem, um die bisherige Praxis zu bekräftigen, der Fraktion überwiesen werden. Im übrigen verzichte ich darauf, mich über den Fall Koske weiter auszulassen, ich summe da wesenlich mit den Ausführungen von Lensch und Wesker überein.

Mit meiner Stellung zur Kolonialpolitik hat sich Weismann sachlich einverstanden erklärt, er hat aber vorgeschlagen, einen kolonialen Beirat zu schaffen. Das ist praktisch unmöglich, ich kenne nämlich keine Parteigenossen, die gerade in dieser Frage als sachverständige Autoritäten gelten könnten. Wir in der Fraktion sind noch immer die erfahrensten auf diesem Gebiete. Ich für meine Person habe mich seit 30 Jahren sehr intensiv mit der Kolonialfrage beschäftigt, längst, bevor wir in Deutschland Kolonien hatten. Einen Beirat halte ich für vollständig überflüssig. Wir müssen sehen, so gut wir können, mit dem Wissen auszukommen, aber das wir verfügen. Ich habe Weismann weiter so verstanden, daß die Partei auf ihre Kosten Genossen hinausschicken soll, um die Kolonien zu studieren. Dagegen muß ich mich wenden. Wenn das einen Wert haben soll, dann müßte man auf Jahre hinausgehen, und das würde so kolossale Geldmittel erfordern, daß ich eine solche Ausgabe für unverantwortlich halten würde. Wir haben über die kurzen Sprichfahrten gehöhnt, die von bürgerlichen Reichstagsabgeordneten unternommen sind, die ein paar Wochen oder Monate in den Kolonien umhergerendeln und sich dann als Sachverständige aufspielen. Aber etwas Besseres würde auch bei unseren Sprichfahrten nicht herauskommen. Daß überhaupt ein solcher Gedanke jetzt in unseren Reihen zum Durchbruch kommt, ist auf die Ausführungen von von Kol auf dem Stuttgarter Kongress zurückzuführen. Ich nehme an, so lieber die Gelegenheit wahr, mich darüber zu verbreiten, als das, was ich in einer Berliner Versammlung darüber gesagt habe, in ganz unglücklicher Weise entstellt worden ist. Daß von Kol aus eigener Anschauung sich über gewisse koloniale Verhältnisse hat unterrichten können und noch unterrichten kann, liegt ausschließlich an seinen persönlichen Verhältnissen, er ist in einer günstigen Lage, er ist selbst pensionierter Kolonialbeamter. Bisher haben wir keinen pensionierten Kolonialbeamten in unseren Reihen. Bekommen wir mal einen, dann soll es uns freuen. Ferner ist von Kol in den Kolonien interessiert und obendrein ist er ein reicher Mann, er kann sich das also leisten. Das ist kein Vorwurf gegen ihn, im Gegenteil, wir freuen uns immer, wenn reiche Leute in unsere Reihen treten, die ihre Mittel für Parteizwecke anwenden. Sollten in unseren Reihen wohlhabende Genossen sein, deren Mittel und Zeit es erlaubt, auf Jahre in die Kolonien zu gehen, meinen Segen haben sie und auch den Segen der ganzen Partei, aber wir dürfen nicht so unverantwortlich mit Parteigelde umgehen. Wogegen ich mich ganz entschieden verwahre, ist, daß von Kol sich selbst als leuchtendes Beispiel in Stuttgart hinstellt und dadurch den Glauben erweckt hat: ja es ist doch wirklich ein Skandal, daß das große Deutschland nicht das kann, was Holland gemacht hat. Wir werden, obwohl wir auf Erfahrungen, die auf diese Weise gewonnen sind, vorläufig verzichten müssen, doch in ganz derselben Weise wie bisher gegen diese koloniale Schandwirtschaft arbeiten. (Weisfall.)

#### Stadthagen-Berlin:

Durch die Erklärung von Lebedour über die Art der Auswahl der Fraktionsredner und über die Haltung von Koske ist die m. E. berechtigte Kritik erledigt, als ob die Fraktion als solche eine andere Stellung gegenüber dem Militarismus einzunehmen beabsichtigt. Ich wende mich ganz entschieden dagegen, daß hier auf dem Parteitage seitens einzelner Genossen eine Einschränkung des Rechts der Kritik versucht wird. (Sehr gut!) Ich würde mich freuen, wenn viel mehr kritisiert würde, ich halte es für die Aufgabe der Fraktion, die Ansichten der Gesamtpartei zu vertreten, aber wie ist das möglich, wenn keine Kritik einsetzt, oder wenn man, wie es Ulrich tut, sagt, die Kritik ist zum Skandal geworden. Ja, geht es denn so weit, daß wenn man nicht mehr lobt oder nicht mehr nach der anderen Seite hin lobt, ein Skandal herauskommt? Ich würde es vielmehr für einen Skandal halten, wenn man die freie Kritik nicht mehr ertragen kann. (Sehr richtig!) Koske meint, er habe so sprechen müssen, weil man den Leuten auf der Agitation nicht einanderlegen könne, was kapitalistischer und was proletarischer Patriotismus ist. Ja, zum Donnerwetter, wenn man das nicht kann, dann soll man nicht auf Agitation gehen. (Sehr gut!) Ich habe mich in der Wahlbewegung genau so mit dem Reichstagsgenossenverband auseinandergesetzt wie Koske, ich habe dargelegt, daß der Patriotismus der herrschenden Klassen gar kein Patriotismus ist, daß uns das Vaterland von der Bourgeoisie geraubt wird, und daß wir keinen Grund haben, es im Interesse der Bourgeoisie zu verteidigen. (Sehr richtig!) Koske hätte in seiner Rede darlegen müssen, daß der Militarismus gegen den inneren Feind mißbraucht wird. Aber wie konnte er gegenüber dem Hochverrat, den der Kapitalismus, den einzelne Leute der herrschenden Klasse fortwährend verüben, erklären: Ja wohl, wenn ein Krieg kommt und ihr werdet angegriffen, dann machen wir selbstverständlich mit! Koske meinte,

wenn ihm einer sage, er sei ein Vaterlandsverräter, so würde er antworten: Du bist ein Lügner! Rein: ich würde sagen: Vaterlandsverräter? Wo ist denn das Vaterland? Ihr raubt ja dem Arbeiter das Vaterland. Wir wollen es ihm geben. (Sehr gut!) Wenn man das nicht kann, dann soll man uns doch nicht damit kommen, daß die Agitation dadurch erschwert wird, daß man nicht klar redet, daß man nicht die Wahrheit sagt, sondern Zugehörnisse macht. Der Standpunkt von Koske ist nicht der richtige. Ulrich hat die Sache verschoben. Er geht von der Ansicht aus, als ob Koske gesagt hätte, daß der Patriotismus der Proletarier etwas ganz anderes ist als der der Herrschenden. Gewiß, das hätte ausgeführt werden können, aber daß es in den Worten von Koske liegt, muß ich ganz entschieden bestritten.

Ein Wort über die Ausführungen von Löffler über die Vergarbeiterverhältnisse. Die Fraktion hat in dieser Beziehung getan, was überhaupt möglich ist. Es liegen nicht weniger als sechs Initiativanträge auf diesem Gebiete vor. Weitere Anregungen, als in diesen Anträgen enthalten sind, habe ich von Löffler nicht gehört. Er tritt aber, wenn er annimmt, daß der Reichstag in dieser Beziehung anders zusammengesetzt sei als früher. Der Antrag auf Einführung eines Reichsberggesetzes ist von uns schon 1896 gestellt, 1898 nahm der Reichstag eine Resolution auf reichsgesetzliche Regelung dieser Materie an, der Bundesrat hat ihr keine Folge gegeben und wir sind dann jahraus, jahrein mit neuen Anträgen gekommen. Im Jahre 1900 hat der Reichstag dann noch einmal eine Resolution in unserem Sinne angenommen, es ist aber so geblieben wie es war, ja ich behaupte, daß es durch die preußische Vergarbeiterverhältnisse noch schlimmer geworden ist. Wir werden die gesamten Arbeiterverhältnisse durch ein neues Arbeiterchutzgesetz regeln müssen. Ich bitte die Genossen aus dem Lande bringend, ihre Anregungen der Fraktion zu überweisen. Unter den 140 Initiativanträgen der Gegner befindet sich auch nicht ein einziger auf soziales Gebiete, der nicht von der Sozialdemokratie abgeschrieben ist. (Hört! hört!) Wir werden diese Heuchelei niedriger hängen müssen, die bis in die höchsten Regierungskreise hineingeht, und die immer den Sozialdemokraten vortarnt, daß sie keine praktische Arbeit leisten, während die Bourgeoisie doch selbst ihre praktischen Anregungen der Sozialdemokratie entlehnt. (Weisfall.)

#### Koske-Chemnitz:

Wenn ich die Absicht habe, Kritik zu üben, so kann ich aus jeder beliebigen Rede, an diesem oder jenem Blatt, etwas ausheben. Wenn Genosse Stadthagen aber jetzt vernimmt hat, daß ich nicht dagegen protestiert hätte, daß das Heer im bürgerlichen Klassenstaat zum Instrument der Wiederherstellung der Arbeiterklasse benutzt werde, dann verweise ich ihn auf das Stenogramm meiner Rede, das auf meinem Bilde liegt. Er wird sich dann überzeugen, daß das in ausreichendem Maße geschehen ist. — Ein paar meiner Fraktionskollegen sind so liebenswürdig gewesen, ebenfalls ein paar kritische Bemerkungen über meine Rede zu machen. Ich konstatiere, daß unter dem frischen Eindruck der Rede in der Fraktion keine Kritik daran geübt worden ist. Wenn ich Reizung dazu hätte, könnte ich mich umgekehrt auf eine Reihe anerkennender Äußerungen alternativer Fraktionsgenossen berufen. Wenn diese es jetzt nicht für notwendig halten, hier vor den Parteitag zu treten und mich zu bedanken, so mögen sie das vor sich veranworten. Ich mache keinen Anspruch darauf. Es ist richtig, daß ich nicht von der Fraktion als Redner bestimmt worden bin, sondern in der Diskussion von meinem Rechte zu sprechen Gebrauch gemacht habe. Die Annahme eines Außerordentlichen, der darauf hinausläuft, diesem oder jenem Redner im Reichstag den Mund zu verbieten, würde zwecklos sein. Wenigstens ich würde nicht zu denjenigen gehören, die sich den Mund zubinden lassen. Genosse Lebedour hat darauf hingewiesen, daß an meiner Stelle Vollmar als Redner in Vorschlag gebracht worden ist. Ich weise darauf hin, daß Vollmar in seiner Rede zum auswärtigen Etat 3, 4 Tage später rückhaltlos und nachdrücklich das bezeugt hat, was die „Leipziger Volkszeitung“ gemißbilligt hatte. Der Kieler Parteigenosse hat sich keine Kritik sehr leicht gemacht. Er meinte, man braucht ja diese Frage nicht immer zu erörtern. Wenn aber die Frage von den Gegnern aufgeworfen wird, dann müssen wir ihnen Rede und Antwort stehen. Daß auf die Schenlichkeiten des Krieges hingewiesen werden muß, ist eine Unvermeidlichkeit, aber die vor dem Parteitag nicht erst gesprochen werden muß, und daß in gewissen Fällen das Interesse des Proletariats durchaus auch darin bestehen kann, daß ein Angriffskrieg zurückgewiesen wird, darüber ist ebenfalls kein Wort zu sagen nötig. Ich erinnere auch daran, daß die politische Situation im Frühjahr eine derartige war, daß im Bürgerium gar keine Reizung für einen zeitigen Krieg zu verspüren war; die Erörterungen über den Militäretat fanden statt in der Zeit der allergrößten Isolierung Deutschlands. — Alles, was Genosse Lensch hier gegen mich angeführt, ist absolut hinfällig. Er sagte, die ganze Parteipresse habe sich über meine Rede ertrüffelt. Das hat er selbst vorweg in einer Leipziger Parteiversammlung widerlegt. Dort hat er den Parteigenossen ausdauernd gesagt, daß er tagelang gewartet habe, ob sich denn nicht in der Parteipresse Mißbilligung gegen meine Rede laut machen werde. Erst nachdem er drei Tage harte ins Land gehen lassen, habe er sich gesagt, es müsse Stellung dagegen genommen werden. Auch im „Vorwärts“ hat man nicht sofort erwidert, daß das Kapitel in Gefahr ist, sondern man hat einfach das Blatt aus der „Leipziger Volkszeitung“ abgedruckt. Eine ganze Woche hat es gedauert, bis man im „Vorwärts“ dazu gelangt ist, selbständig kritische Ausführungen dazu zu machen. Gewiß ist in der Parteipresse Kritik geübt worden, aber mit welcher Sachlichkeit! So hat das Düsseldorf'sche Parteiblatt geschrieben, daß die ausgezeichnete Rede Vollmars durch die Ausführungen Koskes und Bebel's stark abgeschwächt worden sei. Dabei hat Vollmar erst 8 oder 4 Tage nach mir gesprochen. (Weiterkeit.) Die „Chemnitzer Volksstimme“ ist nicht mein Blatt, sondern ich bin nur einer der Redakteure der „Chemnitzer Volksstimme“, und ich bin nicht verantwortlich dafür, wenn einer meiner Redaktionskollegen unter anderen Bedingungen auch einen einzigen Satz aus einem bürgerlichen Blatt zitiert hat. — Eine ungedeutete Vermutung im Kopfe des Genossen Lensch besteht in Bezug darauf, wie die Diskussion unter Parteigenossen geübt werden kann. Er faßt sich einfach einen bestimmten Satz aus den Fingern, streift den als Tatsache in die „Leipziger Volkszeitung“, und sagt dann hinterher, Koske hätte sich ja dagegen wehren können. Ich meine doch, es ist richtig, die Kritik so zu üben, daß man sich erst informiert, erst nachsteht, was gesagt worden ist. Auf die Dauer in einer längeren Polemik bei der „Leipz. Volkszeitung“ Nichtigkeiten anzubringen, ist ein Verfahren, auf das mit mir eine ganze Reihe anderer Parteigenossen nachgerade verzichtet haben, die das zweifelhaft Vergnügen gehabt haben, mit der „Leipziger Volkszeitung“ Differenzen auszusuchen zu müssen. (Sehr richtig!) Bei der Art der Polemik, wie sie dort geübt wird, ist es das Beste, schließlich reden und schreiben zu lassen, was nur immer geschrieben werden mag. — Ich will auch auf die arrogante Bemerkung des Genossen Lensch nicht eingehen, ich hätte von der russischen Revolution nichts gemerkt. Wenn ich Lust hätte, mich hinter jemand zu bedanken, dann könnte ich jetzt eine ganze Reihe Zitate aus einer Rede vortragen, die Genosse Bebel 24 Stunden vor mir im Reichstag gehalten hat. (Sehr richtig!) Wenn derjenige reaktionär sein soll, der noch mit der Möglichkeit eines Krieges rechnet, dann wäre Bebel ein viel ärgerer Reaktionär als ich. (Weiterkeit.) Ich habe nun davon gesprochen, daß ein Sozialdemokrat im Falle dringender Gefahr für das deutsche Volk mit in den Krieg gehe, während eine ganze Reihe der Ausführungen Bebel's darauf hinauslaufen, daß die Schloßfertigkeit des Heeres eine Verschärfung erfahren müsse. Wer Lust hat, mag das selber nachlesen. Wenn also Genosse Lensch in die Lage käme, Maulkörbe in der Partei auszuteilen, so würde ich nicht zuerst dabei herankommen. Die ganzen Auseinandersetzungen haben gezeigt, daß wieder einmal viel Lärm um nichts gemacht worden ist. (Sehr richtig.)

#### Lebert-Apolda:

Die Folge der Rede Koskes war ein Lob von den Gegnern, worauf aber Koske vollständig schwieg. Ich wußte nicht, fühlte ich Genosse Koske durch das Lob geschmeichelt, oder war er fast der

...ation nicht mehr gewachsen? Er hätte erklären müssen, daß ...

Henning-Ragdeburg:

Die Eile, die Koske gehabt hat, seine Haltung im Reichstag zu ...

Ein Schlußantrag, gegen den Liebknecht-Berlin spricht, wird abgelehnt.

Liebknecht-Berlin:

Ich bin durchaus kein Freund von Splitterrichterei und bin auch der Ansicht, daß man bei der Kritik nicht einzelne Worte aus einer Rede herausgreifen soll.

Natürlich kann ein einzelner Staat nicht an Abrüstung denken; wenn wir anerkennen, daß im Augenblick es für Deutschland ganz ausgeschlossen ist, die Abrüstung vorzunehmen, so müssen wir uns doch gegen das ewige Wehrwort wenden.

Dr. David-Raing:

Ich begrüße es, daß heute auch Genosse Stadthagen sich für das Recht der freien Kritik erklärt hat, der seinerzeit meinte, wenn man irgend etwas kritisieren wolle, solle man erst in sein stilles Kämmerlein gehen und noch einmal darüber nachdenken.

und ich halte sie meinerseits für notwendig — dann sollten auch diese Manöver annähernd dem entsprechen, was im Ernstfalle zu erwarten ist.

Wegen Eintritts der Mittagspause wird die Debatte vertagt. Eingegangen ist ein Begrüßungstelegramm der ungarländischen sozialdemokratischen Partei.

(Schluß in der 2. Beilage.)

Soziales.

Aus einem Berliner Schiedsgericht.

Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung in der Unfallversicherung bestehen bekanntlich aus dem fälligen Vorsitzenden und je zwei Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

Eine unangenehme Neueinrichtung sei ferner erwähnt: Es werden jetzt Verhandlungstermine noch auf 1 1/2 Uhr nachmittags angesetzt.

§ 70 des Handelsgesetzbuchs.

Der Kaufmann L. zu Berlin war von der offenen Handelsgesellschaft Canth in Berlin, einer Biervertriebsgesellschaft, für die Zeit von Februar 1904 bis 1. März 1906 als Stadtreisender angestellt worden.

Der III. Zivilsenat des Reichsgerichts erkannte auf Zurückweisung der Revision, indem er unter anderem erklärte, daß es wohl richtig sei, daß in der handelsrechtlichen Literatur die Meinung vertreten werde, daß Gründe, die sich vor der Anstellung eines Handelsgesellschafts ereignen, nur als Anfechtungsgründe wegen Irrtums, nicht aber als Entlassungsgründe gemäß § 70 H.-G.-B. dienen könnten.

Schaffenen Verhältnisses zwischen Prinzipal und Gehälfen eintritt. Diese Störung kann auch in einem Ereignisse ihren Grund haben, das schon vor der Anstellung liegt, sofern nur seine Wirkungen sich auf die Zeit der Vertragsdauer hinein erstrecken und deraartige sind, daß dem anderen Teile die Fortsetzung des Dienstverhältnisses nicht weiter zugemutet ist.

Arbeiterinnenschuh.

Den § 105b der Gewerbeordnung und die Schutzverordnung des Bundesrats für Konfektionsarbeiterinnen vom 31. Mai 1907 beziehungsweise 17. Februar 1904 sollte die Geschäftsführerin Engel von der „Damenkonfektion Hermann Engel“ in der Landsbergerstraße 86 übertreten haben.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und sprach die Angeklagte mit folgender Begründung frei: Es komme darauf an, ob die Änderungsverordnung eine Verstoß im Sinne der Gewerbeordnung und der Bundesratsverordnung sei.

Deutschland in der Sozialpolitik voran.

Ein Veteran der Arbeit, der 78 Jahre alte Schriftsetzer Ferdinand Gräbler aus Wetz in Oberosterreich, wurde, wie dem „Korrespondent für Deutschlands Oberländer und Schriftsetzer“ geschrieben wird, am 11. September aus dem Königreich Bayern ausgewiesen.

Von der Bekleidungsindustrie-Versicherungsgesellschaft.

Versichert waren im Jahre 1906: 7148 Betriebe mit 254 111 Arbeitern gegen 6740 Betriebe und 242 000 Arbeiter im Jahre 1905.

Als Folge der Verletzungen in 21 Fällen Tod völlige dauernde Erwerbsunfähigkeit teilweise 560 vorübergehende 82

Der Aufsichtsbeamte der Versicherungsgesellschaft hatte nur 527 von 7148 versicherten Betrieben besichtigt können und zwar nur die mit Motorkraft arbeitenden Betriebe der Provinz Westfalen und Rheinlands.

Briefkasten der Redaktion.

A. W. 57. Die Forderung entspricht dem Reichsstempelgesetz. H. B. 100. 1.-3. Rein. Eine Klage auf Herausgabe der Sachen hätte Aussicht auf Erfolg.

Der Parteitag in Eisen.

(Telegraphischer Bericht.) (Schluß aus der 1. Beilage.)

Eisen, 17. September.

Nachmittags-Sitzung

Gemoll eröffnet die Sitzung um 3 Uhr. Es ist folgender Antrag Gemoll neu eingegangen:

Der Parteitag beschließt: Die Reichstagsfraktion wird ersucht, in geeigneter Weise gesetzliche Bestimmungen anzustreben, welche die Verhältnisse der Mitglieder von Privatwohlfahrts- und Pensionskassen regeln. Es ist besonders anzustreben:

- 1. Die Sicherung der Pensionsansprüche der Mitglieder.
2. Die Verteilung des Rechtes der Weiterversicherung an Arbeiter, die aus dem betreffenden Betriebe ausscheiden, sofern diese Arbeiter nicht die Rückzahlung der geleisteten Beiträge vorgehen.

Honrath-Kachen:

Bei der Debatte über den Militarismus handelt es sich nach den bisherigen Verhandlungen nicht mehr um die Rede Roskes, sondern darum, ob wir in der Bekämpfung des Militarismus prinzipielle sozialdemokratische oder opportunistische Politik treiben. Wir haben alle Ursache, unsere gegensätzliche Stellung zum heutigen Militarismus stets zu betonen. Wir müssen den Soldaten immer auf neue Klar machen, daß sie durch den Militarismus in ein menschenunwürdiges Verhältnis hineingezwungen werden. Es ist ganz etwas anderes, wenn die Soldaten zum Kadavergehorsam im Heere erzogen werden, als wenn wir es verlangen, den Soldaten die Waffen auch mit nach Hause gegeben werden. Wir haben die Reden Webers zum Militär-Etat gerade deshalb immer so wertvoll für unsere Agitation gefunden, weil in ihnen dieser grundlegende Unterschied hervorgehoben wurde. (Sehr richtig!) Wir haben den Eindruck gehabt, daß man in der Session des neuen Reichstags nicht ganz auf der Höhe gewesen ist. Man hat nicht so wie früher den Herrschenden die ganze Empörung des arbeitenden Volkes vorgehalten. Den grundsätzlichen Kampf gegen den Militarismus dürfen wir nie unterlassen. (Bravo!)

Alara Jettin:

Ich möchte erst kurz die Auffassung des Genossen David zurückweisen, daß uns zwar das Recht der Kritik zusteht, daß wir aber den Reden unserer Reichstagsabgeordneten gegenüber nur in gemäßigtem Umfang von diesem Recht Gebrauch machen sollen. Bis jetzt hat gerade eine der hauptsächlichsten Aufgaben des Parteitag das Bestehen, auch an den Reden und Handlungen der Reichstagsfraktion ausgiebige Kritik zu üben, und wenn wir von dieser Kritik auch nur ein Fünftel preisgeben würden, dann würden die Parteitage sehr halb auf das Niveau der Katholikentage herabgedrückt werden, auf das Niveau der katholischen Schanstellungen. (Sehr richtig!) Wenn es weiter heißt, man solle nicht so unvorsichtig bei den Kritiken los-schlagen, so können wir den guten Rat zurückgeben und können die Mitglieder der Reichstagsfraktion anfordern, auch ihrerseits äußerst vorsichtig zu sein und keine Exzessiven zu tanzen, bei denen nach der Meinung weiter Parteireise weniger eine streng sozialistische als eine gut verbürgerlichte Melodie gezeugt wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Wertschätzung in weiten Kreisen richtet sich nicht so sehr gegen die Roskesche Rede als gegen die Behandlung der Militärangelegenheiten durch unsere Fraktion. Große Parteireise haben sich nicht der Empfindung entschlagen können, als wenn unsere Kritik in der letzten Session weniger scharf und weniger frisch gewesen wäre, als bei früheren Etatsberatungen. Das wurde gerade unter den gegebenen Umständen besonders schmerzhaft und peinlich empfunden. Warum denn? Die Januarwochen lagen hinter uns und in den Kreisen der Gegner wurde über die Niederlage der Niedergerittenen triumphiert. Da hatten die Parteigenossen die Empfindung, daß es besonders zu betonen sei, daß wir nicht die Reden der bekannten guten Fremden in bürgerlichen Kreisen bürgerlich zivillisiert und bürgerlich verhöflicht zurückgeben, sondern daß wir mit ganzer Schärfe unsere grundsätzlichen Auffassungen zur Geltung bringen. (Sehr richtig!) Das ist es, was wir in der Rede Roskes vermist haben. Da mußte mit aller Energie betont werden, daß es eine Klassenpartei gibt, die nicht vor den Grenzfällen Halt macht. Wir wollen nicht verheimlichen, wir wollen keine Zweifel darüber lassen, daß zwischen unserem Patriotismus und dem Patriotismus der herrschenden Klassen nicht ein Unterschied des Grades sondern ein Unterschied des Wesens besteht. (Lebhafte Zustimmung.) Der Patriotismus der herrschenden Klassen ist konterbait, ist reaktionär: er hat nur ein Ziel: sich das Vaterland als Domäne für die Massenausbeutung anzueignen und diese Massenausbeutung über die Landesgrenzen hinaus auf andere Länder auszudehnen. Wir verkleinen absolut nicht die wichtige historische Bedeutung, welche der moderne Nationalstaat auch für die Führung des proletarischen Klassenkampfes hat. Wir wissen ganz gut, daß der moderne Nationalstaat der Boden ist, von dem der Klassenkampf ausgeht. Wir verstehen nicht, daß der gegenwärtige Nationalstaat der kapitalistische Nationalstaat ist, der seine Vorteile und Segnungen in erster Linie den ausbeutenden, herrschenden Klassen vorbehält. (Beifall.) Das Proletariat partizipiert an den materiellen und kulturellen Segnungen des nationalen Staates nicht, wie es ihm zukommt. Wir erörtern das Vaterland nur im proletarischen Klassenkampf. Nur mit dem Speer kann das Proletariat die Gaben des Vaterlandes empfangen. Spitze gegen Spitze. Nur im Klassenkampf allein. (Beifall.) Von dieser Auffassung durchdrungen, bewerten wir auch die internationalen Reisen ganz anders, als die bürgerlichen Klassen. Wir können gar nicht so blindlings als selbstverständlich die Versicherung abgeben, was wir im Falle eines internationalen Krieges unternehmen werden. Was wir tun, wird von den vorliegenden Verhältnissen abhängen müssen. Der internationale Kongress hat darüber keinen Zweifel gelassen, wie wir dem Militarismus gegenüber zu stehen haben. Wir haben ihn stets zu betrachten in seiner Doppeltätigkeit als Abwehrmittel gegen den äußeren Feind, wie auch als Anechtung des „inneren Feindes“. (Beifall.) Wir haben ihm keine Konzession zu machen, sondern haben unablässig an seiner Demokratisierung zu arbeiten, um das Vaterland wehrhaft zu machen. Wir müssen darauf hinwirken durch die Revolutionierung der Köpfe. Wenn die Reserve so sozialistisch durchschaut ist und die proletarische Jugend detarig revolutioniert in die Kaserne kommt, so wird das Heer unbrauchbar für den Kampf gegen den inneren Feind. Dabei sollen wir Frauen vorangehen. Und ich möchte den Staatsanwalt sehen, der Hunderttausenden von Frauen den Prozeß macht! Es gibt nur eine Freiheit, für die wir alle kämpfen und alle sterben! (Stürmischer Beifall.)

Stadthagen:

David behauptet, er sei ein Freund der freiesten Kritik und er freue sich darüber, daß auch ich ein Anhänger der freien Kritik geworden sei. Das stände im Gegensatz zu einer Behauptung, die ich angeblich getan haben soll: Man müsse erst ins stille Kämmerlein gehen, ehe man kritisiert. Eine solche Anechtung habe ich nie gemacht. David scheint auf ein Wort von mir in Lüden anzuspielen, das ich übrigens auch heute noch wiederholen würde. Ich habe dort betont, daß die absolut freieste Kritik nötig sei, und an einer anderen Stelle habe ich gesagt: Wenn Vernunft die Grundanschauungen der Partei kritisiert und andere an ihre Stelle setzen will, dann soll er sich erst mal überzeugen, was darin steht und wenn er sie nicht verstanden hat, sich ins stille Kämmerlein zurückziehen und studieren. (Sehr gut.) Dasselbe sage ich auch David

angefichts seiner Veröffentlichungen, nicht in einem sozialdemokratischen Blatt, ich glaube in den „Sozialistischen Monatsheften“ oder so ähnlich, irgend einem bürgerlichen Blatt. (Weiterleit.) David hat in demselben Atemzug, wo er jedem das Recht der freiesten Kritik zugestand, ausdrücklich zurückgewiesen, daß man Reden der Genossen in Reichstagsabgeordneten Autoritäten oberhalb oder unterhalb jeder Kritik. (Weiterleit.) Das ist eine Niedrigstellung der Fraktion. (Sehr richtig!) David meint, man solle nicht nur Roske, sondern auch Weber kritisieren. Aber es handelt sich hier nicht um einzelne Sätze, sondern um die Grundanschauungen, die in der Rede von Roske zum Ausdruck kommen. Es ist ein ganz bestiebiger Fehlerzustand, einem Kritiker zu sagen: kritisiere man erst den anderen! Gewiß, auch Webers Reden stehen nicht außerhalb der Kritik, es steht David frei, sie zu kritisieren. Weiter weist David uns vor, daß unsere Kritik erst eingeleitet hat, nachdem die „Leipziger Volkszeitung“ gesprochen hatte. Er weiß doch so gut wie ich, daß es in der Fraktion nicht üblich ist, Kritik zu üben, daß das nur in den Fällen geschieht, wo eine Erklärung dringend nötig ist, um einen Redner zu desavouieren. Aber in Fraktionskreisen ist über Roske genau so geurteilt worden, wie hier von der übergrahen Mehrheit des Parteitag. — Die Kerzung von Liebknecht über das Vereiteln hätte besser etwas anders gelautet. Unsere Aufgabe ist es nicht, zu vereiteln. Das kann auch die bürgerliche Gesellschaft, der Militarismus, das Militärsystem selbst, das Leben derer, die in seinem Dienste sind. Und dies zum Bewußtsein zu bringen, ist teilweise unsere Aufgabe. (Sehr richtig!) Wir wollen den Soldaten nicht das Leben vereiteln. Wir wollen es ihnen angenehm machen, damit sie das wirkliche Vaterland verteidigen gegen die Feinde des Proletariats. (Sehr richtig!) Wenn weiter von der Lockerung der Disziplin gesprochen ist, so ist das wohl so zu verstehen, daß die Disziplin durch den Militarismus selbst gelockert wird. Auf der einen Seite die Offiziere als Söldlinge der herrschenden Klasse, auf der anderen Seite die große Menge der gemeinen Soldaten, die man gebrauchen will als Masseninstrument zur Unterdrückung des Volkes. Je mehr die wirtschaftliche Entwicklung und die Einsicht des einzelnen fortschreitet, desto schwerer wird es sein, die Disziplin wirklich herzustellen. Daher jene brutalen vaterlandsmörderischen Militärmahdungen und Militärgrenen! So wollte sich Liebknecht wohl ausdrücken. Wir haben keine Veranlassung die Disziplin zu lockern, das besorgen unsere Gegner. Wir haben aber auch darauf aufmerksam zu machen, daß es uns nicht einfällt, eine Kerzung zuzulassen, die so gebietet werden könnte, als ob in einem solchen Falle die Sozialdemokratie bereit wäre, ja zu sagen, wenn es heißt die arbeitende Klasse zu unterdrücken. Gewiß hat Roske das nicht gesagt, aber herausgefunden ist das aus dem, was er gesagt hat, aus der Situation, in der er sprach. Also üben Sie die freieste, rückhaltloseste Kritik, mag sie falsch oder mag sie richtig sein! Wenn die Fraktion die Kritik zu scheuen hat, dann mögen Sie sie lieber davonjagen. (Sehr richtig!)

Dr. Liebknecht:

Selbstverständlich ist der unfehlbare Eindruck, den die Debatten vom 24. und 25. April in weitesten Kreisen hervorgerufen haben, nicht nur durch die Rede von Roske veranlaßt. Immerhin ist der Gesamteindruck seiner Rede, wenn man sie mit der von Weber und mit anderen Kerzungen von Weber vergleicht, auf die Roske sich bezieht, ein gänzlich anderer. Es kommt nicht darauf an, daß Roske einzelne Redewendungen gebraucht hat, die zu Mißverständnissen Anlaß geben, sondern es handelt sich darum, daß von Anfang bis zu Ende seiner Rede die Melodie herausklang: immer langsam voran. Er hat in seiner Rede immer wieder betont, wir sind im Grunde patriotisch. Er hat eine Art Konkurrenz von Patriotismus gegenüber dem Kriegsmilitarismus und unserer prinzipiellen Stellung zum Militarismus nicht Ausdruck gegeben. Das ist um so wichtiger, weil seine Rede eine Antwort war auf die Reden des Kriegsministers und des Abgeordneten von Oldenburg, die ihre prinzipielle Stellung zum Militarismus in sehr scharfer Weise präzipiert und die Sozialdemokratie zu prinzipieller Stellungnahme provoziert hatten. Unter diesen Umständen mußte Roske in seiner Antwort unsere prinzipielle Stellung zum Militarismus besonders scharf betonen. (Sehr richtig!) David hat meine Kerzungen in einer Weise mißverstanden, wie ich es von einem Parteigenossen nicht erwartet hätte. Ich habe niemals gesagt, daß die Ausführungen von Roske, wonach die Wehrkraft des Volkes nicht vernichten wollen, an sich falsch sind, sondern ich habe nur gerügt, daß er das immer betont, ohne Kritik zu üben. Doch ich den Standpunkt einer völligen Wehrlosmachung des Volkes nicht vertrete, das habe ich durch verschiedene Publikationen bewiesen. Aber wir dürfen die Wehrkraft nicht so verstehen, wie die Militaristen v. Einem und Oldenburg, die unmittelbar vorher das Wort in ihrem Sinne gebraucht hatten, ohne daß Roske sich prinzipiell dagegen wehrte. Das Wort vom Vereiteln, das ich vorher gebraucht habe, ist anscheinend mißverstanden worden. Ich begreife das nicht. Natürlich bin ich nicht der Auffassung, wir müssen die Lage der Arbeiter in den Kaserne verschlechtern, damit sie aus ihren ungenügenden materiellen Verhältnissen heraus revolutionieren. Im Gegenteil, in meiner Broschüre habe ich ausdrücklich hervorgehoben, daß wir uns der materiellen Interessen der Soldaten annehmen müssen. Es handelt sich bei dem Vereiteln um nichts weiter als um die Auflösung der Massen über den Massencharakter des Militarismus, über die Masse, die der Militarismus speziell im Klassenkampf spielt. Und außerdem um die Auflösung über die besonderen Schädlichkeiten des Militarismus. In diesem Sinne wollen wir den Soldaten den Kaserneendienst vereiteln. Und in diesem Sinne halte ich das Wort aufrecht. Genau so liegt es mit der „Lockerung der Disziplin“. Natürlich heißt das nicht, die Soldaten sollten revolutionieren, nein, für mich handelt es sich ausschließlich darum, daß durch Wehrung über den Massencharakter des Militarismus und über seine Rolle im Klassenkampf das Proletariat, soweit es in den bunten Rod hineingezogen wird, sich in einer detarigen psychologischen Situation befindet, daß es nicht mehr benutzt werden kann dazu, wozu unsere herrschenden Klassen in erster Linie den Militarismus gebrauchen wollen. In diesem Sinne ist die Lockerung der Disziplin notwendig. Ich will aber nicht etwa die Soldaten auffordern, ihre militärischen Pflichten zu vernachlässigen. Der Prozeß, der mir vorschwebt, vollzieht sich ganz von selbst mit der Entwicklung, mit der Auflösung des Proletariats. In dem Augenblick, wo das gesamte Proletariat zum Klassenbewußtsein erwacht ist, wird der Militarismus zusammenbrechen, wird es den herrschenden Klassen unmöglich geworden sein, die Armee als Masseninstrument gegen das Proletariat innerhalb und außerhalb zu benutzen. (Beifall.)

Gemoll-Essen:

Ich will nicht vom Kriege reden, weil ich ein Mann des Friedens bin. (Weiterleit.) Ich möchte nur den Antrag 20 zur Annahme empfehlen. In diesen Wohlfahrts-Einrichtungen der Großindustrie wird den Arbeitern eine schwere Last angehängt. Solche Arbeiter denken ihr ganzes mühseliges Leben nur immer daran: Wenn ich nur soweit wäre, um in den Genuß der Pension zu kommen. Die bürgerlichen Parteien denken nicht daran, sich der Arbeiter wirklich anzunehmen. Vor allem die Sozialpolitik desentrums ist eitel Scham, eitel Lug und Trug. Hier in Essen haben wir ja das Musterbeispiel einer solchen Wohlfahrts-Einrichtung bei der Firma Krupp, 6000 bis 7000 Menschen geben hier in jedem Jahre aus dem Betriebe, zum Teil, nachdem sie 10, ja 15 Jahre dort gearbeitet haben, und sie alle verlieren dann die für die Wohlfahrts-Einrichtungen geleisteten Beiträge. (Hört! hört!) Die Arbeiter selbst haben in diesen Klassen,

für die sie Beiträge zahlen, nichts zu sagen. (Hört! hört!) Die Fraktion sollte jede Gelegenheit benutzen, den Schandfleck dieser Wohlfahrts-Einrichtungen in das richtige Licht zu stellen, damit endlich einmal die Arbeiter von dieser Last befreit werden. (Lebhafte Bravo!)

Weber:

Ich bedaure lebhaft, daß ich durch meine Zugehörigkeit zur Fünfzehnerkommission heute vormittag verhindert war, an den Verhandlungen teilzunehmen, ich werde daher vielleicht den einen oder anderen Angriff, der gegen mich gerichtet war, unvertetert lassen müssen. Wenn Genosse David, wie ich höre, behauptet haben soll, man müsse den Rednern der Fraktion als Repräsentanten der Partei gegenüber in der Kritik mehr Rücksicht nehmen, dann erkläre ich, daß die Partei keinerlei solche Rücksicht nehmen, dann erkläre ich, daß die Mitglieder der Fraktion sich auf dem Parteitag zur Debatte gestellt. Die Mitglieder der Fraktion haben sich also auch der Kritik der Parteigenossen zu unterwerfen. Ich glaube, Genosse David wird das auch nicht gesagt haben. (David: Ich habe das nicht gesagt!) Nun sind die Reden Roskes in erster Linie und meine in zweiter Linie Gegenstand der Kritik gewesen. Zunächst muß ich konstatieren, daß die Rede Roskes in der Fraktion von keiner Seite kritisiert worden ist. (Hört, hört!) und weiter, daß die Rede Roskes an einer großen Anzahl von Stellen eine gute Rede war und ihr infolge dessen nicht allein von der Fraktion im allgemeinen, sondern speziell auch von mir an einer ganzen Reihe von Stellen Zustimmung und Unterstützung zu teil geworden ist. Ich sage das um so unbedenklicher, da ich dem Genossen Roske erst vor wenigen Tagen anlässlich seiner Darlegung über das Verhalten der deutschen Delegation in Stuttgart gegenüber der Genossin Luxemburg in allerhöchster Weise meine Meinung gesagt habe und zugleich auch meine Meinung über manches andere in seiner Haltung. Mit dem Gesagten will ich freilich und kann ich nicht jede Stelle in Roskes Rede unterschreiben. Wer scharf zusieht, wird wohl einige Stellen finden, an denen die Kritik mit vollem Maße einlegen kann. Wenn man aber dieselbe scharfe Kritik an die Reden der übrigen Fraktionsgenossen auch anlegt, dann dürften sehr wenige dabei bestehen. (Sehr richtig!) Denn es gibt immer in solchen Reden mal einzelne Sätze, die einem weniger gefallen oder in denen etwas Falsches enthalten ist. Ich muß es aber ganz entschieden zurückweisen, als ob die Roskesche Rede den Eindruck gemacht hätte, als wenn Roske in einer Art Hurrostimung gesprochen und dem Patriotismus das Wort geredet habe. Das sind Übertreibungen. Man bleibe doch bei der Wahrheit. (Lebhafte Zustimmung.) Ich verlange nötigenfalls, daß ein Schiedsgericht zusammentritt, Roskes Rede wie die meine durchnimmt und nachweist, ob das, was Liebknecht speziell gesagt hat, irgend welche Berechtigung hat. Also ich wiederhole: es mögen einige Mängel darin gewesen sein, im ganzen war es eine Jungferrede Roskes, eine gute Rede. Er hat eine ganze Reihe von Sachen erörtert, von denen es notwendig war, daß sie im Reichstag ausgesprochen wurden, die bisher noch kaum im Reichstag in Reden beim Militär-Etat geäußert worden sind. Nun komme ich zu mir selbst. Zunächst habe ich zu konstatieren, daß ich in meiner diesmaligen Rede von einem anständigen Krieg und von Verteidigung bei einem Angriffskrieg überhaupt nichts gesagt habe. Ich habe ja schon viele Reden zum Militär-Etat gehalten und da ist es ganz natürlich (Sie werden mir das nachsagen), daß man sich bemüht, nicht dudenmal Gefagtes nur immer zu wiederholen. Es bezieht sich von selbst, daß dabei auch eine ganze Reihe guter Gedanken aus früheren Reden nicht wiederholt werden. Ich selbst bin weit davon entfernt, jede meiner Reden zum Militär-Etat für eine meiner besten Reden zu halten. Ich würde nur wünschen, daß jeder von Euch ein so scharfer Kritiker seiner eigenen Reden wäre wie ich. Ich lasse mir über keine meiner Reden ein K für ein U machen. Es geht wohl bei jedem Redner so, daß er sich sagen kann, er hat wohl einmal sehr gut geredet, aber drei, vier andere Male wäre es ebenso gut, wenn die Rede nicht gehalten wäre. (Weiterleit.) Der Genossin Jettin muß ich sagen, daß ihre heutige Rede, wenn sie auch sehr viel Weisheit gefunden hat, lange nicht ihre beste Rede war. (Weiterleit und Zustimmung.) Das sind so Mängel, über die läßt sich immer streiten. Ich habe, wie man mir damals sagte, sehr ruhig gesprochen; das hat speziell der „Vorwärts“ in seinem Entresol hervorgehoben. Er mag recht gehabt haben. Ich habe aber vor einigen Tagen in einem Parteiblatt des hiesigen Bezirks gelesen, daß es nicht immer mit leidenschaftlichen Reden getan sei. Nun habe ich einmal ruhig gesprochen, da ist es dem betreffenden Redakteur auch nicht recht. Ich habe das Gefühl seit anderthalb Jahren: Ich mag tun, was ich will, ich werde dieses Redakteur doch nicht recht machen können. (Weiterleit.) Nun ist dort das Wort vom Vaterlande gebraucht worden. Ich habe hierzu gesagt: Wenn wir wirklich einmal das Vaterland verteidigen müssen, so verteidigen wir es, weil es unser Vaterland ist, weil wir es nötig haben, als dem Boden, auf dem wir leben, dessen Sprache wir sprechen, dessen Sitten wir besitzen, weil wir das Vaterland zu einem Lande machen wollen, wie es nirgends in der Welt in ähnlicher Vollkommenheit und Schönheit da ist im Kampf gegen Euch! (Lebhafte Zustimmung.) Und deshalb müssen wir gegebenenfalls das Vaterland verteidigen, wenn ein Angriff kommt. Da hat man mir gesagt — und auch Genosse Kautsky hat in diese Kerbe gebahren —: Was ist ein Angriffskrieg? Ja, es wäre doch sehr traurig, wenn wir heute, wo große Kreise des Volkes sich Tag für Tag für Tag mehr um die Politik kümmern wie früher, noch nicht sollten beurteilen können, ob es sich in einzelnen Fällen um einen Angriffskrieg handelt oder nicht. Eine solche Dupierung war in den 70er Jahren möglich; aber wir im Parlament wußten schon damals, daß, wie die Entschlüsse über die Haltung der Kaiser Depesche nachher gezeigt haben, Bismarck Napoleon gezwungen hatte, den Krieg zu erklären. Damals wurde freilich unsere Haltung in der eigenen Partei nicht anerkannt. Denn wir haben es erlebt, daß der Braunschweiger Anschluß gegen Liebknecht und meine Haltung Stellung genommen hat. Und ob das nicht in einem ähnlichen Maße heute bei einem mehr oder weniger großen Teile der Partei wieder passieren könnte, möchte ich bestreiten. Jedenfalls wäre es traurig, wenn Männer, die die Politik sozusagen zu ihrem Beruf gemacht haben, heute nicht sollten beurteilen können, ob es sich um einen Angriffskrieg handelt, oder nicht. Weiter kann Kautsky sich doch darüber nicht täuschen, daß heute die Dinge in Europa ganz anders liegen, daß heute alle Mächte möglichst den Schein von sich abzuwälzen suchen, als wollten sie einen Krieg, und daß, wenn heute jemals ein Krieg ausbrechen sollte, er alles Bestehende in Frage stellen würde.

Genosse David hat, wie ich aus dem Bericht ersehe, bestritten, daß ich das Wort, ich sei bereit, noch in meinen alten Tagen die Hüfte auf den Buckel zu nehmen, in Bezug auf einen Krieg mit Rußland gesagt hätte. Und doch habe ich es so gesagt und nicht anders. Vor zickta sieben Jahren säßte ich aus, daß, wenn es zu einem Kriege mit Rußland käme, das ich als Feind aller Kultur und aller Unterdrückten nicht nur im eigenen Lande, sondern auch als den gefährlichsten Feind von Europa und speziell für uns Deutsche ansehe, auf den ich in erster Linie die deutsche Reaktion stützt, dann sei ich aller Straße noch bereit, die Hüfte auf den Buckel zu nehmen und in den Krieg gegen Rußland zu ziehen. Man mag darüber lachen. Wir haben in den nächsten Jahren das hundertjährige Jubiläum des Aufstehens der Arbeiter gegen die napoleonische Fremdherrschaft und ich weiß nicht, ob ich nicht in einem ähnlichen Maße auch zur Hüfte greifen würde. Ich glaube, ich habe noch die Kraft, die Hüfte zu tragen. (Weiterleit.) Also, ich erkläre noch einmal: Mit die prinzipiellen Ausführungen über den Militarismus sind von mir und anderen Parteigenossen oft genug seit 20 Jahren wiederholt worden. Aber jedes Jahr immer wieder ein und dieselbe Rede herunterzuliefern,

das ist wider meinen Geschmack, das bringe ich einfach nicht fertig. (Lebhafte Weisfall.)

#### Vollmar:

Ueber den Fall Roske brauche ich, nachdem Bebel das Nötige gesagt hat, nur wenige Worte hinzuzufügen. Ich bin bei der Rede anwesend gewesen und kann nur sagen, daß ich sie in ihrem wesentlichen Teil vollkommen korrekt gefunden habe. Ich habe sie gestern noch einmal nachgesehen und habe nahezu Satz für Satz gefunden: Weisfall bei der sozialdemokratischen Fraktion. Ich meine dem doch: Wenn wirklich etwas Derartiges an der Rede gewesen wäre, wie man es hier hat finden wollen, dann hätten wir in der Fraktion doch auch etwas davon merken müssen.

Die Genossin Zetkin ist wieder einmal auf die Frage von Patriotismus gekommen. Ich möchte Sie fragen, ob nicht jeder einzelne von uns bei jeder Gelegenheit, wo es notwendig gewesen, den Unterschied zwischen unserem Patriotismus und dem sogenannten Patriotismus der Chauvinisten hervorgehoben hat. Wenn das nun bei irgend einer Gelegenheit einmal nicht ausdrücklich geschieht, so kann man aus der Unterlassung eines derartigen Satzes dem Betreffenden nicht einen Strich drehen wollen. — Man hat dann gesagt, es seien nicht sowohl einzelne Sätze der Rede Roskes und auch die Rede Roskes nicht allein, die Widerspruch erfordern, sondern die ganze Richtung paßt mir nicht, wie es gewöhnlich heißt, wenn man einzelnes nicht begreifen kann. Ich möchte Sie noch auf eins hinweisen. Es tut mir leid, daß ich dabei in Frage komme. Ich tue es wahrhaftig nicht um meinetwillen. Auf S. 105 des Berichts über die Tätigkeit der Fraktion finden Sie eine Erklärung, die ich im Reichstag namens der Fraktion bei einer anderen Gelegenheit abgegeben habe und wobei ich auseinandergesetzt habe, was wir im Falle eines Krieges zu tun haben. Sie werden finden, daß in dieser Erklärung all das enthalten ist, was in Stuttgart beschlossen worden ist, freilich so, wie wir Deutsche es auffassen und wie wir es in Deutschland machen können und müssen. Sie werden finden, daß diese Erklärung an Schärfe nichts zu wünschen übrig läßt. Ich habe die Empfindung, als wenn einige Parteigenossen allen Vorrat und alle unangenehmen Gefühle, die naturgemäß der Ausfall der letzten Reichstagswahl in der Partei hervorgerufen hat, nun die Fraktion kosten lassen wollen. — Nun ein paar Worte über Liebknecht: Sie werden mir alle nachsagen, daß es nicht leicht ist, darüber zu sprechen, da an jedem Worte herumgedeutet werden kann. Ich würde es auch nicht tun, wenn mir die Sache nicht so außerordentlich wichtig erschiene. Ich will daher einiges mit aller Reserve dazu bemerken. Genosse Liebknecht hat heute wiederum über seinen Antimilitarismus gesprochen, der auf drei Parteitagen behandelt und schon erledigt worden ist und der nun heute aufs neue vor uns hier erscheint. Er hat darauf hingewiesen, daß er durchaus nichts Unsinnsiges wolle und er hat auch bei früherer Gelegenheit mit Recht betont, daß selbstverständlich bei dieser Agitation Vorbehalten vermieden werden müßten, weil schwere Opfer daraus entstünden und weil dadurch die legale Propaganda für den Antimilitarismus gefährdet würde. Genosse Liebknecht sieht wohl selbst am allerbesten, wie schwer es ist, hier Vorbehalten zu vermeiden, denn so bald man über diese Dinge redet, ist man sehr leicht gezwungen, hinterher Interpretationen seiner eigenen Worte vorzunehmen und sagen zu müssen, was man eigentlich gemeint hat. In diese Lage kommen wir Parteigenossen, wir Politiker, selbst Juristen. In welche Lage sollen nun aber die Leute kommen, die in die Kasernen hineingehen, jene jungen Rekruten, denen man solche Dinge sagt (Sehr wahr) und die wahrhaftig nicht die Möglichkeit haben, die nötigen Unterscheidungen dabei vorzunehmen. Im vorigen Jahre ist zum Beispiel auf der Tagung der Jungen Garde in Mannheim der Wunsch ausgesprochen worden, es möge dahin kommen, daß die Rekruten nicht mehr freudig in die Kasernen gingen, sondern mit einem Trauerflor erschienen. Das würde wahrhaftig ein recht angenehmes Leben beim Militär für die Rekruten werden, die sich von vornherein schon selbst so signifizieren. (Weiterkeit.) Dann brauchte die Behörde nicht mehr wie heute besondere Register über die ihr bekannten Sozialdemokraten zu führen und der Militärbehörde davon Mitteilung zu machen. (Liebknecht: Das habe ich gar nicht gesagt.) Ich habe ja gar nicht behauptet, daß Sie das gesagt haben. Der Antimilitarismus besteht doch, so klein er ist, auch noch aus anderen Dingen. Sie sehen daraus nur, wie schwierig die ganze Sache ist, mit wie großer Vorsicht man herangehen muß. Genosse Liebknecht hat bei der Tagung der Jungen Garde in Stuttgart den Anspruch getan, er habe mit Freunden auf dem Internationalen Kongress in Stuttgart gesehen, daß der Plan der Ausländer, namentlich der Franzosen, Belgier und Russen glaube ich, den Deutschen einen ordentlichen Stoß nach vorwärts gegeben habe, auf dem Wege zum Antimilitarismus, wie er ihn versteht. Ich leugne das auf das allerentschiedenste und ich behaupte, es wäre außerordentlich traurig, wenn wir uns auf diese Weise einen Stoß geben ließen auf eine Bahn, die wir seit drei Jahren für vollkommen verfehlt und gefährlich ansehen. Der Antimilitarismus, den wir treiben können, und treiben müssen, ist bei uns von jeher getrieben worden, und wir können sagen, daß die deutsche Sozialdemokratie auf diesem Gebiete geradezu ein Vorbild für die sozialistischen Parteien anderer Länder gewesen ist. Das ist aber etwas anderes als dieser sogenannte spezifische Antimilitarismus, bei dem sich, wie Sie gesehen haben, die größten Schwierigkeiten zeigen, sobald man nur die ersten Schritte macht. Ich wünsche, daß der Ausgang dieses Parteitages in bezug auf diese Frage genau derselbe sei wie früher. Wir sollen gewiß an die für uns zugängliche Jugend herantreten, aber nicht mit großen Redensarten, sondern indem wir ihre Bildung nach jeder Richtung hin vertiefen, indem wir unsere Weltanschauung, unsere Kulturideale in sie hineinpflanzen und das Ehrgefühl in ihnen erwecken, damit sie sich auch in Waffenrock als Bürger fühlen und für ihre Bürger- und Menschenrechte eintreten. Weiter müssen wir dafür sorgen, daß wir unseren Einfluss und unsere Macht verstärken. Jeder gegen Nacht und Einsatz, den wir gewinnen, dient zum Nachteil des Militarismus. Die neue Art von Antimilitarismus aber, die Art, wie Liebknecht jetzt verfährt, die Stuttgarter Beschlüsse für sich geltend zu machen, müssen wir in derselben energischen Weise zurückweisen wie bisher, weil wir unmöglich die Verantwortung dafür tragen können. (Lebhafte Bravo.)

#### Eisner-Rürnberg:

Webel hat ganz recht. In den Reden von Roske und Bebel ist nichts gesagt worden, was nicht schon hundertfach früher gesagt worden ist. Trotzdem bleibt es unbefriedigt, daß die Reden von Bebel und Roske selbst in weiten Kreisen der Partei Mißstimmung hervorgerufen haben. Worin ist die Lösung dieses scheinbaren Widerspruchs zu finden? Es wäre zwischen uns wohl keine Verschiedenheit vorhanden, wenn wir gegenwärtig zu konkreten Fragen des Militarismus Stellung zu nehmen hätten. Es handelte sich bei den Reden im Grunde nicht um eine Militärfrage, sondern um eine Militärfrage: es kommt auf die Militär an, die damals gemacht wurde. Man kann in keiner Fraktionsrede alles sagen. Man wird die Dinge einmal von diesem und einmal von jenem Gesichtspunkte aus beleuchten, und deshalb werden derartige Diskussionen, wie die heutige, ziemlich ergebnislos sein. Man muß in jedem Augenblick ganz sorgsam überlegen, welchen Teil unseres antimilitaristischen Programms wir gerade in den Vordergrund stellen müssen. Die Genossin Zetkin hat ganz richtig gesagt: Warum hat die Rede damals so mißfallen? Es zeigte sich die Nachwirkung unserer Niederlage. Da wollten wir einen schärferen Ausdruck als die Betonung, daß wir gute Patrioten sind, was ganz gleichgültig ist. Das haben wir als eine Konzeption an die allgemeine Stimmung über unsere Mißerfolge bei den Wahlen angesehen. Was wir eben in diesen Reden gar nicht berücksichtigt haben, das war die internationale Lage. Das war ein schwerer Fehler. Wir haben nicht falsch, aber unheimlich gespielt. Die internationalen Verhältnisse waren damals gar nicht so ungünstig, wie sie der Genosse Bebel hält, der meinte, daß es in nächster Zeit nicht zu internationalen Konflikten kommen könne. Ich teile diesen Optimismus nicht. Ich bin in diesen Dingen sehr pessimistisch. Die Situation war ausserordentlich gespannt. Und wenn in jenem Augenblicke der nationale Furor begeistert war und Roske die

patriotischen Dinge in den Vordergrund gestellt hat, so milderte das nicht die internationale Spannung, sondern es verschärfte sie. Wenn ich nicht sehr irre, hat der Kriegsminister damals großen Wert darauf gelegt, daß gerade aus unserem Lager die Stimmung zum Ausdruck gebracht wurde, wie es geschehen ist. Wenn die Bourgeoisie dem Auslande gegenüber sagen kann: Auch das Proletariat ist auf unserer Seite, so liegt darin eine Kriegsgefahr. Es ist ganz gleichgültig, was das „Berliner Tageblatt“ oder die „Post“ sagt, ob man uns lobt oder tadelt. Aber es ist nicht gleichgültig die Stimmung im Auslande. Ich bedauere, daß unserer Vaterpartei in Frankreich ihre Stellung ausserordentlich erschwert worden ist. Diese Stimmung ist auf dem Stuttgarter Kongress zutage getreten. Wer heute noch die ganze bürgerliche Presse Frankreichs verfolgt, weiß, daß darauf Rücksicht genommen werden muß. Wir hätten in jenem Augenblicke schärfer als sonst schauen müssen, was uns in der Militärfrage von den bürgerlichen Klassen trennt. Ich bestreite entschieden, daß es verschiedene Arten und Klassen von Patriotismus gibt. Es gibt nur eine einzige Art von Patriotismus, nämlich den, der die ganze Volksgemeinschaft umfaßt, und diese Art von Patriotismus haben wir Sozialdemokraten. Deswegen war es nicht notwendig, durch die Anwendung des Wortes Patriotismus den Schein zu erwecken, als ob wir unter dem Patriotismus mehr verstanden als unsere Gegner. Es ist nicht zu bestreiten, daß im Auslande eine Mißstimmung gegen uns geherrscht hat. Unsere nationale Haltung und unsere Vaterlandsliebe brauchen wir nicht zu belächeln. Es wäre programmwidrig, wenn wir nicht patriotisch wären in dem Sinne, wie man es nicht bei Militärdebatten äußert, sondern bei Wahlrechtsfragen. Dabei müssen wir unsere Auffassung von Patriotismus grundsätzlich erläutern. Wir verlangen nationale Autonomie. Unser Patriotismus besteht nicht darin, daß wir fremde Länder erobern wollen, sondern wir wollen das eigene Vaterland für uns erobern. Der einzige Vorwurf gegen die damaligen Militärdebatten scheint mir darin zu liegen, daß die Keuzerung unserer selbstverständlichen Patriotismus in dem Augenblicke nicht ganz taftvoll war und unseren ausländischen Brüdern dadurch Schwierigkeiten gemacht wurden. Wir können uns ein Muster an dem Kampfe der französischen Genossen nehmen. Wir sollten uns bestreben, der gegenwärtigen Regierung ihre ganzen parlamentarischen Erfolge streitig zu machen dadurch, daß wir unseren wahren, echten antimilitaristischen Geist vertreten.

#### David-Rainz:

Genossin Zetkin und Stadthagen haben das, was ich hinsichtlich der Kritik von Reichstagsreden gesagt habe, in einer Weise behandelt, gegen die ich mich verwahren muß. Liebknecht hat gesagt, daß besonders unsere Reichstagsreden das geeignete Objekt seien, um Kritik zu üben. Da habe ich erklärt, wenn man das tut, ohne sich vorher die Sache gründlich zu überlegen, dann wird das die Agitation im Lande nicht besonders fördern, und man sollte diese Reden nicht auch als Agitationsdrohreden verbreiten. Ich habe auf den Widerspruch hingewiesen, der darin liegt, daß man an eine Kritik herangeht, ehe man das Stenogramm gelesen hat. Es liegt mir fern, die Kritik an unseren Reden einzuschränken, das wünsche ich schon deshalb nicht, damit auch die Kritik Stadthagenscher Reden nicht unmöglich gemacht wird. (Weiterkeit.) Es gehen hier zwei Dinge in der Debatte durcheinander. Einmal die von Liebknecht vertretene Auffassung, daß wir eine neue, stärkere antimilitaristische Propaganda treiben müssen. Und dann unsere Stellung zu der Militärfrage überhaupt. In bezug auf die letztere ist ein prinzipieller Unterschied nicht vorhanden. In bezug auf die erstere Frage meine ich, daß durch Liebknechts Vorschlag der erstrebte Zweck nicht erreicht wird, die ganze waffentragende Bevölkerung für uns zu gewinnen. Es wird vielmehr dadurch die Erreichung dieses Zieles geradezu erschwert. Liebknecht hat ja manches zurückgezogen. Er meinte, er sei mißverständlich worden. Der Ausdruck „verleitet“ muß aber aufs schärfste zurückgewiesen werden. Wenn wir unseren Genossen im Militärrock den Aufenthalt beim Militär verleiten wollten, dann wäre unser ganzes Verhalten falsch gewesen. Dann dürften wir nicht die Lehmnung erhöhen und wir dürften dann auch nicht gegen die Militärmaßnahmen aufstehen. Nun ein paar Worte zu dem, was Eisner gesagt hat. Er meint, nicht die einzelnen Keuzerungen hätten Mißfallen erregt, sondern ihre Tendenz in der damaligen Situation. Ich bestreite, daß in der breiten Masse der Parteigenossen diese Wirkung sich gezeigt hat. Es ist erst ziemlich später in der „Leipziger Volkszeitung“ eine Kritik erfolgt, und daran hat sich die weitere Erörterung in der Presse geschlossen. (Widerspruch.) Es wird gesagt, man habe die Stimmung der Bahnhöferlage aus den Reden herausgehört. Das ist nicht die vorher gehaltenen Staatsreden gelesen? Die waren doch nicht in dem Geiste gehalten, als ob wir uns als Besiegte fühlten. Wir hatten beim Stot eine gründliche Abredung vorgenommen. Und diese Reden sind als Vorkämpfer verteilt worden. Die Parteigenossen scheinen also die Meinung zu haben, daß sie der Situation angepaßt wären. Die internationale Situation war keineswegs die, daß Deutschland in jenen Tagen aggressiv erschien. Es waren ja die Tage der sogenannten Einreisungspolitik. (Wah!) Warten Sie ab! Damals war die Stimmung die, daß wir von England eingekreift wurden und daß man gegen Deutschland eventuell einen Krieg plante. Wenn man die Wirkung der Reden in der Situation prüft, dann müßte man doch sagen: Wenn wir den Patriotismus im Sinne der entschlossenen Selbstverteidigung stärker betont hätten, so hätte das nur zur Sicherung des Friedens dienen können. Aber auch das halte ich für Spirituiererei.

Die Genossin Zetkin hat uns eine Menge Dinge mit ungeheurer Begeisterung vorgelesen. Gegen wen polemisierte sie denn? Haben wir nicht die Revolutionierung der Köpfe seit Jahrzehnten betrieben? Hat Genossin Zetkin uns nicht schon selbst erzählt, daß sie dabei gute Erfolge erzielt hat? Gut! Führen wir fort, in der bisherigen Weise die Köpfe zu revolutionieren. Die Regierungen wissen heute schon, daß die Kriege nicht mehr so wie früher gemacht werden können, daß man angefangen hat, zu denken, und daß man sich nicht mehr blindlings da hineinpressen läßt, daß mehr und mehr die Massen des Volkes ein mitbestimmender Faktor in der Frage von Krieg und Frieden werden. Fahren wir fort wie bisher, so werden die Erfolge nicht ausbleiben. (Weisfall.) Ein Schlussantrag, den Windelmann begründet, und Konrad beläufigt, wird abgelehnt.

#### Lebehour:

Es sind heute nachmittag eine ganze Menge neuer Gesichtspunkte in die Debatte hineingezogen worden, die zum Teil noch der Widerlegung bedürfen. Ich gebe denen, die Roske verteidigt haben, insoweit recht, daß die Roskesche Rede eine ganze Anzahl annehmbarer Stellen hat, wie sie wahrhaftig in Volkssammlungen Hunderte von Agitatoren aus vorgebracht haben. (Zuruf: Sie nicht besser!) Vielleicht ist auch nicht besser. Warum handelt es sich? Bebel hat ja indirekt gezeigt, worin der Mangel der Roskeschen Rede liegt, indem er sagt: Was soll ich denn alles jedesmal wiederholen? Dadurch daß die Rede gehalten wurde und eine Anzahl abermaliger Betonungen dieses Patriotismus in dieser Situation in das Land hinausgeschleudert wurden, wurde allerdings bei den Regierungen im Inlande und Auslande ein falscher Eindruck erzielt. An sich hatte die Fraktion, bloß nach dem Vortragslaut der Rede, keinen Anlaß, aus ihr eine Haupt- und Staatsaktion zu machen. Eisner irrt aber, wenn er meint, es sei gleichgültig, was das „Berliner Tageblatt“ oder die „Post“ sagen, hier war ein Lob ausgesprochen worden und das lautet etwa so: Da ist endlich ein origineller, großartiger Kopf aufgetreten, den Namen muß man sich merken. Das ist die richtige Weise, den Patriotismus zu behandeln. Bebel unterschätzt sich selbst, wenn er meint, er habe ebenso gesprochen, wie Roske. Was geschah? Es ist einem Parteigenossen nachgelagt worden, von einem bürgerlichen Blatt, daß eine neue Ära sozialistischer Politik mit ihm begonnen habe. In der Chemnitzer „Vollstimmte“ erfolgte nun ein Jut: Da steht man, welche bedeutende Kraft wir Chemnitzer haben, die selbst die Gegner anerkennen. (Widerspruch Roskes.) Darauf hat Roske geschwiegen. Er sagt ja, was kann ich denn machen, wenn ein Parteigenosse so etwas schreibt? Dafür bin ich nicht verantwortlich. Aber durch seine engen Beziehungen

zur „Vollstimmte“ hätte er doch die Möglichkeit gehabt, sich dagegen zu verwahren. Er hat dieses Lob auf sich sitzen lassen, selbst als das Parteiblatt seines Wahlkreises dieses Lob hervorgehoben hat. Eisner unterstützt die auswärtigen Korrespondenten der bürgerlichen Parteien. Die hören sich die Reichstagsverhandlungen nicht an, die gehen ins Café und lassen sich von einem Deutschen, der französisch kann, die Reden übersetzen und telegraphieren das nach Paris. (Weiterkeit.) Wie lag damals die Situation? Es sollte im deutschen Volke Stimmung gemacht werden für einen Krieg gegen Frankreich und England, nicht für einen Krieg gegen den russischen Jaren. In der bürgerlichen Presse wurden die besonnenen Einreisungs-Ideen systematisch kolportiert, die unsinnigen Ideen, daß König Eduard von England ein Aggressionsbündnis gegen Deutschland zustande bringen wird. Das gab der Situation das Gepräge, und nun kommt David und bestätigt die Einreisungs-Idee! Er hat sich also durch das unsinnige Geschwätz der bürgerlichen Presse über die Pläne Englands beeinflussen lassen, er glaubt heute noch daran und sagt: in dieser Situation wirken wir für den Frieden, wenn wir unseren Patriotismus recht kräftig gegenüber dem Auslande bekunden. Das zeigt, daß David auch in dieser Frage sich vollständig in einem bürgerlichen Ideengang bewegt. (Widerspruch.) Jawohl! Auf die Einreisungsbestrebungen Eduards sich zu berufen und damit patriotische Ausgebungen der deutschen Sozialdemokratie zu rechtfertigen, das zeigt, daß er absolut nicht den sozialdemokratischen Gesichtspunkt versteht, von dem aus wir solche Dinge zu beurteilen haben. (Zuruf: Sehr richtig!) (David: Ich sagte, ich halte das für törichte Spirituiererei!) Sie haben ausdrücklich gesagt, gegenüber diesen Maßnahmen war es notwendig, unsere patriotische Bestimmung zu betonen, um den Frieden sicherzustellen. (David: Das habe ich nicht gesagt!) Wenn man überhaupt der Situation Rechnung tragen wollte in bezug auf die auswärtige Politik, dann müßte man in diesem Augenblicke darauf hinweisen, daß der Appell der bürgerlichen Presse an den Patriotismus reiner Schwindel war zur Unterjüngung der Weltpolitik der gepanzerten Faust, die gegen die Sozialdemokratie geübt werden sollte. Den Frieden befürworten wir dadurch, daß wir vollständige Klarheit darüber schaffen, daß unter keinen Umständen die Regierungen und die bürgerlichen Parteien sich darauf verlassen können, daß die Sozialdemokratie sich unter irgend welchen faulen Vorwänden zu einem Kriege gegen diese westeuropäischen Mächte gebrauchen läßt. Es handelte sich nur um ein Schwindelmanöver der bürgerlichen Parteien. Die westeuropäischen Mächte denken gar nicht daran, uns mit Krieg zu überziehen, und wenn Sozialdemokraten auf diesen Schwindel hereinfallen, so zeigt das nicht nur von vollständiger Verleumdung der politischen Situation, sondern auch von einer Verleumdung unserer Politik gegenüber den herrschenden Klassen und den bürgerlichen Regierungen überhaupt. (Weisfall.)

#### Kautsky:

Meiner Ansicht nach können wir uns nicht darauf festlegen, jedesmal, wenn wir überzeugt sind, daß ein Angriffskrieg droht, die Kriegsbegeisterung der Regierungen zu teilen. Bebel meint allerdings, wir seien heute schon viel weiter als 1870, wir können heute schon in jedem Falle genau unterscheiden, ob ein wirklicher oder ein vermeintlicher Angriffskrieg vorliegt. Ich möchte diese Verantwortung nicht auf mich nehmen. Ich möchte nicht die Garantie übernehmen, daß wir in dem Falle schon eine solche Unterscheidung schon genau treffen können, daß wir wissen, wann eine Regierung uns hinter den Rücken schlägt, oder wenn sie wirklich die Interessen der Nation gegenüber einem Angriffskriege vertritt. (Sehr richtig!) Aber abgesehen davon frage ich, ob denn unter allen Umständen die Sozialdemokratie jedes Landes verpflichtet ist, in einem wirklichen Angriffskriege mitzumachen. Wenn zum Beispiel Japan Ausland angegriffen hätte, wären dann die russischen Sozialdemokraten zur Verteidigung ihrer Rationalität gezwungen gewesen, die Regierung zu unterstützen? Sicherlich nicht! (Zustimmung.) Wir haben uns nicht von dem Gesichtspunkt leiten lassen, ob Angriff- oder Verteidigungskrieg, sondern davon, ob ein proletarisches oder demokratisches Interesse in Gefahr ist. Denken wir z. B. an Marokko. Gestern war die deutsche Regierung aggressiv, morgen ist es die französische, und wir können nicht wissen, ob es übermorgen nicht die englische ist. Das wechselt fortwährend. Marokko aber ist niemals das Wort eines einzigen Proletariats wert. Wenn ein Krieg um Marokko ausbricht, müßten wir uns entschieden dagegen wehren, auch wenn wir die Angegriffenen wären. (Sehr richtig!) In Wirklichkeit handelt es sich um eine internationale Frage; denn der Weltkrieg berührt ganz Europa und nicht bloß die deutsche Partei. Die deutsche Regierung wollte eines Tages den deutschen Proletariaten weismachen, daß die sie Angegriffenen seien, die französische Regierung wollte das gleiche den Franzosen weismachen und wir hätten dann einen Krieg, in dem deutsche und französische Proletariats mit gleicher Begeisterung ihren Regierungen nachgehen und sich gegenseitig morden und die Häufe abschneiden. Das muß verhindert werden und das wird verhindert, wenn wir nicht dieses Kriterium anlegen, sondern das der proletarischen Interessen, die gleichzeitig internationale Interessen sind. Denken wir an den deutsch-französischen Krieg! Es war ein proletarisches Interesse, daß den Bewohnern von Elsch-Lothringen die Angehörigkeit zu einem Staat nicht aufgebrängt wurde nach dem Recht der Eroberer, sondern nach dem Selbstbestimmungsrecht. Die Demokratie müßte verlangen, daß die Elsch-Lothringer selbst entscheiden, wozu sie gehören wollen. Unsere Genossen im Reichstage haben damals die Situation erkannt, es war nicht eine deutsche oder französische, sondern eine internationale Angelegenheit. Und es ist eines der größten Ruhmesblätter von Bebel, daß er sich damals nicht auf die patriotische Seite gestellt hat, sondern auf die Seite, die ihm das proletarische, das internationale Interesse gebot. (Zuruf: Wird wohl immer so sein.) Gleichlicherweise ist es ein Mißverständnis, ob die deutsche Sozialdemokratie im Kriegsfall nach nationalen und nicht nach internationalen Gesichtspunkten urteilen will, daß sie sich nicht in erster Linie als Deutsche und in zweiter Linie als Proletariatspartei fühlt, sondern in erster Linie als Proletariatspartei. Die deutschen Proletariats sind solidarisch mit den französischen Proletariats und nicht etwa mit den deutschen Scharmachern und Junkern. (Sehr richtig!) Wenn das zum Ausdruck kommt, dann müssen wir uns harnachen, wie wir der Kriegsgefahr gegenüber handeln. Das kann heute nicht festgelegt werden, wir müssen uns in der Auswahl der Mittel freie Hand lassen, ohne eines dabei auszuschalten. Aber was wir Deutsche nicht für uns allein entscheiden können, das ist die Frage: welche Stellung wir einem bestimmten Kriege gegenüber einnehmen sollen, das ist eine internationale Frage, die in Stuttgart entschieden ist. Es ist bewiesen, daß die deutsche Sozialdemokratie in diesem Sinne handeln will, das ist die weltgeschichtliche Bedeutung des Stuttgarter Kongresses, und ich glaube, auch die heutigen Verhandlungen haben bewiesen, daß das deutsche Proletariat im gleichen Sinne handeln will und daß es, was auch kommt, seinen Mann stellen wird. (Weisfall.)

#### Bebel:

Mein Freund Kautsky hat heute sehr unglücklich gegen mich polemisiert. (Weiterkeit.) Sein sonst so gewohnter Scharfsinn hat ihn vollständig verlassen. (Erneute Weiterkeit.) Kamentlich sind die historischen Beispiele, die er zur Widerlegung meiner Ausführungen gebraucht hat, total verkehrt. Zunächst hat er vom russisch-japanischen Kriege gesprochen. Zweifellos sind die Japaner die Angreifer gewesen, wir haben uns darüber gefreut, wir haben ihnen den Sieg gewünscht und unseren russischen Freunden gar nicht zugemutet, den Angriffskrieg mit einem Gegenstoß zu beantworten. (Zuruf: Ra also — Weiterkeit.) Das zweite Beispiel von Kautsky war Marokko. Ich weiß nicht, wie er aus Marokko die Möglichkeit eines Angriffskrieges gegen Deutschland herzuleiten vermag. Das dritte war eine Darlegung des Krieges von 1870. Bei Ausbruch des Krieges handelte es sich nicht um die Republik. Die war noch nicht da, es war ein Krieg gegen das napoleonische Regiment. Daß wir damals die Sache richtig durchschaut haben, macht ja unserm Scharfsinn alle Ehre, da wie inzwischen älter und geschickter geworden sind, werden wir hoffentlich in Zukunft noch

größeren Scharfsm entwickeln. (Heiterkeit.) Wenn ich noch einmal solch Schauspiel erleben sollte — und Skautsky würde dann gewiss auch noch leben, er ist ja jünger als ich —, dann rechne ich darauf, daß ich, wenn ich in einem solchen Falle den richtigen Weg nicht finden kann, mir sein Scharfsm dazu verhilft. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

#### Heute - Bremen:

Es ist nicht richtig, daß die „Leipziger Volkszeitung“ mit der Kritik gegen Kosske angefangen hat, zu gleicher Zeit hat auch die Bremer „Bürgerzeitung“ und noch ein anderes Parteiblatt die Rede von Kosske in der gleichen Weise kritisiert. Die Redakteure haben doch die Aufgabe, darauf hinzuweisen, wo gegen unsere Prinzipien verstoßen worden ist. Ich kann also darin keinen berechtigten Vorwurf erblicken, wenn David meint, hätte die „Leipziger Volkszeitung“ nicht den Finger darauf gelegt, so hätte überhaupt kein Mensch davon etwas gemerkt; nein, noch bevor die Presse dazu Stellung genommen hat, haben sich in Bremen eine große Anzahl von Genossen mit der Rede von Kosske beschäftigt, und ich setze voraus, daß es auch wo anders so gewesen ist. Nur haben diese Genossen ihre Meinung nicht sofort in einer Versammlung oder in der Zeitung zum Ausdruck bringen können. Das was Genosse Kosske heute morgen ausgeführt hat, bestätigt, wie berechtigt die Angriffe waren. Er hätte im Reichstage den bürgerlichen Parteien zurufen müssen: Euerer Friedliebende ist nicht weiter als Heuschleier. Er hätte ihnen die heuschleierische Maske vom Gesicht reißen müssen. Hätte er das getan, dann wäre es keinem Genossen eingefallen, eine derartige Kritik an seiner Rede zu üben. Daß wir an Parlamentsreden zur Kritik berechtigt sind, ist selbstverständlich. Und ich freue mich, daß das hier geschehen ist. Wer allerdings, wie das ein Parteiblatt tut, die Kritik an Reden unserer Abgeordneten im Reichstage als Profanierung betrachtet, der übersteigt die Dinge. Man übersteigt nicht nur auf der Seite, auf der sich die „Leipziger Volkszeitung“ befindet, sondern auch auf der anderen Seite. Kosske hätte im Reichstage betonen müssen, daß es bei der Herausforderung einer Kriegsgesellschaft auch darauf ankommt, daß sie von uns als solche erkannt wird. Das hat er nicht in genügendem Maße getan. Auch das hat mir nicht gefallen, daß er sagt, daß wenn ein Gegner uns Vaterlandslosigkeit vorwirft, dann können wir ihm keine theoretische Vorlesung halten. Gewiß, aber ich bin überzeugt, Kosske hätte den Beifall der ganzen Partei gefunden, wenn er damals im Reichstage wenigstens die eine Seite des Patriotismus, den Patriotismus des Proletariats dargelegt hätte. Daß das nicht in genügendem Maße geschehen ist, ist der Grund dafür, daß seine Rede eine so scharfe Kritik gefunden hat. Er hat sich verpflichtet gefühlt, sich gegen Angriffe von bürgerlicher Seite zu verteidigen. Seine proletarische Ueberzeugung hat den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit nicht ertragen können. Er hat darauf geantwortet und hat geglaubt, die Sozialdemokratie verteidigen zu müssen. Er hätte den Spieß umdrehen sollen, er hätte uns nicht in so falscher Weise verteidigen, sondern die bürgerlichen Redner bloßstellen sollen, dann hätte er unseren Beifall gefunden. (Beifall.)

Hiermit schließt die Debatte. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Leipziger - Leipzig: Kosske sagt, ich hätte es mir aus den Fingern gezogen, daß der Kriegsmilitar nach seiner Rede die Erklärung abgegeben habe, daß im Falle eines Angriffskrieges die Sozialdemokratie mit derselben Treue und Hingabe für das Vaterland kämpfen würde wie die bürgerlichen Parteien. Der Bericht des „Vorwärts“ vom 26. April 1907 über die Rede des Kriegsmilitars beginnt mit den Worten: „Ich akzeptiere die Versicherung des Vorkämpfers, daß die sozialdemokratische Partei entschlossen sei, im Falle eines Angriffskrieges auf das Deutsche Reich es mit derselben Treue und Hingabe zu verteidigen wie die anderen Parteien.“ Damit, glaube ich, ist der schwere Vorwurf, den Kosske gegen mich erhoben hat, platt zu Boden gefallen.

Weser - Bochum: Vebel hat gesagt, daß er es seit 1 1/2 Jahren gewissen Redakteuren niemals mehr recht machen könne. Namen hat er nicht genannt. Ich nehme an, daß er mich gemeint hat. Zwar ist es nicht möglich, Gefühle zu widerlegen. Ich möchte aber doch erklären, daß sein Gefühl ihn täuscht. (Heiterkeit.)

Kosske - Chemnitz: Ich habe gesagt, Lenin hat sich die von ihm in einer Leipziger Versammlung ausgesprochene Behauptung aus den Fingern gezogen, der Kriegsmilitar habe mich wegen meiner Rede gelobt. Daß das aus den Fingern gezogen ist, läßt sich nicht bestreiten.

#### Rummel erhält das Schlusswort

#### Dr. Südekum:

Ich bin in der glücklichen Lage, festzustellen, daß an der Tätigkeit der Fraktion außerordentlich wenig ausgeübt worden ist. Die Anträge 73 und 74 sind bereits durch entsprechende Anträge der Fraktion. Es ist deshalb nicht nötig, sie noch ausdrücklich anzunehmen. Der Antrag 79 ist in der vorliegenden Form nicht brauchbar, schon deshalb nicht, weil darin nicht gesagt ist, welches bei der Wähne beschäftigten Personal denn überhaupt geschäftet werden soll. Vom Antrag 92 gilt dasselbe wie von den Anträgen 73 und 74. Ueber den Antrag 98 kann ich mir wohl jede weitere Bemerkung erheben. Ich bin überzeugt, Sie werden ihn ablehnen. (Sehr richtig!) Ueber die Resolution 97 haben Wollenbutz und Stabitzka ein das Erforderliche gesagt. Den Antrag 98 könnte man dem Parteivorstand höchstens zur Berücksichtigung überweisen. Antrag 99 betrifft eine Angelegenheit, die wir nicht veranlassen haben, wenn es auch nicht zur Ausarbeitung einer eigenen Gesetzesvorlage gekommen ist. Wir alle sind davon überzeugt, daß die heutigen Wohlfahrts-einrichtungen einzelner Großkapitalisten und großkapitalistischer Gesellschaften dringend der gesetzlichen Regelung bedürfen. Es gibt Gruppen von Arbeitern, denen ein geleglicher Schutz verliehen werden muß gegen übermäßige Ausbeutung, gegen Gesundheits-schädigung in den Betrieben, und in diesem Falle haben wir es zu tun mit einer Arbeiterklasse, die wir gesetzlich gegen die Wohlthaten ihrer Unternehmer schützen müssen. Die Fraktion wird diesen Verhältnissen ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen. Wir werden zu einem eigenen Gesetzesvorschlag übergeben müssen, doch kann ich bindende Versprechungen noch nicht abgeben. Aus der langen Diskussion über den Militarismus oder, wie ich leider sagen muß, über die Kosske'sche Rede habe ich nicht entnehmen können, daß gegen die grundsätzliche Haltung der Fraktion zum Militarismus irgend eine Anstößung erhoben ist. Der ganze Grundzug dieser Kritik kommt mir außerordentlich pessimistisch vor. Es wird unterstellt, was die Sozialdemokratie bisher im Kampfe gegen den Militarismus geleistet hat. (Sehr gut.) Es wird so hingestellt, daß, geht den Fall, die Kosske'sche Rede wäre so gewesen, wie es von manchen Seiten ausgeführt ist —, ich sage, es wird der Eindruck erweckt, als ob eine einzige solche Rede unsere jahrelange Arbeit aus der Welt schaffen könnte. (Zuruf: Das hat niemand behauptet!) Davon kann gar keine Rede sein. Der Aufwand einer so langen Diskussion über die Rede eines einzelnen Abgeordneten steht in keinem Verhältnis zur Bedeutung des Objekts. (Sehr richtig!) Unsere Stellung zum Militarismus ist heute genau so, wie sie gestern war und wie sie war, als Kosske seine Rede gehalten hat. An dieser Stellung konnte sich nichts ändern, weil dazu auch nicht die mindeste Veranlassung vorlag. Sie haben aus der Rede von Vebel klar und deutlich gehört, daß keine Furcht zu bestehen braucht, als seien Strömungen vorhanden, die dem Kampf gegen den Militarismus auch nur die allergeringste Abschwächung zu teil werden lassen wollen. Genosse Liebknecht ist einer von denen, die ungeduldig sind, denen es nicht reich genug geht und die deshalb ihr Augenmerk auf einen bestimmten Punkt der sozialdemokratischen Propaganda richten, während das Problem, das wir lösen wollen, doch nur durch die gesamte Tätigkeit, durch die soziale Hebung unseres Gemeinweins gelöst werden kann. So steht die Sache denn doch nicht, daß wir den Militarismus losgelöst von seinen ganzen historischen Existenzbedingungen, von seinen Verbedingungen allein abtun können. (Sehr richtig!) Liebknecht: Darum denke ich auch nicht. Gewiß, daran denkt niemand, sondern nur diejenigen, die das zum Sündenpfad gemacht haben. Liebknecht: Das sind wir! Und die dadurch unsere Agitation nicht nützen, sondern

ihre Abbruch tun. Veränderungen an der Stellung unserer Fraktion zum Militarismus sind nicht vorgeschlagen. Alles in allem kann ich nochmals feststellen, daß der Parteitag und die gesamte Partei mit der Tätigkeit der Fraktion zufrieden ist, und das wird ihre eine wirkungsvolle Stärkung in ihrem weiteren Kampfe für die Befreiung der Arbeiterklasse und für die kulturelle Hebung des Volkes sein. (Beifall.)

#### Es wird zur Abstimmung geschritten.

Antrag 96 wird mit großer Mehrheit abgelehnt, die Anträge 41, 73, 74, 79, 92, 97, 98, 99 werden der Fraktion als Material überwiesen.

#### Nächster Punkt der Tagesordnung ist der

#### Bericht vom internationalen Kongreß.

#### Berichterstatter Singer:

Die begeisterte Aufnahme, welche die Verhandlungen des internationalen Kongresses sowohl bei den Delegierten als auch bei den Berichterstatterungen in den Parteiverfassungen sowie in der Presse gefunden haben, überheben mich der Aufgabe, längere Ausführungen darüber zu machen. Niemand, der den Vorzug gehabt hat, dem internationalen Kongreß in Stuttgart beizuwohnen, wird jemals diese machtvolle, impoante Demonstration des Proletariats aller Länder vergessen, und ich darf in Uebereinstimmung mit allen Teilnehmern des Kongresses aussprechen, daß seine Wirkungen für die internationale Sozialdemokratie außerordentlich gute sein werden. Die Einmütigkeit des internationalen Proletariats, seine Geschlossenheit wird dazu beitragen, seine Kampfesfreudigkeit und Stärke in allen Ländern zu erhöhen. (Sehr richtig!) In den Kommissionen ist gründlich gearbeitet worden und die Arbeit der Kommissionen hat ja auch wesentlich die einmütige Zustimmung des Kongresses gefunden.

Zunächst möchte ich kurz zwei Fragen ertönen, die wesentlich die deutsche Delegation betreffen. Sie hat zwei Mandate von Leipziger Genossen für ungültig erklärt, und zwar wie ich ausdrücklich feststellen will, aus rein formalen Gründen. Ich möchte die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne meinem Bewahren darüber Ausdruck zu geben, daß es in Deutschland möglich gewesen ist, der deutschen Delegation andere als rein sachliche Momente bei der Beschlußfassung über die Gültigkeit dieser Mandate zu unterstellen. (Lebh. Zustimmung.) Unser Parteitag hat sich ja mit dieser Frage überhaupt nicht zu beschäftigen. Allerdings ist gegen den Beschluß der deutschen Delegation Protest an den Parteitag eingelegt. Ich habe als Vorsitzender die Proteste der Beschwerdekommision überwiesen; aber ich kann schon jetzt sagen, daß die Kommission in vollem Einverständnis mit mir den Standpunkt vertreten wird, daß der deutsche Parteitag nicht die geeignete Stelle ist, um Proteste gegen Beschlüsse des internationalen Kongresses entgegen zu nehmen. (Sehr richtig!) Nach dem Reglement des internationalen Kongresses hätten die beiden Genossen beim internationalen Bureau Protest gegen den Beschluß der deutschen Delegation einlegen können. Das ist nicht geschehen, und damit ist der Beschluß unanfechtbar geworden. Wir haben damit absolut nichts zu tun. Zwei andere Mandate, die die deutsche Delegation für ungültig erklärt hat, sind vom internationalen Bureau als gültig anerkannt worden, womit dieser Gegenstand ebenfalls seine Erledigung gefunden haben dürfte. Von den Beschlüssen des Kongresses brauche ich mich eingehender nur mit denen über die Kolonialpolitik und dem Militarismus zu beschäftigen. Die Resolution des Kongresses zum Frauenwahlrecht entspricht der grundsätzlichen Auffassung, die die deutsche Sozialdemokratie kraft ihres Programms von Anfang an zu vertreten verpflichtet war, nämlich der der absoluten Gleichberechtigung der Frauen bei den Wahlen zu allen politischen Körperschaften. Der internationale Kongreß hat durch seine Resolution nur das bestätigt, was die internationale Sozialdemokratie immer gefordert hat. Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den politischen Parteien hat, wie ich glaube, auf dem Kongreß eine Regelung gefunden, die den Wünschen und Forderungen der deutschen Partei entspricht. Unsere Kammerer Resolution bildet die Grundlage für die Resolution des internationalen Kongresses, und ich darf wohl die Hoffnung aussprechen, daß es infolge dieses Beschlusses mehr noch als bisher dahin kommen wird, daß gewerkschaftliche und politische Organisationen sich als Brüder fühlen, die einen Kampf zu führen haben, die zwar getrennt marschieren, aber doch vereint schlagen. Der Beschluß des internationalen Kongresses ist für die Stärkung der Arbeiterorganisationen nach beiden Richtungen hin von außerordentlich weittragender Bedeutung. (Sehr richtig!) Auch die Resolution über die Ein- und Auswanderung wird sich der Zustimmung der Parteien aller Länder erfreuen können. Es ist nicht zu verkennen, daß das eine schwierige Frage, ist eine Frage, die zwar nicht das erste mal einen internationalen Kongreß beschäftigt, für deren Behandlung aber zum ersten mal Grundzüge aufgestellt sind. Die Resolution ist das Produkt langer eingehender Kommissionsberatungen. Ich glaube, daß die Frage in richtiger Weise gelöst ist. Ich komme nun zu den beiden Resolutionen, die in gewissem Umfange zu Meinungsverschiedenheiten geführt haben.

Zunächst einige Ausführungen über die Resolution zur Kolonialfrage: Nach meiner Ueberzeugung handelt es sich bei der angeführten Differenz, über die auch in unserer Presse und in Versammlungen die Rede gewesen ist, viel mehr um einen Streit im Worte als um den Begriff, den die Sozialdemokraten mit der Frage der Kolonialpolitik verbindet. (Sehr richtig!) Es unterliegt keinem Zweifel, daß in unserer Partei über die von der bürgerlichen Gesellschaft betriebene Kolonialpolitik im allgemeinen und über die von der deutschen Regierung betriebene Kolonialpolitik im besonderen nur eine Meinung herrscht und zwar die der scharfen Ablehnung. (Lebhafte Zustimmung.) Diese Feststellung ist besonders wichtig, weil ja in der gegenwärtigen Situation einzig und allein diese Frage einer Kolonialpolitik in Frage kommen kann. Denn daß eine sozialdemokratische Kolonialpolitik innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht betrieben werden kann kraft der Grundlagen, auf denen diese Gesellschaft basiert und kraft der Ueberzeugung, die die Sozialdemokratie von der Notwendigkeit der Bekämpfung der kapitalistischen Gesellschaft hat; darüber kann doch kein Zweifel sein. Ich kann die Empfindung nicht unterdrücken, daß wie bei manchen anderen Fragen, auch hier die Unterschiede der Temperamente eine Rolle gespielt haben. (Sehr wahr.) Die Meinungsverschiedenheiten kamen zum Ausdruck bei der Formulierung der prinzipiellen theoretischen Stellung der Partei zur Kolonialfrage. Niemand kann mehr als ich es für notwendig erachten, auch zu dieser Frage die prinzipielle theoretische Stellung der Partei festzusetzen. Aber ich habe mich darüber gewundert, daß weder in den Diskussionen, in der Presse noch in den Versammlungen, und so weit ich unterrichtet bin, auch nicht in der Sitzung der deutschen Delegation daran erinnert ist, daß unsere Partei sich ja bereits auf dem Münchner Parteitag gelegentlich der Erörterung der Frage der Weltpolitik grundsätzlich in bezug auf die Kolonialpolitik festgelegt hat. Ich darf zu meiner Freude hinzufügen, daß die schließlich in Stuttgart angenommene Resolution, für die in der Schlußabstimmung auch die Mehrheit der Deutschen gestimmt hat, genau den in Mainz angenommenen Grundgedanken entspricht. (Hört! hört! — Redner verliest den betreffenden Passus der Münchner Resolution.) Es war also wirklich mehr ein Streit um Worte, als ein Streit darüber, ob in der Partei tiefe prinzipielle Differenzen über die Frage vorhanden sind. Ich bin es den Genossen, die in Stuttgart die Forderung der Majorität vertreten haben, schuldig, zu erklären, daß sie in der Beurteilung der Stellung, die die Partei gegenüber der von der Regierung betriebenen Kolonialpolitik einzunehmen hat, vollständig mit der anderen Seite einig sind. Es liegt also kein Grund vor, nach dieser Richtung irgendwelche Differenz in der Partei zu konstruieren. Ueberhaupt halte ich es für irreführend und zu falschen Auffassungen verleitend, wenn wir als Sozialdemokraten immer mit dem Wort Kolonialpolitik agieren. Das, was wir innerhalb der heutigen Gesellschaft können und was wir, soweit die Reichstagsfraktion in Frage kommt, auch bei der gegenwärtigen Kolonialpolitik fordern, das ist

vielmehr eine Zivilisationspolitik, eine Politik der Wahrnehmung der Rechte der Eingeborenen gegenüber den Eroberern, nicht aber eine Kolonialpolitik, die darauf ausgeht, fremde Erdteile in Besitz zu nehmen, sie im kapitalistischen Interesse auszubeuten, die Eingeborenen niederzujucheln und barbarisch zu behandeln. (Sehr richtig.) Wenn ich die Kolonialpolitik bezeichnen soll, die etwa, nachdem der Sozialismus die Welt erobert hat, geführt werden könnte, so möchte ich kurz sagen, daß wir nach meiner Ansicht dann zu den betreffenden Völkern in dieselben Beziehungen zu treten haben, wie heute die einzelnen Kulturstaaten zu einander stehen. Wir haben Freundschaftsverträge und Handelsverträge mit ihnen abzuschließen und für eine Freiheit des gegenseitigen Verkehrs zu sorgen. (Zustimmung.) Das kann man als sozialistische Kolonialpolitik bezeichnen. Aber im Augenblick haben wir darüber nichts zu entscheiden. Die Kolonialpolitik der bürgerlichen Gesellschaft haben wir grundsätzlich zu bekämpfen, nur daß wir in den Fragen, in denen die Rechte der Eingeborenen in Betracht kommen, selbstverständlich zum Schutze der Unterdrückten aufzutreten, wie es unser Programm der Gerechtigkeit und der Gleichheit alles dessen was Menschenantwärtig trägt, von uns verlangt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich wiederhole also, daß die Stuttgarter Resolution in der Frage der Kolonialpolitik der Auffassung der deutschen Sozialdemokratie entspricht, wie sie bisher auf Grund des Münchner Beschlusses maßgebend war. Ich kann mit Genugtuung konstatieren, daß es sich auch in diesem Falle weit mehr um mißverständliche Färbungen und verschiedenartige Auslegung von Begriffen handelt, als um wirkliche Meinungsverschiedenheiten in der Partei. Die Ausführung, die darauf hinausläuft, daß man allerdings grundsätzlich eine Eroberungs-, Bevormundungs- und Ausbeutungspolitik gegenüber in der Kultur niedrigerstehenden Völkern für berechtigt erklärt, diese Ausführung ist zum Glück so vereinzelt von deutscher Seite gemacht worden, daß ich es nicht für wichtig genug halte, darauf näher einzugehen. (Sehr gut!) Die zweite Frage, die zu einer Diskussion Veranlassung gegeben hat, ist die des Militarismus oder besser des Antimilitarismus. Ich glaube, daß die Entscheidung über diese Frage mehr wie die Entscheidung über alle anderen Fragen der deutschen Sozialdemokratie zur Genugtuung getroffen kann, denn der weitestgehende Inhalt der Stuttgarter Resolution entspricht der Resolution, die der deutsche Parteivorstand an das internationale Bureau eingereicht hat. Wir können mit Genugtuung konstatieren, daß diese wichtige Frage in ihre wesentlichen Teilen vom internationalen Kongreß der deutschen Auffassung entsprechend entschieden ist, und es liegt kein Anlaß vor, in der Presse davon zu sprechen, daß die deutsche Partei quasi eine herabgeminderte Stellung in der Internationale in Stuttgart erhalten hat. Wir Deutschen sind von der Verpflichtung durchdrungen, den Bruderparteien aller Länder den Kampf auch auf militärischem Gebiete nicht zu erschweren, wir haben keinen Anlaß, uns zu Jenen über die Mittel zu machen, die anzuwenden die übrigen Nationen für richtig finden. (Sehr richtig!) Wir haben zu der ja auch in anderen Ländern erprobten Vernunft unserer Genossen das volle Vertrauen, daß sie im gegebenen Moment sich ihrer Verantwortung bewußt sind und nichts tun werden, von dem sie nicht überzeugt sind, daß es zum Wohle des Proletariats notwendig ist. Aber die Freiheit, die wir naturgemäß den Bruderparteien einräumen müssen, diese Freiheit der Entschlieung, in jedem einzelnen Falle die Mittel und Wege zu bestimmen, die zur Führung des Kampfes notwendig sind, diese Freiheit müssen auch wir uns vorbehalten. (Sehr richtig!) Den besten Beweis für die Richtigkeit dieser Auffassungen finden Sie so in der einmütigen Zustimmung des ganzen Kongresses zu der Resolution, die den einzelnen Nationen die Freiheit der Entschlieung zusichert. Diese Resolution ist der vollkommenste Ausdruck der Brüderlichkeit, und wir Deutschen haben keinen Grund, kleinmütig und bescheiden beiseite zu ziehen. Wir ist die Einmütigkeit, die diese Resolution gefunden hat, von der allergrößten Bedeutung. Die Versicherung, daß die Deutschen nicht mehr so entschlossen sind wie früher, den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft zu führen, diese Versicherung wird weder durch den Geist, noch durch den Wortlaut der Resolution bekräftigt; denn die Resolution sagt nichts weiter, als daß das Proletariat sich vorbehaltlos, alle Mittel anzuwenden, die es im gegebenen Moment als richtig erachtet, um seine Forderungen durchzusetzen.

In den internationalen Kongreß hat sich eine Besprechung der Vertreter der Arbeiter aller Länder in den verschiedenen Parlamenten unter dem Namen „Interparlamentarische Konferenz“ angeschlossen. Auch diese Konferenz konnte nur allgemeine Grundgedanken erörtern. Es wird vielfach der Wunsch ausgesprochen, namentlich von unseren ausländischen Freunden, daß gemeinsame Aktionen in den verschiedenen Fragen in allen Parlamenten vorgenommen werden sollen. Ich möchte nicht etwa der Meinung Ausdruck geben, daß ich das nicht für richtig halte, das was auf den internationalen Kongressen als allen Nationen gemeinsame Aufgabe hingestellt wird, in den einzelnen Parlamenten zu propagieren. Aber an der anderen Seite müssen wir uns doch den Verhältnissen anpassen. Und da muß offen erklärt werden, daß es viel leichter ist, auf einem internationalen Kongreß eine gemeinsame Aktion zu beschließen als sie durchzuführen, weil die Verhältnisse in den verschiedenen Parlamenten zu berücksichtigen sind. (Sehr richtig!) Daß aber diese Besprechungen der Interparlamentarischen Kommission weitergeführt und daß das internationale Bureau auch mit dem Sekretariatsgeschäften der Interparlamentarischen Kommission betraut wird, das halte ich für sehr richtig. Es ist zweifellos von großer Bedeutung, wenn ein Austausch der Gesandtschaften, Drucksachen und der einschlägigen Literatur zwischen den einzelnen Nationen erfolgt und das wird für die Folge seinen Nutzen nicht verhehlen.

Ich habe am Eingange meines Berichtes mit großer Genugtuung den machtvollen Eindruck des Kongresses konstatieren können. Zweifellos können wir Deutsche uns darüber freuen, daß dieser Kongreß, der erlie auf deutschem Boden, so glücklich und wirkungsvoll verlaufen ist. Diese Freude wird auch nicht getrübt durch den Zwischenfall der Ausweisung von D u e l i s. Es ist ja das Schicksal der deutschen Regierungen, immer und immer gegen ihren Willen eine propagandistische Wirksamkeit für die Sozialdemokratie zu entfalten. (Heiterkeit.) Und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Ausweisung von D u e l i s für die englische Delegation ein Ansporn zu erneuter und vermehrter Tätigkeit sein wird. Dafür, daß der Kongreß so gelungen ist, verdienen Dank unsere Stuttgarter Genossen, die sich der Mühe und Arbeit der Organisation unterzogen und ihn so organisiert haben, wie nach einmütiger Rundgebung aller Delegierten noch kein internationaler Kongreß organisiert war. (Lebhafte Zustimmung.) Unsere Stuttgarter Genossen haben alles getan, um die Begeisterung der deutschen Partei für die Internationale auch durch ihre lokalen Veranstaltungen entsprechend zum Ausdruck zu bringen. Die Frage, ob es im Interesse der Verhandlungen des Kongresses wünschenswert ist, daß die Kommissionen vorher arbeiten und ob sich nicht eine Beschränkung der Teilnehmerzahl empfiehlt, diese Fragen zu entscheiden ist nicht Sache des heutigen Parteitages, sondern des internationalen Bureaus. Ich betone nochmals, daß ich nicht der Meinung bin, daß die Anerkennung, die Aktion und die Stellung der deutschen Sozialdemokratie innerhalb der Internationalen durch den Stuttgarter Kongreß herabgemindert ist. Ich bin überzeugt, keine einzige der ausländischen Parteien wird in Abrede stellen, daß die deutsche Sozialdemokratie wie bisher von der Verpflichtung durchdrungen ist, auch auf internationalen Gebiete, wenn auch nicht an der Spitze, so doch jedenfalls Schulter an Schulter in den bittersten Reihen mit den ausländischen Bruderparteien zu kämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Weisheit ist etwas Schönes; aber die Weisheit so weit zu treiben, daß man sich selbst als minderwertig hinstellt, das halte ich nicht für richtig. (Sehr gut!) Die deutsche Sozialdemokratie hat sich genau so revolutionär gezeigt wie früher. Wir haben den Begriff „revolutionär“ immer so aufgefaßt, daß wir die Herzen und die Köpfe revolutionieren wollen. Und wenn wir die Herzen und die Köpfe revolutionieren, wenn wir sie erfüllt haben mit dem Klassenbewußtsein, das notwendig ist, um zu begreifen, welchen großen Kampf das internationale Proletariat gegen die bürgerliche Gesellschaft zu führen hat, ich sage, wenn wir die Herzen und Köpfe des internationalen Proletariats

haben, dann haben wir auch seine Hände, und dann — aber nicht eher — wird man auch davon sprechen können, welche Mittel anzuwenden sind. (Beifall.) Aber daß wir in der agitatorischen Arbeit und in der Belehrung über den Sinn und Geist unseres Programms an revolutionärer Latenz nachgelassen haben, das möchte ich bestritten. Daß das nicht der Fall ist, dafür legen vollgültigen Beweis ab die Beschlüsse des internationalen Kongresses, an denen die deutsche Delegation beteiligt ist. Ich bitte Sie zu erklären, daß Sie sich mit den Beschlüssen des internationalen Kongresses einverstanden erklären. (Lebhafte Beifall.)

Die Diskussion wird eröffnet.

#### Lebedour-Berlin:

Ich freue mich, daß Singer sein Einverständnis mit der Stuttgarter Resolution zur Kolonialfrage erklärt und nachgewiesen hat, daß diese Resolution sinngemäß der früher in Mainz angenommenen Resolution entspricht. Wenn aber Singer meint, daß alle Parteigenossen damit einverstanden seien, so scheint er nicht beachtet zu haben, daß seit dem Stuttgarter Kongress in einer Reihe von Parteizeitungen angeündigt worden ist, daß dieser Stuttgarter Kongressbeschluss umgestoßen werden müsse, weil er durchaus undurchführbar sei. Ich wundere mich des höchsten, daß nicht einer von den Genossen, die diesen Forderungserklärungen, hier das Wort genommen hat, um nun nach der Erklärung von Singer überseits zu erklären, damit können wir uns nicht einverstanden erklären, oder aber, wir haben uns mittlerweile überzeugt, daß die Stuttgarter Resolution vollständig das Richtige getroffen hat. Wäre das der Fall, dann wäre diese Erklärung allerdings sehr plötzlich gekommen. Singer hat nun gemeint, es wäre eigentlich nur ein Streit um Worte. Aber das ist ein Irrtum. Es handelte sich bei diesen Meinungsverschiedenheiten um den Anfang der Resolution von Kol, um ausgesprochen prinzipielle Gegensätze. Wenn aber eine große Anzahl deutscher Parteigenossen, die Mehrzahl der deutschen Delegation, der anderen Auffassung noch einer sehr kurzen Debatte zugestimmt haben, so erkläre ich mir das daraus, daß sie tatsächlich irreführend worden sind dadurch, daß seit längerer Zeit in ganz verschiedenem Sinne die nämliche Bezeichnung „sozialistische Kolonialpolitik“ gebraucht worden ist.

Unter sozialistischer Kolonialpolitik verstehen die einen diejenige Politik, welche wir gegenüber der Kolonialpolitik der herrschenden Klassen, gegenüber der kapitalistischen Kolonialpolitik einschlagen. Man hat unsere praktische Betätigung im Parlament hin und wieder „sozialistische Kolonialpolitik“ genannt. Andererseits hat man unter sozialistischer Kolonialpolitik das verstanden, was Singer anführt, nämlich die Kulturerbreitung unter fremden Völkern. Mit den oft zitierten Ausführungen Bebels im Reichstage zur Kolonialpolitik, die jetzt immer angeführt werden, um die deutsche Partei für eine sozialistische Kolonialpolitik zu gewinnen, wird meiner Meinung nach ein Mißbrauch getrieben. Babel kann unmöglich das gemeint haben, was David, van Kol und Bernstein auf dem internationalen Kongress durchsetzen wollten, sondern er kann nur das gemeint haben, was hier Singer als zivilisatorische Politik gegenüber fremden Völkern bezeichnete und was ich für zweckmäßig halte, ganz einfach Kulturerbreitung zu nennen. Ein Beispiel: Heute schon wird von allen europäischen Völkern in jüdisch-orientalischen Republiken solche Kulturerbreitung getrieben durch Ärzte, Lehrer, Techniker, Kaufleute, auch durch Arbeiter usw., die auf die kulturell rückständigen Völker dort erzieherisch einwirken, indem sie ihnen Beispiele und Vorleben in der wirtschaftlichen Kulturentwicklung geben. Nach unserer Auffassung wird diese Art kultureller Tätigkeit, nur in weit höherem Maße natürlich, später auch von den sozialistischen Gemeinwesen getrieben werden, wenn diese an die Stelle der kapitalistischen Staaten getreten sind. Das ist aber keine Kolonialpolitik mehr, was wir gegenüber Südamerika treiben. Wir stehen zu Südamerika einfach in dem allgemeinen Verhältnis befreundeter Völker, die sich gegenseitig beeinflussen. Was aber auf dem Stuttgarter Kongress zum erstenmal in die Erscheinung trat, und gerade durch David, van Kol und Bernstein befürwortet wurde, was man die sozialistische Kolonialpolitik nannte, ist die Anwendung staatlicher Zwangsmittel gegenüber fremden Staaten und Völkern. Und van Kol ging so weit zu sagen, wir mühten eventuell mit den Waffen in der Hand zu ihnen kommen. Die Propaganda solcher Grundsätze konnten wir unter keinen Umständen dulden, das schlägt unseren eigenen Grundgedanken ins Gesicht. (Sehr richtig!) Wenn wir hier gegen die Ausbeutung und Unterdrückung kämpfen, dann müssen wir ebenso gegen die Ausbeutung und Unterdrückung fremder Völker, die nach unserer Auffassung rückständig sind, protestieren. Die genannten Genossen haben uns vorgeworfen, wir wollten keine praktische Politik, wir wollten nur verneinen. Nichts ist falscher als das. Wir haben lebhaft auf eine praktische Tätigkeit gegenüber der kapitalistischen Kolonialpolitik hingewirkt. Entweder ist jene Behauptung leeres Gerede, oder es verheißt sich dahinter die Aufforderung, daß wir selbst uns an der kapitalistischen Kolonialpolitik beteiligen sollen. Ich fordere die betreffenden Genossen auf, endlich einmal mit der Sprache herauszurufen und zu sagen, wo wir praktische Politik treiben sollen und sie nicht getrieben haben, dann wird sich zeigen, was hinter den ganzen Behauptungen steckt. (Lebhafte Beifall.)

#### Ottlie Baader-Berlin:

Wenn auf dem Stuttgarter Kongress die Resolution zum Frauenstimmrecht so glatte Annahme fand, so ist das auch der Arbeit der vorhergehenden internationalen Frauenkonferenz mit zu verdanken, sie hat uns bewiesen, daß das weibliche Proletariat nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern für den Sozialismus kämpft. Wir haben dort ein sogenanntes internationales Bureau für die Sozialistinnen aller Länder geschaffen. Als Zentralfstelle ist unsere „Gleichheit“ aufzusehen worden. Auch sonst hat die Frauenkonferenz ein gutes Stück Arbeit im Interesse des Sozialismus geleistet und darf daher nicht übergegangen werden, wenn über den internationalen Kongress berichtet wird. Daher habe ich es für meine Pflicht gehalten, das noch kurz zu erwähnen. Wir waren alle angenehm überrascht über die klare Haltung auch der ausländischen Delegierten und nicht nur in der Frage des Frauenstimmrechts. Auch die große Mehrheit der englischen Vertreterinnen stand auf dem Boden des Sozialismus. Wir werden über diese Frauenkonferenz noch einen besonderen ausführlichen Bericht herausgeben. Dann noch ein Wort über die Aberkennung einiger Mandate weiblicher Delegierten zu dem Stuttgarter Kongress. Bei den Wahlen zum Parteitag gilt die Bestimmung, daß wenn Frauen von den Genossen nicht gewählt werden, die Genossen das Recht haben sollen, in eigenen Frauenversammlungen Delegierte zu wählen. Bei der Delegation zum internationalen Kongress sind wir Frauen auch ohne unsere Schuld zu spät benachrichtigt worden von der Einteilung der Delegation. Es ist vergessen worden, den Genossen zu sagen, daß in die Einteilung der Frauen mit einbezogen sind. Wenn man den Genossen das nicht extra sagt, so vergessen sie es meistens. (Heiterkeit.) Der Parteivorstand hat uns deutschen Frauen 12 Mandate für den Kongress in Stuttgart zugewiesen. Ich teile das den Genossen der einzelnen Landesparteien mit und anstatt darauf Rücksicht zu nehmen, haben die sächsischen Genossen ihre 19 Mandate nur an Männer verteilt. Entsprechend dem Vorgehen bei den Wahlen zum Parteitag wurden dann in besonderen Frauenversammlungen die Genossinnen, deren Mandate laßiert sind, gewählt. Nach dem Wunsch haben der sächsischen Landesorganisation mögen die Genossen wohl im Recht gewesen sein, aber ich bin der Meinung, die Landesorganisation muß sich doch nach dem Statut der ganzen Partei richten. (Sehr richtig.)

#### Wagner-Wilhelmsdamm:

Die Kolonialfrage stellt zweifellos in engem Zusammenhang mit der Weltmacht und Flottenpolitik, mit der wir in den Hafenstädten besonders zu tun haben. Unsere Hafenstädte existieren ja von der Flotte, und die Gegner können den Werftarbeitern leicht sagen: „Alles, wozu ihr lebt, hängt doch von dem Schiffe und

der Macht der Flotte ab!“ Bei uns lag also die Versuchung nahe, eine praktische Kolonialpolitik zu treiben. Wir haben aber die Kolonialpolitik grundsätzlich bekämpft, haben uns in jeder Beziehung entschieden dagegen verhalten, und die Arbeiter haben uns verstanden. Freilich ist dazu eine ganz strenge prinzipielle Bekämpfung der Kolonialpolitik nötig. Bei unserer Belehrung an die Arbeiter kommt uns die Regierung sozusagen zu Hilfe. An dem Bestehen der großen Monopolfirma, die keine Organisation duldet, die schlechtesten Löhne zahlt, ja ausländische Arbeiter heranholt, können wir den Arbeitern klar zeigen, daß sie selbst von den sogenannten Vorteilen der Kolonial- und Flottenpolitik gar nichts haben.

#### Bebel:

An den Debatten über die Kolonialpolitik in Stuttgart habe ich nicht teilnehmen können, weil ich durch Sitzungen des internationalen Bureaus resp. der Militärkommission daran verhindert war. Aber mein Name ist in diesen Debatten von beiden Seiten so häufig herangezogen worden, daß ich genötigt bin, das Wort dazu zu ergreifen, um so mehr, als ja auch heute Lebedour auf meine Person angespielt hat. Zunächst muß ich erklären, daß ich die Ausführungen Singers in bezug auf das Verhalten der deutschen Delegation zur Kolonialpolitik durchaus teile. Ich will hinzufügen, daß es nach meiner Auffassung verhältnismäßig leicht für unsere Delegierten gewesen wäre, mit dem nötigen Gewicht zu erweichen, daß es in dieser Frage zu gar keinen ernsthaften Differenzen kam. (Sehr richtig!) Es war sehr leicht, eine Form zu finden, die alle Teile befriedigt hätte. Wenn ich bei den Verhandlungen zugegen gewesen wäre, so hätte ich sicherlich die in Mainz beschlossene Resolution als passend vorgelegt. Nun hat man aber die Sache auf ein Gebiet gespielt, auf das sie nicht gehört. Ich halte den Eingang der Resolution, wie sie von Kol vorgebracht hat, für falsch und bedenklich und bin der Meinung, daß diese Fassung beseitigt werden mußte. Aber die Art, wie dagegen gekämpft wurde, halte ich für falsch und verkehrt, und sie ist es gewesen, die den ganzen Konflikt unter uns hervorgerufen hat. (Sehr richtig!) Also es mußte eine Wendung eintreten, aber man hat zu einem falschen Mittel gegriffen. Die Frage, ob es eine sozialistische Kolonialpolitik gibt, hätte gar nicht in die Erörterung gezogen werden sollen, weil das ein Streit um des Kaisers Bart ist (Sehr richtig!), eine reine Zukunftsmusik. Was wir, wenn wir zur Herrschaft gelangt sind, mit unseren Kolonien anfangen, das, ich sage es Ihnen ganz offen, weiß ich nicht. (Heiterkeit.) Den Streit, ob eine sozialistische Kolonialpolitik möglich ist, halte ich für einen sehr mühsamen Streit, der die Zeit und das Papier nicht wert ist, die darauf verwandt worden sind. (Lebedour: Das habe ich in der Kommission auch gesagt!) Dann um so schlimmer, daß Sie nachher zu dieser unnützen Debatte in der Presse und in Versammlungen ganz wesentlich mit beigetragen haben. (Sehr gut!) Nun hat man sich auch auf mich berufen: ich hätte selber das Programm einer sozialistischen Kolonialpolitik im Reichstag entwickelt. Wie war denn damals die Sache im Reichstag? Ich habe zuerst — es war wohl eine meiner besten Reden — scharfe Angriffe gegen die deutsche Kolonialpolitik im allgemeinen gerichtet, habe sie als Raub-, Plünderungs- und Unterdrückungspolitik gebrandmarkt, als eine Politik, die wir unter allen Umständen noch allen Richtungen hin zu bekämpfen hätten. Daran anschließend habe ich dann ausgeführt: „Aber daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen. Kolonialpolitik treiben, kann unter Umständen eine Kultursache sein, es kommt nur darauf an, wie die Kolonialpolitik getrieben wird.“ (Kebner verliest die viel zitierte Aeußerung aus der betreffenden Rede.) Diese Ausführungen kann man ja ein Programm nennen, im Moment habe ich damals jedenfalls nicht daran gedacht, der Partei damit ein Programm geben zu wollen, aber ich halte auch heute noch jedes Wort aufrecht, das ich damals gesagt habe, und füge nun hinzu: kann mir denn irgend einer unterstellen, oder bildet sich irgend jemand ein, daß ich diese Sache als erfüllbares Programm für die kapitalistische Gesellschaft aufgestellt hätte? Es ist mir doch selbstverständlich gar nicht eingefallen, zu glauben, daß die bürgerliche Gesellschaft eine solche Kolonialpolitik treiben könnte. Ich wollte nur sagen: Wollt ihr Kolonialpolitik treiben, dann wäre das das Ziel. Nun hat Lebedour in einer Berliner Versammlung in bezug auf diese meine Ausführungen gesagt: Babel ist kein Papst. Allerdings bin ich kein Papst, zum Glück brauchen wir keinen Papst, und ich würde mich auch ganz entschieden für diese Rolle bedanken; denn ich weiß bestimmt, daß, wenn jemals eine Dornenkrone zu tragen war, sie ein Papst in der sozialistischen Partei tragen würde. (Große Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung.)

Ich wiederhole: Ich halte diesen ganzen Streit für einen Streit um des Kaisers Bart. Es handelt sich da um ein Zukunftsprogramm, das zu erörtern wir gar keine Ursache haben. Schon in unserem jetzigen Parteiprogramm ist — wenn auch nicht mit deutlichen Worten — die Richtschnur vorgezeichnet, die wir auch in der Kolonialpolitik einzuhalten haben. Im letzten Absatz der prinzipiellen Auseinandersetzungen heißt es: „Die sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für Abschaffung der Klassenheraushebung und gleiche Rechte und Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie heute schon nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richtet sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.“ Das ist unser programmatischer Standpunkt, den wir auch in der Kolonialpolitik seither stets vertreten haben, vielleicht mit Ausnahme eines einzigen, der diese Meinung nicht ganz teilt. Ich will seinen Namen nicht nennen, da er nicht hier ist.

Nun kommt aber gegenüber unserer programmatischen Stellung noch ein anderes in Frage: Können wir als Parlamentarier etwas tun, um die Lebenslage der Eingeborenen in den geraubten Kolonien zu verbessern, um sie gegen die Greuel und Verwüstungen in ihrem Lande zu schützen? Da stehen wir genau auf demselben Standpunkt wie gegenüber der Arbeiterklasse in der heutigen bürgerlichen Gesellschaft. (Sehr richtig!) Was wir an Kongressen zur Verbesserung ihrer Lage erreichen können, suchen wir zu erreichen. Ich erinnere daran, daß eine Anregung Lebedours, der die Fraktion zustimmte, zur Folge hatte, daß wir vor 1½ Jahren, als der Hereroaufstand in vollster Blüte stand, die Reichsregierung aufforderten, den Eingeborenen ihr Land wiederzugeben, damit sie in der Lage wären, in gewohnter Weise ihre Lebenseristenz zu erhalten. Der Antrag hat damals die große Mehrheit des Reichstages gefunden hätte die Regierung ihn zur Ausführung gebracht, dann wäre der Hottentotten- und Hereroaufstand bereits viel früher beendet worden. (Sehr richtig!) Ich erinnere weiter an unsere Anträge auf Abschaffung der Sklaverei. Gegen die Aufrechterhaltung der Hausflaverei habe ich wiederholt angekämpft.

So haben wir in dieser Beziehung genau wie auf anderen Gebieten zu wirken. Wir haben diese Greuel und Ungerechtigkeiten an den Pranger zu stellen und haben andererseits die Aufgabe, soweit wir durch praktische Vorschläge dazu beitragen können, das Los der Ausbeuteten und Unterdrückten zu erleichtern. Aber alles, was darüber hinausgeht, halte ich für unnützes Kopfzerbrechen, das sich unsere Theoretiker und Richtschwefel gemacht haben. (Lebhafte Beifall.)

Die weiteren Beratungen werden auf Mittwoch, 9 Uhr, verlagert. Schluß 7¼ Uhr.

## Verfassungen.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Gebrüder Siemens, Kohlenkesselfabrik Lichtenberg, sollen ebenfalls mit der neuzugründenden Betriebskrankenkasse der Siemens u. Halske und Siemens-Schuckert-Werke gesegnet werden. Die in einer Zahl von 1000 Personen Beschäftigten hatten sich am Sonntag im Englischen Garten

versammelt, um nach einem Referat des Genossen Adolf Ritter, der in durchgreifender Weise die Schädlichkeit der Betriebskassen zerplückte, gebarnichteten Protest gegen die Neugründung einzulegen. Obwohl die führenden Geister der „Unterstützungsvereine“ aufgefordert wurden, für ihre geheime Machination, Arbeiterverrat genannt, auch öffentlich einzutreten, fand niemand der Herren den Mut dazu. Demgemäß wurde von den in freien Gewerkschaften organisierten Arbeitern die elende Heuchelei der Leute in scharfster Weise geegelt und folgende Resolution fast einstimmig angenommen:

„Die am 8. September 1907 im Englischen Garten tagende allgemeine Jahreshauptversammlung der Gebr. Siemens-Werke (Lichtenberg) erklärt, soweit der Entwurf für die Betriebskrankenkasse zur Begutachtung vorliegt, daß unter den gegebenen Voraussetzungen die Errichtung einer Betriebskrankenkasse keineswegs eine Verbesserung in sich birgt, sondern sind die Versammelten nach sachmännlich erfolgter Aufklärung der Verhältnisse, daß durch die Konstituierung einer Fabrikkrankenkasse ganz eminente Verschlechterungen für sie in Frage kommen, und protestieren hiermit die Versammelten ganz energisch gegen die Errichtung der genannten Kasse und erwarten von der Betriebsleitung, daß eine weitgehende Berücksichtigung dieser Willensmeinung stattfindet.“

Am Anschließ hieran wurde die Durchberatung einer dem Arbeiterausschuß zur Begutachtung vorliegenden neuen Arbeitsordnung vorgenommen. Einige eminente Verschlechterungen, die von der Firma in die neue Arbeitsordnung hineingebracht werden sollen, wurden nach lebhafter Kritik durch einstimmiges Veto dem Arbeiterausschuß zur Ablehnung empfohlen. Zum Schluß wurde vom Genossen Bruns unter Hinweis auf beide, das Interesse der Arbeiter schwer schädigende Neueinführungen die Aufforderung an die Versammelten gerichtet, durch zähes, einmütiges Zusammenhalten die geplante Rechtslosmachung hintanzuhalten. Da in der Versammlung sehr viele Mitglieder der „Unterstützungsvereine“ gegen die Absicht der Firma votierten, ist zu erwarten, daß auch diesen Arbeitern die Erkenntnis kommen wird, wach große Dummheit sie mit dem Eintritt in die sogenannte „gelbe Organisation“ gemacht haben.

Hierzu wird noch gemeldet, daß am Dienstag auch im Lichtenberger Werk ein Flugblatt des Herrn Schönkecht verbreitet wurde. Am Abend fand im Speiseaal der Fabrik eine Versammlung des gelben Vereins statt, zu der die freigeorganierten Arbeiter keinen Zutritt hatten. Steigt den „Führern“ der Gelben doch schon die Schamröte ins Gesicht, daß sie nicht einmal mehr wagen, ihre arbeitserfindlichen Pläne öffentlich besprechen zu lassen!

## Aus der Frauenbewegung.

zum Thema „Dienstboten!“

I.

Man schreibt uns:

Die arme Erzieherin, genannt „Kinderfräulein“ und das Dienstmädchen! Sie sind Sklaven geblieben in unserer freiheitsdurstigen Zeit, zwei Spezies, die in der allgemeinen Umwälzung, die für das arbeitende Individuum ein menschenwürdiges Dasein schafft, vergessen worden sind. Der Beamtenstand in ihrer Eigenschaft am Posthalter und am Telegraphen, dem Kommissar, der Arbeiterin, dem Lehrling selbst, ihnen ist in etwas durch Treue und Loyalität, Lohnerhöhung, Abkürzung der Arbeitszeit, gesetzliche Feststellung der Sonntagsruhe eine Aufbesserung der Verhältnisse zuteil geworden. Aber noch nichts ist geschehen für das weibliche Hauspersonal, das bei der unter den heutigen Verhältnissen nur allzu oft wiederkehrenden Stillschließigkeit die ganze Schwere der leuten Zeit empfindet und in wenig Wochen die Erspornisse langer Monate verschwinden sieht wie Spreu im Winde. Leider ist es durchaus nicht so leicht, einen passenden Platz zu bekommen. Die Raunenhaftigkeit und Neurotizität der Hausfrau von heute, ihre tödliche Verstandlosigkeit für die Situation, ihre — es muß gesagt sein — oft hart an Brutalität grenzende Indolenz und Mißachtung der ihr unterstellten Schülfrinnen, treibt diese von einem Haus ins andere und schließlich in einen anderen Beruf hinein. Das Kinderfräulein und das Dienstmädchen sind in gewissem Sinne Leiden-genossen. Glänzende, langjährige schriftliche und mündliche Empfehlungen werden ihnen abgefordert, die ihre Brauchbarkeit und Tüchtigkeit bezeugen sollen, damit die brave Hausfrau ihrerseits beim Engagement einer neuen Hilfskraft möglichst vor einem „Reinfall“ geschützt sei. Wo aber ist der getreue Schutz, der die arme Fremde, die abzunehmendes Alter betrifft, vor dem Reinfall warnen? Die wievielte ist sie, die in diesem Vierteljahr von der Dame engagiert wird? Für die dienende Partei ist der Stellungswechsel sehr unangenehm, denn er verschlingt immer wieder ihr bisheriges Erspartes und bringt ihr nichts ein als ein kurzes, viel-sagenes Zeugnis von der Gnädigen, die sich dann ohne große persönliche Unbequemlichkeiten „einfach was anderes kommen läßt“. Diese „Gnädigen“, die jedes nur zu oft durch die eigenen, ver-lehrten und sich selbst widersprechenden Befehle herbeigeführte Ver-suchen ihres Dienstmädchens zum Verbrechen aufbauert, — bedenkt sie denn nicht, daß es nicht-würdig und gemein ist, um einer nichtigen Ursache willen das Dienbüchlein ihres Mädchens mit Hand-glossen zu versehen, die der Mittellosen das Ringen um die Erlangung erschweren, ja unmöglich machen können? Glänzende Zeugnisse werden verlangt, aber wer stellt sie heute noch aus? Nach jahre-langer treuer Dienstleistung von Seiten des Personals genügt manchmal der Mafsch eines Kindes, das sich wichtig machen will, oder das bissige Wort einer guten Nachbarin, um das Verhältnis für immer zu zerbrechen und nun heißt es: „Der will ich's mal austreichen.“ Und es wird ein Zeugnis ausgestellt, das diesen Satz entspricht. — Die Polizei? Ja, was nützt die, wenn Mann, Frau und Kinder in ihren Aussagen einmütlich zusammenhalten, um Jettin oder Augusten, die aus dem geheiligten Schoß der Familie ausgestoßen werden soll, „eins auszuwischen“. Da ist guter Rat teuer. Die Zeugnisse, die durchaus nicht immer vom Gerechtigkeitsfönn, sondern nur allzu oft von hämischer Schadenfreude diktiert werden, haben so gut wie gar keinen Wert. Noch wertvoller sind die mündlichen „Referenzen“, wo die Hausfrau dem Dienst-boten, dem sie beim Abgang ein anerkennendes Attest nicht gut dor-enthalten konnte, gewöhnlich doch noch was am Zeug zu flicken sucht: „Sie war ja ganz gut; — aber...“ Ja, meine Gnädigen, ein „Aber“ gibt es eben in jeglicher Erläuterung, solange nicht der Erzengel Michael herabsteigt, um Ihnen in eigener, vollkommener Person Hausmädchendienst zu verrichten. Hebrigens bin ich über-zeugt, daß Sie auch an ihm mit der Zeit ein kleines Auerchen finden würden. Vielleicht wäre er Ihnen zu fromm? Sie dürften ihm aber darum doch kein schlechtes Zeugnis ausstellen, denn wer in einem Hause nichts gegolten hat, der gilt im anderen viel. Die Ansichten der Herrschaften sind, was die Brauchbarkeit des Personals anlangt, so verschieden, wie Sonne und Mond, — ich möchte sagen, so verschieden, wie die Hausfrau von heute und die von ehedem.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Reinickendorf-Or. Mittwoch, den 18. September, 8½ Uhr, bei Hoffmann, Sec- und Regierstrassen-Ecke. Vortrag: Frau Althoff.

Mariehof. Mittwoch, den 18. September, 8½ Uhr, bei Reichardt, Hausseest. 18. Vortrag: Frau Zehe.

Britz. Donnerstag, den 19. September, 8½ Uhr, bei Weniger, Britz, Werderstr. 28. Vortrag: Herr Riedel: „Verbrechen und Prostitution.“

Spandau. Freitag, den 20. September, 8½ Uhr, bei Böhle, Linden-ufer 17. Vortrag: Genossin Lungwitz: „Frauenpflichten und Frauenrechte.“

### Eingegangene Druckschriften.

Neue Gesellschaft, Heft 12. Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Alh. Braun. Verlag Berlin N.W. 6, Charlottenstr. 2. Einzelsch. 10 Pf.

Zur Organisation der Landarbeiter.

Von allen unerfreulichen Ergebnissen der letzten Wahlen wurde sicher keines so bitter empfunden, wie der Rückschlag in den landwirtschaftlichen Gebieten des Ostens. Welch stolze Hoffnungen hatten wir seit 1898 auf die verheißungsvollen Fortschritte in Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg usw. gesetzt — und nun fast allerwärts Stimmenrückgang, mitunter in erschreckender Höhe. Die Ursachen im einzelnen hier nochmals nachzuprüfen, darf ich mir erlauben. Es ist zur Genüge, wenn auch nicht immer mit dem Erfolg ausreichender Klarstellung, geschehen. Es genügt, daß das bisherige Kolonialrummel, vielleicht auch ein Schweinchen am Troge, daß die Wahlmaschinen des hochgeborenen Verbrechertums auf die vereinzelt, abhängigen, wehrlosen Landarbeiter den gewollten Einfluß üben konnten. Die Tatsache dieser Hilflosigkeit, der traurigen sozialen Unterdrückung wie der jammervollen geistigen Widerstandsunfähigkeit, steht fest. Unsere Frage muß sein: Wie können wir sie wirksam bekämpfen, wie das große Reservoir der Reaktion umzuwandeln in ein fröhlich treibendes Rekrutierungsfeld der Massenbewegten Arbeiterorganisation?

Die der Parteivorstand mittelst, sind alle Vorbereitungen zur Einleitung einer großen Wahlrechtsbewegung in Preußen getroffen. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Bewegung ihren Ausgangs- und Mittelpunkt in der organisierten Arbeiterschaft der Großstädte und Industriebezirke haben wird. Indessen sollte nichts unterlassen werden, um auch die isolierten und politisch vernachlässigten Landarbeiter in diese Empörung gegen die preussische Junkerwirtschaft hineinzuziehen. Und da sie politisch viel zu wenig geschult und interessiert sind, um für die rein politische Seite der Sache sich zu begeistern, so gilt es, sie an ihren nächstliegenden und wichtigsten Interessen zu fassen. Das sind in erster Linie die wirtschaftlichen, wie das ja auch unserer ganzen politischen Auffassung entspricht. Wir müssen den Landarbeitern außer den bisher von uns vertretenen Forderungen der Koalitionsfreiheit usw. ein klar vor ihnen stehendes praktisches Ziel geben, das für sie von größter Bedeutung, dessen Erreichung für ihre Zukunft eine Lebensfrage ist. Und wir müssen ihnen augenblickliche praktische Vorteile bieten, die imstande sind, sie für die Arbeiterbewegung zu interessieren und ihre Organisationsfähigkeit zu fördern. Wer die praktische Landagitation kennt, der weiß, daß die größte Schwierigkeit in der Frage liegt: Wie kommen wir an die Leute heran? Versammlungen sind zumeist in Ermangelung der Lokale unmöglich. Flugblätter sind schwer anzubringen, werden oft wieder an die Behörden abgegeben und, wenn gelesen, bei der Schulbildung in Ostelbien oft nicht recht verstanden. Forderungen wie das Koalitionsrecht liegen dem Interesse der vereinzelt auf den Gütern lebenden Landarbeiter auch fern. Es müssen große Ziele und nahegelegene Vorteile sein, die wir ihnen vor Augen stellen.

Wenn auf irgend einem Gebiet unser Endziel eine nahegelegene praktische Bedeutung und eine passende agitatorische Kraft hat, so auf dem der Landarbeitersfrage. Für den Industriearbeiter gibt es eine große Reihe praktischer Fragen, die für ihn heute im Vordergrund stehen. Und die Entgegnung der Großbetriebe ist dort eine verwickelte und schwierige Sache, für deren Erledigung noch viele Voraussetzungen verwaltungstechnischer und wirtschaftlicher Art bestehen. Anders in der Landwirtschaft, soweit der Großbesitz in Frage steht. Hier ist die Entgegnung der Großgrundbesitzer technisch nicht schwierig, wirtschaftlich eine Lebensfrage für die Landarbeiter, die nur so die von ihnen ererbte Existenzgrundlage gewinnen können. Eine solche Forderung wäre eine ungemein wirksame Agitationsmittel, das ohne großen Apparat bei den Landarbeitern Eingang finden, sofort einschlagen und den unversöhnlichen Gegensatz zwischen Arbeiter und Gutsbesitzer mit schneidender Schärfe dartun würde. Bei einer Entgegnung denke ich natürlich nicht an eine Bezahlung nach dem gegenwärtigen, durch Zölle und Liebesgaben künstlich getriebenen „Werte“. Dabei wäre vielmehr der Weltmarktpreis der Produkte zugrunde zu legen. Und wenn man in Anrechnung bringen würde, was seit Jahren an künstlicher Lebensmittelverteuerung auf Volkskosten, seit hundert Jahren für Ablösung von Grundlasten seitens der Landbevölkerung den Junkern zugeflossen ist, so wäre der Unterschied zwischen Expropriation und Konfiskation nicht allzu groß, wenn sie auch immerhin noch mehr erhalten würden, als ihre edelgeborenen Vorfahren den gelegten und verjagten deutschen Bauern gezahlt haben. So hätten wir eine Forderung von praktisch-revolutionärem Gehalt, die das ländliche Proletariat auch mit dem industriellen verketten müßte: eine mächtige Förderung unserer Landtagwahlrechtsbewegung.

Ferner kommen Mittel der nahegelegenen praktischen Agitation in Frage. Hier empfehle ich zwei. Zunächst die Schaffung von Landarbeiterssekretären in Ostelbien. Diese sollten mit Rücksicht auf den Umfang ihrer Bezirke zur Erleichterung ihrer Wirksamkeit nicht an einen bestimmten Ort gebunden sein. Wenn z. B. der Sekretär jeden Montag in Remel, jeden Dienstag in Gumbinnen oder Tilsit usw. zu treffen wäre, so würde das seine Wirksamkeit vervielfachen, für den größten Teil der Landbevölkerung überhaupt erst nutzbar machen.

Und schließlich sollte ein Bund der Landarbeiter ins Leben treten. Zunächst in den Staaten und Provinzen, in denen keine gesetzlichen Schwierigkeiten im Wege stehen. Das dürfte kein Anhängel einer bestimmten Gewerkschaft sein, sondern ein großzügiges Unternehmen, das zu schaffen und zu führen gemeinsame Sache des Parteivorstandes und der Generalkommission wäre. Für die ersten Jahre wären hier wie für die Landarbeiterssekretariate sehr erhebliche Zuschüsse erforderlich, die aber politisch und gewerkschaftlich sich reichlich lohnen würden. Ein solcher Bund hätte etwa für einen Großen Wochenbeitrag eine Zeitung (eventuell nach Gebieten verschieden), energischen Rechtschutz und vielleicht auch noch eine kleine Krankenunterstützung oder dergleichen zu gewähren. Es liegt auf der Hand, daß damit die nächsten und praktischsten Interessen der Landarbeiter erfaßt und sie mit den industriellen Gewerkschaften eng verbunden würden. Was das für die Untergrabung der Junkermacht, für die Sicherung vor Streikbrechern bedeuten würde, bedarf keiner Erläuterung. Warum soll in Deutschland unmöglich sein, was in Italien und Ungarn, in Galizien und Skandinavien schon Wirklichkeit geworden ist?

Wir werden von der „liberalen Aera“ des bis auf die Knochen agrarischen Reichstages nicht erwarten dürfen, daß sie den Landarbeitern das Koalitionsrecht und das gleiche, geheime Wahlrecht zum Landtage und den Lokalkörperschaften freiwillig als Geschenk darbringe. Das will erklämpft sein. Der Ruf zum Kampfe muß auch hier ausgehen von der Sozialdemokratie. Ihn soll der

Antrag des Wahlkreises Teltow-Weesow den Boden bereiten. Er sei deshalb zur Annahme dringend empfohlen. Simon Rayenstein.

Der Antrag lautet: Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen: Die Landarbeitersfrage.

Den Parteivorstand zu beauftragen: 1. Vor dem nächsten Parteitag eine Darstellung der landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse in den verschiedenen Teilen des Reiches, sowie eine Zusammenfassung des auf dem Gebiete des Landarbeiterschutzes und der Landarbeitersorganisation bisher von der deutschen Partei wie von den ausländischen Arbeiterparteien Geleisteten zu veröffentlichen. 2. Unter Zuziehung von Fachleuten den Entwurf eines umfassenden Landarbeiterschutzes auszuarbeiten.

Dazu sei bemerkt, daß die oben vorgeschlagenen Maßnahmen und Forderungen bei der Begründung des Antrages in Friedenau vorgebracht, jedoch in den Antrag nicht aufgenommen wurden, um diesen nicht zu sehr zu spezialisieren.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

Salzburg, 16. September. (Priv.-Dep.)

Am Eröffnungstage des Kongresses erstatteten die Repräsentanten der internationalen Verbände in den Begrüßungsansprachen kurze Berichte über die Lage der Grubenarbeiter in den einzelnen Ländern.

Die Beteiligung an dem Kongresse ist die größte unter allen bisherigen. England allein hat 65 Vertreter entsendet, unter ihnen die Parlamentarier William Abraham, Edward Gnoch, Baskword, Halfred, Albert Stanley, William Trace, Thomas Glower, John Wilson und Steffen Dornes. Die meisten von ihnen sind Beamte der englischen Bergarbeiterorganisationen, die 400 000 Mitglieder umfassen.

Die amerikanischen Organisationen, ebenfalls über 400 000 Mann stark, sandten 2 Delegierte, Frankreich und Belgien 15, unter ihnen gleichfalls einige Abgeordnete. Die deutschen Gewerkschaften sind durch 19 Delegierte unter Führung der Abgeordneten Sächse und Que vertreten; neben ihnen sitzen die 10 österreichischen Delegierten deutscher, tschechischer und polnischer Nationalität.

Abseits von den sozialdemokratischen Delegierten befinden sich die Plätze der Delegierten der christlichen Bergarbeitervereine Deutschlands, die 77 000 Mitglieder umfassen und in wirtschaftlichen Fragen mit den sozialdemokratischen Verbänden gemeinsam vorgehen.

Der Präsident der britischen Organisation, Gnoch, neben dem der populäre Aston Platz genommen hat, eröffnete den Kongreß mit einer Ansprache, in der er mit Genugtuung auf die starke Teilnahme der Bergarbeiterschaft der beiden Hemisphären hinwies, ein Beweis für das Anwachsen der gewerkschaftlichen Bewegung. Auch von jenseits des Ozeans seien Delegierte gekommen, um die Solidarität der Weltorganisationen zu manifestieren. (Stürmischer Beifall.)

Namens der Oesterreicher begrüßt Jarolim die Bergarbeiter, indem er ausführte: In dem großen sozialen Kampfe, welchen wir in Oesterreich führen, sind seit der letzten internationalen Konferenz Ereignisse eingetreten, die auch das Los der Bergarbeiter beeinflussen. Ranges sei besser geworden: vor 9 Jahren waren die österreichischen Bergarbeiter rechtlos, die Arbeiter Oesterreichs waren Bürger fünfter Klasse. Nach Jahren gemäßigten Ringens haben die österreichischen Arbeiter das Wahlrecht errungen. Wir sind überzeugt, daß wir in dem ökonomischen Befreiungskampfe durch die politische Vertretung so manches Ziel erreichen werden.

Die früher gespaltenen österreichischen Organisationen sind zu einem großen Ganzen geworden. Um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen mühten schwere Kämpfe geführt werden. Manche Errungenschaft verdanken die Oesterreicher nur der deutschen und englischen Hilfe und dem Gefühl der internationalen Solidarität. Auch wir österreichischen Bergarbeiter werden unseren Mann stellen in jenen Kämpfen, die uns fernerer Tiefe zu lichten Höhen führen sollen. (Stürmischer Beifall.)

Abg. Sächse begrüßte die kraftvolle Organisation der Oesterreicher, die mit den anderen Ländern gleichen Schritt hielt.

Der französische Abgeordnete Lamendin führte aus, daß die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter eines Landes auf den Aufschwung des anderen von größtem Einfluß sei, da die Löhne im gleichen Verhältnis steigen müssen.

Der belgischen Delegierte Martile verwies auf die belgischen Kämpfe um die Legislative zugunsten der Bergarbeiter. Die Vorlagen sind im Unterhaus erledigt und ruhen jetzt im Senat, der von der belgischen Arbeiterschaft zu ihrer Bewilligung gezwungen werden müsse.

Der Amerikaner Burk berichtet über die Erfolge der Organisationen Amerikas, die die lange gewünschte Lohnstala nimmend erklämpft haben. Dort sei es auch gelungen, 12 000 Japaner und Chinesen zum Anschlusse an die Organisation zu bewegen. Heute sind wir soweit, daß nur einsahen darf, der organisiert ist.

Der Repräsentant der österreichischen Sozialdemokratie Breuhler begrüßte den Kongreß namens der Bergarbeiter Salzburgs und namens der sozialdemokratischen Parteiververtretung. Die Arbeiterschaft Oesterreichs sei seit jeher von der Ueberzeugung durchdrungen, daß der Kampf gegen die brutale Ausbeutung nur durch eine intensive Organisation zu führen sei. Die Bergarbeiter können stolz darauf sein, daß der Gedanke der internationalen Solidarität unter den Bergarbeitern immer mehr an Einfluß gewinnt. Die Arbeiterschaft Oesterreichs ist sich der Bedeutung dieser Solidarität vollkommen bewußt und begrüßt den Kongreß als Fortschritt auf dem Gebiete der internationalen gewerkschaftlichen Organisation.

Hierauf wurde zur Tagesordnung übergegangen, der Geschäftsauswusch zusammengelesen und in diesem seitens Oesterreichs der Führer der österreichischen Bergarbeiter Jarolim entsendet. Zum Präsidenten des morgigen Tages wurde Jarolim gewählt, ihm zur Seite wird namens der Franzosen und Belgier der Delegierte Calluwart präsidieren.

Die österreichischen Delegierten haben beschlossen, zu einer Konferenz zusammenzutreten, um gegenüber dem jüngsten Communiqué der Arbeitgeber in Sachen des Ostrauer Kohlenarbeiterstreiks Beschlüsse zu fassen.

Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Fünfte internationale Konferenz der Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen in Kristiania.

Am 15. September traten in Kristiania im Gebäude der Medizinischen Gesellschaft die Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen zu ihrer fünften Konferenz zusammen. Vertreten waren folgende Länder: Belgien: Hysmans; Dänemark: Kadben und Olsen; Deutschland: Legien und Sassenbach; England: Curran und Gee; Finnland: Partainen; Italien: Cabrini; Niederlande: J. Oudegeest; Norwegen: Hansen und Pjan; Oesterreich: Kueber und Julawski; Schweden: Lindquist und Söderberg; Ungarn: Jozsai.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat die Entsendung eines Vertreters abgelehnt, nach der Mitteilung des internationalen Sekretärs Legien nur aus finanziellen, nicht etwa aus prinzipiellen Gründen. Der angemeldete Vertreter Bulgariens ist ebenfalls aus finanziellen Gründen nicht erschienen.

Die finnländischen Gewerkschaften haben sich erst zu Ostern d. J. eine Gewerkschaftszentrale geschaffen, der zurzeit in sieben Verbänden ungefähr 8000 Mitglieder angehören. Man beabsichtigt, dem internationalen Sekretariat beizutreten, doch liegt ein offizieller Antrag zur Aufnahme noch nicht vor. Es wird deshalb mit Zustimmung des finnländischen Vertreters einstimmig beschlossen, daß dieser als Gast an der Konferenz teilnehmen kann. Sobald der offizielle Antrag auf Anschluß gestellt wird, soll der internationale Sekretär das Recht haben, denselben ohne weiteres zuzustimmen.

Der Vertreter der Niederlande ist vom neuen Arbeiterssekretariat entfallen. Das bisher dem internationalen Sekretariat angegeschlossene alte Arbeiterssekretariat ist infolge seiner anarchoistischen Tendenz immer mehr zurückgegangen, es umfaßt kaum noch 4000 Mitglieder, während das neue, politisch auf sozialdemokratischem Boden stehende Sekretariat bereits 30 000 Mitglieder umfaßt. Auch hat das alte Sekretariat weder auf Anfragen geantwortet noch Beiträge gezahlt. Auch soll es, wie aus einer Zeitungsnote hervorging, beschlossen haben, aus dem Sekretariate auszutreten. Legien als internationaler Sekretär macht den Vorschlag, dem Anschluß des neuen Sekretariats zuzustimmen, womit ohne weiteres die Folge verbunden sei, daß das alte Sekretariat aussteige. Nach eingehender Diskussion wird dieser Antrag einstimmig angenommen.

Die französischen Gewerkschaften haben bereits an der Konferenz in Amsterdam nicht teilgenommen, weil ihrem Verlangen, die Fragen des Generalstreiks und des Antimilitarismus auf der Konferenz zu behandeln, nicht entsprochen wurde. Die Konferenz beschloß damals, daß die Konferenzen nur die Aufgabe hätten, praktische Gewerkschaftsfragen zu erledigen. Es könne bei der Art der Zusammenfügung der Konferenzen und der Schwierigkeit des Verhandlungens in verschiedenen Sprachen nicht ihre Aufgabe sein, allgemeine theoretische Fragen zu behandeln.

Zur jetzigen Konferenz lag nun ein Schreiben der Franzosen vor, in dem verlangt wird, daß die in Amsterdam abgelehnten Punkte: Antimilitarismus und Generalstreik, auf die Tagesordnung der Kristianiaer Konferenz gesetzt werden. Ferner verlangen sie, daß der vorhergenannte Amsterdamer Beschluß überhaupt aufgehoben wird. Nur wenn diesem Verlangen entsprochen würde, könnten sie sich an der Konferenz beteiligen und überhaupt dem internationalen Sekretariate angeschlossen bleiben.

Ueber diesen Punkt findet eine eingehende Besprechung statt: Curran-England weist darauf hin, daß die englischen Gewerkschaften nicht militärfeindlich sind und haben auch auf ihrem letzten Kongreß eine entsprechende Resolution angenommen. Trotzdem ist er entschieden dagegen, auf den Konferenzen die Frage des Militarismus und auch die des Generalstreiks zu behandeln. Im selben Sinne spricht Olsen-Dänemark. Dieser ist der Meinung, daß wir augenblicklich nichts anderes tun können, als die französischen Verhältnisse sich ruhig entwickeln zu lassen. Die französischen Gewerkschaften befinden sich zurzeit in einer Krise; wenn die Franzosen sich jetzt zurückziehen, so würden jedenfalls die Verhältnisse bereits in einigen Jahren wiederum zu ihrem Ausbruch führen. Hysmans-Belgien ist der Meinung, daß die jetzige Gewerkschaftszentrale in Frankreich überhaupt nicht die Mehrheit der französischen Gewerkschaftler vertrete. Er hält es für richtig, wenn die Konferenz eine Resolution faßt und diese zur Auflöserung der französischen Gewerkschaftsmitglieder in die französischen Blätter bringt. Oudegeest ist nicht dafür, daß auf jede theoretische Diskussion von vornherein verzichtet wird, trotzdem ist er dagegen, daß dem Antrage der Franzosen entsprochen wird. Legien-Deutschland ist mit Olsen und Hysmans der Meinung, daß man am besten tue, die französischen Verhältnisse sich ruhig andeisen zu lassen. Später würden uns die Franzosen selbst dankbar sein, wenn wir an unserer Auffassung festhalten.

Hysmans-Belgien und Oudegeest-Holland betonen nochmals die Notwendigkeit, eine entsprechende Resolution zur Auflösung der französischen Gewerkschaftsmitglieder anzunehmen. Es wird beschlossen, eine dreigliedrige Redaktionskommission einzusetzen, die eine solche Resolution verfassen soll. Hierzu wurden Hysmans-Belgien, Legien-Deutschland und Olsen-Dänemark gewählt.

Nach Beginn der Nachmittags Sitzung legte die Kommission folgende Resolution vor:

Die internationale Konferenz der Vertreter der Gewerkschaften Englands, der Niederlande, in Belgien, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Italien, abgehalten am 15. und 16. September 1907 in Kristiania, hat sich mit dem wiederum eingebrachten Antrage der Confédération generale du Travail beschäftigt, auf die Tagesordnung der Konferenz die Frage des Antimilitarismus und des Generalstreiks zu setzen.

Die Konferenz wiederholt den in Amsterdam gefaßten Beschluß nach welchem die internationalen Konferenzen die Aufgaben haben, zu beraten über den engeren Zusammenhang der Gewerkschaften aller Länder, über einheitlich zu führende Gewerkschaftsstatuten, über gegenseitige Unterstützung in den wirtschaftlichen Kämpfen und über alle unmittelbar mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterschaft in Zusammenhang stehenden Fragen.

Ausgeschlossen von der Beratung sind alle theoretischen Fragen und solche, welche die Tendenzen und die Politik der gewerkschaftlichen Bewegung in den einzelnen Ländern betreffen.

Die Konferenz erachtet die Fragen des Militarismus und Generalstreiks nicht als solche, welche von einer Konferenz von Gewerkschaftsfunktionären, sondern von der Vertretung der Gesamtheit des internationalen Proletariats, von den regelmäßig stattfindenden internationalen Sozialistenkongressen zu erledigen sind, zumal in Amsterdam und Stuttgart beide Fragen ihre Erledigung entsprechend der gegebenen Situation gefunden haben.

Die Konferenz bedauert, daß die Confédération generale du Travail nicht hat einsehen wollen, daß die Haltung der internationalen Konferenz der Vertreter der Landeszentralen in diesen Fragen eine durchaus korrekte ist und diese Haltung zum Vorwand nimmt, um der internationalen gewerkschaftlichen Verbindung fern zu bleiben.

Die Konferenz richtet an die Arbeiterschaft Frankreichs das dringende Ersuchen, die erwähnten Fragen mit der politischen Organisation der Arbeiterklasse des eigenen Landes gemeinsam zu beraten und durch Teilnahme an den internationalen Sozialistenkongressen bei der Entscheidung dieser Fragen mitzuwirken und zum Zwecke der Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben auch fernerhin der internationalen gewerkschaftlichen Verbindung anzugehören.

Diese Resolution wird einstimmig angenommen. Die vom internationalen Sekretär aufgestellte provisorische Tagesordnung wird ohne Änderung angenommen.

Zu Punkt I

Bericht des internationalen Sekretärs führte Legien aus, daß man die Hoffnung gehegt habe, diesmal Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften auf der Konferenz zu sehen. Man habe auf einen der Konferenz in Amsterdam zugesandten Wunsch hin die Konferenz so angelegt, daß den Amerikanern die Möglichkeit gegeben war, daran ohne große Kosten teilzunehmen. Dieser Wunsch der Amsterdamer Konferenz sei Gompers mitgeteilt worden, ebenso sei ihm die Einladung zur Konferenz zugegangen. Bisher sei aber keine Antwort eingelaufen, auch sei kein Vertreter der American Federation erschienen. Es scheint daher zweifellos zu sein, noch weiterhin mit den amerikanischen Gewerkschaften Verbindung zu suchen.

In Agrar (Kroatien) hat sich eine gewerkschaftliche Landeszentrale gebildet und bezüglich Anschließung an das internationale Sekretariat Anfrage gehalten. Da dies Gebiet politisch zu Ungarn gehört, so wurde bei dem ungarländischen Gewerkschaftsrat angefragt, ob von diesem Einspruch gegen den Anschließung erhoben würde. Die Frage wurde verneint, und hat die Konferenz nunmehr zu entscheiden, ob der Anschließung erfolgen kann.

Infolge der reaktionären Strömung, die in Rußland in letzter Zeit jede freiere Bewegung der Arbeiterschaft unmöglich macht, ist es in diesem Lande noch nicht zu einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation gekommen. Die Organisationen müssen zum Teil geheim bleiben, und eine geschlossene öffentliche Tätigkeit ist ihnen versagt. So ist leider der Wunsch, der im letzten Bericht ausgesprochen wurde, Rußland möge bald in den gewerkschaftlichen Bund, der die Organisationen der europäischen Länder ein, einziehen, noch nicht in Erfüllung gegangen. Sicher aber ist, daß der heldenmütige Kampf, den die russische Arbeiterklasse um die Freiheit und die natürlichsten Menschenrechte führt, mit dem Siege der Arbeiterschaft enden wird. Wie die Organisationen in den heute gewerkschaftlich gut organisierten Ländern sich durch jahrelange, an Opfern überaus reiche Kämpfe gegenüber den herrschenden Klassen durchgerungen haben, so wird es auch der Organisation der russischen Arbeiter gelingen, alle Widerstände zu brechen.

Von den angeschlossenen Ländern haben, mit Ausnahme von Frankreich und den Niederlanden, alle ihre Beiträge an das internationale Sekretariat im letzten Jahre bezahlt. Die Beitragsleistung ist im verflossenen Jahre, trotzdem für 320 000 Mitglieder in Frankreich und 5000 Mitglieder in den Niederlanden Beiträge nicht entrichtet sind, wesentlich gestiegen, ein Beweis für die Steigerung der Mitgliederzahl der den Landeszentralen angeschlossenen Gewerkschaften. Es wurden 1903/04 für 2 066 655, 1904/05 für 2 065 198, 1905/06 für 2 140 108 und 1906/07 für 2 867 650 Mitglieder Beiträge an das internationale Sekretariat gezahlt. Trotzdem reichte die gezahlte Summe nicht aus, die Ausgaben des Sekretariats zu decken. Die Abrechnung schließt mit einem Defizit von 833,38 M., während es für 1905/06 ohne den Extrabeitrag von Deutschland sich (abzüglich des gedeckten Defizits von 1904/05) auf 2220 M. belaufen hätte.

Da weiter auf eine Vermehrung der Mitgliederzahl und auf den Zutritt weiterer Landeszentralen zu rechnen ist, so wird eine Erhöhung des regelmäßigen Beitrages nicht notwendig sein. Wenn die angeschlossenen Länder gleich Deutschland in entsprechendem Verhältnis für 1906/07 noch nachträglich einen Extrabeitrag leisten, so wird die Rechnung für das verflossene Jahr ausgeglichen. Es ließe sich dann der Preis für die von den Landeszentralen bezogenen Berichte um ein geringes erhöhen und dürfte dann die Einnahme die Ausgabe in den nächsten Jahren decken.

An die Landeszentralen von Frankreich und den Niederlanden wurde von dem Bericht für 1905 nur ein Exemplar gefandt, weil auf das Ersuchen des internationalen Sekretärs, anzugeben, wieviel Berichte gebraucht werden, eine Antwort nicht gegeben wurde. Es ist jedoch die Auflage so bemessen, daß diese Landeszentralen die Berichte noch nachbezahlen können.

Von dem internationalen Sekretär wurden auf Ansuchen der betreffenden Landeszentralen respektive der zuständigen Organisationen Unterstützungsgesuche an die Landessekretäre verfaßt für die ausgesperrten Textilarbeiter in Serwiers (Belgien), die ausgesperrten Textilarbeiter in Lodz (Rußland), die streikenden Eisenbahner in Bulgarien und die ausgesperrten Papierarbeiter in Norwegen.

Die Korrespondenz ist im letzten Jahre nicht in so glatter Weise erledigt worden, wie es erwünscht und notwendig ist. Es lag dies daran, daß der internationale Sekretär längere Zeit durch die Agitation für die Reichstagswahl und infolge mehrmonatlicher Krankheit vom Bureau ferngehalten wurde. Nach Möglichkeit ist aber allen gestellten Anforderungen genügt worden.

Es gingen an Postsendungen vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907 ein: 92 Briefe, 15 Postkarten, 5 Postanweisungen, 4 Drucksachen, zusammen 118 Postfachen. Versandt wurden: 164 Briefe, 23 Postkarten, 44 Pakete, 71 Drucksachen, 2 Postanweisungen, zusammen 304 Postfachen.

Die Korrespondenz beschränkt sich zurzeit auf die Berichterstattung und die Meldung einiger äußerer wichtiger Vorkommnisse. Von den Landeszentralen wurde den Anforderungen, die von dem internationalen Sekretär oder durch dessen Vermittlung aus einzelnen Ländern gestellt wurden, in äußerst bereitwilliger und zudorfermender Weise entsprochen. Dadurch ist bewiesen, daß der internationalen Verbindung der Gewerkschaften dauernder Bestand gesichert ist, und die fünfte internationale Konferenz wird zur Befestigung des geschlossenen Bundes der proletarischen Organisation aller Länder beitragen.

In der Diskussion über den Bericht des internationalen Sekretärs wird die Arbeit des Sekretärs allseitig anerkannt. Auf Vorschlag von O. I. S. Dänemark wird beschlossen, auch weiterhin zu versuchen, mit den amerikanischen Gewerkschaften in nähere Verbindung zu kommen. Es soll den amerikanischen Gewerkschaften von dem Vorgefallenen Mitteilung gemacht und das Verhalten des Kongresses ausgesprochen werden, daß die amerikanischen Gewerkschaften trotz allem Entgegenkommens auf der Konferenz nicht vertreten sind. Dieser Beschluß soll dem Vorstand der Amerikan Federation of Labour brieflich übermittelt und den einzelnen Gewerkschaften durch Uebersendung des Kongressprotokolls zur Kenntnis gebracht werden.

Da die bisher gezahlten Beiträge, 1 M. pro Tausend Mitglieder, zur Deckung der Kosten des Sekretariats nicht ausreichen, so ist ein Defizit vorhanden. Es wird beschlossen, dieses prozentual auf die verschiedenen Länder zu verteilen. Um künftigen Defizits möglichst vorzubeugen, wird eine Erhöhung des Beitrags von 1 M. auf 1,50 M. beschlossen. Sollte trotzdem ein Defizit entstehen, so soll es der nächsten Konferenz überlassen bleiben, Deckung zu suchen.

Auf Vorschlag von O. I. S. Dänemark und Curran-England wird dem internationalen Sekretär trotz des Widerspruchs Legins für seine Tätigkeit in den abgelaufenen zwei Jahren ein Ehrenhonorar von 300 M. bewilligt.

Der erhöhte Beitrag soll mit dem 1. Juli in Kraft treten, damit die Landeszentralen formell insstande sind, den erhöhten Beitrag von diesem Zeitpunkt an zu zahlen.

Die Revision der Abrechnung durch die Revisoren der deutschen Generalkommission wird als ausreichend anerkannt. Der Bericht selbst wird einstimmig genehmigt.

Betreffs des Anschlusses der kroatischen Gewerkschaftszentrale wird folgender Antrag von Huber-Cassai und Jaskai angenommen:

„Bezüglich der Aufnahme der kroatischen Landeszentrale beschließt die Konferenz:

Die Aufnahme der kroatischen Landeszentrale erfolgt nur unter Gründen geselliger Hindernisse, die den ungarischen Zentralvereinen in Kroatien entgegenstehen. Ortsgruppen oder Filialen zu errichten. Sofern diese Hindernisse beseitigt sind, hat der Zusammenschluß beider Organisationen zu erfolgen und von dieser Zeit an gilt der ungarische Gewerkschaftsrat als die einzige Landeszentrale für Ungarn.“

Bezüglich der Herausgabe der internationalen Berichte liegt folgender Antrag Schwedens vor:

„Da wir jetzt eine gewisse praktische Erfahrung bezüglich des internationalen Berichts gewonnen haben, glauben wir daraus schließen zu dürfen, daß teils mit Rücksicht auf die zur Verfügung stehende engbegrenzte Arbeitskraft recht große Schwierigkeiten für die jährliche Herausgabe dieser Berichte vorliegen, teils auch, daß diese jährlich zusammengefügten Berichte die Tendenz zeigen, durch die häufige Herausgabe recht schablonenmäßig zu werden. Um nun ein wenig die Arbeitsbürde derjenigen herabzusetzen, die diese Berichte liefern sollen, und um, wenn möglich, die Berichte mehr inhaltsreich und interessant zu bekommen, und schließlich, um die Kosten der Berichte herabzusetzen, gehalten wir uns vorzuschlagen, daß der internationale Bericht für die Folge nur jedes zweite Jahr herausgegeben wird.“

Huber-Oesterreich spricht entschieden dagegen. Die internationalen Berichte hätten einen unschätzbaren Wert. Ob sie monoton wirkten, käme nicht in Betracht. Auch könne die Kostenfrage keine ausschlaggebende Rolle spielen.

Dieselbe Meinung vertritt Curran-England. Auch in England hätten die Berichte in ausgezeichneter Weise gewirkt. Cabrini-Italien und Guchmans-Belgien sprechen sich im selben Sinne aus.

Auch Legien spricht sich entschieden gegen ein zweijähriges Erscheinen der Berichte aus. Schon aus technischen und agitatorischen Gründen könne man von der jährlichen Herausgabe der Berichte nicht abgehen. Die Berichte seien Dokumente für die Zukunft, sie trügen aber auch in guter Weise dazu bei, den Zusammenhang zwischen der Gewerkschaftsbewegung der ganzen Welt aufrechtzuerhalten.

Linquist-Schweden glaubt, daß hier eine Ueberschätzung der Wirkung der internationalen Berichte vorliegt. Falls man aber die jährlichen Berichte als notwendig betrachte, so würde Schweden auch bereit sein, die nötige Arbeit zu liefern und auch die Mittel zu bewilligen.

Söderberg-Schweden wünscht ein früheres Erscheinen der Berichte, damit das Material nicht veralte.

Legien glaubt kaum, daß dieses möglich sein wird, sollten aber die Landesorganisationen insstande sein, früher ihr Material zu liefern, so könnten auch die Berichte früher erscheinen. Schon mit Rücksicht auf England möge er das jährliche Erscheinen der Berichte nicht missen. Bei dem Mangel von Gewerkschaftsblättern in England seien diese Berichte das einzige, was man dort über die internationale Gewerkschaftsbewegung erfahre.

Die Vertreter von Schweden ziehen darauf ihren Antrag zurück.

## Aus der Partei.

### Rühles Blut!

Die Dortmunder „Arbeiter-Zig.“ hatte zum Zusammenritt des Parteitag ein Artikel gebracht, dessen Tonart gerade von denjenigen nicht gebilligt werden kann, die seinem Inhalt in mancher Beziehung zustimmen. Mag man in Vollmars Ausführungen über den Militarismus auch die wünschenswerten prinzipielle Schärfe vermissen, so schießt die Wendung: „Lieber zehn Herbst als einen Vollmar“ erheblich über's Ziel hinaus. Auch die an sich berechtigte Feststellung, daß sich, speziell in der Kolonialfrage, die Haltung der deutschen Delegation nicht mit der bisherigen und hoffentlich auch künftigen Haltung der deutschen Sozialdemokratie deckte, hätte in milderer, festiger und leicht als Kränkung empfundener Form erfolgen sollen.

Der Artikel unseres Dortmunder Parteiblattes hat freilich in dem Bochumer „Volkssblatt“ eine Entgegnung gefunden, die dem sachlichen Ausstrag der Meinungsverschiedenheit ebensowenig zu dienen vermag. Genosse Leimpeters, der Verfasser dieses Artikels, schießt nicht minder über's Ziel hinaus, wenn er nicht nur die Zusammenfügung der deutschen Delegation in Stuttgart aus einer gleichartigen Vertretung der Gewerkschaften und der Partei als durchaus berechtigt verteidigt, sondern gewissermaßen auch für die nationalen Parteitage eine solche Vertretung als erstrebenswertes Ideal hinstellt. Wir sind gewiß die letzten, die eine möglichst starke Vertretung der Gewerkschaften auf den Parteitagen, wie überhaupt innerhalb der Parteiorganisation nicht für wünschenswert hielten — allein diese Vertretung ist doch nur dadurch möglich, daß sich die Gewerkschafter intensiv an der Parteiarbeit beteiligen und dadurch ihre natürliche Vertretung finden. Genau so, wie wir nur immer wieder den politisch tätigen Genossen rufen können, sich durch Mitarbeit innerhalb der Gewerkschaften den wünschenswerten Einfluß zu sichern. Wir halten es deshalb für bedauerlich, wenn Genosse Leimpeters sich zu dem Sage verbeigt: „So war die Stuttgarter Delegation die erste deutsche Delegation, die wirklich die Stimmung der organisierten Arbeiter Deutschlands zum Ausdruck gebracht hat. Bei einer solchen Zusammenfügung wäre ein Jena, ein Dresden unmöglich.“ Und wenn Genosse Leimpeters weiter schreibt:

„Eine Korrektur des Stuttgarter Beschlusses der deutschen Delegation hieße nichts anderes, als den 206 Delegierten, einschließlich Parteivorstand und Reichstagsfraktion, jedes Verständnis für Sozialismus abzuschneiden, sie zu „Revisionisten“ stempeln und den Vierern, von denen Ledebour eine absolut nicht zu beneidende Rolle gespielt hat, das alleinige Verständnis für Sozialismus, Marxismus, Radikalismus, Prinzipialismus in Erbpacht anzuerkennen.“

so können wir nicht umhin, das für eine arge Demagogie zu erklären, die die Entgleisung der Dortmunder „Arbeiter-Zig.“ weit überbietet.

Unsere Mahnung, ruhiges Blut zu bewahren, gilt also für alle Teile!

Zur Klärung über die koloniale Frage können unseres Erachtens die Ausführungen dienen, die der als durchaus besonnenen Politiker allgemein bekannte Genosse Rechtsanwalt Daase am 16. September in einer Parteiverammlung in Königsberg machte. Er sagte dort:

„Auch in der Frage der Kolonialpolitik hat der Kongreß schließlich das Richtige getroffen. Gerade dieser Gegenstand hat bei den Beratungen in der Kommission, bei den Verhandlungen im Plenum und auch in der Öffentlichkeit den meisten Stand aufgewirbelt. Es widerspricht unserer gesamten Auffassung, unserer bisherigen Haltung und der Tatsache, wenn es so dargestellt wird, als ob die kapitalistische Kolonialpolitik für das Proletariat irgend welchen Vorteil gehabt hätte. Die Resolution, welche die Kommission dem Kongreß vorlegte, geißelte auf das schärfste die Kolonialpolitik, die auf Eroberung und Ausbeutung gerichtet ist. Wenn die Majorität der Kommission an der Spitze dieser Resolution einen Say stellte, in dem es hieß, daß der Nutzen der Kolonialpolitik für die Arbeiterklasse übertrieben werde, so war das ein Widerspruch; und dieser Say mußte entschieden bekämpft werden. Nachdem er in der deutschen Delegation, bevor eine gründliche Debatte stattfinden konnte, zunächst angenommen war, trat die deutsche Delegation auf Anregung der Genossen vom Niederrhein nochmals zu einer Beratung zusammen, in der dieser Say gestrichen wurde, der dann auch von der gesamten Kommission zurückgezogen wurde. Es blieb dann aber noch ein zweiter Say übrig, um den ein heftiger Streit entbrannte. Die Majorität der Kommission schlug vor, daß der Kongreß erklären sollte, er vertrete nicht prinzipiell und für alle Zeiten jede Kolonialpolitik, die unter sozialistischem Regime zivilisatorisch werde wirken können. Dieser Say wurde in einer im wesentlichen gleichlautenden Form von der Mehrheit der deutschen Delegation angenommen. Ich war von vornherein dagegen, und der Verkauf der Debatte hat gezeigt, daß er nicht so harmlos ist, wie es auf den ersten Blick scheinen könnte. Das Wort Kolonialpolitik hat eine ganz bestimmte Bedeutung; mit ihm verbindet sich die Vorstellung von Raub und Ausplünderung. Es muß deshalb Verwirrung stiften, wenn von einer sozialistischen „Kolonialpolitik“ gesprochen wird.“

Der Kongreß selbst hat in seiner Mehrheit dem auch nichts davon wissen wollen. Er hat jenen Say verworfen und eine von der Mehrheit der Kommission vorgeschlagene Fassung akzeptiert, durch die die Schädlichkeit der kapitalistischen Kolonialpolitik mit aller Schärfe gebrandmarkt wird.

Bei der Abstimmung über die Resolution bot der Kongreß das Bild bewegter Leidenschaft. David auf der einen, Ledebour auf der anderen Seite, dazu noch die Engländer beschränkten der Präsidenten mit Vorschlägen, wie er die Abstimmung vornehmen soll. Jetzt wird von mancher Seite behauptet, der ganze Streit sei geführt um des Kaisers Bart. Das ist aber nicht der Fall. David ist der letzte, der um Kaisers Bart mit einer Leidenschaft sondergleichen streiten wird. Auffallend ist schon, daß gerade diejenigen, welche geneigt sind, über Hervorhebung des sozialistischen Endziels in der praktischen Politik zu spotten, sich plötzlich mit einer Politik beschäftigen, die unter sozialistischem Regime playgreifen wird. ... Entgegengetreten werden muß der Behauptung, daß die Deutschen im Parlament auf dem Gebiet der Kolonialpolitik nicht praktische Politik getrieben hätten. Sie haben bei prinzipieller Verwerfung der Kolonialpolitik stets mit Eifer und zum Teil auch mit Erfolg die Rechte der Eingeborenen verfolgt.“

Ueber den internationalen Kongreß in Stuttgart gab der Delegierte des sechsten sächsischen Reichstagswahlkreises (Dresden-Land), Genosse Lange, der Vorsitzende der Arbeiterorganisation, in öffentlicher Parteiverammlung Bericht. In dem lebhaft umstrittenen bekannten Fallus der Kolonial-Resolution, wie er zuerst von der Mehrheit der deutschen Delegation vorgeschlagen war, bemerkte der Berichterstatter, daß es ihm unbegreiflich gewesen sei, wie man derartiges vorschlagen konnte, das der bisherigen Haltung der deutschen Sozialdemokratie in der Kolonialpolitik direkt entgegenstand, auch unserer Politik bei der letzten Reichstagswahl durchaus widersprach.

In der Debatte wies Genosse Fleißner nach, wie gefährlich für die Partei dieser neueste Vorschlag zu „positiver Arbeit“ auf dem Gebiet der Kolonialpolitik werden könnte. Zwei sprechende Beispiele dafür seien die Auslassungen des Solinger und des Frankfurter Parteiblattes. Für eine kommende sozialistische Gesellschaft kolonialpolitische Grundzüge aufstellen zu wollen, sei geradezu unsinnig. Die Niederheit der deutschen Delegation hat sich dadurch ein großes Verdienst um den deutschen und den internationalen Sozialismus erworben, daß auf ihre Veranlassung das (schlimmste aus der Resolution ausgegrenzt wurde. (Lebhafter Beifall.)

Weiter hat Genosse Fleißner den Delegierten um eine authentische Auskunft über die Wahrheit der Behauptung des Genossen Koske, daß die beiden sächsischen Frankfurtermandate in erster Linie aus persönlicher Abneigung gegen die Genossin Luxemburg für ungültig erklärt worden seien. Genosse Lange berichtete darauf speziell über den Vorgang und erklärte, es sei keinem Delegierten eingefallen, persönliche Gründe gegen Genossin Luxemburg zu erheben zu geben. Rein sachlich sei die Legalität der Mandate geprüft worden; für die Ungültigkeit haben sogar Genossin Paader-Verlin und andere weibliche Delegierte gestimmt. Der Vorsitzende der Versammlung stellte daraufhin fest, daß die Behauptung Koskes aus der Luft gegriffen sei.

Genosse Hentzer, der als Vertreter der Bergarbeiter in Stuttgart war, führte aus, es sei in den Vorberatungen über die Parteiführer „drastisch zum Ausdruck gekommen“, daß fast alle Gewerkschaftsführer die jetzige Kaiserzeit am liebsten beiseite wissen möchten; sie wollten Kaiser am Abend des 1. Mai oder am folgenden Sonntag. Man hoffe in jenen Kreisen, daß die Entschädigung der Kaiserzeitgemäßigten zur Beseitigung der jetzigen Kaiserzeit beitragen werde. Gegen den bekannten Abstimmungs-Zwischenruf des Genossen David habe sich ein Sturm der Entrüstung in der Delegation erhoben und zahlreiche Zwischenrufe der Empörung hätten dem Genossen David gezeigt, daß er kein Recht habe, so zu verfahren.

Der Generalkrat der belgischen Arbeiterpartei beschloß in seiner letzten Sitzung, auf die Tagesordnung des nächsten Parteikongresses die Frage der Alters- und Invalidenversicherung zu legen. Als dahin sollen die sozialistischen Abgeordneten unter allen Umständen und bei allen günstigen Gelegenheiten im Parlament eine Debatte über die Arbeiterpensionen herbeiführen.

In derselben Sitzung beschloß der Generalkrat auf Antrag des Genossen Ansele, einen besonderen Fonds für Streiks und Ausperrungen zu schaffen, und ernannte zu diesem Zweck eine Kommission, um die näheren Einzelheiten auszuarbeiten.

Ein außerordentlicher Parteitag der schweizerischen Genossen findet nächsten Sonnabend und Sonntag in Thun statt. Erstens soll die Stellung der Partei zur Abstimmung über die neue Militärorganisation genau präzisiert, dann aber — und das ist das Wichtigste — eine praktische und bessere Lösung im Verhältnis zwischen der sozialdemokratischen Partei und dem schweizerischen Militärverein herbeigeführt werden.

Dadabhai Naoroji und die britische Herrschaft in Indien. Zu diesem Thema hat Genosse Hyndman-London an die „Westminster Gazette“ folgendes, in deren Nummer vom 13. d. M. veröffentlichtes Schreiben gerichtet:

Wir scheinen, daß es um die Verteidiger unseres derzeitigen Regierungssystems in Indien recht schlimm bestellt sein muß, wenn sie Vernunft und menschliche Gerechtigkeit gegen Dadabhai Naoroji mit Vertheidigung ättern. Naoroji hat mehr als 50 Jahre seines Lebens daran gewandt, seine Ansichten zum Besten seines Vaterlandes vorzubringen und auseinanderzusetzen. Er ist fast 30 Jahre lang nicht mehr an Geschäften beteiligt; er ist zweimal Präsident des Indischen National-Kongresses gewesen; er war liberaler Abgeordneter eines Londoner Kreises und er ist ein zweimaldortjähriger Mann, den selbst diejenigen achten, die mit seinen Ansichten nicht übereinstimmen. Ich meine, es wäre jedenfalls besser, wenn Vernunft, dessen Anregungen — wie allgemein bekannt ist — sonderbarerweise in seinem eigenen Heimatlande bekämpft und regelmäßig niedergestimmt werden, Naorojis Darlegungen vom Amerikaner Kongreß und meinen Verleumdungen über unsere Herrschaft in Indien widerlegen wollte, den ich auf Ersuchen des internationalen Sozialistischen Bureaus dem Stuttgarter Kongreß vorgelegt habe. Ich selber stimme nicht in allen Punkten mit Naoroji überein; jedoch der Umstand, daß Vernunft in einer angesehenen englischen Zeitung Beachtung findet, wo er auf Kosten jenes ehrwürdigen Mannes sich große Irrtümer zuschulden kommen läßt, fordert auf jeden Fall einen Protest heraus, und zwar so ernstlich, als er nur irgend erhoben werden kann.

## Aus Industrie und Handel.

### Zur Frage der Verteuerung der Lebenshaltung.

In wie einschneidender Weise die derzeitige Inflation die Lebenshaltung des Massen beeinflusst, dafür ist ein weiterer Beleg eine soeben im Verlage von Fischer (Jena) unter dem Titel: „Die Verteuerung der Lebenshaltung im Lichte des Massenkonsums“ erschienene Publikation von Henriette Fürth. Unsere Gegner pflegen, soweit sie eine Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen Massenverbrauchsartikel nicht leugnen können, die Behauptung aufzustellen, daß diese mehr als weit gemacht werde durch die gewaltige Steigerung der Löhne in den letzten Jahren. Für Frankfurt a. M. geht aus den Fürth'schen

außerordentlich wertvollen, zum Teil auf amtlichen, zum Teil auf sorgfältig zusammengestellten und kritisch durchsichteten Material eines Einzeljahres beruhenden Aufmachungen das gerade Gegenteil hervor.

Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. betrug von 1898—1906 die Preiserhöhung für Fleischwaren durchschnittlich 84 Proz. Von da bis zum Herbst 1906 vollzog sich eine abermalige Erhöhung von 18 Proz. (Preisliste der Innung), zusammen also von 52 Proz. auf Fleischwaren. Zette, Eier und Milch wurden im Mittel um 28 Proz. teurer. Das bedeutet also eine Preiserhöhung, die für die animalischen Nahrungsmittel im Durchschnitt 40 Proz. beträgt. Die vegetabilischen Nahrungsmittel haben eine Erhöhung von mindestens 10 Proz. erfahren. Da nun nach den Aufstellungen der Nürnberger Arbeiterhaushaltungen der Konsum der animalischen Nahrung zu dem der vegetabilischen wie 4 zu 3 verhält, so ergibt sich daraus eine mittlere Preiserhöhung von 28,5 Proz. für den Nahrungskonsum. Der Nahrungskonsum stellt aber, nach derselben Quelle, 54,1 Proz. des Gesamtkonsums im Arbeiterhaushalt dar. Daher müßte, um der hier erwähnten Mehrausgabe gerecht werden zu können, eine Lohnerhöhung um 19 Proz. eintreten.

Nun ist aber nicht nur die Nahrung teurer geworden. Bekanntlich haben auch die Mieten eine nicht unwesentliche Erhöhung erfahren, während die Kohlenpreise um 22, bzw. 40 Proz. beim großen Kohlenhändler gestiegen sind, was für den kleinen Verbraucher, der im einzelnen einkaufen muß, einen noch weit umfangreicheren und empfindlicheren Aufschlag bedeutet. Und auch alles andere: wollene und baumwollene Schwären, fertige Kleider, Wäsche, Schuhe, Bekleidungsgegenstände, Tischdecken usw. ist wesentlich teurer geworden. Henriette Fürth bringt für das alles höchst interessante und einwandfreie Daten.

Demgegenüber steht eine Lohnerhöhung, die für die städtischen Arbeiter 13—21 Proz., für die übrigen (nach einer auf den Lohnklassen der Ortskrankenkasse aufgebauten Berechnung) etwa 10 bis 20 Proz. beträgt.

Aber noch von einer anderen Seite her wird das Mißverhältnis zwischen Lohnsteigerung und Lebensvertüerung in ein scharfes Licht gerückt. Im ersten Teil der angezogenen Schrift werden nach den sorglich geführten, über einen zehnjährigen Zeitraum sich erstreckenden Haushaltsbüchern einer mittelbürgerlichen Familie drei physiologische Bilanzeng aus den Oktobermonaten drei verschiedener Jahre gezogen, aus denen zwingend hervorgeht, daß eine bedeutende Senkung der Ernährungsverhältnisse weiter Schichten stattgefunden haben muß. Während die dort behandelte Familie im Oktober 1896 mit einem Tagesaufwand von 88 Pf. auf den Kopf des Erwachsenen eine das physiologische Normalmaß der Nahrungseinheiten um 27 Proz. überschreitende Ernährung erzielte, finden wir im Jahre 1900 bei einem Verbrauch von 87 Pf. pro Tag und Kopf des Erwachsenen nur noch ein Mehr von 1,4 Proz., das im Oktober 1906 bei einem Aufwand von 84 Pf. ein Minus von 2,5 Prozent ergibt. Dieses Minus beträgt für Eiweiß sogar 13,4 Proz. und für Kohlenhydrate 29 Proz., so daß nur der 85 Proz. betragende Mehrverbrauch von Fetten den Gesamtschleßbetrag geringer erscheinen läßt. Danach beträgt die Spannung zwischen den Jahren 1896 und 1906 29,5 Proz. oder, unter Berücksichtigung der Minder Ausgabe von 4 Pf. pro Tag und Kopf des Erwachsenen, 25 Proz.

Schließen wir nun aus dem, einen parsum und praktisch geführten Haushalt darstellenden Einzelfall auf die Allgemeinheit, so ergibt sich uns das Folgende: Im Jahre 1896 brachte eine Tagesausgabe von 88 Pf. eine Ueberernährung von 27 Proz., im Jahre 1900 reichte ein Betrag von 87 Pf. noch eben hin, um eine erwachsene Person in Gemäßheit der Anforderungen der Ernährungshygiene zu erhalten, und im Jahre 1906 hätte man, um das Ergebnis von 1896 zu erlangen, 110 Pf. ausgeben müssen. Die 87 Pf. des Jahres 1900 aber ergeben den im Jahre 1906 für die sachgemäße Ernährung einer erwachsenen Person zu machenden Aufwand.

Seitdem hat eine weitere nicht unbedeutliche Erhöhung aller Lebensmittelpreise stattgefunden, die, wie oben nachgewiesen wurde, in Frankfurt einen 18prozentigen Aufschlag der Fleischpreise innerhalb der Zeit vom Oktober 1906 bis September 1906 brachte. Die darauf im Frühjahr 1907 eingetretene Verbilligung hat im Laufe des Sommers zum größeren Teil wiederum anziehenden Preisen weichen müssen.

Dabei gehen wir einer Kohlensteigerung entgegen, die die des Kohlennotjahres noch übertrifft.

Wenn wir die Teuerung vom Jahre 1906 unberücksichtigt lassen und uns lediglich auf den Boden des im Jahre 1906 zur Erhaltung einer erwachsenen Person erforderlichen Nahrungs- bzw. Geldquantums stellen, kommen wir zu folgenden Ergebnissen: Unterstellen wir eine Arbeiterfamilie von nur 6 Personen, gleich 4 Erwachsenen, und nehmen wir an, daß sie ohne jeden Alkoholkonsum auskäme, so bedeutete das immerhin noch eine Ausgabe zu Ernährungszwecken von 4mal 84 Pf., oder von 3,36 M. Den durchschnittlichen Nahrungskonsum mit 60 Proz. der Gesamtausgaben angeht, verlangt das ein Tageseinkommen von 5,60 M. Wieviele unserer Arbeiter verfügen wohl über ein solches? Ein kleiner Prozentsatz in den Großstädten. Für die übrigen bedeutet der gegenwärtige Stand der Preise der wichtigsten Gebrauchsgüter Unterernährung und Rückschritt statt Fortschritt in Bezug auf die Anteilnahme an den sonstigen Errungenschaften der Kultur.

Ein neues Riesengleisstromwerk in der Schweiz. Der Große Rat des Kantons Baselstadt hat auf Antrag der Regierung einstimmig einen Kredit von 9000000 Franc zur Erstellung eines neuen Gleisstromwerkes am Rhein bei Augst-Byden bewilligt, durch das 80000 Pferdekräfte gewonnen werden können und das auf 40000 Pferdekräfte erweitert werden kann. Der Kanton Basel erstelt das Werk gemeinschaftlich mit den Kraftwerken Aletsch-Gesellschaft Aletschfelden. Mit dem Bau des Werkes dürfte nach im Laufe dieses Herbstes begonnen werden, nachdem die dazu nötigen Vorbereitungen bereits getroffen sind.

Die wirtschaftliche Entwicklung Japans macht in den letzten Jahren Riesenschritte. Das ergibt man auf jedem Gebiete kapitalistischer Betätigung. Zu Ende des Jahres 1890 betrug die Länge der im Betriebe befindlichen Eisenbahnen 2833 Kilometer, so daß auf 100 Quadratkilometer Gebietsfläche durchschnittlich 0,7 Kilometer Gleis lagen. Pro 10000 Einwohner des Landes waren 0,8 Kilometer Eisenbahn zur Verfügung. Zu Ausgang des Rechnungsjahres 1903/04 betrug die Gesamtlänge der japanischen Bahnen 7200 Kilometer. Der Jahresbericht des Eisenbahnministers des japanischen Verkehrsministeriums für das Jahr 1906/07 ergibt nun, daß am Ende dieses Jahres schon insgesamt 9030 Kilometer Eisenbahnen in Betrieb standen. Das macht pro 10000 Einwohner 1,9 Kilometer Gleis, oder pro 100 Quadratkilometer 2,38 Kilometer Gleislänge. Die Verdichtung des Eisenbahnnetzes hat also große Fortschritte gemacht. Von den 9030 Kilometer Eisenbahnen waren 8370 Kilometer Staatsbahnen und 6600 Kilometer Privatbahnen. Der Bestand an trolleybus Material umfaßt 1717 Lokomotiven, 5940 Personen- und 27183 Güterwagen. Befördert wurden in dem genannten Jahre 113 675 400 Personen, das sind etwa 9 Proz. mehr als im Vorjahre, und 21 590 064 Tonnen Güter oder reichlich 10 Proz. mehr als im Vorjahre.

Auch der wegen der gebirgigen Natur des Landes vorhandene außerordentliche Reichtum an Wasserkräften findet steigende Ausnutzung für industrielle und andere Zwecke. Mehr als 100 kleine Wasserkräfte sind bereits eingerichtet, und einige bedeutende

größere sind im Bau begriffen. Unter letzteren ist das Wasserkraftwerk für Nioto mit einem Kanal von 11 Kilometer Länge und einem Gefälle von 34 Meter zu nennen; es wird eine Leistung von 4400 Pferdekräften erhalten. Ein Kraftwerk für Tokio, am Tamagawa-Fluß gelegen, wird 20000 Kilowatt (27000 Pferdekräfte) mit 4000 Volt Hochspannung auf eine Entfernung von mehr als 40 Kilometer übertragen. Ein weiteres großes Kraftwerk wird zwischen Nioto und Ofata erbaut. Die beiden Städte liegen 64 Kilometer voneinander entfernt. Die Leistung dieses Werkes wird auf 82000 Kilowatt (43500 Pferdekräfte) geschätzt. Auch in Korea hat der japanische Unternehmungsgeist, der sein Land mit vollen Segeln in den Großkapitalismus hineinsteuert, schon einige Wasserkraftanlagen geschaffen.

## Gerichts-Zeitung.

Ein schlagfertiger Arbeitgeber. Eine Anklage wegen Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Bedrohung und Verleumdung führte vorgestern den Rigarctienfabrikanten Jastrow vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I. Es handelte sich um eine sehr erregte Szene, die der Angeklagte mit einem seiner Angestellten aufgeführt hat. Der Kaufmann Emil Cohn war Reisender für das Geschäft des Angeklagten und aus geschäftlichen Gründen mit diesem in Differenzen geraten. Der Angeklagte war der irrigen Ansicht, daß er von seinem Reisenden systematisch benachteiligt werde, und es bildete sich bei ihm ein tiefer Groll gegen diesen aus. Als Herr Cohn am 20. Juni den Expeditionsraum betrat, schiedte der Angeklagte das sonst noch anwesende Personal weg, so daß er mit dem Reisenden allein in dem Raum blieb. Alsdann schloß er die Tür ab, so daß Herr Cohn nicht mehr entweichen konnte, und schlug mit seinem mit Blei gefüllten Spazierstock auf ihn ein, wobei er ausrief: „Sie Lump! Und wenn es mein Leben kostet, so schlage ich Sie nieder!“ Der Angeklagte stellte die Sache so dar, daß er infolge der von ihm behaupteten großen Verluste, die er durch den Reisenden erlitten haben will, sich in großer Erregung, im übrigen aber in der Notwehr befunden habe, da sein Gegner zuerst auf ihn eingedrungen sei. Die Weisungsaufnahme bestätigte diese Behauptung nicht, und so hat denn der Angeklagte das Aufbrausen seines Temperaments mit 1 Monat Gefängnis zu büßen. Das Gericht hielt sein Vorgehen seinem Reisenden gegenüber für ganz unzulässig und strafwürdig.

Ein Hauswirt hatte gegen eine Mieterin auf Schadenersatz geklagt, weil sie die gefundige Wohnung einigen Mietslustigen nicht gezeigt hätte. Die Mieterin war auch vom Landgericht verurteilt worden, dagegen hat das Appellgericht den Vermieter mit seiner Klage abgewiesen und nach den „Bl. f. A. P.“ bezüglich der Anforderungen an den Schadenersatz unter anderem folgende Ausführungen gemacht: Es ist nur erwiesen, daß die Beklagte zweimal nicht zu Hause war, als Damen ihre Wohnung besichtigen wollten. Unstreitig ist aber die Wohnung von Mietslustigen besichtigt worden, ohne daß sie vermietet wurde. Es fehlt daher an jeder Wahrscheinlichkeit, daß sie in einem der beiden Fälle, in denen die Wohnung suchenden Damen an der Besichtigung verhindert waren, vermietet worden wäre. Dieser Wahrscheinlichkeit bedarf es aber doch mindestens, wenn ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Handlung der Beklagten und dem Schaden des Klägers angenommen werden soll. Die Wahrscheinlichkeit wird auch nicht dadurch herbeigeführt, daß ein Herr, der die Wohnung besichtigte, gesagt haben soll: „Die Wohnung gefalle ihm sehr und er werde seine Frau schicken, die gleich den Vertrag schließen solle, wenn auch über die Wohnung gefalle.“ Eine solche Erklärung könnte nicht ernst genommen werden; denn nach den Erfahrungen des gewöhnlichen Lebens werden die Mietsverträge nicht von den Ehefrauen, sondern von den Ehemännern geschlossen und begnügen sich die Witte in der Regel auch nicht mit einem Vertrage der Ehefrau allein. Uebrigens hätte ja auch der Hausverwalter den Damen, die mit der Vollmacht des Ehemannes zum Vertragsabschluß erschienen, eine gleichartige Wohnung des Hauses zeigen können, wie es in Berlin und Umgegend so häufig geschieht. Mangels nachweisbaren Ursachszusammenhanges zwischen der Handlung der Beklagten und dem Schaden des Klägers ist daher die Klage abgewiesen worden.

Wegen strafbaren Eigenmordes mußte sich gestern der Freire Alexander von Freyberg vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II. verantworten. Der Anklage lag eine schon längere Zeit zurückliegende Vorgeschichte zugrunde, die schon mehrfach die Strafgerichte beschäftigt hatte. — Im Jahre 1904 lernte der Angeklagte die Tochter eines in der Bredowstraße wohnhaften Kaufmanns kennen. Zwischen den beiden jungen Leuten entspann sich ein Liebesverhältnis, aus welchem ein Kind hervorging. Von dem Augenblick an, in dem der Angeklagte in Erfahrung gebracht hatte, daß seine Liebel mit der Tochter eines durchaus ehrenwerten und anständigen Mannes Folgen hatte, war es auf Seiten des Freiren mit der Liebe aus. Er ließ es sogar zu einem Alimentationsprozeß kommen, in dem er zwar die Vaterschaft nicht in Abrede stellte, jedoch für sein Kind keinen Pfennig hergeben wollte. Der Vater des verführten Mädchens ließ zwar weisungswise den ihm zugesprochenen Alimentationsbetrag bezahlen. In der Wohnung der Mutter, bei welcher der Angeklagte seinerzeit wohnte, wurde eine Pfändung vorgenommen, bei der verschiedene ihm gehörige Wertsachen gepfändet wurden. Pfändlich traten die Freirein von Freyberg und ihr ältester Sohn mit eidesstattlicher Versicherung hervor, in denen behauptet wurde, die beschlagnahmten Gegenstände wären ihr Eigentum. Die Sachen mußten daraufhin freigegeben werden, zugleich aber bestätigte sich die Staatsanwaltschaft mit der ganzen Familie dorez von Freyberg. Die Freirein von Freyberg und ihr Sohn wurden wegen Abgabe wissentlich falscher eidesstattlicher Versicherungen unter Anklage gestellt. Die Strafkammer erachtete zwar objektiv falsche Versicherungen für vorliegend, hielt jedoch nach subjektiver Richtung eine Freisprechung für geboten, da sich die Angeklagten möglicherweise in einem Irrtum befunden haben mochten. Im Interesse des Kindes wurde nach weiteren Vermögensstudien von dem Vormund geforscht. Eine Forderung verblieb fruchtlos, da es der Angeklagte in geschickter Weise verstanden hatte, verschiedene Vermögensstücke, wie Hypothekenscheine und Rentendriefe, seiner eigenen Mutter zu cedieren, um sie vor dem Zugriff der Gläubiger — in dem vorliegenden Falle sein eigenes Kind — zu bewahren. Das Schöffengericht verurteilte den Freirein wegen strafbaren Eigenmordes zu 4 Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß mit Rücksicht auf die überaus niedrige und triviale Gesinnung des Angeklagten, der sich in rücksichtslosster Weise gegen sein eigenes Kind vergangen habe, eine empfindliche Strafe geboten sei. Gegen dieses Urteil legte von J. Berufung ein. Sein Verteidiger hatte den Antrag gestellt, den Kreisarzt Medizinalrat Dr. Elken als psychiatrischen Sachverständigen zu laden, da es den Anschein habe, als ob der Angeklagte nicht vollständig zurechnungsfähig sei. Der Sachverständige begutachtete, daß der Vater des Angeklagten infolge einer Geisteskrankheit verstorben sei, so daß möglicherweise eine schwere erbliche Belastung vorliege. Zu einem abschließenden Gutachten könne er jedoch erst nach einer langen Beobachtung in einer Irrenanstalt kommen. Der Sachverständige stellte deshalb den Antrag, den Angeklagten wech Beobachtung seines Geisteszustandes auf die Dauer von sechs Wochen einer öffentlichen Irrenanstalt zu überweisen. Das Gericht beschloß die Verlegung der Sache und Ueberweisung des Angeklagten an die Beobachtungsstation der Igl. Charité auf die Dauer von 6 Wochen.

## Vermischtes.

Wellmann über seine mißglückte Nordpolfahrt. Ueber seinen mißglückten Versuch, mit dem Ballon den Nordpol zu erreichen, schreibt Wellmann dem Pariser „Matin“ unter dem 13. September aus Tromsö u. a. folgendes:

Der „Amerika“ wurde von 40 Mann unter Leitung von Dr. Fovler und Herben aus dem Schuppen gezogen. Ich befand mich in der Gondel mit dem Ingenieur Vaniman und dem Luftschiffer Kriesenberg. Das Manöver ging gut vonstatten, und das Luftschiff blieb am Halteort zur Regulierung der Kompaße, welche gut in Ordnung zu sein schienen. Der Lenkbare wurde dann von dem Dampfer „Egreh“ etwa drei Meilen weit bis zu einer Eisbank geschleppt. Die Spitze des Ballons wurde gegen Norden gerichtet, wir ließen den Schlepptanker los und das Luftschiff erhob sich in die Lüfte. Die eigene Geschwindigkeit betrug 12 Meilen pro Stunde, trotzdem der Rotor nur mit zwei Drittel seiner Kraft arbeitete und das sehr schwere Schlepptanker auf dem Eise nachschleppte. Der von den Franzosen hergestellte mechanische Teil arbeitete vorzüglich, dank der ausgezeichneten Installation des Ingenieurs Vaniman.

Ein ziemlich starker Nordostwind erhob sich nun und trieb den Ballon auf die Berge zu, die die Küste einfassen und an denen er sicherlich zertrümmert worden wäre. Nach einem verzweifelten Kampf zwischen dem Rotor und dem Winde blieb der erstere Sieger und wir umfuhren Houl-Island.

Die Lenkbarkeit und Stabilität des „Amerika“ waren so vollkommen, daß wir beschloßen, zum Nordpol aufzubrechen, trotz des wirrigen Windes, der stark wehte. Ich gab die Order: „Head her North“. Da kam ein Schneegestöber über uns, begleitet von einem heftigen Winde von 10—12 Meilen in der Stunde. Das Gestöber war so dicht, daß wir nicht 400 Meter vor uns sehen konnten. Infolge eines nicht vorhergesehenen Konstruktionsfehlers blieben die Kompaße stehen und wenige Augenblicke später war es uns nicht mehr möglich, die Erde unter uns zu erkennen: das Gestöber trug uns dem sicheren Schiffbruch entgegen. Wir entschloßen uns deshalb, umzukehren, unsere Kompaße in Ordnung zu bringen und dann aufs neue fortzufahren. Aber der Wind wurde noch stärker, und nur durch ein Wunder entgingen wir dem Zusammenstoße mit den Bergen. Vaniman ließ den Rotor mit aller Kraft arbeiten, der „Amerika“ fuhr mit voller Geschwindigkeit und brachte uns bald außer Gefahr.

Ein drittes Mal noch drängte der Sturm uns gegen die gefährlichen Berge, ein drittes Mal schlug der Lenkbare den Wind. Einen Augenblick konnten wir den „Egreh“ sehen, aber dann verloren wir ihn aus dem Gesicht.

Unter diesen Umständen ging unser einziger Gedanke dahin, das Luftschiff zu retten. Wir stellten den Rotor ab und ließen den Ballon mit Hilfe des Schlepptankers und der Leiter, die sehr gut funktionierten, über einen Gletscher treiben hinter einer Bai von Houl-Island, wo wir das Ausströmungsventil öffneten. Wir sind dann etwas heftig auf das Eis, 500 Meter vom Meere entfernt, abgestiegen, aber der Abstieg von 300 Fuß Höhe erfolgte doch unter günstigen Umständen, denn das schwere Material hat dabei keinen Schaden erlitten, bis auf einige verborgene Stahlröhren.

Der „Amerika“ war drei Stunden lang in der Luft geblieben und der Rotor hatte 1/4 Stunde gearbeitet und dem Ballon eine Geschwindigkeit von 15 Meilen gegeben, einschließlich dreier Wendungen gegen den Wind. Die Kraft und die Stabilität des „Amerika“ ist somit bewiesen und in jeder Hinsicht ist er vielleicht das mächtigste und dauerhafteste lenkbare Luftschiff, das bis jetzt gebaut ist. Es hielt das Gas bewundernswert.

Am selben Tage noch brachte der „Egreh“ vom Lager Mannschaften und Schlitzen. Die Befragung des „Amerika“ lebte drei Tage in bequemster Weise in der Gondel des Ballons, sie hätte, wenn es nötig gewesen wäre, mehrere Monate darin zubringen können. Nötig gewesen wäre, mehrere Monate darin zubringen können. Dann wurde das Luftschiff mit seiner Füllung in gutem Zustande zum Lager transportiert. Die Schuppen und das Material werden für den Winter in Stand gesetzt und drei Mann werden zu seiner Bewachung bis zum nächsten Sommer dort bleiben.

Während dieser außerordentlichen Reise waren meine beiden Kameraden sehr ruhig und besonnen. Sie haben großen Mut bewiesen. Nach diesem Beweise der Fähigkeiten des „Amerika“ kann man volles Vertrauen dazu haben, daß er zum Pol gehen kann. Wir sind alle überzeugt, daß das Projekt praktisch ausführbar ist.

### Zum Nord im Odenwald.

Wie aus Frankfurt a. M. berichtet wird, verhaftete die Polizei gestern früh in Bockenheim den Georg Martin, der verdächtig ist, in der Nacht vom Sonntag auf Montag die Bluttat im Odenwald ausgeführt zu haben. Martin, der sich bei der Verhaftung Wehr nannte, leugnet die Tat, durch eine Tätowierung auf dem Arm wurde seine Identität festgestellt. — Wie der „Darmstädter Tägliche Anzeiger“ meldet, ist die dreizehnjährige Tochter des Wählensbürgers Neuroth von der Sänkelmühle bei Dieburg im Odenwald heute früh den schweren Verletzungen, die ihr bei dem Ueberfall in der Mühle zugefügt worden sind, erlegen.

Der Typhus in „Antonienhütte“ scheint, wie das „Königsbitter Tageblatt“ meldet, im Abnehmen begriffen zu sein. Sonntag und Montag kamen keine neuen Erkrankungen vor, gestern sind zwei neue Fälle zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Erkrankungen beträgt bis jetzt achtzig.

Vom Schnellzug getötet. Amlich wird unter dem 18. September aus Marburg gemeldet: Heute abend rannte unweit Kirchheim ein führerloses Vierfuhrwerk gegen die geschlossene Schranke bei Posten 35,2 der Strecke Cassel—Frankfurt. Der Schrankenwärter Rhein aus Alendorf wollte es anhalten, kam aber durch den Anprall gegen die geschlossene Schranke mit dem Pferde auf dem Übergange zu Fall und wurde von dem gerade herbeibehausenden Schnellzuge 74,4 Cassel—Frankfurt überfahren. Wärter und Pferd wurden getötet. Das Fuhrwerk wurde zertrümmert. Weiterer Schaden ist nicht entstanden. Der Wärter ist Vater von 8 unterfertigten Kindern und ist ein Opfer seiner Pflichttreue geworden.

Ein Redaktionsgebäude eingestürzt. In Lille wurde gestern abend das erste und zweite Stockwerk des Redaktionsgebäudes des Blattes „Progres du Nord“ durch eine Feuerbrunst eingestürzt. Die Ursache des Brandes ist unbekannt. Der Materialschaden ist bedeutend.

Automobil-Unfall. Infolge Radreifenbruchs stürzte vorgestern abend in Hendaye ein mit mehreren Personen besetztes Automobil um, wodurch sämtliche Insassen, darunter die Gattin des Senators Strauß, deren Schwester und zwei andere Damen verletzt wurden.

Großfeuer brach vorige Nacht 8 Uhr in einer Pariser Wagnerelei aus. Das Feuer griff auf mehrere anstoßende Gebäude über. Der angerichtete Schaden beträgt circa 1 Million Frank.

### Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Wasserführung, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

	am 16. 9.		am 15. 9.	
	am	15. 9.	am	15. 9.
Wasserstand	16. 9.	15. 9.	16. 9.	15. 9.
	cm	cm <sup>1)</sup>	cm	cm <sup>2)</sup>
Remel, Mühl	189	- 19	Gabel, Spandau	114 + 6
Bregel, Ansburg	292	- 25	Matzenow <sup>3)</sup>	148 0
Welsch, Horn	106	-102	Spree, Spremberg	88 0
Dier, Rasthor	122	- 1	Breslow	178 + 1
„Krossen	—	—	Weser, Minden	-81 - 3
„Frankfurt	142	- 8	„Minden	14 - 4
Wärthe, Schrimm	74	- 6	Rhein, Baidshat	—
„Randsberg	61	0	„Raub	162 - 3
Rege, Borsdamm	21	0	„Röln	143 - 5
Eibe, Leitmeritz	-44	- 2	Neckar, Neißbrom	45 + 27
„Barby	93	+ 1	Rain, Wertheim	—
„Ragdeburg	104	+ 6	Rosel, Trier	—
„Saale, Großh.	92	+ 17		

1) + bedeutet Waß, — Fall. — 2) Unterpegel.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, 19. September 1907, abends 8 1/2 Uhr:  
**Bezirks-Versammlung für Westen und Schöneberg**  
in Zühlfes Festsälen, Dammwegstraße 13.

### Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Internationalen Kongress. Referent: Kollege Cohen. Diskussion. 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 148/17  
Kollegen! Wir machen es Euch zur besonderen Pflicht, wegen der wichtigen Tagesordnung in dieser Versammlung recht zu pünktlich zu erscheinen.

Donnerstag, 19. September 1907, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
aller in den mechanischen Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen  
im Lokal Industrie-Festäle, Beuthstraße 20/21.

### Tages-Ordnung:

1. Bericht vom Internationalen Sozialistenkongress in Stuttgart. Referent Kollege W. Gutsch. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Agitationskommission und des Branchenvorstandes. 4. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Ehrenpflicht der Kollegen und Kolleginnen, in der Versammlung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

### Achtung!

Wegen der Quartalsabrechnung müssen alle Kollegen, welche kurzzeit Erwerbslosenunterstützung beziehen, dieselbe in der Woche vom 22. bis 28. September d. J. abgeben. — Auch müssen dann diejenigen Kollegen, welche über Quartalsabschluss hinaus krank sind, bei der Abrechnung der letzten Unterstützung ihre Mitgliedsbücher und Kontrollkarten abgeben. Die Ortsverwaltung.

### Achtung!

Wegen der Quartalsabrechnung müssen alle Kollegen, welche kurzzeit Erwerbslosenunterstützung beziehen, dieselbe in der Woche vom 22. bis 28. September d. J. abgeben. — Auch müssen dann diejenigen Kollegen, welche über Quartalsabschluss hinaus krank sind, bei der Abrechnung der letzten Unterstützung ihre Mitgliedsbücher und Kontrollkarten abgeben. Die Ortsverwaltung.

**Jedes Wort 10 Pfennig.**  
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen... nachigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc.

Melchiorstr. 28, part. Filiale Berlin. Berlin, Fernspr. Amt 4, 4787.

Donnerstag, den 19. September 1907, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
in „Dräsel's Festsälen“, Neue Friedrichstr. 35.

### Tages-Ordnung:

1. „Der Internationale Kongress in Stuttgart.“ Referent: Kollege A. Tobler-Gamburg. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheit.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Mittwoch, den 18. Sept., abends 8 1/2 Uhr, Koppenstr. 29 (früher Keller):

## Vertrauensmänner - Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

### Tages-Ordnung:

1. Die Generalversammlung des Arbeitgebersverbandes für die Holzindustrie und unsere Stellung zu den dort gefassten Beschlüssen. 2. Werkstattstreiks und -Differenzen. 3. Verbandsangelegenheiten. Mitgliedsbuch nebst Karte legitimiert. Jede Werkstatt muß vertreten sein!

Restaurant „Hungrierer Wolf“ Strausberg II.  
Herrlich an Wald und Wasser gelegen. — Tanzsaal, Kegelbahn, Kassefische.

Es labet die geehrten Ausflügler, Vereine und Radfahrer ergeben ein Paul Carow.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, saubere Zusätze, von 20 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade II (Südth. Börse).

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

Teppiche mit Farbenlehren, Gabelniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Mauerhoff. +1

Teppichdecken billig, Herrl. Große Frankfurterstraße 9, parterre. +1

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. kein Laden. Mauerhoff. 14

Federbetten, Stand 11,00, große 16,00, Bische, Gardinen, Portieren, Teppichdecken, Uhren, Goldschmuck, Silberwaren, Anzüge, Sportartikel, Leibhaus, Köpenickerplatz 7. 26488

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b. 25158\*

Teppiche! (sehr billige) in allen Größen für die Halle des Betriebes im Teppichlager Köpenick, Ostseestraße 4, Bahnhofstraße. 2611\*

Teppichdecken, Herrl. Große Frankfurterstraße 60. 21678\*

Möbel sowie ganze Wohnungs-Einrichtungen erhalten solide Leute zu Kaufpreisen bei geringer Anzahlung auf Teilzahlung Möbelabrl. A. Krause, Schützenstraße 73/74. \*

Möbel auf Teilzahlung Prinzenstraße 62. 28896\*

Gelegenheitskäufe: Cello, Anzüge, Dolan, Koffer, Revolver, Leihung, Uhren, Goldschmuck, Kessel, Sportartikel. Lude, Drantenstraße 131. 29096\*

Rahmmaschinen! Bis 20,00 vergütet, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche erhaltene Systeme. Brauner, Franzfurter Allee 101, Laden.

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Gardinen, Stores, Tischdecken 10 bis 20 Prozent Rabatt. C. Weihenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. \*

Teppiche mit Farbenlehren zum vollständigen Ausverkauf jetzt mit 10 Prozent Ertrabarab. Große Frankfurterstraße 125. 27298\*

Totalverkauf meines Engros- und Filialenlagers: Luch- und Tischdecken, Velour- und Plüschportieren in allen Preislagen durchweg mit 10 Prozent Ertrabarab. Große Frankfurterstraße 125. 27308\*

Teppiche, Rahrnstr. Stad 3,25, 3,85, 4,85, 5,50, 6,50, 8,50 usw. C. Weihenberg, Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 27318\*

Dringend. Wegen Aufgabe einer ganzen Etage sollen sämtliche noch vorhandenen Möbel zu sehr billigen Preisen verkauft werden. Raschel-Heiderich, Raschelstraße 28, part. (Köpenick) 17, Bettstelle mit Matratze und Kissen 20, Stühle 3, Schloßsofa 36, Pfeilerstuhl 12, Herrenschreibtisch 30, Balkenstühle 20, Kommoden 21, Büchergarnitur, Büffets 120, Bettstellen 7, Stuhl Betten 20, englische Schlafzimmer, Säulensträußen 36. Radstraße 80-81. (Am Spittelmarkt). 68/17\*

Läden, Baumaterialien, gebraucht und neu, wie: Kantholz, Bretter, Latzen, Leisten, Türen, Fenster, Dachpappe, in größter Auswahl billig! Hasenheide 2 (am Dammwegplatz). 19618\*

## Herrenfahrrad, hohelegantes, Luxusmodell, neu, 46,00, wegen Saisonabschluss. Verkauf, Ritterstraße 94.

Fahrrad, ideallos, modern, 30,00. Penkionsanfall, Rantstraße 55. +128\*

Spottblitz verfallene Gläser, Gardinenverkauf, Bettdeckenverkauf, Teppichverkauf, Aussteuerwäsche, Uhrenverkauf, Garderoben, Wandteppichhaus, Weidenweg neunzehn. +32\*

Wandteppichhaus! Hermannplatz 16. Jedermann empfehlenswerte Einkaufsquelle! Extrabilliger Bettdeckenverkauf, Brautbetten, Vermietungs- und Bettwäsche, Bettwäsche, Bettleiste, Aussteuerwäsche, Leibwäsche, Gardinenverkauf, Teppichverkauf, Kleppdecken, Tischdecken, Kinderverkauf, Nähmaschinen, Goldschmuck, Uhrenverkauf, Festgeschenke, Schmuckwaren, goldene Herrenuhren, Damenuhren, Ketten, Ringe, Freischwinger, Sportbillige Jackenanzüge, Wehranzüge, Winterpaletots, Sommerpaletots. Sonntags ebenfalls geöffnet. +118\*

Teppiche, wegen Umbau billig. Gardinen, Portieren, Teppichdecken, Schlafdecken ebenfalls bedeutend herabgesetzt. Steyer, Königstraße 17, Eingang Köpenickgraben. \*

Möbelabrl. Drantenstraße 172/173. Brautleute, die beglückte Möbel kaufen wollen, sollen nicht versäumen, meine bedeutenden Lager zu besichtigen. Billiger als Händler. Einrichtungen von 285,00 bis 438,00, elegante 650,00, englisches Schlafzimmer 272,00, eigenes Herrenzimmer, Speisezimmer, Salon, Ruhzimmer oder Mahagoni, Tischensofa 60,00, Trümeau 38,00, Kleiderschrank, Vertiko 45,00, Küchen, moderner Anstrich 58,00. Verleihen und zurückgegebte Sportbillig. Auch Teilzahlung. 26848\*

Möbelverkauf, 6 Zimmer, Küche, viele Plüschteppiche, Trümeau, Delgamöbel, Uhren, Bronzeleuchten, Selongarnitur, Gelegenheits. Auktionsannahme Rasch, Grämerweg 3. \*

Nielsen'sche Teppiche, Sofa- und Salonmöbel, 4,35, 6,75, 10, 15 Mark. Eine Partie mit kleinen Bedeckelern Sportbillig. Teppichhaus Emil Lehmann, Drantenstraße 158. 53368\*

Möbel 20 Prozent billiger. Wegen Ueberfüllung meiner großen Lageräume findet in meiner seit 1880 bestehenden Möbelabrl., Grämerwegstraße 15, nahe dem Hasenheide Tor, bis 25. September großer Räumungsverkauf statt. Besichtigung ohne Kaufzwang. Brautleuten wird Gelegenheit geboten, besonders billig einzukaufen. Teilzahlung gestattet. Besondere ohne Anzahlung Kleiderschrank 30, — Bettstelle mit Sprungfedermatratze 22, — Raschelverlehn, Raschelverlehn 27, — Säulensträußen 30, — Raschelverlehn mit Matratze 34, — englische Bettstelle mit Matratze 48, — Büchergarnitur mit Spiegel 72, — Schloßsofa mit Auszug 34, — Plüschsofa 40, — Panzerlofa 70, — Ausziehtische 18, — englische Plüschgarnituren 94, — Schreibische 20, — englische Schlafzimmer 250, — Wohnstubezimmer 400, — Herrenzimmer 390, — ein großer Vollen billige Säulenstühle, komplette Küchen von 43, — an. Porzellanstücke und verlichen gewesene Möbel ganz besonders billig. Gewasene Möbel können sofort gelagert werden durch eigene Sperrkammer geliefert. Sonntags von 8-10 und 12-2 Uhr geöffnet. Bitte auf Hausnummer 15 zu achten. Rührerbuch gratis. 26778\*

Rahmsträußen, Raschelbetten umständlicher Sportbillig. Raschel, Ritterstraße 112. 27178\*

Singermaschine 10,00 Prinzenstraße 77. 69/14

## Herrenpaletot, Anzüge, enorme Geldersparnis. Nur beste, eleganteste Sachen, werden, weil überaus billig, einzeln zu Engrospreisen an Privats abzugeben. 2-4 geschlossen, Sonntag 12-2. Fabrik, Neue Friedrichstraße 37, III. 285/12\*

Krautstraße 60 Möbel, Spiegel, Polsterwaren Sportbillig. Möbelverkauf Saalfeld. 236\*

Gutgehendes Parteilokal wegen Todesfall zu verkaufen Prinzenallee 83. +99

Reparatur zu verkaufen Rantstraße 111. +11

Obst- und Gemüsegeschäft verkauft Elberplatz 4, Charlottenburg. 115

Sommerpaletots, Romanzüge, wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Paul Jäckel, nur Köpenickerstraße 10. Fernsprecher Amt III 5117. 263/5\*

Vittauer, Nähmaschinen ohne Anzahlung, modernisiert 1,00, gebrauchte 12,00, Wienerstraße 1-6, Warshauerstraße 67, Aderstraße 111. 196

Monatsanzüge und Winterpaletots sowie Joppen von 5,00, Dolan von 1,50, Wehranzüge von 12,00, Brads von 2,50, sowie für populäre Figuren. Neue Garderobe zu kaum den billigen Preisen, aus Wandteppichen verfallene Sachen kauft man am billigsten bei Rasch, Radstraße 14. 155\*

Grünrammgeschäft, gutgehend, billig, Gartenstraße 90. 2558

Zigarrengeschäft, schöne Wohnung, billig, Köpenickerstraße 21. +99

Fahrrad, wie neu, billig zu verkaufen, Niemann, Gaudystraße 6, Gartenhaus II. +54

Büchergarnitur, Leipzig, neu, Hälfte Preis, verkauft Knapp, Köpenickerstraße 142, Luergebäude IV. +11

Restaurant zu verkaufen, Stahlstraße 41. +11

Sofa, Sessel, Tisch, Schrank, Stühle, billig, Hoffmann, Lindenstraße 115. +144

Restaurant, passend für Anfänger und Parteinoten. Miete 1032,00, Preis 2000,00. Zu erfragen bei Zeitler, Haderstraße 4, Laden. +118

Gangbare Grünrammgeschäft, Holz, Kohlen, Kasse, billig, Rantstraße 45b. +99

Wach- und Plättmantel, Goldgrube, jeden Preis, Lustenstraße 2

Schubwanne 5,00, verkauft Grendel, Paulstraße 9. +76

Verst die Muttersprache beherrschen! Erfolgreich, leicht löslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewöhnlicher Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsprobe wöchentlich genügt. Gesällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Parentanwalt Wessel, Göttingerstraße 94a. 25558\*

Kunstkopiererei von Frau Rosold, Charlottenburg, Goethestraße 84, I. \*

## Abendkurse in Elektrotechnik (Theorie, Laboratorium) und Maschinenbau. Prospekt frei. Technische Akademie Berlin (vormals Technikum Electra), Rantstraße 100. 205/12\*

Wahrschaff. Dem Genossen empfehle meine Wasch- und Plättanstalt. Wäsche wird chlorfrei gewaschen, im Freien getrocknet. Wohnung Sonnabend. Karl Koch, Köpenick, Grünauerstraße 21. 27388\*

Die Beleidigung gegen Frau Brunz nehme ich zurück. Frau Baher, Schlemmerstraße 32. +54

Kettenarmband. 20 Mark. Besichtigung Sonntag - Schützenstraße bis Weinbergweg 5. Zimmerl. 154

Festale Westpalast, Alexandrinenstraße 110. Jede Sonnabende, Sonntage unentgeltlich, größtes Entgegenkommen. Hochzeitsfeier 1,00. 226

Wäsche wird sauber und chlorfrei gewaschen, im Freien getrocknet, Leibwäsche 10 P., großer Bezug 15 P., 4 Taschentücher 10 P. Frau Dittmann, Köpenick, Grünauerstraße 25. 27378\*

Damenhüte werden umgeformt. Palm, Putzmaier, Grünauerstraße 6.

Tüchtiger Maschinenarbeiter, Bildhauermaschine, Abaster, möchte Normschleifen erlernen. Offerten erbitte unter H., Expedition des „Vorwärts“, Rantstraße 2, Rixdorf.

## Vermietungen.

Wohnungen.  
Prachtige Vollwohnmöblierung billig. Goldenerstraße 33/34. 27228\*

Zimmer.  
Möbliertes Zimmer zu vermieten Hornstraße 21, Seidenfädel IV bei Knoblich. +110

Freundlich möbliertes Zimmer. Sorauerstraße Nummer 23, vorn parterre. +11

Schlafstellen.  
Möblierte Schlafstelle zum 1. Oktober bei Härtel, Hasenheide 73, parterre. 106

Besserer Handwerker findet freundliches Heim Fruchtstraße 33-34, Hof III rechts. +35

Mietsgesuche.  
Handwerker sucht kleines möbliertes Zimmer (18 Mark). Nähe Köpenicker Bahnhof. Offerten H. N. 100, Postamt 28. +92

Leeres ungeniertes Zimmer von einem Herrn zum 1. Oktober in Noabit gesucht. Offerten erbitte Salzweidestraße 8, Anders. +76

Jünger (solider Mann) sucht einm. möbliertes heizbares Zimmer sofort oder zum 1. Oktober. Zentrum oder Süden bevorzugt (bis 15,00). Offerten an B. Troder, Postamt 16. 68

Jünger Mann sucht alleinige möblierte Schlafstelle, Nähe Hasenheide Tor. Offerten H. L. 100, Postamt 68.

## Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.  
Zubehörer Buchdrucker sucht leichte Beschäftigung. Jähne, Rixdorf, Friedelstraße 3. 28966

## Stereotyp-Galvanoplastik. 21 Jahre. sucht Beschäftigung. Offerten unter K. 11, „Vorwärts“-Expedition, Petersburgerplatz 4. +123

Gläser, Schloßmacher bittet um Arbeit. Gläser werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Wäber, Radstraße 77. 14688

## Stellenangebote.

Selbständige und tüchtige Verleger für Steinholzschnitten sofort gesucht. Deutsche Steinholzwerte Charlottenburg, Rantstraße 33a. \*

Formelrechner (Kostgeld) verlangt Otto Sauer, Stadthausstraße 18. 68/10\*

Radfahrer, 17-18 Jahre alt, mit eigenem Zwerad, finden dauernde Stellung. Schützenstraße 23/24. Arbeitszeit: 4-11 1/2, vormittags, 4-7 nachmittags. 68/20\*

Rahmenschnitzer, dauernde Beschäftigung, sucht Primer, Ritterstraße 26. 68/15

Tüchtige Schlosser auf Treiarbeit sowie Glaser sucht Hermann Riech, Wienerstraße 57a. 165

Arbeitsbürche gesucht Hermann Riech, Wienerstraße 57a. 175

Schlosserlehrling gesucht Hermann Riech, Wienerstraße 57a. 185

Vorarbeiter, möglichst aus der Branche, sofort gesucht. Wacker u. Co., Heilmannstraße, Papentorstraße 2. 27348\*

Schlosserlehrling bei hoher Vergütung zum 1. Oktober gesucht. Billy Baun, Elisabeth-Ufer 5/6. \*

Lehrling bei Langt Damsch, Möbelpolier, Adalbertstraße 20, III. +11

Rittermacher für Hand verlangt Eckert, Große Hamburgerstraße 20.

Farbigmacher verlangt Josefstraße 16. +11

Holzbildhauer-Lehrling verlangt Genz, Köpenickerstraße 60. +35

Rahmenmacher sucht Dargatz, Dresdenerstraße 41/42. 76

Grundlocher verlangt Goldleistenfabrik Hildorf, Blücherstraße 18. 206

Papierzeichner, nur peressen, aus der Branche sucht bei dauernder Stellung Kartonfabrik Wolff, Neue Friedländerstraße 48. 27388\*

Tüchtigen Bagger Bloch, Ebelingstraße 5. 27388\*

Junge Mädchen für leichte Arbeit, dauernd, Kartonfabrik, Wienerstraße 10.

## Vorarbeiter und Former für Metallformerei, die auf Schilder und Schriften gearbeitet haben, für eine Bronzelegierung in Gütersloh gesucht. 242\*

Offerten unter No. T. 2 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

## Tüchtige Zählereicher

für Gleich-, Wechsel- und Drehstrom können sofort eintreten. Feinmechanische Kenntnisse werden vorausgesetzt.

Offerten mit Preisanschlägen und Lohnansprüchen an Bergmann Elektricitätswerke, Zählerabteilung, Hennigsdorferstraße 33/35.

## Tüchtiger Schlosser,

der mit Dampfesselvorrichtung und mit Dampfmaschine durchaus vertraut sein muß, auch mit elektr. Motor umzugehen weiß, zuverlässig und tüchtig ist, findet dauernde, angenehme Stellung.

Formenher wollen sich mit Angabe bisheriger Tätigkeit und der Lohnansprüche melden unter W. 2 bei der Expedition dieses Blattes. 125

## Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Zentrum:  
Frits Hinte, Rauerstr. 89.  
H. Gahlich, Auguststr. 50.

Westen:  
G. Schmidt, Köpenickerstr. 52.

Osten:  
D. Mann, Petersburgerplatz 4.  
H. Wengels, Hildersdorferstr. 3.  
Gustav Vogel, Köpenickerstr. 63.

Nordosten:  
L. Zucht, Reibelstr. 42.  
J. Neul, Barnimstr. 42.

Norden:  
G. Rasche, Adelerstr. 36.  
F. Trapp, Steinfelderstr. 10.  
Karl Mars, Köpenickerstr. 123.  
Karl Weiche, Rantstraße 49.  
L. Dehann, Rantstraße 24.  
H. Vogel, Köpenickerstr. 37.  
H. Tieg, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:  
Karl Anders, Salzweidestr. 8.  
D. Schroll, Köpenickerstr. 29.

Südwesten:  
G. Werner, Offenauerstr. 72.  
D. Schröder, Hasenbergerstr. 27.

Süden:  
Z. Fröh, Ringenstr. 31.  
F. Gutschmidt, Rottbuser Damm 8.

Südosten:  
Paul Böhm, Langener Platz 14/15.  
H. Horch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:  
G. Scharnberg, Sejmheimstr. 1.  
Friedrichsberg:  
C. Seifel, Kronprinzstr. 50.

Rixdorf:  
M. Seufert, Rantstr. 7.  
Gourad, Hermannstr. 50.

Rummelsburg:  
H. Rojewitz, Alt-Boggen 56.  
Schöneberg:  
Willy Bäumer, Martin-Lutherstr. 51.  
Weißensee:  
K. Fuhrmann, Sedanstr. 105.  
Jul. Zickert, Köpenicker-Chaussee 30a.  
Reinickendorf:  
P. Gurich, Provinzialstr. 103.  
Treptow:  
R. Gramenz, Reibelstr. 412.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Auf wiederholt an uns gerichtete Anfragen teilen wir mit, daß im Kreise Niederbarnim in den Orten: Klosterfelde, Wandlitz und Wandlitzsee sämtliche Lokale gesperrt sind. Frei ist nur das zwischen Wandlitz und Wasdorf gelegene Lokal „Adlerslust“.

Der Vorsitzende des Arbeiter-Kaueubundes schreibt uns: Bezugnehmend auf die Bekanntmachung der Lokalkommission in der Nummer vom 14. d. M., betr. den Ausschluß „Savanna“ in Konow, der sein Vergnügen in einem gesperrten Lokal abbüßt, sei mitgeteilt, daß der betreffende Verein unserem Bunde nicht angehört.

Würde ein Klub unseres Bundes sich eines solchen Verstoßes schuldig machen, so würde dieser sofort den Ausschluß zur Folge haben.

Schöneberg. Freitag, den 20. September, abends 1/2 9 Uhr, findet im Klubhaus, Hauptstr. 5/6, eine öffentliche Kommunalwählerversammlung des 6. Kommunalwahlbezirks statt. Genosse Wenzel spricht über: „Die Bedeutung der Kommunalwahlen für die werktätige Bevölkerung“. Es ist Pflicht der Parteigenossen, für regen Besuch zu agitieren und vollzählig zu erscheinen.

Nixdorf. Die Zahlstellen und Bezirksführer ersuchen wir, die unverkaufte Billets zur 1. Theatervorstellung, die am 22. September d. J., nachm. 7 1/2 Uhr, stattfindet, unzugänglich an die Bietelassistenten abzuliefern. Von Donnerstag ab sind die Billets à 60 Pf. nur noch in der Parteispedition, Redakstr. 2 (Laden), erhältlich.

Maricene! Den Genossen zur Nachricht, daß morgen Donnerstag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Berger, Dorfstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins stattfindet. Tagesordnung: 1. Der internationale Kongress in Stuttgart; 2. Diskussion; 3. Vereinsangelegenheiten und Beschlüsse.

Pflicht jedes Genossen ist es, in der Versammlung zu erscheinen und für regen Besuch zu agitieren. Gäste, auch Frauen, haben Zutritt.

Bezirk Waidmannslust. Sonntag, den 22. September, Familien-Ausflug nach Stolpe (Nordbahn). Diejenigen, die daran teilnehmen, benutzen den Zug von Wittenau, nachm. 3.4 Uhr. Waidmannslust 3.7 Uhr, Hermsdorf 3.10 Uhr, Hohen-Neuendorf 3.18 Uhr. Von da zum Stabe des vor Jahresfrist vom Gendarm erschossenen früheren Abteilungsleiters von Hohen-Neuendorf und Stolpe, Genossen Adolf Herrmann, dann nach Stolpe zur Witwe Bergmann. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Ernteaussstellung der Laubenkolonien

Ist am 15. und 16. September in den Räumen des Etablissements „Lebensquell“ (in der Kommandantenstraße, früher „Arminhallen“) abgehalten worden. Wieder war es, wie in den Vorjahren, der „Vund der Pflanzervereine Berlins und Umgegend“, der diesen Wettbewerb veranstaltet hatte. Die diesjährige Ausstellung hat aufs neue den Beweis erbracht, daß unter den „Laubenagariern“ Groß-Berlins sich mancher tüchtige Landwirt befindet, der mit den Erzeugnissen seines Fleißes sich sehen lassen kann. Alle Abteilungen der Ausstellung waren so gut besucht, daß der Besucher ein anschauliches Bild von den Leistungen laubenkolonistischer Landwirtschaft empfing. Neben den Produkten des Garten- und Ackerbaues sahen wir die der Viehzucht, neben einer reichen Fülle von Blumen, Gemüsen und Früchten eine stattliche Sammlung von Geflügel und Kaninchen.

Wenn man nach dem Augenschein urteilen darf, so ist diesmal den Laubenkolonisten besonders das Gemüse geraten. Von dem Wassermangel, der sonst vielen Pflanzern schwere Sorge bereitet, war ja in diesem Sommer nichts zu spüren — eher von einem Ueberfluß an Wasser, der mitunter die tief gelegenen Kolonien fast zu erlösen drohte. In der Ausstellung paradierte so manche Probe riesigen Gemüses, die man schon mehr zu den Kuriositäten zählen mußte. Eine Grünkohlprobe bildete mit ihren Blättern einen weit ausgreifenden Fächer, dessen Durchmesser wir auf reichlich 1 Meter schätzen. Wir wollen hoffen, daß dieser riesige Grünkohl vor allem dem Gaumen ebenso mundet, wie er das Auge erfreut. Von einer wohlgeköhlten Mandel Riesensoftrabi, deren Gesamtgewicht sich auf 65 Pfund stellt, versicherte ihr Aussteller ausdrücklich, daß hier nicht Quantität und Qualität zu einander in umgekehrtem Verhältnis stehen. Dieser Aussteller war übrigens wohl der einzige, der eine Gewichtsangabe hinzugefügt hatte. Sonst haben wir überall vergeblich nach einer zahlenmäßigen Belehrung über Größe oder Gewicht gesucht. Sie fehlte selbst bei den riesigen Kartoffeln, die von verschiedenen Pflanzern ausgestellt worden waren. Man hätte gern geprüft, wer die „größten“ hatte. Ausgestellt waren auch gefochte Kartoffeln, die in ihrer aufgeplatteten „Pelle“ sich überaus appetitlich präsentierten. Mancher Besucher, der vor den Tellern stehen blieb, fragte nach dem Sering, der doch zu ihnen gehöre.

Die Viehzucht, die in den Laubenkolonien getrieben wird, kann gleichfalls recht beachtenswerte Leistungen aufweisen. Unter den ausgestellten Kaninchen sahen wir ein Angorakaninchen, das in seinen langen Zotten bewundert wurde. Hühner und Tauben waren in verschiedenen Arten ausgestellt, wobei nur zu bedauern blieb, daß fast überall an den Käfigen eine schriftliche Mitteilung über die Art fehlte. Auch wir Nichtkenner möchten doch mitunter noch etwas dazu lernen. Daß in den Laubenkolonien sogar Enten aufgezogen werden, bemerkte mancher Besucher mit Verwunderung. Als Karität fand hier eine Flugente viel Beachtung. Diese Abteilung wies übrigens noch ein ganz apartes Kuriosum auf in einem Hahn, der in seinem Käfig stand und nachdenklich ein vor ihm liegendes Ei betrachtete. Zweifler, die an den „eierlegenden Hahn“ nicht recht glauben wollten, behaupteten dreist, ein Spatzvogel habe es ihm durch das Gitter hineingeschoben.

Ein Klagebuch über die verunglückte Damula finden wir in der „Deutschen Tageszeitung“. Nachdem sie dargestellt, welche großen Hoffnungen auf die Ausstellung gesetzt wurden, sagt sie: „Und wie anders ist es gekommen, wie wenig sind die Hoffnungen erfüllt worden! Das große Publikum hat nach den ersten Tagen der Prüfung die Ausstellung nicht mehr ernst genommen; die Aussteller haben große Opfer gebracht und nur

teilweise einen geringen Erfolg gehabt; viele Unternehmer sind finanziell ruiniert worden. Wie hat das kommen können? fragt man. Unzweifelhaft hat das schlechte Wetter dieses Sommers zu dem Mißerfolg beigetragen; allein der hauptsächlichste Fehler lag in der Organisation. Man hat nicht verstanden, dem guten Willen entsprechende Taten folgen zu lassen. Die mit der Leitung betraute Persönlichkeit hatte lediglich des Geschäftes wegen ein Sammellager von Schaustellungen zum Teil niedriger Art zusammengestellt, das den Ernst der Sache von vornherein in Frage stellte. So kam es, daß neben vorzüglichen, sehenswürdigen Darbietungen aus unseren Kolonien und der Marine, aus dem Gebiete des Gewerbes und des ehrbaren Handels die minderwertigen Erzeugnisse der modernen Surrogat- und Kunstindustrie sich breit machen konnten. Der Besucher wurde irre daran, was das Wahre und was das Schwindel war, und da in solchem Falle das Mißtrauen sich sofort einstellt, wurde Gutes mit Schlechtem in einen Topf geworfen und alles zusammen als schlecht bezeichnet. So wurde aus der Ausstellung, die uns das neue Deutschland mit seinen Kolonien ans Herz legen sollte, ein Bierlump trauriger Art, eine Stätte, die mit ihren unmäßig vielen Anzeigen und sonstigen Gelegenheiten zum Geldausgeben bei soliden Leuten bald in Verzug kam. Selbst nachsichtige Beurteiler, die sich eine Ausstellung ohne sogenannten Vergnügungscharakter nicht denken können, waren verwundert über die Fülle des dort nebenbei Gebotenen, das mit der Ausstellung nicht den geringsten Zusammenhang hatte. Der Ernst der Sache, der sittliche Wert der Veranstaltung wurde dadurch in ihr Gegenteil verkehrt. Der Berliner gewöhnlichen Schönes sah es als einen guten „Preis“ an, eine längere Bierreise mit einem Besuch der „Damula“ zu schließen. Unter diesen Umständen kann keine Rede davon sein, daß die koloniale und die nationale Sache einen Gewinn gehabt hätten; auch die Veranstalter und die Aussteller haben ohne Ausnahme großen Schaden gehabt. Und zum Schluß wird ein Kattentönig von Prozessen noch geraumene Zeit daran erinnern, daß das triste Kapitel der mißratenen Ausstellungen wieder um eine leidige Strophe verlängert worden ist.“

Wir haben bereits in unserer Sonntagsnummer das Fazit der Damula gezogen. Wie recht wir hatten, wird in der oben abgedruckten Notiz der „Deutschen Tageszeitung“ unfehlbar bestätigt.

Aus der städtischen Verkehrsdeputation.

Unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kirchner fand am Dienstag eine Sitzung der städtischen Verkehrsdeputation statt, in der Stadtbaurat Krause über Verhandlungen mit der kgl. Eisenbahndirektion über die Inanspruchnahme eisenbahnfiskalischer Terrains am Bahnhof Friedrichstraße für die Zugänge zu einem Bahnhof der Nord-Süd-Untergrundbahn beim Friedrichstraße-Bahnhof berichtete. Stadtbaurat Krause hat dem Ministerium zwei Projekte für diese Bahn vorgelegt, über die aber noch keine Entscheidungen getroffen worden sind. Nach dem einen Projekt waren westlich und östlich der Friedrichstraße je ein Stadtbahnbogen als Zugänge vorgesehen worden. Als östlicher Zugang zu dem Bahnteig von der Georgenstraße bis zum Savoy-Hotel ist ein Stadtbahnbogen vom „Franziskaner“ in Aussicht genommen worden. Die kgl. Eisenbahndirektion hat sich nun damit einverstanden erklärt, daß in diesem Stadtbahnbogen Treppen und Schalter angelegt werden. Sie verlangt dafür eine jährliche Miete von 5000 Mark und die weitere Mitbenutzung des dort von der Untergrundbahn benutzten Raumes. Den gewünschten Zugang auf der westlichen Seite durch einen Stadtbahnbogen mit einer direkten Verbindung zum Bahnhof Friedrichstraße ist von der Eisenbahndirektion abgelehnt worden. Sie hat einen Zugang außerhalb des Bahnhofes vom Dirksenplatz gegenüber dem Eingang zum Bahnhof Friedrichstraße in Vorschlag gebracht, der von da zu dem westlichen Bahnteig führen würde. Der westliche Bahnteig soll sich wegen der geringen Breite der Friedrichstraße von der Georgenstraße bis etwa zur Hälfte Mitte des Zentral-Hotels erstrecken. Diese beiden Bahnteige würden sich also, nicht wie bei neueren, gegenüberliegen. Der westliche würde sich vom Bahnhof Friedrichstraße nach Norden und der östliche nach Süden ausdehnen. Die Eisenbahndirektion verlangt für die Ueberlastung des ihr gehörigen Straßengeländes eine jährliche Anerkennungsgebühr. Die Verkehrsdeputation hat diesen Vorschlägen zugestimmt.

Stadtbaurat Krause machte ferner Mitteilungen über die Entwürfe der Firma Siemens u. Halske für eine elektrische Untergrundbahn von Wilmersdorf (Hochmeisterplatz) eisenfertig, und von Schöneberg (Kreuzung der Hauptstraße mit der Ringbahnstraße) andererseits, bis zum Victoria-Luisen-Platz mit Fortsetzung nach dem Kollendörfer-Platz bis zur Ecke der Behren- und Friedrichstraße.

Die Schiffer haben sich mehrfach über die ungenügenden Einrichtungen des fiskalischen Nordhafens an der Fernstraße beklagt. Die hohen Ufer erschweren das Ausladen usw. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich jetzt wegen der Verbesserung der dortigen Ladeverhältnisse an den Magistrat gewandt, der ein Projekt ausgearbeitet hat, dessen Ausführung etwa 700 000 Mark kosten würde. Da diesen hohen Kosten keine Einnahmen gegenüberstehen — in Berlin beansprucht der Fiskus die Hafengebühren und Liegegebühren selbst dann, wenn der Magistrat die Ladestrahlen baut —, so soll noch mit dem Ministerium unterhandelt werden, bevor das kostspielige Projekt ausgeführt wird.

Stadtbaurat Krause teilte ferner mit, daß der Verkehrs-ausschuß die Vorschläge für den Bau und die Lieferung der Materialien für die städtischen Straßenbahnen im Norden erteilt habe. Das Ersuchen der Gemeinde Treptow wegen des Baues einer großen Brücke über die Spree neben der Ringbahnbrücke außerhalb des Reichbildes von Berlin zur Verbindung von Treptow mit Straalau wurde abgelehnt; die Kosten würden eine Million Mark übersteigen.

Stadtrat Albert teilte mit, daß nach einem Schreiben des Polizeipräsidenten die kaiserliche Genehmigung für die städtische Straßenbahnlinie erteilt worden ist. Der Polizeipräsident fordert aber vor Erteilung der Kleinbahn-gesetzlichen Genehmigung das Mitbenutzungsrecht für andere Unternehmer, mindestens vom Schöneberger Ufer über die neu zu erbauende Brücke bis zur Köthenerstraße. Diese Forderung wurde von der Deputation einstimmig abgelehnt.

Abgelehnt wurde auch das Ersuchen des Fiskus, auf dem Gelände des Osthafens an Straalauer Anger Dienstwohnungen für die Beamten zu errichten. Dienstwohnungen sind dort in nächster Nähe leicht zu beschaffen.

Die Einrichtung des Oberleitungsbetriebes auf den bisher mit Unterleitung ausgerüsteten Strecken wurde definitiv genehmigt. Von den seitens der Hochbahngesellschaft vorgelegten Plänen über ein abgegliedertes Netz von Schnellbahnen für Berlin wurde Kenntnis genommen. Der Gesellschaft soll mitgeteilt werden, daß sie daraus kein Recht für die Priorität und auf Ausführung herleiten kann.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, den 19. September d. J., nachmittags 5 Uhr. Vorlagen, betreffend: den Grundstücksverwertungsfonds, — den Einbau eines Mikrobearbeitungsraumes im Kellergehöf des Speichers, sowie die Einrichtung maschineller Anlagen auf dem Gutshof in Buch — und dem Geschäftsbetrieb der städtischen Sporlasse im April—Juni-Betriebjahr 1907. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, betreffend die Herstellung eines Fußgängersteiges über den Bahndörper des Gölitzer Bahnhofes im Zuge der Vignitzer oder Glogauer Straße zum Zwecke einer Verbindung der Wiener mit der Gölitzer Straße. — Den Abschluß eines Nachvertrages mit der Neuen Berliner Straßenbahnen-

Korbost-Aktiengesellschaft wegen Verlagerung der Straßenbahn Hohen-Schönhausen—Berlin von der Bahmannstraße bis zur Kurze Straße — die Erhaltung des Grünwaldes als Volkserholungsstätte — die Bewilligung der Kosten für die durch Vergrößerung der fertischen Station in der Geburtskassenabteilung des Rudolf Virchow-Krankenhaus erforderlichen Neuanschaffungen — die Verteilung der Zinsen des Vermögensfonds Sr. Majestät Friedrich Wilhelm III. — die Vermietung der Wandelraber der öffentlichen Straßenlaternen für Anbringung von Reklameschildern — die Ausübung eines Vorlaufsrechts — den Verkauf einer überbauten Fläche des Grundstücks Schleiermacherstraße 23 und über den Abschluß eines Vergleichs.

Zu den Stadtverordnetenwahlen, die in Berlin für den Herbst bevorstehen, beginnen jetzt die Freisinnigen in ihren Bezirksvereinen Stellung zu nehmen. Sie erwarten diesmal, so scheint es, einen „Aufschwung des Liberalismus“. Sie hoffen nämlich, noch von der „Begeisterung“ zu profitieren, die bei den Reichstagswahlen von 1907 noch einmal über den altersschwachen Liberalismus gekommen ist.

In einem Bezirksverein der äußeren Luisenstadt hat am Montag eine erste Versprechung über die Stadtverordnetenwahlen stattgefunden. Herr Goldschmidt, der freisinnige Stadtverordnete, sprach seinen Freunden aus Berlin-Südost Mut zu. Er meinte, man dürfe und müsse es sogar in diesem Stadtteil in der dritten Abteilung noch einmal versuchen, die Sozialdemokratie entgegenzutreten und Freisinnigkandidaten aufzustellen. Gemeindegemeinlehrer Vordard bezeichnete das als ein aussichtsloses Beginnen, für das man lieber kein Geld mehr wegwerfen sollte. Ihm antwortete Herr Goldschmidt mit einem Hinweis auf den „Erfolg“ der Reichstagswahlen. Er äußerte auch die Hoffnung, daß in den letzten Jahren die Zusammensetzung der Kommunalwählerschaft von Berlin-Südost „sich etwas geändert“ haben werde — soll wohl heißen: daß auch in diesem Stadtteil die Abwanderung der Arbeiterbevölkerung nach den Vororten bereits zu spüren sein werde.

Wahrscheinlich wird der Berliner Freisinn sich in der äußeren Luisenstadt tatsächlich noch einmal den Luxus von Durchfallskandidaturen leisten, um zu zählen, um wieviel dort das Häuflein seiner Anhänger weiter zusammengeschmolzen ist. Wir gönnen ihm das trübliche Vergnügen. Auch in anderen Stadtteilen wird er, so hoffen wir, die bittere Erfahrung machen, daß bei den Stadtverordnetenwahlen seine Agitationskünste nicht verfangen. Was in Berlin der Stadtfreisinn gefolgt hat, das ist zu bekannt. Und ebenso bekannt ist, wie erfolgreich die Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung sich betätigt hat.

Der Polizeipräsident gibt bekannt: Diejenigen Gewerbetreibenden, welche in Berlin eine gewerbliche Niederlassung besitzen und im Jahre 1908 persönlich oder durch in ihren Diensten stehende Reisende für die Zwecke ihres Gewerbebetriebes Waren aufkaufen oder Bestellungen auf Waren suchen wollen, werden in ihrem eigenen Interesse aufgefordert, die hierzu gemäß §§ 44, 44a der Reichsgewerbeordnung erforderlichen Legitimationskarten für das Jahr 1908 baldigst, jedoch nicht vor dem 20. Oktober zu beantragen, und zwar ausschließlich bei dem Polizeirevier, in dessen Bezirk die gewerbliche Niederlassung liegt. Anderenfalls würde bei der großen Anzahl der eingehenden Anträge die rechtzeitige Ausstellung der Karten nicht gesichert sein.

Ich mache auch noch besonders darauf aufmerksam, daß schon bei der Ausstellung der Karten für die Jahre 1906 und 1907 zur Anwendung gebrachte Verfahren beibehalten wird, und daß die für die Anträge zu benutzenden Formulare, welche die zur Information der Gewerbetreibenden erforderlichen Bemerkungen enthalten, nicht mehr kostenlos geliefert werden, sondern von den Gewerbetreibenden selbst zu beschaffen sind; sie können vom Formular-Verlag von Karl Kühn u. Söhne, Berlin C., Breitestraße 25, bezogen werden.“

Der Besuch des englischen Arbeitsministers John Burns hat den Zweck, die Arbeiterverhältnisse in Deutschland kennen zu lernen mit besonderer Berücksichtigung der bestehenden Einrichtungen für den Arbeitsnachweis. In Berlin hat sich das Reichsamt des Innern Burns angenommen. Am Montag erschien Burns im Rathaus. Er erbat sich von Herrn Kirchner die ihm bereitwillig erteilte Erlaubnis, die einschlägigen Verhältnisse, wie sie bei der Stadtgemeinde Berlin herrschen, studieren zu dürfen. Der Oberbürgermeister übergab ihm das betreffende statistische Material, das Herr Kirchner schon hatte sammeln lassen. Burns besichtigte sodann das Rathaus und begab sich zunächst nach der in der Gorkmannstraße gelegenen Zentralstelle für Arbeitsnachweise. Am Nachmittag nahm er sodann das Arbeitshaus in Rummelsburg in Augenschein. Hier schienen ihn nicht so sehr die Einrichtungen wie die Menschen zu interessieren. Er befragte eine Reihe der männlichen wie der weiblichen Inassen nach ihrem Vorleben, ihrem eigentlichen Beruf und nach den Ursachen, durch die sie in diese Anstalt geraten waren. Von den Beamten der Anstalt hatte sich Burns deren Zwecke und das Reglement erklären lassen, nach dem die Inassen behandelt werden. Als Dolmetscher hatte zwischen dem nur englisch sprechenden Burns und den Häflingen Direktor Caspar vom Reichsamt des Innern fungiert.

Am Montagabend gab der Minister des Innern Herr v. Holtweg im Palais-Hotel Burns zu Ehren ein Diner.

Die Stadtgemeinde Berlin ist, als frühere Besitzerin des sogenannten Lehnschulgutes Reinickendorf, nach einem langen Prozeß unbeschränkte Eigentümerin des Schärersee, bekannter unter dem Namen „Seebad Reinickendorf“ geworden. Sie hat aber, außer einem kleinen Uferstreifen von 377 Quadratmeter Größe keinen Grundbesitz am See. Dadurch wurde die ursprüngliche Absicht, den Schärersee in den „Schillerhain“ einzubeziehen, vereitelt. Von der Stadt ist es als ein großer Mangel empfunden worden, daß ein direkter Zugang zu dem städtischen Eigentum am See fehlt. Jetzt bietet sich Gelegenheit zum Erwerb des ehemaligen Sächsischen Seebades. Der jetzige Besitzer, Gastwirt Brauns, hat nämlich das Grundstück „Seebad Reinickendorf“ an den Traiteur Rader-Wien für 300 000 M. bezw. 350 000 M. verkauft. Da die Stadt Berlin das Vorlaufsrecht besitzt, so hat der Magistrat beschlossen, dies Recht auszuüben und das „Seebad Reinickendorf“ zu erwerben. Die Auffassung an den Käufer Rader-Wien ist schon erfolgt und muß nun auf Verlangen der Stadt Berlin rückgängig gemacht werden.

Ein neuer Anstaltsdirektor für das Strafgefängnis Tegel. Am 1. Oktober wird das Strafgefängnis in Tegel einen neuen Direktor erhalten. Amtsrichter Dr. jur. Röder aus Meddinghausen, der seit dem gestrigen Tage die Geschäfte bereits übernommen hat, wird den Posten des neuen Direktors versehen.

Eine Familientragödie.

Aus Berlin Südost wird amilich vom Dienstag wie folgt berichtet:

Heute früh 6 1/2 Uhr hat der Fabrikkontrolleur Karl Vorder, am 27. Februar 1871 zu Remda in Sachsen-Weimar geboren, in seiner Altkamerwohnung im Hause Michaelkirchstraße 4 seinen am 3. September 1906 zu Berlin geborenen Sohn Otto durch einen Revolververhug in die Brust getötet und seine am 3. Dezember 1900 zu Berlin geborene Tochter Margarete auf die gleiche Weise zu töten versucht. Er selbst ist unmittelbar nach der Tat auf das Dach des etwa 20 Meter hohen Seitenflügels geeilt und hat sich von dort auf das Hofpflaster geflüchtet, wo er tot liegen blieb. In Begleitung eines Schutzmannes brachte die Mutter das schwerverletzte Mädchen nach dem Krankenhaus Reuthänen, wo die Ärzte an seinem Wiederaufkommen zweifeln. Die

Reihen von Vater und Sohn wurden dem Schauhaufe zugeführt. Das Motiv zur Tat dürfte Eifersucht gewesen sein, da auf einem hinterlassenen Zettel steht: „Dir Deine Freiheit! Mir meine Kinder!“ — Vorher, der in einer elektrischen Fabrik arbeitete, war mit seiner 29 Jahre alten Frau Ida, die die Hausreinigung besorgt, seit 7 Jahren verheiratet. Das Ehepaar, das im Keller des vierstöckigen Seitenflügels zwei Stuben und Küche bewohnte, hatte nur die beiden genannten Kinder und lebte in auskömmlichen Verhältnissen. In der letzten Zeit fiel Vordor den Hausgenossen durch sein sonderbares Wesen auf. Er war stets aufgeregter, reizbar und unerbittlich. Dieses Wesen kostete ihm auch seine Arbeit. Am vergangenen Sonnabend wurde er entlassen. Das verschlimmerte noch seinen Zustand. Schon seit mehreren Tagen hatte er wiederholt lauten Streit auch mit seiner Frau, niemand aber ahnte, daß er Schreckliches plante.

Eine Unglücksstreppe scheint die Aufgangstreppe am Bahnhof Gefundbrunn zu sein. Wir konnten schon über eine ganze Reihe von Fällen berichten, wo Personen auf der Reil hochgehenden Treppe abglitten und stürzten. Auch vorgestern Abend hat sich wieder ein schwerer Unglücksfall auf der Unglücksstreppe zugetragen. Der 45jährige Tischler Franz Venz, Kemelerstr. 42 wohnhaft, war, vom Bahnhof kommend, die Treppe hinaufgestiegen, und oben angelangt, trat er fehl und stürzte in die Tiefe. In bewußtlosem Zustand brachten ihn Arbeiter nach dem Lazarus-Krankenhaus, wo eine tiefe flache Wunde bei ihm am Kopf festgestellt wurde. Er hat anscheinend einen schweren Schädelbruch davongetragen.

Unter der Epithete: „Sozialistische Arbeiterwirtschaft“ macht folgende Notiz die Runde durch die bürgerliche Presse:

„Eine Aufsehen erregende Mitteilung erzählt die „Informations“: Im 1. sozialdemokratischen Wahlkreis Berlins sollen ganz eigentümliche Zustände herrschen. Die Genossen liegen in einem schrecklichen „Bruderzwist“, weil einige leitende Parteigenossen mit den Geldern der sozialdemokratischen Kasse ganz eigenartige Wirtschaftspolitik getrieben haben sollen. Es soll sich dabei um ein unaufgeklärtes Defizit von 2000 Mark handeln. Wie wir erfahren, hat sich bereits die Staatsanwaltschaft der Angelegenheit angenommen und eine eingehende Untersuchung dieser seltsamen Affäre ist bereits im Gange. In kurzer Zeit dürfte es sich wohl herausstellen, wie weit sich diese Gerüchte bewahrheiten und durch wessen Verschulden diese Unregelmäßigkeiten herbeigeführt worden sind, resp. ob eine oder mehrere Personen dabei die Hand im Spiele haben.“

Wir haben uns auf Grund dieser sensationell zugestrichelten Notiz an zuständiger Stelle erkundigt und können mitteilen, daß der ganze sogenannte „Bruderzwist“ in Meinungsverschiedenheiten über die Art der Führung von Kassengeschäften bestand hat, daß aber insbesondere die Behauptung von einem unaufgeklärten Defizit auf derselben Höhe steht wie feinerzeit das von derselben Korrespondenz verbreitete Märchen vom dem angeblichen Festgelage Webers und Singers. Die Partei ist in keiner Weise finanziell engagiert.

Ein Reubau ausgeraubt. Ein ungewöhnlich dreister und „schmerz“ Diebstahl ist gestern am hellen Tage in der Johann Qußtr. 8 verübt worden. In der Morgenstunde fuhr ein mit zwei Pferden bespanntes Gefährt vor dem Grundstück, auf dem ein Reubau errichtet worden ist, vor. Mehrere unbekannte Männer stiegen vom Wagen herunter, gingen auf den Reubau zu und machten sich daran, das vorhandene Rüstzeug auf den Wagen zu laden. Längere Zeit waren die Leute mit ihrer „Arbeit“ beschäftigt. Es fehlte auch nicht an Zuschauern, die natürlich nichts anderes glaubten, als daß die „Arbeiter“ im Auftrage des Bauunternehmers handelten. So schleppten denn die Diebe ungeführ 200 Quadratmeter Bretter, 20 Balken, 60 Nägel, mehrere Leitern usw. nach dem Wagen und fuhrten mit ihrer „schweren“ Beute davon.

Auf der Straße gestorben ist gestern Abend gegen 9 Uhr der 27jährige Buchdrucker Emil Scholz, Fürstengraben 22 wohnhaft. Auf dem Wege nach seiner Wohnung begriffen, brach der junge Mann an der Ecke der Leipziger- und Mauerstraße plötzlich zusammen, während sich gleichzeitig ein harter Blutstrom aus dem Munde ergoß. Ein Schuhmann brachte den Ertrankten nach der Unfallstation in der Kronenstraße, woselbst der anwesende Arzt nur den infolge Blutsturzes eingetretenen Tod feststellen konnte.

Entkräftung rief wieder einmal am Montag vormittag gegen 11 Uhr in der Müderdorferstraße die Behandlung eines Arterienkranken durch einen Schuttmann hervor. Passanten teilten uns mit, daß ein Schuhmann einen etwas reduziert aussehenden Mann aus unbekannter Ursache zur Wache bringen wollte. Dabei soll der Beamte den armen Teufel, der nicht den geringsten Widerstand geleistet habe, gepackt zu Boden geworfen, gefesselt und ihn so eine längere Strecke auf der Erde geschleift haben. Ein zahlreiches Publikum gab seiner Entrüstung über diese Behandlung lauten Ausdruck. Schließlich führte ein Arbeiter den armen Kerl unter den Arm, um ihn von der in letzter Zeit sich häufenden Art der Arretierung zu erlösen und ihn mit zur Wache zu führen.

Beim Absteigen von einem fahrenden Straßenbahnwagen ist der in der Nahtenwerstr. 29 wohnhafte Kaufmann Drehschwer zu Schaden gekommen. Er befand sich auf der Vorderplattform eines Wagens der Linie 12 und verließ diesen vor der städtischen Badeanstalt in der Turmstraße, etwa 70 Meter hinter der Haltestelle. D. fiel so unglücklich, daß er eine Gehirnerschütterung und einen Bruch des rechten Unterarmes erlitt und mußte nach dem Krankenhaus Moabit übergeführt werden.

Im Sandhau-Theater (Kottbuserstr. 6) gastiert am Freitag das Ensemble des Direktors Below vom Theater des Westens. Zur Aufführung gelangt Vorhings komische Oper: „Der Waffenschmied“ bei vollständigen Preisen.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Die Ausschüpfung am 15. September erledigte zunächst ein Protestschreiben des Sängerbundes „Soni belli“, wegen Nichtaufnahme in den Bund, durch Kenntnisnahme. — Durch Abstimmung wurden die Vereine „Freiheit“ (Wahlstraße) und „Freie Sängerkorps“ (Neu-Weidenberg) in den Sängerbund aufgenommen. — In den Ausschüpfung der „Vereinsgemeinschaft“ wurden auf Vorschlag desselben an Stelle zweier ausgeschiedener Mitglieder und eines Verstorbenen die Sangesbrüder Rietzsch („Nord-Schleife“), Tomshole („Senfelder“), Müller („Morgengrauen“) gewählt.

Das Stiftungsfest des Sängerbundes findet am 7. Dezember in der „Brauerei Friedricksdamm“ statt und sollen ein großes Orchester sowie durch Auslösung drei Vereine zur Mitwirkung herangezogen werden. — Für stattgehabte Bemühungen bei dem diesjährigen Sängerkongress werden der Arbeiter-Samariterkolonne 200 Mark und dem Arbeiter-Schwimmklub 75 Mark überwiesen. — Eine längere Debatte zeitigte die Anregung des Vorstandes; eine größere Agitation zu entfalten, um den Zusammenschluß kleinerer Vereine zu größeren, gesamtlich leistungsfähigeren Chören in die Wege zu leiten. Von sämtlichen Chören wurde diese Anregung gutgeheißen und speziell auf den Norden und Nordosten Berlins hingewiesen, woselbst in dieser Beziehung der Anfang gemacht werden mußte. Ebenso jedoch sollen auch die Vorortvereine energisch aufgefordert werden, dieser Anregung betr. Verschmelzung endlich Rechnung zu tragen. Dem Vorstand wurde anheim gegeben, unverzüglich die nötigen Schritte zu tun, um befriedigende Resultate zu erzielen; auch erwartet der Ausschüpfung von jedem Sangesbrüder die Förderung dieser Bestrebungen. — Die Vereine werden aufgefordert, schnellst die Abrechnung der Billets vom Sängerkongress vorzunehmen.

Ein neues Volkstheater wird am Montag, den 23. September, unter dem Namen „Theater des Zentrums“ in den „Sophien-Sälen“ (Handwerkerzeugsbau), Sophienstr. 17/18, nahe dem Hadeschen Markt, eröffnet werden.

Einen herben Verlust hatte der Tischler August Stephan zu Pantow, Trebbenerstraße 8, indem er am Sonnabend Abend seinen

Arbeitslohn — ein Portemonnaie mit 45 M. — in der Gottschedstraße verlor. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen Belohnung in obgenannter Wohnung, oder auf dem Reubau Kasse, Ede Gottsched- und Martin Diphtrage, seiner Arbeitsstelle, abzugeben, resp. wird um Nachricht gebeten.

Wer ist die Tote? Das am 9. August bei Treptow, etwa 200 Meter nördlich vom Restaurant Garske aus der Spree gelandete, unbekannt, etwa 18jährige junge Mädchen ist noch nicht rekonstruiert. Die Leiche war besetzt mit besserer Kleidung, schwarzem Hut, schwarzem Gummigürtel, schwarzen Strümpfen, schwarzweißen Strümpfbändern, halben Lackstiefeln, weißem Hemd, geg. A., weißem Unterrock, geg. M. A., schwarzem Korsett und weißem, runden Strohhut mit schwarzem Bande. Sie ist augenscheinlich identisch mit dem jungen Mädchen, die am 8. August, nachmittags gegen 8 Uhr, von zwei Herren zwischen Kaiserbad und dem neuen Bierhäuschen, am Wasser sehr erregt hin- und herlaufend, gesehen wurde. Bald darauf ist sie nach Aussage von unbekanntem Aduerern ins Wasser gesprungen und nicht wieder zum Vorschein gekommen. Personen, die zur Ermittlung der unbekanntem Leiche Angaben machen können, wollen dies schriftlich oder mündlich beim Amtsvorsteher zu Treptow anzeigen oder zu den Akten 8323 IV. 41. 07 Nachricht geben.

Das Prater-Theater hat am Montag die Saison mit der Erstaufführung „Die Hühner und der Welt“, Schauspiel in vier Akten von Paul Hantel, eröffnet. Der Autor will gegen das Vorurteil der Welt gegen die Angehörigen des Bühnenstandes kämpfen. Er tut dies, indem er einen Leutnant in eine Schauspielerin in aufrichtiger Liebe entbrennen läßt. Die Liebe wird erwidert und der Offizier will zur Heirat schreiten. Obwohl er weiß, daß er in einem solchen Falle den Soldatenrock ausziehen muß, hofft er, alle Schwierigkeiten zu überwinden. Diese sind aber größer als er dachte. Die Verwandten drohen, ihre finanzielle Hilfe zurückziehen und dann sorgt die „Gesellschaft“ dafür, die Schauspielerin zu kennzeichnen als eine Person, die aus den Armen des einen in die des anderen steigt. Und hier ist der Höhepunkt des Stückes. Seine Hauptverkörperin, eine Schauspielerin, hält eine Verteidigungsrede für den verachteten Schauspielberuf. Wohl gingen manche zur Bühne, um schließlich als Kolonnen zu enden, aber nicht alle seien es; viele befänden sich darunter, die ehrlich um ihr Brot kämpfen und ringen mühten. Eine in der Gesellschaft ausgesprochene schwere Verächtlichmachung seiner Angebeteten bringt es fertig, ihr zu entsagen und eine „Landesgemähe Ehe“ einzugehen, die aber nach kurzer Zeit durch den Tod der jungen Frau ihr Ende findet. Neue Sehnsucht nach der einst Geliebten erfährt ihn und nun will er alles niedertreten, was sich ihm entgegenstellt. Als er das aufnimmt, wie die Angebetete einem anderen fürs Leben die Hand reichen will, vergißt er sich, schießt sie und sich nieder. Die Absicht des Verfassers, dem ein gewisses Talent nicht abzuspüren ist, wurde durch die Darstellung wirksam unterstützt. Hedie Göthe als Schauspielerin Herta verstand es, den ersten Ton zu finden und sogar mit einer ehrlichen inneren Ueberzeugung ihrer Aufgabe gerecht zu werden; nicht dasselbe kann von Herrn Rarchand als Leutnant gesagt werden. Daneben leisteten Herr Arthur Seelen als Komödiant und die Damen Marie Seelen und Elise Wünsch als alte Tanten Anerkennenswertes. Zu bemerken ist noch, daß auf die Ausstattung des Saales wie der Bühne auch im Prater-Theater immer mehr Gewicht gelegt wird.

Im Lullien-Theater gelangt am Freitag, den 20. September, zum ersten Male „Der Amerika-Juppel“, Bauernposse mit Gesang und Tanz, von B. Rauscheneger und R. Ranz, zur Aufführung.

Feuerwehrbericht. Der 8. Zug hatte vorgestern Abend in der Stallgasse 101 zu tun. Dort war auf dem Boden Feuer ausgebrochen. Die Flammen hatten das Dachgeschloß, die Bretterverschlüsse mit Inhalt und die Balkenlage usw. ergriffen. Es gelang indes, den Brand auf das Dachgeschloß zu beschränken. Die Entsehung wird auf Unvorsichtigkeit zurückgeführt. Gleichzeitig mußten keine Wohnungsbrände in der Oranienstr. 154, Andreasstraße 66, Emdenerstr. 8 und anderen Stellen gelöscht werden. Grober Unfug lag einer Alarmierung der Feuerwehr nach der Wielestraße zugrunde. Außerdem hatte die Wehr noch in der Schützenstr. 40/42, Steinwegstraße und anderen Orten zu tun.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Aus den Berichten über die Tätigkeit der Charlottenburger Stadtärzte im Jahre 1906 geht hervor, daß zwar im großen ganzen, wenn man die Vermehrung der Bevölkerung berücksichtigt, eine nennenswerte Erhöhung der Inanspruchnahme städtischer Hilfe nicht eingetreten ist, daß dagegen gerade die besonders stark von der unbemittelten Bevölkerung bewohnten Bezirke eine erhebliche Steigerung der städtischen Tätigkeit gegen das Vorjahr aufweisen. Ein Bericht glaubt die Ursache vielleicht in dem anhaltenden Winter sehen zu sollen, ein anderer erblickt sie zum Teil in der abnormen Teuerung und der durch sie bedingten schlechten Ernährung der unteren Volksschichten; in zahlreichen Fällen sei als Grund der Erkrankung und als Krankheit selbst nur eine auffallende Unterernährung, namentlich der Kinder festzustellen gewesen. Durch Verordnung von Milch und Krankenlohn ist der Verzichterflatter beschränkt gewesen, wenigstens den schwersten Mischständen abzuwehren. Daß übrigens die auf fast allen Gebieten eingetretene Preiserhöhung auch sonst auf den Armenetat nicht ohne Einfluß bleiben kann, liegt auf der Hand und ist von der Charlottenburger Armenverwaltung schon mehrfach betont worden.

Von den im Jahre 1906 behandelten Krankheiten stehen die der Atmungsorgane wieder an der Spitze. Dagegen ist erfreulicherweise die Sterblichkeit der Säuglinge unter den Halbtendern und den städtischen Pflegekindern sowie den die Säuglingsfürsorgestellen besuchenden Kindern geringer geworden. Seit 1903 ist ein ständiger allgemeiner Rückgang der Sterblichkeit im ersten Lebensjahre in Charlottenburg zu verzeichnen. Allerdings beträgt die Sterblichkeit der ehelichen Kinder fast durchweg nur halb so viel wie die der unehelichen, so daß bei den unehelichen Kindern noch ein reiches Feld für eine weitere Fürsorgetätigkeit vorhanden ist. In einigen Bezirken bestand nach den ärztlichen Berichten für die Säuglingsfürsorgestellen kein großes Interesse, weil die Kontrolle lästig empfunden wurde. Bisher ist es leider trotz vieler Bemühungen nicht gelungen, zu erreichen, daß alle städtischen Pflegekinder, Halbtendern und unter Generalvormundschaft stehenden Kinder regelmäßig die Säuglingsfürsorgestellen besuchen.

Die Gesundheitsverhältnisse im allgemeinen werden fast in allen Bezirken als befriedigend bezeichnet, und auch die Wohnungsverhältnisse werden fast überall als nicht ungünstig erachtet. Dies letztere stimmt aber nicht mit den sonstigen Berichten der Armenverwaltung überein. Uebrigens bezeichnet ein Arzt die Zahl der in den Wohnungen befindlichen Personen als manchmal zu groß und ein anderer hat in einzelnen, wenn auch wenigen Fällen, die Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse so gefunden, daß von einem gesundheitsgemäßen Leben keine Rede sein konnte. Mit den angeblich „nicht ungesunden Wohnungsverhältnissen“ scheint es also doch seinen Haken zu haben.

In der Zweigstelle des städtischen Arbeitsnachweises am Wittenbergplatz 4 (Ede Vayentherstr. 8) waren im Monat August 1242 offene Stellen gegen 1011 im Vorjahr, 557 Stellengesuche gegen 355 im August 1906 gemeldet. Durch Zuweisungs geeigneter Personen konnten in diesem Jahre 378 Stellen besetzt werden,

während dies im entsprechenden Monat des Vorjahres nur bei 282 Stellen möglich gewesen ist. Besonders zahlreich liefen diesmal Meldungen von Lehrerinnen ein, von denen nur einem kleinen Teil geeignete Beschäftigung nachgewiesen werden konnte, weil es weiteren Kreisen des Publikums immer noch nicht bekannt ist, daß sich die für beide Teile kostenlose Stellenvermittlung der Stadt Charlottenburg auch auf weibliche Lehrkräfte erstreckt.

### Steglich.

Im Verufe seinen Tod gefunden hat gestern der Altemper Scholz. Er war auf dem Reubau Körnerstraße 45 in Steglich mit dem Anbringen einer Dachrinne beschäftigt. Dabei stürzte er ab und erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach kurzer Zeit seinen Geist aufgab. Ein sofort herbeigerufener Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Das Unglück ereignete sich gegen 1/2 12 Uhr, um 1/2 13 Uhr war der Tote noch nicht abgeholt.

### Johannisthal.

Mit der am 12. September vollzogenen Wahl des Kammerinspektors Busch in Weißensee zum Gemeindevorsteher von Johannisthal dürfte der Kampf um diesen Posten, der seit circa einem Jahre geführt wird, sein Ende erreicht haben. Bereits zweimal wählte die Gemeindevertretung einen Gemeindevorsteher im Ehrenamt. Im ersten Falle zog es der Gewählte, Kassenrentant Hamel, vor, auf seinem bisherigen Posten zu verbleiben. Im zweiten Falle wurde der gewählte Grundbesitzer Herr Völgen vom Landrat nicht bestätigt. Durch die geringe und auch ungeeignete Anzahl für diesen Posten kamen auch unsere Genossen zu der Ueberzeugung, mit für die Anstellung eines desolbieten Gemeindevorstehers zu stimmen. Die mit 8 gegen 4 Stimmen erfolgte Wahl des neuen Gemeindevorstehers erstreckt sich auf die Dauer von 12 Jahren mit Pensionsberechtigung bei einem Anfangsgehalt von 2700 M., freier Dienstwohnung und einer Alterszulage von 300 M., die sich in dreijährigen Perioden sechsmal wiederholt. Eine Anzahl nicht unbedeutender Aufgaben hatten der Erledigung des neuen Mannes. Als solche sind anzuführen, die in Vorbereitung befindliche Gründung eines Kaufmanns- bzw. Gewerbegerichts für die Orte Ober- und Nieder-Schöneweide und Johannisthal. Die Fertigstellung des Ortsstatuts über die Eingliederung der von den Grundbesitzern zu leistenden Beiträge zur Kanalisation, die immer noch seit Jahresfrist aus dem allgemeinen Steuerfiskus entnommen werden. Der Bau einer Turnhalle, die Anlage eines Gemeindefriedhofes, die Schaffung einer Geschäftsordnung in der Gemeindevertretung. Diese und die laufenden Aufgaben für Schule und Gemeinde werden bald zeigen, ob Herr Busch die in ihm auch seitens der dritten Klasse gesetzten Hoffnungen erfüllen wird.

### Storlow.

In dem dunklen Winkel des Kreises Tellow ist es nun gelungen, eine politische Organisation ins Leben zu rufen. Am 1. September wurde ein sozialdemokratischer Wahlverein für Storlow und Umgegend gegründet, dem sofort 17 Genossen beitraten. Am Orte herrscht eine vorzügliche Stimmung, die auf eine baldige Stärkung des jungen Vereins schließen läßt. Somit sind die Anfänge gemacht, um den Kampf der Arbeiterklasse gegen die gerade noch in jener Gegend am frechsten aufsteigende Reaktion erfolgreicher wie bisher führen zu können. Wir wünschen der jungen Organisation, daß sie sich bald zu einer achtunggebenden Waffe im Kampfe des Proletariats entwickeln möge.

### Weißensee.

Der Bau eines Kanals zur Befestigung der Ueberflutungsgefahren bei starken Regengüssen in der Gegend der Langhans- und Friedrichstraße ist nunmehr in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung beschlossen worden. Der Bau wird noch in diesem Jahre in Angriff genommen. Die Gesamtkosten des Kanals sollen 33000 M. betragen. Die Erdarbeiten, Verlegen der Röhren usw. sind an die Firma Lange-Bilmerdorf übertragen, welche als Mindestfordernde die Arbeiten für 29000 M. ausführt. Die höchstfordernde Firma wollte die Arbeiten für 50000 M. übernehmen; sie verlangte also nahezu das Doppelte der mindestfordernden Firma. Diese Preisdifferenz ist allerdings etwas auffällig. Öffentlich haben weder die Gemeinde noch die den Bau ausführenden Arbeiter Nachteile davon.

### Spandau.

Wegen Beleidigung eines Wahlvorstehers anlässlich der Reichstagswahlen am 25. Januar d. J. mußte sich der Restaurateur Bruno Schladitz vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts III verantworten. Der hier wohnhafte Angeklagte hatte am Tage der Reichstagswahlen in einem Wahllokal eine sehr unangenehme Szene herbeigeführt. In nicht ganz nüchternem Zustande kam er am Vormittag in das Wahllokal in der Seegelderstraße in Spandau, um hier seiner Wählerpflicht zu genügen. Kaum hatte er den am Vorstandsjahre als Wahlvorsteher sitzenden Malermeister Ruppert erblickt, als er auf diesen zutrat und ihm vorwarf, er habe ihn um sein ganzes Hab und Gut in nicht ganz einwandfreier Weise gebracht. Obwohl sich sofort verschiedene Anwesende ins Mittel legten, erging sich der Angeklagte in weiteren Beschimpfungen gegen den Wahlvorsteher und behauptete schließlich, dieser habe ihn um 45000 Mark betrogen. Wegen dieser Beleidigung verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 400 M. Hiergegen legte Schladitz Berufung ein und behauptete vor der Strafkammer, er habe jene Äußerungen keinesfalls in beleidigender Absicht getan. Er sei mit dem Beleidigten früher sehr gut befreundet gewesen und habe sich auch an einem Unternehmen des R. finanziell beteiligt, wodurch er tatsächlich Hab und Gut verloren habe. Als er seinen ehemaligen Freund auf diesem Ehrenposten gesehen habe, hielt er sich verpflichtet von jenen Tatsachen öffentlich Mitteilung zu machen. Das Gericht nahm an, daß durch die Angeklagte in dem Wahllokal jene Äußerungen getan habe, eine Absicht einer Beleidigung zu erkennen sei. Mit Rücksicht darauf, daß er sehr erregt gewesen und in seinem Recht zu sein glaubte, habe das Gericht auf eine mildere Strafe erkannt. Das Urteil lautete deshalb nur auf eine Geldstrafe von 150 M.

### Nowawes.

Eine unverhältnismäßig hohe Stadt-Neberretzung hat sich bei der Kanalisationseinrichtung in Nowawes herausgestellt. Während die ganze Anlage auf 618608 M. veranschlagt war, kostete die Ausführung nach einer vorläufigen Veranschlagung circa 1250000 M., das sind über 330000 M. mehr als veranschlagt waren. Einzelne Positionen weisen an Kosten mehr als das Doppelte der veranschlagten Summe auf. Diese Tatsache hat auf allen Seiten der Gemeindevertretung kolossales Erschaunen erregt; wie diese Stadt-Neberretzung möglich war und welche Ursachen dieselbe hat, kann erst bei der endgültigen Rechnungslegung festgestellt werden. Jedenfalls kann sich die Einwohnerschaft auf ein kräftiges Ansehen der Steuerschraube und Steigerung der Mieten gefaßt machen.

Lele- und Distillierfabrik „Sadoh“. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Tolkendorf, Böhlerstr. 58; Stump.

Verein ehemaliger Weisker (Mit B.) Heute Abend 9 Uhr bei Gölldorf, Bennenstr. 3, Verammlung.

Lele- und Distillierfabrik „Wehr Licht“. Heute Abend 8 1/2 Uhr bei Knapp, Grünthalstraße 5, Vortrag.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde lautet Friedrichstr. 16, Aufgang 4, eine Treppe (Quadratische Bräunerei, Turmzug nach Lindestr. 101), wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends hier, wochentags 7 Uhr, Sonnabends beginnt die Ehrenrunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Ehrenrunde beizufügen. Gelegentliche Antworten werden nicht erteilt. Bitte fragen Sie man in der Ehrenrunde vor.

H. Z. 81. Berlin W. 20, Viktor-Luffplatz 6. — C. Z. 100. Wenn Ihre Antwort vollständig ist, können Sie auf Grund einer schriftlichen Vollmacht für dieselbe haften. Ist sie minderjährig, so wäre die Vollmacht von dem gesetzlichen Vertreter (Vater, Mutter oder Vormund) auszustellen. — G. R. 28. Verlangen Sie Unfälle von der Berufs-

genossenschaft. Sie können den Antrag auch bei der Polizei einreichen. — W. 78. Sie würden zum Verlust in die genannte Klasse nicht rufen. ...

Waldschweine 0,40-0,42. Frischlinge 0,52. Kaninchen per Stück 0,50-0,90. ...

6-10. Rosenkohl, per 100 Pfd. 10-25. Kohlraben, Schod 4,00-6,00. ...

Witterungsüberblick vom 17. September 1907.

Table with columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, u. d. N.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 18. September 1907. Zunächst ziemlich trübe und etwas regnerisch, später auflockernd bei mäßigen westlichen Winden und wenig veränderter Temperatur.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel) ...

Par den Inhalt der Journale abernennst die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater. Mittwoch, 18. September. Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Sibello. Sgl. Schauspielhaus. Die Rabenhemerin. ...

Berliner. Die tanzenden Männchen. Freitag: Die Stützen der Gesellschaft.

Schiller o. (Wallner-Theater.) Die Schmutzler. ...

Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Winterschlaf. ...

Weschen. Die lustige Witwe. ...

Trianon. Fräulein Josette - meine Frau. ...

Thalia. Ihr Sechz-We-Du-Set. ...

Metropol. Das muß man seh'n!! ...

Metropol-Theater. Zum 5. Male: Das muß man seh'n!!

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Von der Zugspitze zum Watzmann.

Invalidenstr. 57-62: Sternwarte. Tägl. geöffnet von 7 1/2-11 Uhr abds.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab nachm. 4 Uhr: Großes Militär-Doppel-Konzert.

Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Lustspielhaus.

Täglich 8 Uhr: Sufarenfieber. Zentral-Theater.

Eintritt 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Luisen-Theater

Reichendergerstr. 31. Anfang 8 Uhr: Turandot.

Donnerstag: Beiden Reichenmüller. Freitag zum 1. Male: Amerisappel.

Sonntag: Gebildete Menschen. Sonntag nachmittag: Don Carlos.

Abends: Carmen. Montag: Beiden Reichenmüller.

Metropol-Theater

Zum 5. Male: Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (14 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollaender.

In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.

Guido Thielscher a. D. B. Darmand a. D. E. Widney a. D.

Henry Bender. J. Giampietro Jos. Josephi. Fritz Massary

Fritzi Schenke, L. Haskel etc. Dirigent: Kapellmeister M. Roth.

Anfang präzise 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Apollo Theater

9 1/2 Uhr: Täglich: 9 1/2 Uhr: Berlin's größte Sensation: Sylvester Schäffer jr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater o. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Schmutzler.

Romdie in 4 Akten v. Arthur Dinter. Donnerstag, abends 8 Uhr: Monna Vanna.

Freitag, abends 8 Uhr: Die Schmutzler.

Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Götz von Berlichingen.

Schauspiel in fünf Aufzügen von Johann Wolfgang v. Goethe. Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Herr Senator.

Freitag, abends 8 Uhr: Götz von Berlichingen.

XIII. Saison. Zirkus Busch

Bahnhof Börse. Donnerstag, den 19. September, abends 7 1/2 Uhr: Gala-Eröffnungsabend

Die Zirkuskassen sind von Montag, den 16. September ab täglich von 10 Uhr an geöffnet.

Billotts sind ferner zu haben: beim Invalidendank, Unter den Linden 24 und in der Billettabelle des Warenhauses A. Wertheim, Leipzigerstraße 132-133. 67/17\*

Residenz-Theater.

8 Uhr: Haben Sie nichts zu vorzollen? Schwan in 3 Akten von Maurice Hennequin und Pierre Beder.

Robert de Arbellin; Rich. Alexander. Sonntag, den 22. September, nachm. 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147. Direktion: Julius Färl.

Mittwoch, den 18. September 1907: Eröffnungs-Vorstellung: Emilia Galotti.

Ein Trauerspiel in 5 Akten v. Lessing.

Theater an der Spree

Köpenickerstraße 68. Heute 8 Uhr: Der Aktienbuddler.

Gefangenschaft von D. Kallisch. Josephine Dora, Heinz Gordon, Marie Grimm-Einöderhofer.

BERNHARD ROSE THEATER

Dr. Franzstr. 122. Im Theater, Anf. 8 Uhr: Der Held des Tages.

Von Kurt Wallat. Im Garten nur bei künstl. Witterung: Theater u. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 5 Uhr.



Anne Danerey

Olga Preobrajensky und das glänzende Programm.

Passage-Theater.

Burgstraße 21. Heute 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Das glänzende Programm.

Lona Nansen.

14 erstklassige Nummern.

Palast-Theater.

Burgstraße 21. Heute 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf. Das glänzende Programm.

The 5 Marnos

erstaunliche Akrobaten. The Newports

Originalität und 8 erstklassige Nummern. Vorverkauf von 11-1 Uhr.

Theater Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. Eröffnung

Sonntag, den 21. September, mit dem bekannten Ensemble Mertens, Fleischmann, Grünecker etc. etc. etc.

Zirkus Schumann

Heute Mittwoch, den 18. September, abends präzise 7 1/2 Uhr: Grande Soirée equestre.

Elite-Programm, u. a.: Die neuen Original-Dressuren des Dir. Alb. Schumann.

5 Oltracs, komische Akrobaten. Die phänomen. Luft-Vollgeure

The Monbars. Herr Ernst Schumann auf dem Volkblättern 'Arco'.

Mathilde Ranz, Dora Schumann, Ernst Ranz, C. Hess, vierfache hohe Schule.

Die weltberühmte, sensationelle, neue George Bonhair Truppe

akrobatisch-akrische Vorführungen. Ferner die neuen Spezialitäten.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 10. Die Jüdin von Toledo.

Schauspiel in 5 Akten v. Grillparzer. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Thren- und Vergnügungstheater täglich! Morgen: Dieselbe Vorstellung. Freitag: Premiere: Die Rastolinder.

Reichshallen-Theater.

Täglich: Stettiner Sänger. Britton als Kute im Familienbad Wannsee.

Anf. Wochent. 8. Sonntags 7 Uhr.

Kasino-Theater.

Lothringerstr. 37. Täglich 8 Uhr: Die wilde Jagd.

Lustspiel in 4 Akten v. Ludwig Fulda. Vorher d. glänz. Eröffnungs-Prögr.

Sonntag 4 Uhr: Heirat auf Probe.

Sanssouci

Kottbuser Str. 6. Direktion: Wilhelm Reimer. Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:

Norddeutsche Sänger und Tanzkränchen. Freitag: Gastspiel Belov's Opern-Ensemble: Der Waffenschmied.

Buggenhagen, platz.

Inhaber: Albert Böhme. Täglich: Die 7 Schwaben moderne Volkstänzer.

Trianon-Theater.

Fräulein Josette - meine Frau. Anfang 8 Uhr.

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9. Täglich: Bühne und Welt.

Schauspiel von Paul Ganel. Anfang 8 Uhr.

5. Los

Jedes 5. Los muß gewinnen. Düssel-dorfer Lotterie

Ziehung am 30. Sept. 120000 Gewinne W. Mk.

90000 Zwei Hauptgew. zuz. W. Mk.

20000

10000

5000

2000

2 à 1000

Alleinvertieb für Berlin Gustav Maase, Neue Königstr. 86.

Stolas, Kolliers, Krawatten

Matten, schicken garnierte Damenhüte, Baretts Herren-Mützen

und Polzkragen, Knaben- und Mädchen-Garnituren, Fußsöcke, Jagdgläsern,

Wagendecken, Pelz-toppiche und Bettvorleger.

Nur eig. Fabrikat. Große Auswahl. Bestes Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.

Sämtliche gangb. Pelzarten am Lager. F. Kalman, Kürschnermeister.

Jetzt Kommandantenstraße 15, I. (gegenüber Benthstraße).

Verkauft auch Sonntags. Wochentags bis 9 Uhr abends. Tel. I. 3917.

Möbel

Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen

eventuell auch auf Teilzahlung Paul Burow's Möbel-Fabrik

Berlin SW., Lindenstraße 105. 40821\*

# Inserate

für die nächste Nummer müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags des vorherigen Tages in unserer Expedition abgegeben werden.

## Größere Anzeigen

für die **Sonntags-Nummer**

erbitten dagegen schon bis **freitag nachmittag 5 Uhr**, da nur in diesem Falle die Aufnahme garantiert werden kann.

# Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Zahlstelle Berlin. Anfang 8 1/2 Uhr. **Sonnabend, den 21. September:** Anfang 8 1/2 Uhr.

## 14. Stiftungs-Fest

in den Gesamträumen der Neuen Welt, Hasenheide 108-114.

### Großes Symphonie-Konzert

ausgeführt vom **Berliner Symphonie-Orchester** (60 Künstler). Kapellmeister Herr **Maximilian Fischer**. 93/10\*

Mitwirkende: Herr Opernsänger **Victor Donders** (Bariton). Herr Konzertmeister **Bruno Schulz** (Violine).

**Reigentablen, Kinematograph.** Während des Konzertes im hinteren Saale: **Tanz.** Nach dem Konzert: **Gr. Ball. Tanz frei. Billett 50 Pf.**

Billets sind auf allen Zahlstellen, im Bureau und folgenden Lokalen ständig zu haben: Osten: Lorenz, Koppenstr. 28; Südosten: Mühlh., Mariannenstr. 41; Süden: Grumbach, Schönleinstr. 6; Erbs, vis-a-vis der Neuen Welt; Rixdorf: Schmidt, Berlinerstr. 14. Regen Besuch erwartet. **Das Komitee.**

## Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Bezirk Wedding. **Todes-Anzeige.** Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Albert Eisefeldt** nach langem Leiden am 15. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 18. September, nachmittags 4 Uhr, vom Augustapital, Scharnhorststraße, aus auf dem Hagenpark-Friedhof in Reinickendorf-Bezirk, Berlinerstraße, statt. 47/14. Um rege Beteiligung ersucht. Der Zweigvereinsvorstand.

## Zentralverband der Handlungsgehilfen u. Schülfrinnen Deutschl.

(Bezirk Berlin.) Am Sonnabendabend verstarb plötzlich am Herzschlag unser Kollege **Georg Moser.** Ihre seinem Kunden! Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Städtischen Friedhofes, Müller, Gasse Straße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 290/16. Die Ortsverwaltung.

## Spottbillig!!

Land- u. Waldparzellen, wundervoll gelegen, nahe Bahnhof **Fredersdorf (Ostbahn)**.  R von 7 Mark an. **Nieschalke & Nitsche, Landbesitzerstr. 66.**



**Album- u. Lederwaren-Fabrik Oskar Gundau** Oranienstr. 30. Man beachte No. 30. Gr. Lager aller Arten Lederwaren u. Schmucksachen zu bill. Preisen.

## Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. **Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.**

**Gänsefedern** liefert franco stiel- und haubstet. Daunen p. Pfund 1,40 Mark. Dieselben neu ff. geschliffen 2,40 Mark. Rest. gratis. **Schneier, Myslowitz D./S. Nr. 2.** 305/13

## Leichtbilder-Männer-Vortrag

Donnerstag, den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, in **Wille's Saal**, Deummenstraße 188, und Freitag, den 20. September, abends 8 1/2 Uhr, Kommandantenstr. 20: **Gonorrhoe** im Lichte tieferer Naturerkenntnis. Bekanntster Vortragender **Grundmann**. Für 20 Pfennig illustrierte Broschüre. Naturheilverein Reform. Antonplatz Rosenhainstraße 40. Sprechstunden 11-2, 6-8. 18/9

## Phänomen-



Nach **Egyptischer Art** hergestellt. **Zigaretten** feinste Handarbeit. **Zigarettenfabrik „NAMKORI“**

## Dankjagung.

Sage allen Verwandten und Bekannten, besonders dem **Bahlerverein** des letzten Kreises, Bezirk 820a, und dem **Berein der Zimmerer** für die reichen Kränzchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen tiefgefühlten Dank. 215. **Witwe Marie Neys nebst Kindern.**

**Herzlichen Dank.** Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Blumenpenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau und Mutter lagen mir allen Beteiligten, besonders der Firma und meinen Kollegen der Firma **Becker** unsern herzlichsten Dank. 215. **Familie Vormann.**

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden, Bekannten, Verwandten sowie den Kollegen vom **Rathhof Bergr** und dem **Männer-Verein „Kosala“** meinen tiefgefühltesten Dank. 65. Der trauernde Gatte **Max Boesel.**

# Möbel

Bürgerliche Wohnnngs-Einrichtungen. Einzelne Möbel.

Entgegenkommende Zahlungsweise.

## „ALLE TAGE ANDERS“

direkt am **Nettelbeck-Platz** 5837L\* **Pank-, Gericht- und Reinickendorfer-Straßen-Ecke.**

## Gras-Kuhbutter

Von der Relfe zurück **Dr. Paul Richter** Spezialarzt für Hautkrankheiten. Wlängstr. 28. 69/13

liefert franco garant. naturrein, 10 Pf. Rollen 7,-, 10 Pf. H. Vienenhönig 2,40. Prob. P. 1/2 Butter, 1/2 Dornig 2,40. **Zoni Andermann, Buczacz No. 6, via Breslau.** 305/13

# Th. Fork, Kretzschmar & Co.

Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.

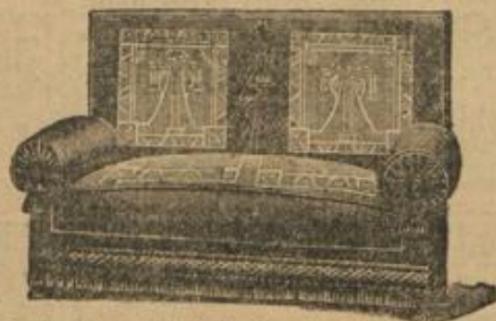
**BERLIN, An der Jannowitz-Brücke 3-4.**

Deutschlands größtes Möbelkaufhaus für **Wohnungs-Einrichtungen** in allen Preislagen.

Verlangen Sie unser großes Musterbuch **N.** mit über 1000 Abbildungen frei und umsonst.

### Moderne Wohnzimmer-Einrichtung.

No. 7.	1 Diwan	95,- M.
"	8. 1 Kleiderschrank	85,- "
"	9. Sofatisch	27,- "
"	10. 4 Stühle à 7 M.	28,- "
"	11. 1 Vertiko	90,- "
"	12. 1 Spiegel	36,- "
"	13. 1 Spiegelspind	36,- "
		<b>397,- M.</b>



No. 7. Diwan mit Satteltaschen in schönen modernen Mustern, mit gutem Wollplüsch eingefüllt, Sitz zum Herausziehen, ohne Rollen, 95,- M. 115 cm hoch, 188 cm lang, 81 cm tief.



No. 8. Kleiderschrank, echt Nußbaum mit Hutboden und Messingstange u. reich mod. Schnitzerei, 85,- M. 120 cm breit, 230 cm hoch, 60 cm tief.



No. 9. Sofatisch, halbecht Nußbaum 27,- Mark, Blattmaß 115 x 77 cm, 77 cm hoch.



No. 10. Stuhl, halbecht Nußbaum, 7,- M.



No. 11. Vertiko, echt Nußb. mit Facettenspiegel u. reich mod. Schnitzerei, 90,- M. 98 cm br., 206 cm h., 47 cm t.



No. 12. Spiegel, echt Nußbaum, Glasmaß 115 x 47 cm, 36,- M. 161 cm hoch, 73 cm breit. No. 13. Spiegelspind, echt Nußbaum, reich geschnitten, 36,- M. 80 cm h., 86 cm br., 46 cm tief.

**Th. Fork, Kretzschmar & Co.**  
BERLIN, Jannowitzbrücke.